

Mittwoch, 5. Dezember 1984 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefonnummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Ausgabestellen Köln (02 24) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 - Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

TAGESSCHAU

POLITIK

Berlin: Ende dieses Jahres erlischt für alle Personen, die nicht oder nicht mehr pflichtversichert sind, der Anspruch auf eine Berufs- oder Erwerbsfähigkeitsrente. Wer ihn nicht verlieren will, muß für jeden Monat des Jahres Beiträge nachzahlen. (S. 5)

Hessen: Der Bruch des rot-grünen Bündnisses scheint vorerst besiegelt zu sein. Ministerpräsident Böcker erteilt den Forderungen der Grünen nach neuen Verhandlungen über die Atompolitik eine klare Absage.

Späth: Nach der Verschiebung des Polen-Besuchs von Außenminister Genscher hat auch Baden-Württemberg Regierungschef Späth eine für Mitte Dezember geplante Reise aufgeschoben. (S. 12)

Glasfaser: Schon 1986 - ein bis zwei Jahre früher als geplant - will die Bundespost mit dem Ausbau eines lokalen Glasfaser-Netzwerkes beginnen. (S. 5)

Afghanistan: Verteidigungsminister General Abdul Kader ist abgesetzt worden. Anlaß war offenbar sowjetische Unzufriedenheit mit der abgelaufenen Strategie gegen den Widerstand. (S. 12)

Papst: Der Prozeß gegen die Mörder des polnischen Priesters wird nicht in Warschau, sondern in Thorn stattfinden. Zur Begründung hieß es, die Entführung und der Mord hätten in dieser Region stattgefunden. (S. 6)

Portugal: Die Regierungskoalition scheint ihre Krise überwunden zu haben. Sozialisten und Sozialdemokraten einigten sich auf eine Kabinettsreform und Schritte zur Wirtschaftsanhebung. (S. 6)

Flugzeugentführung: Die Entführung eines kuwaitischen Airbus mit rund 160 Menschen an Bord haben gestern auf dem Teheraner Flughafen eine ihrer Geiseln erschossen. Über ihre Forderungen wurde zunächst nichts bekannt.

ZITAT DES TAGES



„Die deutsche Frage hat noch nie den Deutschen allein gehört. Alle Nachbarn waren zu allen Zeiten an ihr interessiert und engagiert. Auch hat die Geschichte noch nie eine endgültige Antwort auf diese Frage gegeben.“

Bundespräsident Richard von Weizsäcker bei seinem Antrittsbesuch in Niedersachsen. FOTO: WERNER SCHÖNINGH

WIRTSCHAFT

Konjunktur: Als „im ganzen positiv“ beurteilen die wirtschaftliche und politische Bilanz des abgelaufenen Jahres. Es stünden jedoch noch drängende Probleme an, darunter die Konsolidierung der Sozialfinanzen. (S. 13)

Baumindustrie: Einen Kredit von zehn Milliarden DM, nach dem Muster des ERP-Sonderprogramms für Umweltschutz, fordert der Hauptverband der deutschen Bauindustrie für kommunale Investitionen. Sonst werde es zu einer weiteren Kapazitätsverminderung und größerer Arbeitslosigkeit kommen. (S. 13)

Forschung: Für rund 400 Millionen DM wird bei Köln der Europäische Transschall-Windkanal errichtet - die teuerste Versuchsanlage der Luftfahrtforschung in Europa. Beteiligt sind auch Frankreich, Großbritannien und die Niederlande.

Börse: An den Aktienmärkten setzte sich gestern die freundliche Tendenz fort. Der Rentenmarkt war lebhaft. WELT-Aktienindex 161,0 (160,4). Dollarmittelkurs 3,0906 (3,1200). Mark Goldpreis pro Feinunze 332,00 (329,50) Dollar. BEF-Index 102,860 (102,741). Performance-Index 112,036 (111,874).

KULTUR

Jüdischer Widerstand: Auf vielfältige Weise wurde in diesem Jahr, vierzig Jahre nach dem 20. Juli 1944, des Widerstands gegen den Nationalsozialismus gedacht. Dabei blieb der jüdische Widerstand - trotz seines weiten Spektrums - fast unerwähnt. Dem wollen zwei neue Bücher entgegenwirken. (S. 21)

Humor in der „DDR“: Immer weniger Satiriker produzieren Programme für immer mehr Kabarets. Der Nachwuchs verspürt keine Lust mehr, „staatlich lizenzierte Gagschreiber“ zu werden. Wie es um den Humor in der „DDR“ steht, versucht eine Tagung an der Ruhr-Universität in Bochum zu ermitteln. (S. 21)

WELT-Serie „Sieg der Sterne“

In den Laboratorien der beiden mächtigsten Staaten der Erde tobt der größte technologische Wettstreit der Geschichte. Es geht um die lichtgeschwindigen Strahlenwaffen zur Abwehr interkontinentaler Raketen und damit der nuklearen Bedrohung. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts soll das Projekt von den USA mit Milliarden-Aufwand verwirklicht sein. Seite 9

SPORT

Leichtathletik: Hochsprung-Olympiasiegerin Ulrike Meyfarth hat in einem Schreiben an den Verband offiziell ihren Rücktritt erklärt.

Schwimmen: Olympiasieger Michael Groß wird bei der Proklamation zum „Sportler des Jahres“ fehlen. Groß muß anderntags schwimmen.

AUS ALLER WELT

„Cool bleiben“: Daß Amerikanern in fast jedem Bereich der modernen deutschen Sprache eingedrungen sind, mag für manche bedauerlich sein. Aber auch der Einfluß des Deutschen auf das amerikanische Englisch sollte nicht unterschätzt werden. Er reicht von „Kindergarten“ bis „Waldsterben“. (S. 22)

Bosporus-Brücke: Ein Riesenerfolg wurde das Projekt der türkischen Regierung, die gebührende Brücke über den Bosporus in Form von Anteilsscheinen an die Öffentlichkeit zu verkaufen. (S. 3)

Wetter: Meist bewölkt oder neblig trüb. Bis 8 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Die Kunst des Verdrehens - Die Unfähigkeit Bonns zur Selbstdarstellung S. 2

Neukaledonien: Immer mehr Parallelen zum Algerien-Krieg - Paris ist unentschieden S. 7

Indien: Nach der Giftgaskatastrophe - Überlebende fürchten das „Machwerk des Teufels“ S. 3

Forum: Personalien und Leserbrief an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 8

„DDR“: Auf Kosten des Konsums steigt der Militärretz - Mietsubventionen gestiegen S. 4

Fernsehen: Siegfried Lenz' Erzählung „Ein Kriegsende“ - Alternativen mit Mäkel S. 10

Landesbericht: Der Traum von einem bayerischen Programm für die ganze Republik S. 5

Anstellung in Düsseldorf: „Die Stadt und die Straße“ - Von Eo Plümen S. 21

Italien: Diplomaten sind besorgt - Konzentrierter Protest zur Lage des auswärtigen Dienstes S. 6

Amsterdam: Drogenpolitik der Stadt zeigt Früchte - Süchtige werden „ausgetrocknet“ S. 22

EG erzielt Wein-Kompromiß. Streit um Mittelmeerpolitik

Verärgerung in Dublin über die ultimativen Forderungen Papandreou

WILHELM HADLER/DW, Dublin
Die Staats- und Regierungschefs der zehn EG-Staaten haben gestern einen Kompromiß zur Eindämmung der Weinüberschüsse erzielt und damit einen Weg für abschließende Verhandlungen mit Spanien und Portugal über einen Beitritt dieser iberischen Länder zum 1. Januar 1986 geebnet.

Allerdings ergab sich am Nachmittag eine zusätzliche Komplikation durch das Verhalten Griechenlands. Ministerpräsident Papandreou forderte ultimativ die Zustimmung zu einem „integrierten Mittelmeerprogramm“, dessen Nutznießer außer Griechenland auch Italien und Frankreich sein würden. Das Programm, kurz IMP genannt, wird seit Jahren verlangt. Papandreou fordert von umgerechnet rund 15 Milliarden Mark ist allerdings bislang von niemandem akzeptiert worden.

Dem Vornehmen haben hart darauf gepocht, daß nicht nur sie und die Franzosen ein Opfer zur Begrenzung der Überschüsse bringen müßten, sondern auch die Deutschen. Dem hielt Bonn entgegen, daß die von

schluß zu stehen schien, wurde darauf offiziell unterbrochen.

Bei den zweitägigen zähen Verhandlungen über die Weinproblematik war die Bundesregierung überraschend in die Schußlinie geraten. Während das Weinproblem zunächst von allen eine Angelegenheit Frankreichs und Italiens zu sein schien, spitzte sich die Diskussion plötzlich allein auf die Frage zu, inwieweit den deutschen Winzern auch künftig die Zuckerrückstellungen gewährt bleiben. Bundeskanzler Helmut Kohl erreichte schließlich, daß die traditionelle Zuckerrückstellung in den nördlichen Weinbaugebieten zunächst einmal von der EG-Kommission untersucht wird, die bis Ende 1990 einen Bericht vorlegen soll. Ab 1988 dürfen die deutschen Winzer jährlich bis zu einer Million Hektoliter Tafelwein destillieren. Diese Menge wurde bisher noch nicht erreicht.

Die Italiener haben hart darauf gepocht, daß nicht nur sie und die Franzosen ein Opfer zur Begrenzung der Überschüsse bringen müßten, sondern auch die Deutschen. Dem hielt Bonn entgegen, daß die von

Rom geforderte Verwendung von teurerem Mostkonzentrat wegen des geringen Anteils der deutschen Weine an der Gesamtproduktion der EG keinen nennenswerten Einfluß auf die Verringerung des Überschusses haben würde.

Die zehn Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft haben in Dublin ihre Hoffnung auf baldige substanzielle Rüstungskontrollverhandlungen unterstrichen. Zum Abschluß der EG-Gipfelkonferenz legten sie ihre außenpolitische Haltung in einer Serie von Erklärungen fest.

Zur Lösung der Krise im Nahen Osten setzten sich die Zehn einmütig für direkte Verhandlungen zwischen den Parteien selbst - den arabischen Staaten, Israel und den Palästinensern - ein. Außerdem hielten sie an dem Plan fest, unter der am 1. Januar auf Italien überwechselnden Ratspräsidentschaft der EG unmittelbare Kontakte mit den Beteiligten selbst aufzunehmen. Die Staats- und Regierungschefs haben sich abermals gegen den Einsatz militärischer Gewalt in Mittelamerika ausgesprochen.

Kritische Fragen nach Geld der Grünen

Vorwurf in Bonn: Verstoß gegen Urteil des Bundesverfassungsgerichts / „Unredlichkeit“

STEFAN HEYDECK, Bonn

Die Grünen haben zwischen 1979 und 1983 insgesamt 27 397 659,54 Mark an Wahlkampfkostenersatz erhalten. 65,4 Prozent ihrer Gesamteinnahmen kamen somit von der öffentlichen Hand. Nach Ansicht von Experten haben die Grünen gegen ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts verstoßen. Es besagt, daß sich die Parteien überwiegend - also zu mehr als 50 Prozent - aus Mitgliedsbeiträgen oder Spenden finanzieren müssen.

Der Anteil der Mitgliedsbeiträge der Grünen belief sich in dieser Zeit auf 5 231 866,28 Mark, gerade auf 12,49 Prozent. Daneben erhielt die Partei 1 146 353,94 Mark an Spenden. Hinzu kommen in diesem Jahr für die Bundestags- und Europawahl 17 987 810,10 Mark. Das geht aus einer Antwort des Bundestagspräsidenten auf Fragen von vier Abgeordneten der CDU/CSU hervor.

Vor diesem Hintergrund forderte gestern der Abgeordnete Otto Hauser (CDU) die Grünen auf, einen Teil der Erstattungen an die Staatskasse zurückzugeben. Gleichzeitige warf er ihnen „mangelnde Ehrlichkeit“ und „Unredlichkeit“ wegen ihrer Kritik am Finanzgeheim der anderen Parteien vor.

Mit Finanzfragen wird sich am Wochenende auch der Grünen-Parteitag in Hamburg befassen. So sollen nach einem Antrag die Erstattungen für Bundestagswahlen im Verhältnis 20:80 zwischen der Bundespartei und den Landesverbänden aufgeteilt werden. Außerdem will die Bundestagsfraktion dort durchsetzen, daß die Partei ihr zwei Prozent der Spenden der Abgeordneten, die einen Großteil ihrer Diäten an die Ökofonds abführen müssen, wieder zur Verfügung stellt. Bisher hätten die 27 Abgeordneten knapp 1,4 Millionen Mark gespendet. Aus dem jetzt gefor-

derten „Feuerwehrfonds“, so der Rechenschaftsbericht der Fraktion, sollen kleinere Beträge schnell, flexibel und unbürokratisch für bestimmte Fälle verwandt werden. Weil bekannt sei, daß die Fraktion über „relativ viel Geld“ (jährlich rund 7,2 Millionen Mark) verfüge, werde sie „immer wieder“ um Spenden „angegangen“. Sie müsse solche Bitten jedoch ablehnen, weil die öffentlichen Mittel „streng zweckgebunden“ seien.

Hingewiesen wird unter anderem auf 20 jugendliche Hausbesetzer, die als Gäste der Fraktion an der Jugendtagung 1983 im Bundestag teilnahmen und aufgrund ihrer eigenen Interpretation der Veranstaltung Geldstrafen von rund 30 000 Mark erhielten. Die Gruppe, die damals Tumulte und Krawalle im Parlament angestiftet hatte, müsse „wahrscheinlich“ Freiheitsstrafen antreten. Denn die Fraktion sei nicht in der Lage, „sie finanziell zu unterstützen.“

Blaize gewinnt Grenada-Wahlen

DW, Saint George's

Der frühere „Chiefminister“ der britischen Kolonie Grenada, Herbert Blaize, hat die Wahlen auf Grenada mit überwältigender Mehrheit gewonnen. Nach letzten Ergebnissen hatte seine konservative Neue Nationale Partei mindestens zehn der insgesamt 15 Parlamentssitze errungen. Die Vereinigte Arbeiterpartei (GULP) des 1979 von Maurice Bishop gestürzten Eric Gairy erlitt eine empfindliche Niederlage. Die „Maurice Bishop Patriotic Movement“ - Anhänger des im Oktober 1983 von linksradikalen Vertretern seiner eigenen Regierungspartei ermordeten Revolutionsführers - konnten nach letzten Schätzungen nicht einen einzigen Sitz erringen.

Blaize, der von Washington bevorzugte Kandidat, sollte gestern von Generalgouverneur Paul Scoon mit der Regierungsbildung beauftragt werden. Seite 2: Absage an Extremisten Seite 6: Erdstöße

Castro plant Olympia-Boykott

DW, Tokio

Kubas Staatschef Fidel Castro soll zu einem Verzicht seines Landes auf die Teilnahme an den Olympischen Sommerspielen 1988 in Seoul fest entschlossen sein. Eine entsprechende Meldung des staatlichen nordkoreanischen Rundfunks wurde in Tokio empfangen.

Castro soll dem nordkoreanischen Botschafter in Havanna, Pak Yong-Se, erklärt haben, daß Kuba eine Austragung der Spiele in Seoul energisch verhindern wolle. Kuba war bereits den Spielen 1984 in Los Angeles ferngeblieben. Es unterbietet sich Südkorea keine diplomatischen Beziehungen.

In einem Brief an IOC-Präsident Samaranch hatte Castro eine Austragung der olympischen Wettbewerbe in Nord- und Südkorea gefordert. Das IOC bekräftigte am vergangenen Wochenende allerdings seinen Willen, die Olympischen Spiele in Seoul auszuführen.

Bukarest: Attentat auf Jordanier

DW, Bukarest / Amman

Der Botschaftsrat der jordanischen Botschaft in Bukarest, Asmi Abunuti, ist gestern bei einem Attentat in Bukarest getötet worden. Dies wurde offiziell in Amman bestätigt. Der Täter, vermutlich ein Palästinenser, wurde festgenommen. Der Anschlag setzt die vor rund einem Jahr begonnene Reihe von Attentaten auf jordanische Diplomaten fort und ist der erste dieser Art in einem Ostblock-Staat. Ihm waren Attentate in Indien, Italien, Griechenland und Spanien vorausgegangen.

Wie der jordanische Ministerpräsident Obaidat mitteilte, habe der Diplomat seinen Sohn um 8.30 Uhr vom Hotel Bucuresti zur Schule bringen wollen, als er durch mehrere Schüsse tödlich getroffen wurde. Nach Angaben eines osteuropäischen Journalisten soll noch ein zweiter Mann bei dem Anschlag getötet worden sein. Die rumänischen Behörden machten dazu zunächst keine Angaben.

Höffner: Es gibt keine Staatskrise

fac, Bonn

Mit der Autorität des Theologen, aber auch des Gesellschaftswissenschaftlers hat Kardinal Joseph Höffner, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, der im Zusammenhang mit der Flick-Affäre aufgestellten These von einer „Staatskrise“ widersprochen. „Eine Staatskrise ist deswegen bei uns nicht gegeben, weil politische Macht bei uns unter Kontrolle steht. Einmal unter der Kontrolle des Parlaments, dann unter der Kontrolle der Opposition, dann unter der Kontrolle der Gerichte, unter der Kontrolle auch der Massenmedien und schließlich auch unter der Kontrolle der Bürger“, sagte Höffner im ZDF.

Als persönliche Erfahrung führte der Kölner Erzbischof an, daß die meisten Frauen und Männer, die politische Verantwortung übernehmen haben, „mit großer Verantwortung und auch aus einer sittlichen Haltung“ heraus handeln.

Der Kardinal, der sich zum Thema „Verdriß Politik den Charakter“ äußerte, sieht allerdings eine „Krise der Moral“, die aber nicht nur den Politikern zugesprochen werden dürfte. Er definierte die „tatsächlich vorhandene schwere Lebenskrise“ in der Bun-

desrepublik Deutschland als eine Krise des Sittlichen, die sich in Selbstmorden, Geburtenrückläufigkeit, Drogenmißbrauch, Gewalt, aber auch in den 118 000 Ehescheidungen im vergangenen Jahr sowie in der Mißachtung alten und kranken Lebens spiegelt. Das Machbarkeitsdenken in der Politik gehe seinem Ende entgegen. Damit weiche das „moderne Bewußtsein“ etwas völlig Neuem. In diesem Umbruch sieht Höffner auch eine Chance für die Kirche.

In dem Interview gab der Kardinal eine biblische Antwort auf die Frage nach dem Verhältnis zwischen Macht und Moral. Höffner: „Im Alten Testament wird derjenige, der politische Macht ausübt in einem Volk, unter das Zeichen des Hirten gestellt. Der Hirt gibt sein Leben für die Seinen, er steht im Dienst der Seinen. Aber im AT steht dann das Wort, wehe dem Hirten, der sich selber weht. Das würde ich auch sagen von einem Politiker. Ein Politiker muß, wenn er sich an die Moral hält, im Dienst der Gesellschaft, des allgemeinen Wohles stehen. Und wenn er in seine eigene Tasche arbeiten würde, wenn er der Korruption dienen würde oder die Macht mißbrauchen würde, hätte er unmoralisch gehandelt. Ich kann

noch ein anderes Bild bringen aus dem Neuen Testament. Im NT, im 13. Kapitel des Römerbriefes, wird die Ausübung der Macht in einem Staat Diakonie genannt. ... Diakonie heißt Dienst ...!“

Daraus leitete Höffner die Forderung ab, politische Persönlichkeiten müßten sich durch Charakterfestigkeit, Unbestechlichkeit und fachliche Qualifikationen auszeichnen. Die Fähigkeit zu eindeutigen und raschen Entscheidungen setze Unabhängigkeit und Bereitschaft zur Unpopulartät voraus. Und Parteien, die das „C“ in ihrem Namen führen, hätten die besondere Verpflichtung zu christlichen Grundsätzen. Den Schutz des ungeborenen Lebens freilich mahne die Kirche bei allen Parteien an, weil dies ein allgemein menschlicher Schutz sein müsse, „der nicht nur für christliche Kinder gilt.“

Der Kardinal weigerte sich, Macht von vornherein als etwas Schlechtes anzusehen. Bei allen Versuchsungen, die auch in seinen Augen mit ihr verbunden sind, interpretierte er sie positiv, nämlich als „die Fähigkeit, eine gültige gesellschaftliche Ordnung zu schützen“. Macht müsse im Dienste der Allgemeinheit stehen, und ihre Schranke sei das Recht.

DER KOMMENTAR

Weinprobe in Dublin

WILHELM HADLER

Dreimal soviel Zeit wie auf die Pläne für die politische Union Europas haben die Staats- und Regierungschefs der EG in Dublin auf das Pro und Kontra der deutschen Weinzuckerung verwandt. Am Ende herrschte wieder einmal Einigkeit, daß es so in der Gemeinschaft nicht weitergehen könne. Auf den ersten Blick sieht es auch wirklich so aus, als hätten die Beschlüsse, die auf dem Gipfel nach zermürbenden Beratungen ausgehandelt wurden, bereits vor Monaten von den Fachministern getroffen werden können. Allein die Existenz des Europäischen Rates verleitet die Brüsseler Ministerpräsidenten jedoch dazu, unpopuläre Entscheidungen möglichst nach oben zu delegieren und den Gipfel immer wieder als eine politische Berufungsinstanz in allen Streitfragen anzusehen.

Die Gefahr dieser Entwicklung liegt darin, daß pragmatische Einzelansätze für Lösungen in immer schwieriger zu handhabenden „Paketen“ zusammengeschmürt werden. Damit verurteilt sich der Europäische Rat selbst zur politischen Immobilität. Ein Beispiel unter vielen ist der Versuch Griechenlands, die Erweiterung der EG mit überzogenen Forderungen für ein „integriertes Mittelmeerprogramm“ aufzuhalten. Den Deutschen, die bereits wegen der Weinzuckerung in die Ecke ge-

drängt waren, mußte der unbekümmerte Griff in ihre Taschen vollends wie eine politische Erpressung anmuten.

Helmut Kohl hat sich in Dublin nicht nur als fachkundiger Unterhändler bei den schwierigen Weinproblemen erwiesen, was für manche EG-Partner eine Überraschung war. Er hat auch klar gemacht, daß für Bonn die Verankerung in der Europäischen Gemeinschaft mehr ist als eine Angelegenheit des wirtschaftlichen Kalküls. Gerade deshalb konnte er die deutschen Interessen kraftvoller zur Geltung bringen. Die Hoffnung, Bonn werde nachgeben, weil es nun einmal den spanischen und portugiesischen EG-Beitritt befürwortet, ging nicht auf.

Auch bei künftigen Gipfeln wird es freilich viel mißschießender Streit um die Teilprobleme geben. Die Erwartung, daß sich die Regierungen kompromittierter zeigen, ist schon angesichts der leeren Kassen in Brüssel und den Hauptstädten illusorisch. Am schwerfälligen Entscheidungsmechanismus in Europa kann nur die Bereitschaft etwas ändern, Mehrheitsbeschlüsse zu akzeptieren. Der den Regierungen vorgelegte Zwischenbericht über die Stärkung der europäischen Union hat schon jetzt deutlich gemacht, daß nicht alle Regierungen diesen Weg gehen wollen.

El Salvador erhält aus Bonn weitere Hilfe

HEINZ HECK, Bonn

El Salvador bemüht sich um deutsche und europäische Unterstützung beim Wiederaufbau des Landes. Planungsminister Fidel Chavez Mena bereist zur Zeit Bonn, Paris, Rom und Brüssel auf der Suche nach Entwicklungshilfe und Investoren. Wie er gestern in Bonn erklärte, hat er Entwicklungsminister Jürgen Warnke eine Liste von Projekten im Umfang von 160 Millionen Dollar für die nächsten fünf Jahre übergeben (Schwerpunkte sind Wohnungsbau, Volksgesundheit und Erziehung). Nach deutscher Planung sind für das kleine zentralamerikanische Land 1985 wie in diesem Jahr 20 Millionen Mark Kapitalhilfe, aber fünf statt drei Millionen Mark technische Hilfe vorgesehen.

Die entscheidende wirtschaftliche Unterstützung komme aus den USA. Ohne sie wäre die Rückkehr zur Demokratie nach rund 50 Jahren allein an wirtschaftlichen Schwierigkeiten gescheitert. Dennoch habe das Land gerade in den vergangenen Jahren wirtschaftliche Rückschläge hinnehmen müssen. Zur Stimulierung der nationalen Exportindustrie habe Washington zwölf Jahre zollfreie Einfuhr für Industrieerzeugnisse aus El Salvador zugesagt. Ausländische Unternehmen seien im Lande keinen Kapitalbeschränkungen unterworfen.

Gestern hat Chavez bei der bundes-eigenen DEG (Deutsche Finanzierungsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern GmbH) in Köln Gespräche mit Unternehmern geführt. Besonderes Interesse bestünde an der industriellen Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse.

Zunahme bei Arbeitslosigkeit saisonbedingt

PETER JENTISCH, Bonn

Trotz einer weiterhin „zu hohen“ Arbeitslosenquote wertet der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke, die neuesten Zahlen als „Zeichen einer bescheidenen konjunkturellen Besserung“. Mit einem Anstieg um 44 700 auf 2,189 Millionen Arbeitslose beträgt die Arbeitslosenquote jetzt 8,8 Prozent.

Die Zunahme der Arbeitslosigkeit führte Franke gestern bei der Vorlage des November-Berichts auf „jahreszeitlich“ bedingte Einflüsse zurück, etwa im Bereich der Bauwirtschaft und des Hotel- und Gaststättengewerbes. Die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl zeige weiter eine rückläufige Tendenz; gegenüber November 1983 lag sie um 4100 oder 0,2 Prozent niedriger.

Besonders erfreulich nannte Franke die günstige Entwicklung bei den Jugendlichen. Bei den unter 20-Jährigen verminderte sich die Arbeitslosenzahl gegenüber dem Vorjahr um 27 000 (15 Prozent) auf 155 200. Auch die Zahl der Kurzarbeiter ist erheblich zurückgegangen, und zwar gegenüber dem Vormonat um 43 200 (14 Prozent) auf 257 400. Im Vergleich zum Vorjahr liegt die Kurzarbeiterzahl sogar um 47,9 Prozent oder 236 000 Personen niedriger. Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Haimo George, sieht in dieser Entwicklung „eine spürbare Entlastung für den Arbeitsmarkt“.

Die Zahl der offenen Stellen liegt mit 81 500 um 22 Prozent höher als vor Jahresfrist. Seite 2: Unter zwei Millionen?

Vor allem junge Akademiker kehren Polen den Rücken

Warschauer Zeitschrift nennt Gründe für Emigrationswelle

JOACHIM G. GÖRLICH, Bonn

Der größte Teil der polnischen Staatsbürger, die von 1980 bis 1983 ihr Land verlassen haben, kommt aus Akademikerberufen. Diesen Umstand beklagt die Warschauer Zeitschrift „Fakty“ (Tatsachen). Es handle sich vorwiegend um Inhaber höherer akademischer Grade. An erster Stelle stünden Diplomingenieure (zum größten Teil Elektroingenieure), gefolgt von Ärzten, Physikern und Mathematikern.

Der Altersdurchschnitt der polnischen Abwanderer liegt nach den Angaben des Blattes zwischen 20 und 40 Jahren, also im „produktiven Alter“. Den 150 000 polnischen Staatsbürgern, die in den drei Jahren ihr Land verlassen haben, stehen nur 5000 Rückkehrer gegenüber, wie das polnische Statistische Jahrbuch 1984 ausweist. Mehr als die Hälfte der legalen und illegalen Auswanderer sind Frauen. „Fakty“ vermutet daher, daß vornehmlich Paare das Land verlassen, um sich gemeinsam im Westen eine neue Existenz aufzubauen.

„Es handelt sich generell um Menschen, die - wenn es erlaubt ist, dies offen auszusprechen - zwar an der Nation, nicht aber an unserem Staat hängen. Es heißt, unter Staat verstanden sie das System und das hier herrschende Recht, welches sie als fremd empfanden, ja sogar als feindlich. Sie haben eine kritische Abneigung gegenüber Staat und Behörden.“ Für sie gehöre Polen „zum Kreise christlicher und westlicher Kulturen“. Was dort „innen- und außenpolitisch“ geschehe, passe ihnen nicht, sei für sie nicht polnisch.

„Fakty“ sieht auch andere Gründe für die Emigrationswelle: „Jene die bei uns Hochschulstudien absolvieren, verdienen heute weniger als Nichtakademiker.“ Jungakademiker seien daher über die mangelnden Berufs- und Einkommensaussichten im Mutterland verzweifelt.

Ergänzend erwähnt „Fakty“ die Existenz einer umfangreichen und reglementierten „inneren Emigration“ in Polen.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Unter zwei Millionen?

Von Peter Gillies

Der Arbeitsmarkt gilt als dunkler Fleck auf den optimistischen bis kühn formulierten Aufschwungprognosen der Wirtschaftskundigen. Allerorten gibt es Rekorde zu vermeiden – so bei der Geldwertstabilität oder beim Export –, nicht jedoch bei der Beschäftigung. Im November wurden wieder 2,19 Millionen Erwerbslose registriert, zwar 4000 weniger als im November des Vorjahres, aber rund 45 000 mehr als im Oktober.

Jede Verheißung, man könne rasch sowie schmerz- und kostenlos Vollbeschäftigung herstellen, ist gelogen. Das Problem bleibt zäh, politisch herausfordernd und menschlich bedrückend. Auch wenn die Konjunktur im nächsten Jahr weiter lebhaft bleibt, dürfte sie zu der Beschäftigung nur langsam wirken. Der Arbeitsmarkt war stets ein Spätindikator. Es dauert lange, bevor die Unternehmen bei wirtschaftlicher Belebung neue Leute einstellen. Andererseits halten sie ihren Personalbestand im Abschwung auch etwas länger durch.

Tristesse ist unangebracht. Auch aus internationalem Blickwinkel ist es ein Erfolg, wenn die registrierte Erwerbslosigkeit bei uns nicht weiter steigt. Prognosen, alsbald würden drei, vier oder mehr Millionen Joblose zu beklagen sein, bleiben Horrormache. Vieles spricht dafür, daß die Bundesrepublik im nächsten Jahr zeitweise wieder unter die Zweimillionengrenze kommt – eine wichtige psychologische Wirkung.

Die Hoffnung aus der Novembermeldung ist dreifach. Erstens: Die leicht gestiegenen Erwerbslosenzahlen sind ausschließlich witterungsbedingt. Hinter diesem Saisoneinfluß verbirgt sich auch eine Verbesserung des Arbeitsmarktes. Zweitens: Die Neigung zu Neueinstellungen wächst langsam, Kurzarbeit nimmt ab. Drittens: Bei Jugendlichen entschärft sich das Arbeitsplatzproblem weiter.

Aus der langen Arbeitslosigkeit zu schließen, mit einem gewissen Sockel müsse man eben leben, wäre gefährlich. Arbeitswillige, die keinen Arbeitsplatz bekommen, sind stets vergeudet Wachstum, vergebene Chancen, versäumte soziale Sicherung. Die Daten, von wann ab ein Arbeitsplatz wieder so lohnend wird, daß man jemanden einstellen kann, setzen jedoch nicht staatliche Instanzen, sondern die Tarifpartner.

Absage an Extremisten

Von Werner Thomas

Zwei Wahlen, die gleiche Richtung: Eine Woche nach dem Umsturz in Uruguay hat auch die Bevölkerung Grenadas eine Regierung der Mitte gewählt. Rechte und linke Extremisten, die laut aufgetreten waren, erhielten eine Absage.

Erfahrungen prägen. Beide Länder mußten in der jüngeren Vergangenheit Bekanntheit machen mit Exzessen des Extremismus. Es waren blutige Lehrstücke. Was Grenadas Wahlsieger Herbert Blaize sagte, traf auch auf Uruguay zu: „Die Leute wollten nicht zur Vergangenheit zurückkehren“.

Blaize war sicher nicht der attraktivste Kandidat auf Grenada. Er ist durch ein schweres Arthritisleiden körperlich behindert. Er kann keine feurigen Reden halten. Er versprach keine Wunder, sondern warnte, daß Opfer gebracht werden müßten. Dennoch gelang ihm dieser klare Triumph in einer Wahl, die eine Wahlbeteiligung von 90 Prozent erreichte.

Die Invasion Grenadas zur raschen Beendigung einer Terrorherrschaft karibischer Stalinisten, die zuvor den marxistischen Premier Maurice Bishop und mehr als hundert andere Personen ermordet hatten, war einer der größten außenpolitischen Erfolge der Reagan-Regierung. Jeder Besuch auf der Insel vermittelt diesen Eindruck. Nirgendwo in der Region erfreuen sich die Amerikaner größerer Sympathien als hier. Selbst Bishops Mutter äußerte sich dankbar, als die US-Truppen landeten. Wenn eine andere Gruppe gewonnen hätte, wäre dieser Erfolg in Frage gestellt worden.

Bishops linke Gefolgsleute sind heute ein unbedeutendes Häuflein, aber sie hatten sich eine Hoffnung gemacht: Wenn die Partei des Expremier Sir Eric Gairy gewinnen und die Regierung übernehmen sollte, dann würde die Politik dieses zweifelhaften Phantasten, den sie seinerzeit stürzten, ihnen eine Chance zu neuer polarisierender Profilierung geben.

Die Rechnung ging nicht auf. Jetzt macht Bishops früherer Justizminister Kendrick Radix denn Umsturz madig: „Er wurde von der CIA organisiert“. Ein alter Trick der Extremisten. Freilich hatten Radix und seine Genossen sich an der Wahl beteiligt.

Steine und Qualität

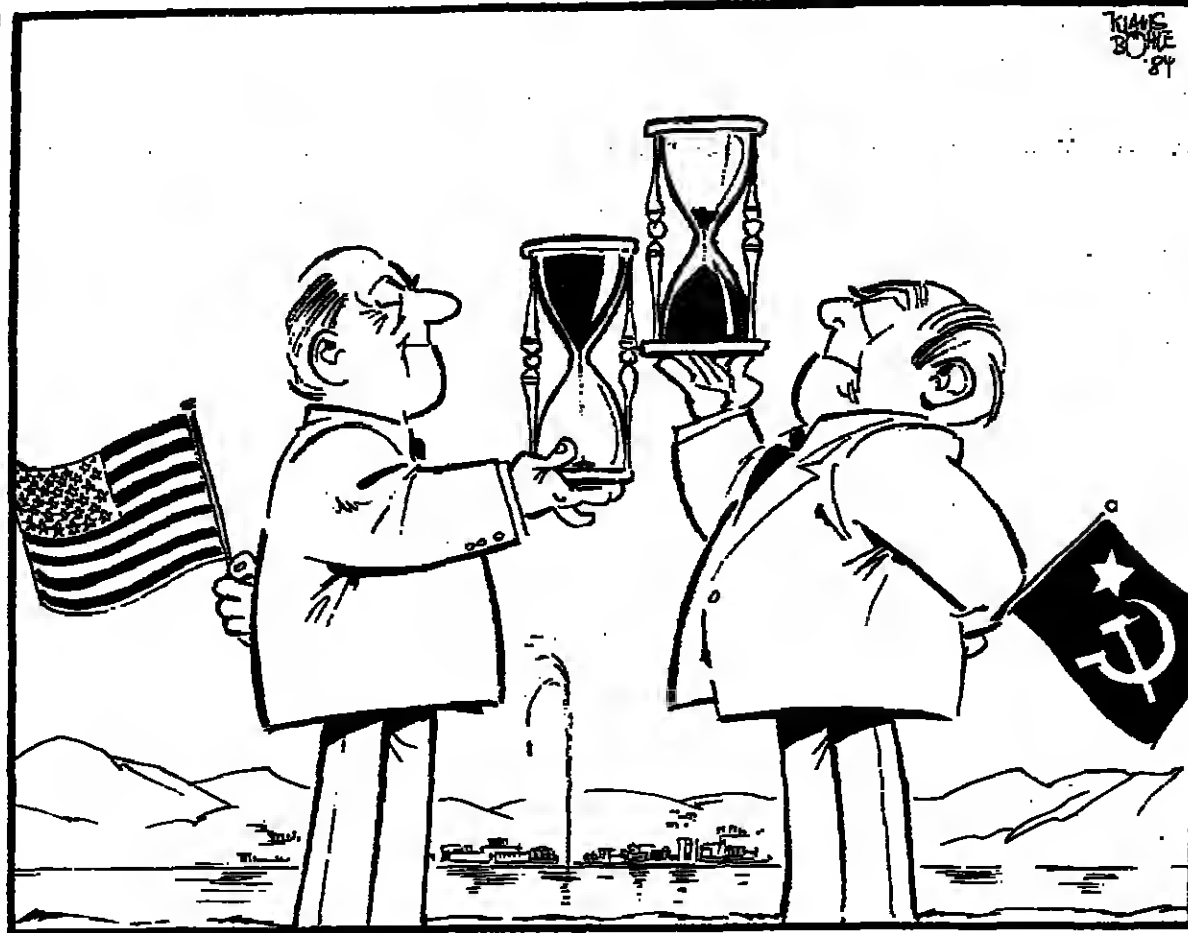
Von Enno v. Loewenstern

In einer Sondersitzung haben die Grünen sich mit dem Nazi-Vergleich auseinandergesetzt. Das ist ein immerhin erfreuliches Zeichen für die Möglichkeit einer Umkehr.

Dabei kommt es weniger auf Äußerlichkeiten an; etwa, daß die Grünen kein Führerprinzip kennen – auch wenn der SPD-Abgeordnete Waltemathe nachdenklich anmerkte, daß das Rotationsprinzip als „Gegenteil des Führerprinzips“ auch zur Entpersönlichung der Politik und damit zur Schwächung der Demokratie führe. Ebenso sind das Verbrennen von Fahnen (Frau Hamm-Brücher: „So fängt es an“) oder Gesang im Parlament nur Hilfsindizien.

Entscheidend ist die Mißachtung des demokratischen Prinzips der Mehrheitsentscheidung unter dem Gesetz. Und, demgemäß, des Gesetzes selber. Daß Widerstand gegen die staatlichen Maßnahmen nicht nur legitim, sondern erforderlich sein kann, steht im Bundesprogramm der Grünen von 1980. „Sozialer Widerstand geht von Regel- und Gesetzesverletzungen aus, wenn andere Mittel nicht mehr greifen“, kündigt das Programm der hessischen Grünen zur Landtagswahl 1982 an. „Es war politisch notwendig, daß beispielsweise im Dezember am Ku-Damm die Steine geflogen sind“, versicherten drei AL-Vertreter dem „Spiegel“ (27. Juli 1981). Die Begründung: „Gerade wenn es um Existenzfragen geht, hat vielleicht sogar diese qualitative Minderheit ein stärkeres Gewicht als die quantitative Mehrheit“ (Otto Schily) ist sozusagen das Grundgesetz des Totalitarismus. Grünen-MdB Antje Vollmer erinnert bei der Sondersitzung ebenso selbstkritisch wie treffend an die „Belagerung“ des Bundestages 1983.

Niemand zöge solche Vergleiche, wenn die Grünen sich als Partei unter vielen verstünden, die eine Mehrheit wirbt, aber den demokratischen Mehrheitswillen respektiert. Bislang jedoch verstehen sie sich gerade nicht als Partei, sondern als „Bewegung“ – was gemeint ist wie der „Bewegungs-Begriff“ von damals: wir sind nicht eine Partei, wir erheben den Anspruch, die Vertretung aller zu sein. Daraus folgte „logisch“ der Anspruch, die „qualitative“ Einsicht gegen die bloß Quantitativen mit Gewalt durchsetzen zu dürfen. Damals hieß es kurz und unkompliziert: Die Straße frei den braunen Bataillonen.



Uhrenvergleich

KLAUS BÖHLE

Die Kunst des Verdrängens

Von Peter Dittmar

In München geben die Japaner mit der Ausstellung „Shogun“ einen sympathischen Einblick in ihre Kunst und Kultur der letzten dreihundert Jahre. „Noferi – die Schöne“ weist dezent und doch unübersehbar auf die Bedeutung des uralten Ägypten hin. Die Sowjets sonnen sich im „Gold der Skythen“. Unlängst erinnerte Nigeria in Hildesheim an seine große Vergangenheit. In Köln sind nach Hamburg derzeit „Kunstschätze aus Korea“ zu sehen, und Italien ist zugleich mit den „Schätzen von San Marco“ präsent. China hat sich bereits dreimal durch bedeutende archaische Ausstellungen vorgestellt, die – wie die Präsentationen anderer Länder auch – zuvor und danach noch in der Schweiz, in Italien, Frankreich, Großbritannien zu sehen waren; häufig werden derartige Ausstellungen auch in den Vereinigten Staaten gezeigt.

Sie alle sind natürlich nicht nur Kunstereignisse. Sie repräsentieren ein Land mit seinem nationalen Selbstbewußtsein, um einen politischen Bonus zu gewinnen. Dieses Verfahren hat sich bewährt. Deshalb praktiziert es auch die „DDR“ in zunehmendem Umfang. Die Ökonomie der „Sonderzone“ Dresden ist in New York und Washington. Dieser Rückgriff auf den feudalen Glanz des augusteischen Dresdens hat dem deutschen Teilstaat eine gute Presse eingebracht.

In Österreich wurde das in diesem Jahr fortgesetzt. Den ganzen Sommer über waren auf der Schallburg bei Wien bedeutende Werke der fürstlichen Haushaltungen in Dessau, Potsdam, Weimar und Dresden zu sehen. Außerdem warb eine Übersicht über die Geschichte des Meißener Porzellans für die „DDR“. Und selbst Ernst Barlach in den fünfziger Jahren noch von den SED-Funktionären als dekadent und formalistisch verurteilt – wurde in Wien so präsentiert, als hätte er nur für das „sozialistische Deutschland“ gewirkt und geschaffen.

Diese Beispiele und viele andere werfen die Frage auf, wie die Bundesrepublik Deutschland sich im Ausland darstellt. Das Institut für Auslandsbeziehungen in Stuttgart kann eine lange Liste seiner Ausstellungstätigkeiten vorweisen. Aber das alles sind nur bescheidene Schauen, für die beschränkten Räume eines Goethe-Instituts oder

ähnliche Einrichtungen konzipiert. Repräsentationscharakter haben sie nicht. Wer durch die alte Pinakothek in München geht, findet dort zur Zeit häufig Photos anstelle berühmter Bilder, denn 40 Gemälde wurden nach Moskau und Leningrad ausgeliehen. Das sind u. a. Werke französischer und spanischer Künstler, bedeutende Bilder gewiß, aber keine Zeugnisse deutscher Kunst, allenfalls des Sammlerlebens eines deutschen Fürstenhauses.

Vergleichbares, wie es Japan und Korea, China und Nigeria, Ägypten – und mit Übersichten über ihre Malerei – auch Spanien und Großbritannien in Deutschland gezeigt haben, kommt für die deutsche Kulturrepräsentation nicht zustande. Dabei haben die Museen mit den großen Landesausstellungen über die Stauer, die Wittelsbacher, die Parier, den Bischof Anno oder selbst Wilhelm Busch verfügt, daß Einfallslösung nicht der Grund sein kann.

Wie wäre es also mit einer überzeugenden Ausstellung zur Kulturgeschichte Berlins anlässlich des bevorstehenden Stadtjubiläums in Amerika? Warum nicht am Beispiel der Nürnberger oder der Augsburger Kunst deutsche Kulturgeschichte darstellen? Die Hanse wäre ein Thema, das von Nationalismus und Internationalität künden könnte. Auch am Beispiel des Deutschen Ordens ließen sich

zugleich deutsche Geschichte – bewußt gegen die simplifizierenden „Drang nach Osten“-Thesen – und deutsche Kunst zeigen. In Japan würde gewiß unter anderem auch eine Ausstellung zur technischen und künstlerischen Entwicklung der Fotografie in Deutschland interessieren. An Themen fehlt es also nicht, über das eine Thema hinaus, das von unseren Kunstverständigen bevorzugt wird, im Ausland aber zumeist mit kopfschüttelndem Desinteresse aufgenommen wird: moderne deutsche Kunst der Nachkriegszeit.

An Geld kann (und sollte) es auch nicht liegen. „Shogun“ hat beispielsweise die Firma Minolta als Sponsor, Olivetti unterstützt die San-Marco-Schätze, United Technologies verdanken wir eine Reihe von Photoausstellungen, und auch andere ausländische Mäzene haben durch ihre Spenden große Ausstellungen in Deutschland ermöglicht. Daß deutsche Banken oder Unternehmen nicht für solche Pläne zu gewinnen wären, ist kaum anzunehmen.

Liegt es also am mangelnden politischen Willen? Traut sich die Bundesregierung nicht, sich als deutsche Regierung, die in jahrhundertalter Tradition wurzelt, vorzustellen, und die Einheit der deutschen Kultur offensiv im Ausland zu vertreten? Die „DDR“ hat wie die Beispiele zeigen – keinerlei Hemmungen, sich mit feudalen Herrschaftsverhältnissen zu schmücken. Die Bundesrepublik aber kommt von dem Trauma der zwölf Jahre Nationalsozialismus nicht los; die gewiß ein Teil unserer Vergangenheit sind, aber eben nicht die ganze deutsche Geschichte.

Besonders verhängnisvoll ist es, daß die Bundesrepublik Deutschland sich bei Veranstaltungen auf die Nachkriegszeit beschränkt. Da wird ein Eindruck erzeugt, als sei sie tatsächlich nicht der Erbe der deutschen Geschichte, sondern ein künstliches Gebilde, geschaffen durch den Willen der Sieger. Aber der Wirtschaftswunder-Slogan „Wir sind wieder da!“ ist nicht geeignet, das Ansehen der Deutschen im Ausland zu festigen. Das vermag nur ein selbstbewußtes, fest in der Tradition verwurzelt „Wir sind Deutsche“.



Als unfreiwilliger Werber für das Kommunismusregime: König Friedrich der Große auf der Schallburg. FOTO: VOTAVA

Monroe wollte mit seiner Doktrin Invasionen verhindern

Der Unterschied zur Breschnew-Doktrin / Von Heinz Barth

Groß, weit verbreitet, vor allem aber erkünstelt ist die Aufregung über angebliche Einmarschpläne der USA in Nicaragua, das dem Dollar-Imperialismus der Monroe-Doktrin unterworfen werden sollte. Es ist schwer faßbar, daß die Sorge des überwiegenden Teils der westlichen Medien sich hartnäckig auf das konzentriert, was die USA in Zentralamerika nicht getan haben und nicht tun werden, während gleichzeitig das Schreckensregiment kaum erwähnt wird, das die Sowjetunion seit bald fünf Jahren in Afghanistan unterhält.

Die Breschnew-Doktrin, 1968 erfunden, um die „brüderliche Hilfe“ des Prager Einmarsches zu rechtfertigen, zeichnet ihre Blutsprache über das Land am Hindukusch. Der Widerspruch dagegen ist zu einer Routineübung der UNO-Vollversammlung gekommen. So drängt sich eine Untersuchung der Breschnew-Doktrin im Vergleich mit der bekanntesten Doktrin der anderen Weltmacht, der Monroe-

Doktrin, auf. Als John Quincy Adams, damals Außenminister und später Nachfolger von James Monroe, 1823 die nach seinem Präsidenten benannte Doktrin formulierte, war die Asche des von den Engländern angezündeten Weißen Hauses noch nicht lange erkaltet. Kaum jemand weiß noch, daß die Monroedoktrin ein antikolonialistisches Dokument war, aus der Abwehr gegen die Bedrohung der panamerikanischen Unabhängigkeit durch die europäischen Mächte entstanden. Sie richtete sich übrigens speziell gegen die Ansprüche, die Rußland auf die Küste Oregons und des nördlichen Kalifornien erhob.

Im Gegensatz zum Expansionismus der Breschnew-Doktrin beharrte Monroes Aufruf zur amerikanischen Solidarität auf der Defensive, nämlich der Verteidigung des Kontinents gegen die Eingriffe fremder Staaten in die Hemisphäre. Diese Idee, die Theodore Roosevelt imperialistische Ausfälle

überdauerte, ist bis heute das (wenngleich manchmal vernachlässigte) Leitmotiv der Organisation Amerikanischer Staaten geblieben. Nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges beschloß die Außenministerkonferenz der Amerikaner 1939 in der „Erklärung von Panama“ einen Sicherheitsgürtel von dreihundert Seemeilen, um die Hemisphäre gegen militärische Bedrohung von außen abzusichern.

Durch Fidel Castro, der in der Kuba-Krise die Welt fast in die nukleare Katastrophe gezogen hätte, wurde das Konzept panamerikanischer Solidarität, von dem die Monroe-Doktrin ausging, zu einer Leerformel degradiert. Präsident Kennedys „Siege“ in der Raketenkonfrontation mit Chruschtschow erwies sich bald als eine propagandistisch verkleisterte Niederlage. Den Rat Achesons und anderer erfahrener Staatsmänner, die nicht als Falken gelten konnten, ignorierte, begnügte er sich mit der Entfernung der russischen Raketen

IM GESPRÄCH Rudolf Scharping

Keine Rollenprobleme

Von Joachim Neander

Der junge Mann wurde am Samstag 37. Und doch will es vielen im Lande Rheinland-Pfalz so scheinen, als sei die Nominierung Rudolf Scharpings zum künftigen SPD-Landesvorsitzenden, Fraktionschef und (logischerweise) auch Spitzenkandidat für 1987 so etwas wie eine überfällige Entscheidung. Hat er nicht längst alle Fäden in der Hand?

Ein überdurchschnittlich scharfer Intellekt, eine geräuschlos zielbewußte Art, ein starkes Selbstbewußtsein und die Lust an brillant-ironischer Formulierung haben den schlanken, stets elegant und gänzlich „alternativ“ gewandten Berufspolitiker mit dem gepflegten Bart wie von selber in eine Schlüsselposition in seiner Partei gehoben. Die Ämter, die er bereits jetzt innehat (Bezirksvorsitzender der SPD Rheinland/Hessen-Nassau und parlamentarischer Geschäftsführer der Landtagsfraktion) sind nur Chiffren für Einfluß, der weit darüber hinausgeht.

Aber Scharping ist überdies, wie er meint, falsche Bild des kühlen Rationalisten, der direkt – und gar mit einem neomarxistischen geprägten Bild von Politik – von der Universität in die politische Profession gehastet sei, um Karriere zu machen (dies werfen ihm auch manche unter seinen Parteifreunden vor), höchst unglücklich. Studiert hat er in Bonn; Politikwissenschaft, öffentliches Recht und Soziologie. Das Magisterexamen hat er 1974 bei Karl Dietrich Bracher abgelegt – ob das vielleicht ein Neomarxist sei?

Daß Scharping über dem politischen Aufstieg, an dessen Wegstrecke auch die eine oder andere Feindschaft zurückgeblieben sein mag, das Leben nicht vergißt, kann er beweisen. Seit zehn Jahren ist er z. B. Vorsitzender der SG Eintracht Lahnstein, eines erfolgreichen Fußballvereins mit 800 Mitgliedern. Auch selbst spielt er noch gelegentlich. Nur die Leichtathletik, Spezialität Speerwerfer, hat er aufgegeben. Viele Jahre saß er im Stadtrat von Lahnstein. Heute noch ist er dort Kreisvorsitzender beim Roten Kreuz und im Schulausschuß einer berufsbildenden Schule. Die Familie, Frau



Auf einmal häuften sich die Aufgaben: Scharping FOTO: DPA

und drei Kinder, kommen auch nicht zu kurz. Wie er das schafft, fast täglich die hundert Kilometer zwischen Lahnstein und der Landeshauptstadt entweder im InterCity oder im Auto hin- und herpendelnd, darüber wundern sich sogar die engsten Freunde. Und nun werden ihn die Genossen, wie es aussieht, sogar noch aufordern, für einen Sitz im SPD-Bundesvorstand zu kandidieren.

Scharping weiß, daß er dann das eine oder andere werden müssen. Er dränge sich nicht nach Macht, sagt er. Die Kandidatur zum Landesvorsitzenden anstelle des wegen Krankheit ausscheidenden Hugo Brandt sei regelrecht auf ihn „aufgefallen“. Daß er bis zur Amtseinführung im Herbst 1985 noch so lange als Juniornachfolger neben Brandt amtierend muß, schreckt ihn selbst weniger als vielleicht andere. Er habe keine Rollenprobleme.

Daß Rudolf Scharping an der Spitze der rheinland-pfälzischen SPD eine Art Linksruck bedeuten wird, zumindest in den Augen des politischen Gegners, kann auch er nicht bestreiten. Die natürlich auf ihn zukommende Frage nach dem Verhältnis zu den Grünen schließt er dagegen weit weg: „Erstens steht das noch lange nicht zur Debatte. Zweitens: Ich sehe bei den Grünen in diesem Land noch nicht einmal Konturen.“

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Königliche Hundschau

Sie kommentiert einen Bericht des nordrhein-westfälischen Landtagsausschusses über die Inhaftierung der Dänemarks-Regierung.

Was der Landesbeauftragte für den Datenschutz ermittelt, ist so schlimm, daß sich normalerweise der Gedanke an einen freiwilligen Rücktritt des Ministers aufdrängt hätte. In jedem Fall, dieser Minister hat sich öffentlich vergaloppiert – und wie... Wer Fehler anspricht – so wie hier der „Spiegel“ es getan hat –, darf sich nicht wundern, wenn er sich und seine Helfer damit bloßstellt. Nur, der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen ist kein Lausbengel auf der Schulbank mehr. Das Land hat einen Anspruch darauf, daß wirklich genau geprüft wird, wen hier der Vorwurf von Fehlhandlungen trifft. Eine Behörde, die für den Datenschutz in Nordrhein-Westfalen verantwortlich ist, kann die gegenwärtigen Vorwürfe nicht auf sich sitzen lassen.

BADISCHE ZEITUNG

Das Freiburger Blatt geht auf die Katastrophe in Indien ein:

Die Katastrophe in Bhopal muß nicht nur wegen ihres Ausmaßes Befremdung auslösen. Wieder einmal hat „die Technik“ versagt, auf die sich der Mensch leichtsinnig verlassen hatte. Und doch scheint die Ursache des folgenschweren Unglücks nur vordergründig jenes undichte Ventil zu sein, durch das die Gaswolke ins Freie strömte und Hunderte von Menschen vergiftete. Indien hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten

in nahezu beängstigendem Tempo zur Industrienation, zur Atom- und Weltraumnation entwickelt. Der technische Fortschritt kollidierte jedoch nicht nur mit der komplizierten sozialen Struktur dieses Vielvölkerstaates, sondern auch mit einem verbreiteten Phänomen der wachsenden Bürokratie und dem Hang zur Schlampe.

WESTFALENPOST

Die Hagenener Zeitung meint zum EG-Gipfel:

Was die Fachminister in wochenlangem Feilschen nicht fertig brachten, sollen nun die Regierungschefs in zwei Wochen schaffen, nämlich den Spaniern und Portugiesen termingerecht den Einzug in die EG ermöglichen. Eigentlich sind solche Konferenzen auf höchster Ebene dazu gedacht, große politische Ziele abzustecken.

LIBERATION

Die Pariser Zeitung vergleicht sich dem Nord in einem Feuilleton Artikel mit Neukaledonien:

Die korsischen Nationalisten glauben ebenso wie die Kanaken nicht mehr an den Sieg der Linken bei den Parlamentswahlen im Jahr 1986. Sie sehen schon die Rückkehr der Rechten am Horizont heraufziehen und wollen vorher noch ein Maximum an Forderungen durchsetzen. Für Korsika ist noch nicht von Selbstbestimmung die Rede, sondern nur von der Anerkennung politischer Fakten. Die korsischen Extremisten stellen mit Bitterkeit fest, daß nach Neukaledonien ein Politiker, Edgar Pisani, entsandt wurde, während man nach Korsika einen Polizisten, Robert Brousard, geschickt hatte.

In Dublin Castle herrscht noch der alte Geist

Gipfelfreffen in Dublin, das ist hart. Ja, fast unüberwindliches Hindernis. Doch der EG-Partnern ist moderater als in Athen und Fontainebleau.

Von HORST STEIN

Nach am Vormittag, zu Beginn der zweiten Dubliner Gipfelrunde, wollte gestern keiner die Prognose wegen Abgesehen von Annäherungen in Details, die ihrerseits jedoch wieder um Akkorde in anderen Bereichen voraussetzen, abgeben. Und, was man bis dahin praktisch nicht vorantreiben konnte.

Griechen und Italiener beharren kategorisch auf einem opulenten Mittelmeerprogramm, wo die Deutschen nur „einen Anfang setzen“ wollten; und die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft um Spanien und Portugal schien wie eine fata Morgana über dem anderen Ufer eines unermeßlichen Weinsees zu schweben. „Die übliche Gipfelhektik“, kommentierte Helmut Kohl, „bei der es am Anfang immer wild hin- und hergeht.“

Der Bundeskanzler, im Ton gelassen-kämpferisch, wirkte nach einem lästigen Konferenztag und gerade erst aus Washington zurück, erstaunlich konditionsstark, als er sich nach dem ohlgelagerten Kammergespräch der Zehn in einem Salon des Berkeley Court Hotels am Montag um die „EG-Geisterstunde“ (so Kohl) zum Plausch niederließ.

Silberstreif-Semantik war an diesem Tag nicht seine Sache, im Gegenteil. Kohl will zwar die politische Union aber er hat keine Illusionen darüber, daß sich die Geister scheiden werden, wenn „der Tag der Wahrheit“ gekommen ist. Was da anklang, erinnert an das Konzept von einem Europa der zwei Geschwindigkeiten, das nicht allen EG-Partnern behagt. So hatte Großbritannien Regierungskollegen Thatcher unmittelbar vor dem Gipfel im französischen Avignon noch einmal unmißverständlich klargemacht, daß sie davon nichts hält.

Überhaupt Maggie Thatcher. Irretwegen vor allem sah es in der irischen Hauptstadt wie in einem bürgerkriegsbedrohten Lande aus. Die Straßen der Innenstadt rings um das Dublin Castle waren weitläufig abgesperrt. Anwohner und Konferenzgäste durften nur mit Sonderausweisen passieren. Auf den Dächern ringsum hatte Irlands oberster Sicherheitschef Scharfschützen postiert. Die „Dublin Times“ wollte so erfahren haben, daß der Flughafen zusätzlich mit Boden-Luft-Raketen geschützt worden sei. Der Terror in Nordirland in der zu Großbritannien zählenden Provinz Ulster, hat auch im Süden der Insel die Gemüter in Wallung gebracht. Die letzte Auflage der Dubliner Parlamentsprotokolle mußte eingestampft werden, weil ein Drucker – vorsätzlich, wie man argwöhnt – statt „British Prime Minister“ „Britshitt Prime Minister“ gesetzt hatte. Ein arger Tort, der nicht optimistisch stimmte.

Auch andere Beobachtungen stimmten eher pessimistisch: das martialisches Feldgeschrei aus den nationalen Lagern am Vorabend des

Gipfelfreffens, dem 30. übrigens, seit es den Europäischen Rat gibt; ebenso die Attacken auf den Gastgeber und gegenwärtigen Ratsvorsitzenden Garret FitzGerald. Irlands Regierungschef, Taoiseach (gesprochen: Tischock), wie die Iren ihren Ministerpräsidenten nennen, wurde in englischsprachigen Blättern unverhüllt vorgeworfen, daß er eigentlich unfähig für sein hohes Gemeinschaftsamt sei. Idealismus und Hingabe, ja, die wolle man ihm gerne attestieren. Nicht eben förderlich und ermunternd für das Gipfelklima.

Bundeskanzler Kohl freilich stellte fest, daß der Umgang miteinander, die Atmosphäre angenehmer geworden seien – bei aller Deutlichkeit, zuweilen wohl sogar Heftigkeit in der Pointierung der eigenen Positionen. In Athen und Fontainebleau, so bestätigten Delegationsmitglieder, sei der Ton doch viel aggressiver gewesen.

Ist es die fortschreitende Eurosklerose oder ein müder um sich greifender Euro-Gib, der die Herren im mittelmäßig blauen Konferenzzwirn sanfter stimmt? Man weiß es nicht.

Gewiß können die politischen Gipfelprofis mittlerweile auf eine gründliche Routine in Ratstagen zurückgreifen. Die dramatischen Raffungen und Dehnungen wie die choreographischen Sequenzen sind mittlerweile auch ihnen geläufig; ihren Öffentlichkeitsarbeitern schon allemal. So gilt es ihnen bereits als Nachricht, wenn die Regierungschefs den Beratungsfahrplan des Gipfels akzeptieren, obwohl jedermann weiß, daß das noch lange nichts besagen muß.

Im konkreten Fall traf das ausnahmsweise sogar zu, weil schon der Punkt eins der Tagesordnung, die wirtschaftliche und soziale Lage in den EG-Staaten, den Bonnern Gelegenheit gab, mit dem eigenen Beispiel für ein energiegelichtes Vorgehen gegen Inflation und Jugendarbeitslosigkeit zu werben. Auch das Thema Umweltschutz, wemlich nur kurz gestreift, kam der deutschen Delegation gelegen. Der Gipfel beschloß, auf der nächsten Ratstagung in Brüssel die Problematik ausföhrlicher zu erörtern. Ein „gewachsenes Umweltbewußtsein“ stellten die Bonner schon jetzt fest, verglichen jedenfalls etwa mit dem Stuttgarter Gipfel, wo man noch auf „gähnendes Interesse“ gestoßen war. Und zum Ausbau der europäischen Institutionen hat man immerhin einen Fahrplan festgelegt, der beim übernächsten Rat, wohl im Juni, dann schon unter italienischer Präsidentschaft, wenn möglich in Beschlüsse münden soll.

Bonn scheint freilich entschlossen, diesen Prozeß mit der Frage nach dem Verteidigungsbeitrag der EG-Partner zu verknüpfen. Es geht ja wohl nicht an, daß die einen nur Handel trieben und sich ihre Sicherheit von den anderen organisieren ließen. Die Zeiten des naiven deutschen Zahlmeisters sind also vorbei. Deshalb irte auch, wer darauf spekulierte, daß die Bundesregierung unter dem Druck einzelner EG-Partner das Junktim preisgeben könnte zwischen Süderweiterung und Aufstockung der Gemeinschaftsmittel – „selbst wenn die EG in Geldnöte gerät“.



Die Giftwolke holte ihre Opfer ein: Helfer tragen Leichen in Bhopal zusammen

FOTO: AFP

Die Überlebenden fürchten das „Machwerk des Teufels“

Mindestens 500 Menschen sind der Giftgas-Katastrophe im indischen Bhopal bisher zum Opfer gefallen. Vor allem die Stummbevölkerung ist betroffen. Und unter ihr kursieren die schlimmsten Gerüchte. Denn anders als Naturkatastrophen ist den Menschen dieses Unglück unheimlich.

Von PETER DIENEMANN

Schiwa, erhöre uns, halte ein mit dem Unglück, das Du über uns und unsere Kinder gebracht hast“, beten seit Montag Zehntausende von gläubigen Hindus. Die Gebetsglocken in den Dutzenden von Schiwa-Tempeln, deren Klang „Schiwa“, den Hindu-Gott der Zerstörung, besänftigen soll, schwingen unaufhörlich.

Das Giftgas-Unglück in der Millionenstadt Bhopal ist für die meisten der dort Lebenden bis heute unbegreiflich. Es ist eben nicht eine jener Naturkatastrophen wie Wirbelstürme, Fluten und Dürren, die seit Jahrtausenden einen festen Bestandteil im Leben der Hindus bilden. Katastrophen, die von den Göttern vorherbestimmt sind und in die man sich fügen muß. Doch der schleichende Tod in Form einer giftigen Gaswolke, der Tausende nachts im Schlaf überraschte, der 500 tötete und weitere mindestens 20 000 verletzte, ist für die Inder neu, „ein Machwerk des Teufels“, wie ein Tempelpriester am Dienstag den Gläubigen erklärte.

Die Stadt Bhopal, im zentralindischen Bundesstaat Madhya Pradesh gelegen, ist noch immer überschwemmt von Menschen, die auf Lastwagen, in Autos, auf Fahrrad, Rikschas und zu Fuß, mit wenigen Habseligkeiten beladen, hinausflüchten auf flache Land in Dörfer und benachbarte Städte. Sicherheit vor der Giftgaswolke suchend. Gerüchte haben sich in der Stadt breitgemacht: „Wir müssen alle sterben“, oder „Ein

anderer Tank ist undicht geworden“, ist da zu hören. Gerüchte, gegen die auch der lokale Sender des staatlichen indischen Rundfunks, All India Radio, vergeblich ankämpft. Jede Stunde rufen die lokalen Politiker über den Äther zur Ruhe auf, beschwören die Bevölkerung, in den Häusern zu bleiben.

Eine Art Massenpsychose scheint vor allem die arme, ungebildete Bevölkerung ergriffen zu haben. Für sie sind Begriffe wie Chemiefabrik, Giftgas oder Methylisozyanid (MIZ) Wörter aus einem fremden Vokabular. Und ausgerechnet die Armen und Untprivilegierten, die in Slums und Hütten in unmittelbarer Umgebung der Chemiefabrik lebten, waren die ersten, die jenen tödlichen Geruch des Gases nach frischem Heli als erste verspürten. Hustenreiz, Atemnot, Schmerzen in der Brust waren die ersten Symptome der Vergiftung, die für bisher mindestens 500 Menschen mit dem Tod endete.

Wer Montag nacht rechtzeitig die Gefahr erkannt hatte – und das waren die wenigsten –, versuchte sich ins nächste Krankenhaus zu retten, mitten in der Nacht, ohne Transportmittel, kaum bekleidet und allzuoft vergeblich. Über 200 starben auf den Straßen, die Gaswolke war schneller als sie. Die Flut der einströmenden Opfer hatte das Personal der Krankenhäuser von Bhopal hoffnungslos überfordert. Und erst nach mehr als zwölf Stunden konnten die lokalen Behörden Ordnung in Aufnahme und Behandlung mit eiligst herbeigerufenen ärztlicher Verstärkung schaffen.

Für die knapp eine Million Einwohner Bhopals hatte die Fabrik in einer denkbar ungünstigen Lage inmitten eines dichtbesiedelten Gebietes und in unmittelbarer Nähe eines Slums bisher die eine Gefahr bedeutet. Seit ihrer Inbetriebnahme 1977 hatten zwar zwei Betriebsunfälle, ebenfalls wegen austretenden Giftgases, in den Jahren 1981 und 1983 zehn Todesopfer gefordert. Doch für die Fabrikarbeiter und die wenigen Bewohner

Bhopals, die davon erfahren hatten, waren dies Unfälle, wie sie täglich zu Dutzenden in indischen Fabriken geschehen.

Und auch jetzt beeilte sich ein Sprecher des Fabrikeigentümers, der multinationalen „Union Carbide“ in Bombay, zu versichern, daß der Chemiekomplex „absolut sicher“ betrieben worden sei. Die unterirdischen Lagertanks – aus einem von ihnen konnte Montag nacht das tödliche Gas entweichen – seien mit allen nur erdenklichen Sicherheitsvorkehrungen ausgestattet. Wie das Unglück nun tatsächlich geschehen konnte, dafür hatte der Firmensprecher keine Antwort. Offensichtlich aber wurde die Lagertemperatur des bis zu 21 Grad flüssigen Gases überschritten, dann, in Gasform, entwickelte es hohen Druck, ein Ventil platzte, und statt – wie für den Notfall vorgesehen – durch ein Neutralisierungsbad entwich das Gas direkt in die Luft.

„Schnell und tödlich wirkt Methylisozyanid“, erklärt ein Facharzt in Neu-Delhi die Wirkung jenes Giftes, das im Ersten Weltkrieg sowohl von deutscher als auch von amerikanischer Seite in Frankreich eingesetzt worden war. Das Gas verteilte sich rasch in der Atmosphäre, rufe beim Menschen einen „Hunger nach Sauerstoff“ hervor. Nach kurzem Einatmen treten außer Schädigungen der Atemwege auch Hirnschäden auf, es folgt eine starke Unruhe und schließlich der Erstickenstod.

Die Fabrik war zur Eröffnung 1977 als ein Meilenstein in der Entwicklung der strukturschwachen Region Bhopal und als Anbieter von vielen hundert Arbeitsplätzen hoch gelobt worden. Jedes Jahr wurden dort seit dem 2500 Tonnen Insektizenthermizid produziert. Kein Gedanke wurde darauf verschwendet, daß bereits zwei Teile MIZ in hundert Millionen tödlich wirken. Weltweit gibt es nur noch eine Chemieanlage in West-Virginia in den USA, wo mit dieser Substanz gearbeitet wird.

Die Türken stürzen sich auf ihre Bosphorus-Brücke

Die Brücke zwischen Asien und Europa wird seit dieser Woche „verkauft“. Jeder Türke kann Miteigentümer werden und durch seinen Beitrag mithelfen, eine zweite Brücke über den Bosphorus zu finanzieren. Es ist der Start zu einem breiten Privatisierungsprogramm.

Von E. ANTONAROS

O h sie die schönste Brücke der Welt ist, wie viele Istanbuler meinen, ist Geschmackssache. Die profitabelste ist sie aber ganz gewiß. Die 1973 fertiggestellte, nach Staatsgründer Kemal Atatürk benannte und 1071 Meter lange Bosphorus-Brücke, die, an gewaltigen Drahtseilen hängend, Europa mit Asien verbindet, ist zu einem tollen Geschäft für den Fiskus geworden: Bereits 1978 waren die Baukosten bezahlt, seither verdient der türkische Staat kräftig an den Überquerungsgebühren: für jeden einfachen Pkw umgerechnet drei Mark.

Nun soll jeder Türke die Möglichkeit bekommen, vom Brückenerfolg zu profitieren. Seit Anfang der Woche verkauft der Staat Einkommenszertifikate mit ungewöhnlich hohen Zinsrenten – sie machen bis zu 78 Prozent jährlich aus – an die nach wie vor von hohen Inflationsraten geplagten Türken.

„Mit so einer Nachfrage hatten wir nicht im Traum gerechnet“, sagte gestern ein Sprecher der „Türkiye Is Bankasi“, die die Emission der begehrten Zertifikate übernommen hat. Lange Schlangen bilden sich vor den Geschäftsstellen dieser größten Bank der Türkei: Zertifikate im Gesamtwert von etwa 71 Millionen Mark sollen an den Mann gebracht werden, wobei durch eine in der Höhe begrenzte Zuteilung eine große Streuung garantiert werden soll.

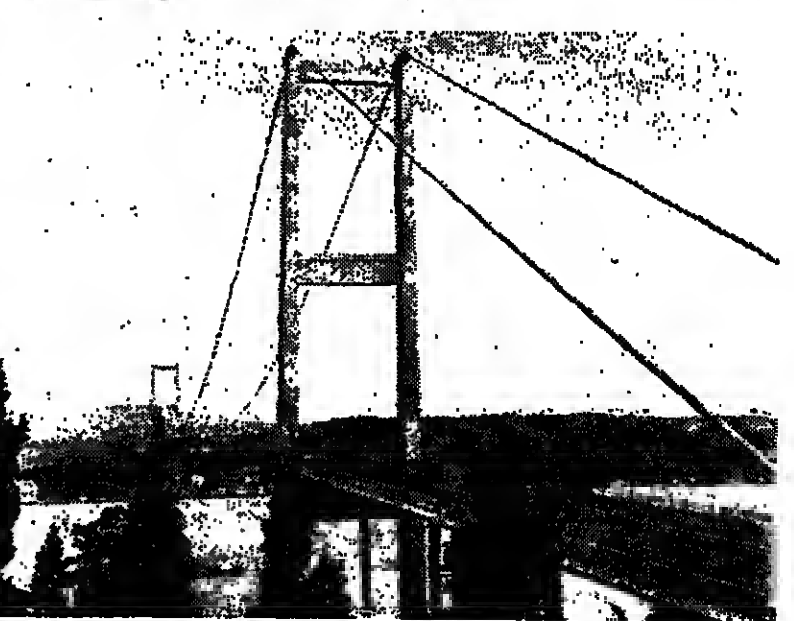
Daß jeder Türke nunmehr Anteilhaber an der Brücke werden kann, hat er Ministerpräsident Turgut Özal zu verdanken: Der konservative Politiker hatte bereits vor seinem Wahlsieg im November 1983 die „Privatisierung“ der Brücke und vieler anderer Staatsfirmen angekündigt. Vor einigen Wochen hatte er bestätigt, daß seine Regierung die Privatisierung „verkaufen“.

von mehr als 250 Staatsbetrieben in Angriff nehmen möchte. Der Brücken-„Verkauf“ ist nur der Anfang. Ab Januar soll es richtig losgehen.

Ob sich für andere Firmen aus dem Staatsbesitz genauso viele Interessenten wie für die Brücken-Zertifikate finden werden, ist allerdings offen. Denn die meisten Unternehmen dieser Art sind hoch verschuldet, nur bei den wenigsten bestehen Aussichten auf Gewinn. Anders bei der Bosphorus-Brücke: Den Zertifikatsbesitzern hat der Staat ein Zinseinkommen zugesichert, das bei Papieren mit dreijähriger Laufzeit im dritten Jahr 68 Prozent des zunächst investierten Betrages ausmachen und dazu noch steuerfrei sein wird. Wer sich sogar auf fünf Jahre festlegt, kann im fünften Jahr mit 78 Prozent rechnen.

Solche satten Gewinne garantiert der türkische Staat mit einem Hintergedanken: Die Einnahmen aus dem Verkauf der Einkommenszertifikate sollen für den Bau einer zweiten Brücke verwendet werden. Die Planer der ersten Brücke hatten sich nämlich verkalculiert: Die unter Beteiligung der deutschen Firmen Dyckerhoff und Widmann gebaute Brücke sollte erst 1992 mit täglich 120 000 Fahrzeugen ausgelastet werden. Aber diese oberste Grenze war bereits 1983 mit insgesamt 36 Millionen Fahrzeugen erreicht worden.

Die Bauarbeiten an der zweiten Brücke sollen im März nächsten Jahres beginnen, eine Fertigstellung des Projekts ist für Ende 1988 vorgesehen. Der Konstrukteur steht allerdings noch nicht fest. Amerikanische, japanische und britische Baugiganten bemühen sich um den Großauftrag, dessen Gesamtkosten auf 1,3 Milliarden Mark beziffert werden. Ein Bankenkonsortium unter Beteiligung der Dresdner Bank soll die Finanzierung übernehmen. Der Erfolg der ersten Brücke, die zum wichtigsten Bindeglied zwischen Europa und Asien geworden ist, hat Baufirmen und Banken hungrig gemacht. Angeblich verlangen sie von den türkischen Behörden, daß die lukrativen Einnahmen aus dem Betrieb der Brücke für einige Jahre an sie abgetreten werden. Özal will aber auch die zweite Brücke an seine Landsleute „verkaufen“.



Eine „Goldgrube“: Die Kemal-Atatürk-Brücke über den Bosphorus

FOTO: DPA

Dipl.-Ing. Kaiser baut Anlagen im Ausland. Wer kümmert sich zu Hause um seine Geldanlage?



Seit Monaten lebt Georg Kaiser in Saudi-Arabien. Sein Job ist hart: Tag für Tag Staub und brütende Hitze. Aber es lohnt sich. Während er mit seinen Männern ein Werk aus der Wüste stampft, wächst zu Hause sein Vermögen. Rechtzeitig vor der Abreise setzte sich Herr Kaiser mit unseren Anlageberatern zusammen, präzisierte seine Möglichkeiten und Erwartungen. So konnten wir ihm Anlagevorschläge nach Maß machen. Als „Mann vom Bau“ entschied sich Dipl.-Ing. Kaiser für unseren offenen Immobilienfonds, der bringt Wertzuwachs, sichere Erträge und interessante Steuervorteile. Wie vereinbart erwerben wir für unseren Kunden jeden Monat neue Fondsanteile. Seine Vermögensverwaltung ist damit genauso wie die Betreuung des laufenden Kontos in guten Händen. Denn wir bieten zur guten Beratung den umfassenden Finanzservice aus einer Hand: unser Verbund-Angebot.

Der Verbund: Alles aus einer Bank. Der Verbund ist der Zusammenschluß aller Volksbanken und Raiffeisenbanken, ihrer regionalen Zentralbanken, der DG BANK und führender Spezialinstitute der Finanzwirtschaft. Der Verbund hilft Ihnen, Ihre Geldangelegenheiten bequem und überschaubar zu erledigen und mehr aus Ihrem Geld zu machen. Und dies überall, denn die

Volksbanken und Raiffeisenbanken haben mit 19.667 Bankstellen das größte Bankennetz in Deutschland.

Ihre Sache ist unsere Sache.

Volksbanken und Raiffeisenbanken sind genossenschaftlich organisiert: 9,7 Millionen unserer Kunden sind zugleich Bank-Teilhaber und haben Mitspracherecht. Partnerschaft ist unser Prinzip und einer der Gründe, warum wir eine so erfolgreiche Bankengruppe geworden sind.

DG BANK
Deutsche
Genossenschaftsbank

8 regionale
Zentralbanken

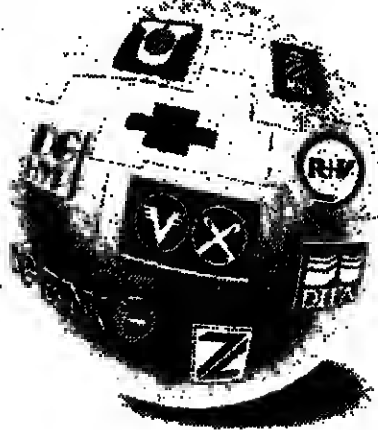
Bausparkasse
Schwäbisch Hall

DG HYP
Deutsche
Genossenschaftsbank
Hypothekenbank

DIFA
Deutsche
Immobilien Fonds AG

Münchener
Hypothekenbank eG

R + V Versicherung
Union-Investment-
Gesellschaft



V X Volksbanken Raiffeisenbanken

Wir bieten mehr als Geld und Zinsen.

War nicht Rohde, sondern Minister Schnoor gemeint?

WILM HERLYN, Düsseldorf
Die notdürftige Erklärung des nordrhein-westfälischen Regierungssprechers, Helmut Müller-Reinig, ist eher als Stoßseufer zu deuten. „Erwiesen“, so sagte er, „ist damit nichts.“ Müller-Reinig meinte den für die Regierung peinlichen Bericht des Landesbeauftragten für Datenschutz, Heinrich Meyer, über die Indiskretion zum Fall Rohde, der zusehends zur Affäre wird, mit der Überschrift „Schlamperei im Umgang mit persönlichen Akten im Innenministerium“.

„Einen eindeutigen Hinweis dafür, aus welcher Quelle die Informationen des Nachrichtenmagazins stammen, haben die Ermittlungen nicht ergeben“, schlussfolgerte der Sprecher. Dem steht aber Meyers Aussage gegenüber: „Der Verdacht bleibt, daß die Informationen des Nachrichtenmagazins aus dem Innenministerium stammen.“ Mehr konnte Meyer auch nicht feststellen, da er nicht die Befugnis erhielt, Bedienstete des Ministeriums von Herbert Schnoor zu vernehmen. Doch sind seine Erkenntnisse erschreckend genug.

Als der „Spiegel“ am 22. Oktober aus Korrespondenzen aus der Personalakte des damaligen Regierungspräsidenten von Düsseldorf und gerade frisch gekürter FDP-Spitzenkan-

didaten Achim Rohde zitierte, wies Innenminister Herbert Schnoor noch am gleichen Tage die Vorwürfe zurück, die Indiskretionen stammten aus seinem Ministerium. Das Magazin hatte den Eindruck zu erwecken versucht, Rohde habe noch zu seiner Zeit als Regierungspräsident unlauter 20 000 Mark von der „Ferdinand-Lentjes-Stiftung“ erhalten und erst dann zurückgezahlt, als die Spitzenkandidatur der FDP auf ihn zulief.

Rohde konnte aber anhand von Schecks und Überweisungen dokumentieren, daß er diese Vergütung, die sein damaliger Dienstherr Schnoor kannte, sofort der Stiftung zurückgegeben hatte, als rechtliche Bedenken auftauchten. Damit nahm er einer möglichen Kampagne die Spitze, und selbst „Spiegel“-Redakteure gestanden Rohde gegenüber ein, sie könnten wohl von ihren Informanten getäuscht worden sein. Über eine ganz andere Zielrichtung der Indiskretion zerbrehen sich auch führende Sozialdemokraten die Köpfe. Es heißt, nur „nebenbei“ sollte der FDP-Mann Rohde getroffen werden, die eigentliche Zielscheibe sei Schnoor selbst.

Denn dem linken Parteiflügel ist Schnoor mehr als nur ein Dorn im Auge. Der Innenminister habe nur sein Haus anerkanntermaßen so gut

im Griff, daß der Einfluß der linken Genossen gleich Null sei. Vor allem aber zeige sich in den politischen Äußerungen Schnoors, daß er keineswegs gewillt sei, den Öffnungskurs der SPD zu den Grünen hin mitzumachen.

Nicht von ungefähr komme die öffentliche Replik Schnoors auf die Ankündigung des stellvertretenden SPD-Landesvorsitzenden Christoph Zöpel, der die Grünen durchaus als Partner ansehe. Schnoor dagegen stellte sehr bestimmt fest, die SPD dürfe mit kleinen Splittergruppierungen wie den Grünen oder der FDP nicht verhandeln. Ein führender Sozialdemokrat meinte, es sei durchaus denkbar, daß die eigenen Genossen das Ansehen Schnoors in der Partei herabsetzen wollten, um auch dessen Einfluß auf Rau zu mildern. Schnoor war vor seiner Berufung als Innenminister Raus Staatssekretär in der Staatskanzlei.

Um die Quelle der Indiskretion zu orten, bat Rohde – wie einen Tag später auch Ministerpräsident Johannes Rau, der sich hinter Schnoor stellte – den Datenschutzbeauftragten Meyer um Hilfe. Meyer fand nun heraus, daß entgegen den Äußerungen von Ministerpräsident Rau vor dem Plenum des Landtages am 24. Oktober die Akten unter Verschluss beim zustän-

digen Gruppenleiter gelegen hätten, daß die Stütungs-Akte in der Registratur der Abteilung I des Innenministeriums offen in einem Regal für Wiedervorlagen aufbewahrt wurden.

Meyer: „Jeder Bedienstete der Abteilung I hatte während der höheren und gehobenen Dienst auch außerhalb der Dienstzeit, Zugang zu der Registratur und kann Einsicht in die Stütungs-Akte genommen und das Nachrichtenmagazin über den Schriftwechsel unterrichtet haben.“ Rau hingegen hatte erklärt, Schnoor habe ihm mitgeteilt, daß es „für den Umgang mit den Personalakten im Innenministerium besondere Sicherungsmittel gibt“. Rau weiter: „Wenn die Akten nicht zur Bearbeitung benötigt wurden, lagen sie unter Verschluss beim zuständigen Gruppenleiter.“ Schnoor habe ihm erklärt, er schließe es aus, daß diese Akte Informationsquelle des „Spiegel“ gewesen sei: „Ich habe keinen Anlaß zum Zweifel an dieser Erklärung.“

Im Gegensatz zu diesen Behauptungen kommt Heinrich Meyer allerdings zu der Feststellung, daß die gesamte Nebenaktivitätsakte von Rohde in der Zeit vom 28. Oktober 1983 bis zum 22. Oktober 1984 (dem Zeitpunkt der Veröffentlichung des „Spiegel“, die Red.) in einem Schrank im Büro des persönlichen Referenten

von Schnoor aufbewahrt wurde. Er stellte bei seinen Untersuchungen außerdem fest, daß der Innenminister, der innerhalb der Landesregierung für den Datenschutz zuständig ist, erhebliche Mängel in der Datensicherung zu verantworten habe.

In seinem Prüfbericht schreibt Meyer: „Die Prüfung der Aktenhaltung der Abteilungen I und II des Innenministeriums hat ergeben, daß die bisherigen Vorkehrungen nicht ausreichen. Ich habe entsprechende Maßnahmen zur Besserung der Datensicherung empfohlen.“ In diesem Zusammenhang klagte Meyer darüber, daß er nur in begrenztem Umfang die Möglichkeit gehabt hätte, den Sachverhalt aufzuklären.

Helmut Müller-Reinig meinte, Innenminister Schnoor sei „nicht in der Lage, den öffentlichen Beweis dafür anzutreten, daß die Informationen nicht aus seinem Hause stammen“, denn die Akten würden nun einmal im Innenministerium geführt. Er warnte die FDP, sie sei gut beraten, die Mitarbeiter des Innenministeriums nicht in ein Zwielicht zu bringen, sondern die Bewertung des Berichtes dem Landtag zu überlassen. Der Hauptausschuß des Parlaments wird sich mit diesem Vorgang noch befassen.

Auf Kosten des Konsums steigt der Militäretat

Subventionen für Mieten dramatisch angestiegen

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Nach dem Motto „Raketen, aber auch Brot und Spiele“ muß die „DDR“ im Jahr 1985 die Quadratur des Kreises versuchen: Unter sowjetischem Druck steigen die Ausgaben für die Volksarmee und den Bau sowjetischer Raketenbasen erstmals über die 13-Milliarden-Grenze. Der Zuwachs liegt mit 6,7 Prozent deutlich höher als das Plus von 2,4 Prozent im Bonner Verteidigungshaushalt. Auch der Ausbau der „modernen Grenze“ nach dem Abbau der Todesautomaten kostet einen dreistelligen Millionenbetrag. Dieser Etatposten wächst auf 5,027 Milliarden nach 4,7 Milliarden 1984.

Die SED-Spitze muß versuchen, im kommenden Jahr jedem gerecht zu werden, weil im April 1986 der SED-Parteitag mit der Wiederwahl Erich Honeckers ansteht. Er war 1971 als Nachfolger von Walter Ulbricht mit dem Versprechen angetreten, die Hebung des Lebensstandards zur „Hauptaufgabe“ zu erklären und sich

Daß die Mitteldeutschen weiterhin um die unmittelbar meßbaren Erfolge ihrer 43,5-Stunden-Woche gebracht werden und jeder Zuwachs in großen Teilen auch ins Militärbudget fließt, offenbarte kürzlich ein enger Freund von Honecker, Generaloberst Heinz Kessler. Als oberster Polit-Chef der Volksarmee sagte er am 27. November vor dem Kollegium des Verteidigungsministeriums: „Unsere Werkstätten erbrachten einen Zuwachs an Nationaleinkommen (im laufenden Jahr 1984, d. Red.), der es nicht nur ermöglichte, das materielle und kulturelle Lebensniveau zu sichern, sondern es weiter auszubauen und zugleich die Landesverteidigung auf dem erforderlichen Niveau zu gewährleisten.“

Jeder einzelne Berufstätige muß indirekt die niedrigen Preise für die Grundnahrungsmittel Brot, Butter, Milch, Eier und Fleisch (so ausreichend vorhanden) sowie den 20-Pfennig-Nahverkehrstarif und die noch aus Kaisers Zeiten stammenden Altbauwohnungen bezahlen: Denn 1985 müssen nun schon 40 Milliarden und 49 Millionen Mark aufgebracht werden, um diese Subventionen zu bezahlen. Innerhalb von nur zwei Jahren ergibt dies eine dramatische Verdoppelung der Aufwendungen, denn 1983 belief sich der Zuschuß noch auf rund 20 Milliarden Mark.

Woran es, und nicht nur jetzt zur Weihnachtszeit, drüben in den Kaufhäusern und Läden hapert – die teuren „Exquisit“-Geschäfte schöpfen mit exorbitanten Preisen nur den Kaufkraftüberhang ab – steht in erstaunlicher Offenheit im Volkswirtschaftsplan für 1985: „Hohe Qualität, lange Lebensdauer, hohe Funktionsfähigkeit, geringer Reparaturaufwand, modisch aktuelle Gestaltung, hohe Stückzahl“ – so beschreibt die SED ihre Ansprüche an die Konsumgüter. Außerdem fehlt es an „Erzeugnissen der Unterhaltungselektronik“ (sprich Walkman, Plattenspieler, Hi-Fi-Geräte) und Zweiradfahrzeugen (Mopeds, Kräder). „Besondere Aufmerksamkeit“ verlangt die Partei auch gegenüber Sport- und Freizeitartikeln. Auch sie sind rar – bis hin zum schlichten Jogging-Schuh oder Trainingsanzug.

Unzufrieden scheint man auch mit dem zu sein, was Funk und Fernsehen in die „DDR“-Stuben senden: Sie müßten – und dafür stehen 1985 rund 775 Millionen Mark bereit – ihre „Wirksamkeit weiter erhöhen und damit einen wesentlichen Beitrag zur politisch-ideologischen Orientierung der Werktätigen... leisten“.

Liest man es recht, ist der Medienbeitrag zur Zeit eben unwesentlich und wenig wirksam.

DIE ANALYSE

zumindest in die Richtung der alten Ulbrichtschen Utopie zu bewegen, die Bundesrepublik „einzuholen“, wenn schon nicht zu „überholen“.

Nach Schätzungen von Fachleuten reichen die 13 Milliarden Mark für die NVA samt fünf Milliarden Mark für öffentliche Sicherheit, Rechtspflege und Sicherung der Staatsgrenze – jedoch nicht aus, um die volle Belastung der „DDR“-Bevölkerung mit Kosten für die Sicherheit zu beschreiben. Neben diesen ausgewiesenen Etatposten gebe es eine Reihe verdeckter Aufwendungen, berichtete der erst 1984 in den Westen gekommene „DDR“-Wirtschaftsexperte Dr. Gernot Schneider vom Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin bei einem Fachsymposium in Berlin. Er bezifferte die tatsächlichen Aufwendungen auf rund 48 Milliarden Mark.

Nach dem in der „DDR“ allenthalben als „mager und schlecht“ beurteilten Konsum-Jahr 1984 will die SED die Mitteldeutschen 1985 wieder etwas günstiger stimmen: Die Nettogeldentnahmen – sprich Löhne, Gehälter und Prämien – sollen ebenso wie die Einzelhandelsumsätze um vier Prozent klettern. 1984 waren diese Eckwerte lediglich mit 2,3 Prozent ausgewiesen. Strenge Westimport-Sperren und beträchtliche Exporte in die Sowjetunion und in den Westen hatten die Regale in den „DDR“-Läden von begehrten Konsumartikeln häufig leergefegt.

Christa Reetz und ihre Hummer aus Amerika

STEFAN HEYDECK, Bonn

Schon seit einigen Wochen wurde auf den Gängen des Bundestags kopfschüttelnd und hinter vorgehaltener Hand die „Amerika-Hummer-Kauf-Story“ der Grünen-Abgeordneten Christa Reetz kolportiert. Doch die Parlamentarier der „etablierten“ Parteien wollten die 62jährige Rentnerin nicht bei ihren Grünen-Kollegen „anschwärzen“, der „netten Dame“ keine Schwierigkeiten bereiten.

Daß das „Geheimnis“ jetzt doch – noch dazu im Plenum – gelüftet wurde, hat Christa Reetz ihrer eigenen Fraktion und dem CDU-Abgeordneten Hans Peter Schmitz zu „verdanken“. Der hatte, gereizt durch wiederholte Zwischenrufe der Grünen, während der Debatte über den Haushalt des Bonner Landwirtschaftsministeriums das „Bömbchen“ platzen lassen. Schmitz: „Es braucht ja nicht immer Hummer zu sein, den ein Mitglied ihrer Fraktion aus Amerika mitgebracht hat. Das können sich die kleinen Leute sowieso nicht leisten.“ Prompt wollte die parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen, Christa Nickels, es per Zwischenfrage ganz genau wissen: „Wer hat denn Hummer gegessen?“ Der CDU-Politiker konnte es ihr „gern sagen“. Es war die Frau Kollegin Reetz, die drei Hummer aus Amerika mitgebracht hat. Es waren Maine-Hummer.“ Christa Nickels fast verblüfft: „Danke schön.“

Das nun ließ die Bloßgestellte die Flucht nach vorn antreten. In einer persönlichen Erklärung erzählte sie dem Hohen Haus ihre „Hummer-Story“. Doch Peter Harry Carstensen von der CDU/CSU („Sie läßt uns zum Hummeressen ein.“) freute sich zu früh. Denn Christa Reetz verbot es sich, daß ihre „persönlichen Einkäufe“ von Kollegen als politisches Argument gegen sie oder ihre Partei verwandt würden. Sie habe „auch als Abgeordnete“ eine „Privatsphäre im Bezug auf meine persönlichen Einkäufe“.

Dann ging die Angegriffene ins Detail: Nach ihrer Rückkehr von einer Reise des Rechtsausschusses aus den USA habe sie zu einem Essen mit ihrer Familie und Freunden „etwas Besonderes beisteuern“ wollen. Denn bei ihr zu Hause esse man „sehr gern Fisch“. Das aber „nicht deshalb, weil wir damit irgendeine Extravaganz

ausdrücken wollen“. Vielmehr würde man „Nahrungsmittel sehr schätzen“ und „beim gemeinsamen Essen eine außerordentliche Harmonie empfinden“. Im übrigen hätte sie die Hummer nicht gekauft, wenn sie vorher gewußt hätte, daß „diese Tiere in einer Spezialverpackung lebendig verschickt“ würden. Habe sie doch das erste Mal in ihrem Leben Hummer gekauft und sei das erste Mal in den USA gewesen.

Daraufhin mußten Mitglieder des Rechtsausschusses, die mit ihr gereist waren, erneut den Kopf schütteln. Denn sie hatten, so erinnern sie sich, verblüfft reagiert, als zum Schluß eines Essens im deutschen Generalkonsulat in New York Christa Reetz ihren Hummer-Kauf anvisierte, weil diese nach ihren Worten dort besonders frisch seien. Sie habe auch gewußt, berichten Teilnehmer, daß die Tiere in Spezialkartons verpackt würden und sie höchst persönlich zum First-Class-Rückflug gebracht. Selbst auf die Frage, ob dies denn nicht „Käfighaltung“ und „Tierquälerei“ sei, weil die Hummer sich während des Transports ja mit ihren Scheren gegenseitig verletzen könnten, habe das Mitglied der Bürgerinitiativen Umweltschutz Bescheid gewußt: Die Scheren würden zusammengebunden. Und schließlich habe sie noch Auskunft darüber gegeben können, wie denn die Hummer nach ihrem Erste-Klasse-Flug über den Großen Teich auf den Tellern in Offenbach landen würden. Sie würden in kochendes Wasser geworfen, habe die frühere Programmiererin am Biologischen Institut der Universität Freiburg den Rechtsexperten geschludert, wären dann sehr schnell betäubt und würden nichts mehr merken.

Übrigens: Die Fraktionskollegin von Christa Reetz, die Tierärztin Sabine Bard, will auf dem Grünen-Parteitag am Wochenende in Hanau zusammen mit anderen einen Antrag durchsetzen, mit dem die Partei die Bonner Fraktion auffordert, „konkrete politische Maßnahmen zur Abschaffung der Tierversuche zu ergreifen“. Danach soll in einem novellierten Tierschutzgesetz ein „Totalverbot der Tierversuche“, aber nur „für die Bereiche Kosmetika, Tabak, Alkohol und andere Suchtmittel, sowie Militärforschung“ festgeschrieben werden.

Wenn die Chefin einmal piept.

Dann kann Herr Breschwang davon ausgehen, daß es wichtig ist. „Piep“ sagt ihm: „Bitte noch heute im Büro melden“. Herr Breschwang und seine Leute sind für Gebäudereinigung zuständig. Die Signale der Chefin empfängt er mit einem kleinen Gerät, das er in der Jackentasche hat. Dieses Gerät heißt Eurosignalempfänger. Hört sich schwierig an, funktioniert aber ganz einfach.

Stellen Sie sich vor, Sie hängen gerade im obersten Stockwerk, gleich ist Feierabend. Ihre Chefin hat für morgen früh einen Großauftrag angenommen. Normalerweise würden Sie zu spät davon erfahren. Mit dem Eurosignal dagegen sind Sie jederzeit erreichbar. In Deutschland und sogar in Frankreich. Die Chefin wählt also Ihre Funkrufnummer. Das Eurosignal läßt es bei Ihnen piepen. Sie rufen bei nächster Gelegenheit Ihre Firma an und haben den Auftrag in der Tasche. Jetzt sagen Sie: „Ich hab' gar keine Chefin“. Macht nichts, denn jeder moderne Anrufbeantworter kann Ihnen das „Piep“ genauso gut rüberschicken. Dann rufen Sie eben den an und wissen auch Bescheid. Und wenn Sie keinen Anrufbeantworter haben, kann Sie der Fernsprechauftragsdienst erreichen. Sie sehen, das Eurosignal erwischt Sie so oder so.

Sollten Sie noch Fragen zum Thema Eurosignal haben, lassen Sie sich bei der Technischen Vertriebsberatung Ihres Fernmeldeamtes oder in jedem Telefonladen ausführlich beraten. **Damit Sie erreichbar sind. Eurosignal.**

Post

Woch. 5. Dezember 1984
Konsum
tätigkeit
isch angestiegen
Die amerikanische Wirtschaft ist im vergangenen Jahr um 2,5 Prozent gewachsen. Das ist das zweitbeste Ergebnis seit 1982. Die Produktion ist um 3,5 Prozent gestiegen, die Investitionen um 1,5 Prozent. Die Exporte sind um 1,5 Prozent gewachsen, die Importe um 0,5 Prozent. Die Inflationsrate ist auf 3,5 Prozent gesunken. Die Arbeitslosenquote ist auf 7,5 Prozent gesunken. Die Bundesbank hat den Zinssatz auf 8 Prozent erhöht. Die Bundesregierung hat den Haushaltsdefizit auf 1,5 Prozent gesunken. Die Bundesregierung hat den Haushaltsüberschuss auf 0,5 Prozent erhöht. Die Bundesregierung hat den Haushaltsdefizit auf 1,5 Prozent gesunken. Die Bundesregierung hat den Haushaltsüberschuss auf 0,5 Prozent erhöht.

Die Angst des Deutschlandfunks vor dem Nachbarn Deutsche Welle

Neue Differenzen über die „Kooperation“ zwischen den beiden Rundfunkhäusern

GERNOT FACIUS, Bonn
Räumliche Nähe muß kein Garant für Eintracht sein. Der Vorstoß des Rundfunkrats der Deutschen Welle (DW) für eine engere Kooperation mit dem Hausnachbarn am Kölner Raderberg, dem Deutschlandfunk (DLF), hat alte Antipathien wieder belebt. „Mit einiger Mißverständlichkeit“ wurde im DLF die Absicht der „Welle“ kommentiert, sich eine „gewisse Dominanz“ unter den beiden Rundfunkanstalten nach Bundesrecht zu sichern. Sogar von einer „Profilierung auf unsere Kosten“ war die Rede.

Die Rundfunkkräfte der DW waren auf solche Empfindlichkeiten eingestellt, versicherten sie doch, daß „niemand“ bei der Deutschen Welle die Absicht habe, den Deutschlandfunk zu „schlucken“. Verfügbare Arbeitskräfte und eine Straffung der Arbeit seien im Interesse einer rationelleren Wirtschaftsführung der beiden Anstalten notwendig, von denen eine, die DW, über Kurzwellen in alle Welt sendet und die andere, der DLF, Deutschland und das europäische Ausland versorgt. Dabei überschneidet sich ein Teil der Programme.

Dem Rundfunkrat der DW aber geht es mit seiner einstimmig angenommenen Entscheidung zur „Erhaltung der Funktionsfähigkeit“ des Senders aber nicht nur um eine Verbesserung von Programm und Empfang herkömmlicher Art, die Räte fassen ganz konkret auch die „Nutzung des Fernsehens“ für die Darstellung

eines umfassenden Bildes des politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens in Deutschland ins Auge. Sie können darauf hinweisen, daß die mit der „Welle“ konkurrierenden ausländischen Rundfunkanstalten „zunehmend dazu übergehen, sich dieses Mediums zu bedienen“.

Bereits jetzt macht die DW Fernsehen – über die bei ihr angesiedelte Gesellschaft TransTel und in Zusammenarbeit mit ARD und ZDF. Man möchte aber noch mehr. Darauf deutet die Formulierung in dem Entscheidungspapier hin: „Im Bereich Fernsehen sind die bisherigen Arbeiten an einem deutschen Fernsehinformationsprogramm für die Vereinigten Staaten und Kanada verstärkt fortzusetzen und außerdem die Verbreitung eines weltweiten aktuellen Fernsehinformationsdienstes in englischer Sprache über Rundfunk- und Fernmeldesatelliten einzuführen.“ Solche Absichten liegen auf der Linie der Medienpolitik der Bundesregierung, die eine bessere Information über die Ereignisse in der Bundesrepublik Deutschland via Satellit nach Übersee wünscht.

Auf diesem Gebiet wittert der DLF die größte Gefahr, ins Hintertreffen zu geraten. Aber auch die neuen Vorstöße im „konventionellen“ Bereich bereiten dem Deutschlandfunk Sorgen. Die DW möchte nicht nur für Einsparungen im eigenen Bereich sorgen, etwa durch die Einstellung gewisser fremdsprachiger Sendungen, „bei denen das Informationsbe-

dürfnis nicht mehr in dem bisherigen Maße gegeben ist“, sie möchte auch den Nachbarn zu Vereinbarungen veranlassen, um „noch wesentlich höhere Einsparungen“ zu erzielen. Gedacht ist an die gemeinsame Herstellung fremdsprachiger Programme, die Ausstrahlung von Programmen der einen Anstalt durch die Sender der anderen, die Zusammenarbeit der Nachrichtenredaktionen, an den gemeinsamen Betrieb der räumlichen Anlagen, die Zusammenführung der Außenbüros und an eine verstärkte Zusammenarbeit in der Verwaltung. Wenn die „Welle“, so die Mahnung ihrer Gremien, ihre bisherige Stellung behalten wolle, müßten jetzt jahrelang zurückgestellte technische Investitionen nachgeholt werden. Die Rede ist von 20 Millionen Mark. Sie müssen aus dem Bundesetat kommen, denn die DW wird zu 100 Prozent von Bonn finanziert.

Intendant Klaus Schütz (SPD) wurde angewiesen, mit seinem Nachbarn Richard Becker, ebenfalls SPD, die Verhandlungen über eine engere Kooperation wieder aufzunehmen. Becker aber wehrte sich gegen den Eindruck, Verhandlungen abgelehnt zu haben, und schickte den bedeutungsvollen Satz hinterher, er habe eigene Vorstellungen entwickelt, über die gesprochen werden müsse. Becker: „Es kommt darauf an, die Identität der Programme von DLF und DW zu wahren, damit der gesetzliche Auftrag beider Häuser optimal erfüllt werden kann.“

Glasfaser-Netz für 14 Städte

Bundespost beginnt bereits 1986 mit dem Ausbau / Videokonferenzen möglich

PETER JENTSCH, Bonn
Bereits 1986 – und damit ein bis zwei Jahre früher als ursprünglich geplant – will die Bundespost mit dem Ausbau eines lokalen Glasfaser-Netzwerkes beginnen. Nach Darstellung von Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling soll dieser Ausbau „zusätzlich zum Aufbau einer Glasfaser-Fernstrecke erfolgen. Das erste Teilstück der Fernstrecke von Hamburg nach Hannover wurde bereits in Betrieb genommen. Das neue Overlay-Netz erlaubt zum Beispiel Videokonferenzen sowie schnellen Text- und Datenaustausch.“

Anläßlich eines Gesprächs mit Vertretern der deutschen Fernmelderegulierungsbehörde (FRG) begründete Schwarz-Schilling gestern die Entscheidung, mit der die Post den Einsatz der Glasfaser von Teilnehmer zu Teilnehmer vorzieht, mit den „positiven Erkennt-

nissen“ aus einem Hearing, an dem Vertreter von Herstellern und Anwendern aus den Bereichen der Datenverarbeitung und Kommunikationstechnik teilgenommen haben.

Nach den Plänen der Bundespost sollen bereits im Laufe des Jahres 1986 insgesamt 14 Städte mit dem Glasfaser-Overlay-Netz versorgt werden, und zwar Berlin, Bremen, Dortmund, Düsseldorf, Essen, Frankfurt, Hamburg, Hannover, Mannheim, Köln, Bonn, München, Nürnberg und Stuttgart. In den folgenden Jahren sollen in steigender Zahl weitere Städte bedient werden, in denen Bedarf nach breitbandigen Individualkommunikationsdiensten besteht. Die entsprechenden Planungen für das erste Ausbaustadium sind bereits eingeleitet. Die Bundespost geht davon aus, daß in der Zeit von 1986 bis 1989 insgesamt rund 200 000 bis 300 000

Glasfaser-Kilometer in das Overlay-Netz eingebaut werden.

Die Vertreter der Industrie machten gegenüber Schwarz-Schilling deutlich, daß die Bundespost durch ihre Konzeption der Glasfasertechnik zu einem hohen Maß an Planungssicherheit für die deutsche Industrie beigetragen habe. Das sei wichtig vor allem in Hinblick auf die Tatsache, daß auf dem Gebiet der optoelektronischen Bauelemente noch erhebliche Entwicklungsarbeit geleistet werden müsse.

Die bis zum Ende dieses Jahrzehnts klar umrissene Netzausbaustategie der Post biete für den gesamten Telekommunikationsbereich die Chance zu einer umfassenden Innovationswelle und damit auch zur Stärkung der deutschen Position im internationalen Wettbewerb.

Der Traum von einem bayerischen Programm für die ganze Republik

Von PETER SCHMALZ

Wo der Mainzer Regierungschef Bernhard Vogel als Vorsitzender der Medienkommission der Ministerpräsidenten nur „vorsichtig optimistisch“ ist, da zeigt sich der Chef der bayerischen Staatskanzlei voll strahlender Zuversicht. „Ich gehe davon aus“, sagt Staatssekretär Edmund Stoiber, „daß wir bis zum 19. Dezember einen unterschrittsreifen Staatsvertrag zustande bringen.“ Wohl seien die Vorstellungen, wie in der Bundesrepublik künftig die Nutzung der neuen Medien geregelt werden soll, noch nicht deckungsgleich, doch selbst bei sozialdemokratischen Ministerpräsidenten, denen sich die eigene Partei auf dem Marsch in ein neues Medienzeitalter schiebt, in den Weg stellt, mag Stoiber seit dem Frankfurter Sechsstunden-Gespräch am Sonntag Positives erkennen: „Sie bemühen sich.“

Der zweite Differenzpunkt wiegt weit schwerer und wird in München auch als das eigentliche Hauptproblem gesehen: Wie sollen die drei Fernsehkanäle des TV-SAT, der frühestens ab Mai 1986 als erster Direkt-satellit über der Bundesrepublik stehen wird, auf die Bundesländer verteilt werden?

Drei Modelle sind in der Diskussion: Jedes Land bekommt den gleichen Sendeanteil von knapp zehn Prozent; die Sendequote wird nach dem Bundesratsstimmverhältnis aufgeteilt; die Höhe des Zuschlags richtet sich nach der Bevölkerungszahl des jeweiligen Landes. Bayern ist mit elf Millionen Einwohnern nach Nordrhein-Westfalen das bevölkerungsreichste Land und favorisiert deshalb das dritte Modell. Eine Aufteilung nach dem Bevölkerungsanteil

ler bereits vor geraumer Zeit geäußert hat: „Bayerns drittes Programm für die ganze Bundesrepublik.“

Nun wollen die Bayern allerdings nicht nur bei ihrem Heimat-Intendanten Reinhold Vöth – der sich auch weiterhin eines latenten Mißtrauens seiner CSU-Parteifreunde sicher sein darf – anklopfen und um die Überlassung seines „Dritten“ bitten. Tandler Idee von einem TV-Südmodell hat vielmehr ein Konsortium zum Kern, an dem aber durch auch Vöths Bayerischer Rundfunk beteiligt werden kann. Hier zeigt sich Bayern gegenüber der bestehenden öffentlich-rechtlichen Anstalt generöser als etwa Niedersachsen und Schleswig-Holstein, deren Regierungschef eine private Lösung ohne Teilnahme der bisherigen Anstalten favorisiert.

Landesbericht Bayern

Bei ein „entscheidendes Kriterium“, meint Stoiber. „Wir können nicht hinnehmen, daß Bayern wie Bremen oder wie das Saarland behandelt wird.“

Hinter derart selbstbewußten Tönen steckt mehr als nur gewachsenes bayerisches Selbstverständnis: Man hegt Pläne in München, deren Realisierung einen anderen Verteiler-schlüssel erfordert als die Egalitätsbehandlung aller Länder. Und die sehen so aus: Bekäme Bayern aus den drei Satelliten-Kanälen 20 Prozent (was ungefähr seinem Bevölkerungsanteil entspräche), könnte es sich mit Baden-Württemberg, dem über den Damm gepöhl 13 Prozent zugebillt würden, zusammenschließen und mit den gemeinsamen 33 Prozent über ein Drittel der Sendezeit verfügen.

Das aber wäre ein voller TV-Kanal, der von Schleswig bis Lindau und noch einige Kilometer darüber hinaus zu empfangen wäre. Dann wäre das Tor zu einem Wunsch offen, den CSU-Generalsekretär Gerold Tand-

Die bayerische Braut schaut stift in Stuttgart auf Gegenliebe, über den Gedanken eines „Südschienen-Fernsehens“ kam es in jüngster Zeit schon zu intensiven Kontakten zwischen den beiden Landeshauptstädten. Neben dem Griff ins All möchte Stoiber aber auch vermehrt in den bayerischen Boden vorstoßen und möglichst viele Kommunikationskanäle verlegen, wobei er es als unverzichtbar bezeichnet, daß eine gleichförmige und flächendeckende Verkabelung das ganze Land an die Medienwelt anschließt. An die Adresse des Bundespostministers Schwarz-Schilling richtet er die Mahnung: „Wir müssen ihm deutlich sagen, daß er nicht nur die Ballungsräume verkabeln darf. Das würde unsere erfolgreiche Strukturpolitik konterkarieren.“

Und wenn der Rechnungshof den Bonner Postminister aufgefordert hat, sparsamer mit seinen Kabel-Milliarden zu wirtschaften, dann gab ihm am Montag hinter den verschlossenen Türen des CSU-Landesvorstands Richard Stücklen als einer seiner Amtsvorgänger den Rat, auf solche Mahnungen nicht zu genau zu hören: „Man muß sich als Postminister auch einmal über den Rechnungshof hinwegsetzen.“

Spengler neuer Kirchenpräsident in Hessen-Nassau

idea/epd, Frankfurt

Die Synode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau hat Oberkirchenrat Helmut Spengler (Darmstadt) mit 130 von 208 Stimmen zum neuen Kirchenpräsidenten gewählt. Spengler, der seit 1973 Stellvertreter des amtierenden Kirchenpräsidenten Helmut Hild ist, tritt sein neues Amt als Leiter der 2,1 Millionen Mitglieder zählenden Landeskirche am 24. März 1985 an. Hild wird dann in den Ruhestand gehen.

Spengler wurde 1931 in Wetzlar geboren und studierte Theologie in Marburg und Bethel. 1960 wurde er Pfarrer in Breidenstein (Kreis Biedenkopf), 1964 in Bad Homburg. Spengler stammt aus dem Pietismus. Entscheidende Impulse erhielt er von Karl Barth und Rudolf Bultmann. Dessen Anliegen, das Wort der Bibel und ihre Botschaft verstehbar zu machen, ist nach Ansicht Spenglers von größter Aktualität. Um auch mit denjenigen „über den Glauben ins Gespräch zu kommen“, die Religion und Kirche reserviert gegenüberstehen, hat er sich intensiv mit dem Marxismus und der Psychoanalyse auseinandergesetzt.

Spengler hat sich für eine politische Diakonie der Kirche eingesetzt. Keinesfalls dürfe sie sich aber als „politische Ersatzpartei“ verstehen und „religiöse Rückgratverstarke“ bestehender politischer Programme oder alternativer Konzepte sein“, warnt Spengler. In Fragen der politischen Ethik orientiert er sich an der Zwei-Reiche-Lehre Luthers. Die Kirchen müßten ihre ökumenische Partnerschaft verstärken und in die Politik einbringen. Einer Intensivierung des Dialogs vor allem zwischen den Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR“ mißt er größte Bedeutung bei.

DIE WELT (USPS 605-570) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

SPD-Vorwurf: Fall Rotsch verharmlost

dpa, Bonn

Der sicherheitspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Erwin Horn, hat dem Verteidigungsministerium vorgeworfen, den Spionagefall um das Mehrzweckkampfflugzeug „Tornado“ zu verharmlosen. In einem Interview der Deutschen Presse-Agentur (dpa) forderte Horn eine „ungeschönte Bestandsaufnahme“ über alles, was der am 20. September unter Spionageverdacht verhaftete stellvertretende Hauptabteilungsleiter für Luftfahrt beim Münchner Unternehmen Messerschmitt-Bölkow-Blom (MBB), Manfred Rotsch, verraten hat. Er steht im Verdacht, nicht nur Einzelheiten über den „Tornado“, sondern auch eine Fülle von anderen Projekten von MBB der Sowjetunion zugespielt zu haben.

Die Dramatisierung der militärischen Bedrohung einerseits und die unverantwortliche Verharmlosung eines der größten und folgenschwersten Spionagefälle andererseits charakterisieren nach den Worten von Horn die jetzige Bundesregierung. Die Sozialdemokraten würden die Regierung nötigenfalls über das Instrument eines Untersuchungsausschusses zur Offenlegung und zum Handeln zwingen. Verteidigungsminister Manfred Wörner (CDU) müsse die Frage beantworten, ob über Kooperation und Austausch auch Systeme der Amerikaner und anderer Allierter durch den Verratsfall tangiert würden. Wenn der „Tornado“ gefährdet sei, müsse er umgerüstet werden.

Horn meldete Zweifel an, ob die Vertreter der Hardthöhe in der Geheimhaltung des Verteidigungsausschusses des Bundestages in der letzten Woche die Abgeordneten gründlich und präzise informiert haben. „Es sind Widersprüche ersichtlich geworden, die eine restlose Aufklärung erfordern.“ Rotsch sei an rund 15 großen Systemen in Planung, Entwicklung und Fertigung beteiligt gewesen, die für die Sicherheit der Bundesrepublik, besonders aber für die Bundeswehr eine außergewöhnliche wichtige Rolle spielten. Es müsse davon ausgegangen werden, daß Rotsch alles verraten habe, was er wußte. Er habe Geheimnisse beispielsweise auch von taktischen und strategischen Anlagen gekannt. Der SPD-Abgeordnete verwies darauf, daß Rotsch 30 Jahre lang Spionage getrieben habe.

Versicherungsschutz durch freiwillige Beiträge sichern

Frist für Nicht-Pflichtversicherte läuft im Dezember aus

PETER JENTSCH, Bonn
Ende dieses Jahres erlischt für alle Personen, die nicht oder nicht mehr pflichtversichert sind, der Anspruch auf eine Berufs- oder Erwerbsunfähigkeitsrente. Wer diesen Anspruch nicht verlieren will, muß bis zum 31. Dezember für jeden Monat des Jahres freiwillige Beiträge entrichten. Zu bezahlen sind mindestens zwölf Monatsbeiträge à 84 Mark.

Diese Beiträge brauchen nicht für sogenannte Ausfallzeiten entrichtet zu werden. Dazu zählen zum Beispiel Krankheit, Schwangerschaft, Mutterschaftsurlaub oder Arbeitslosigkeit. Beiträge brauchen auch nicht während der Erziehung eines Kindes bis zum fünften Lebensjahr gezahlt zu werden.

Die Möglichkeit, sich durch rückwirkende Entrichtung freiwilliger Beiträge auch künftig ein Anrecht auf Erwerbs- oder Berufsunfähigkeitsrente zu erhalten, besteht jedoch nur für Versicherte, die bereits zum 31. Dezember 1983 mindestens 60 Beitragsmonate in der Rentenversicherung aufzuweisen haben.

Betroffen von dieser Regelung, die durch das Haushaltsbegleitgesetz der Bundesregierung beschlossen

wurde, sind vornehmlich Hausfrauen, Selbständige und von der Versicherungspflicht befreite Angestellte. Da freiwillige Beiträge nur für das laufende Kalenderjahr entrichtet werden dürfen, verliert jeder, der die Einzahlung bis zum 31. Dezember versäumt, seinen Versicherungsschutz. Es sei denn, man erklärt sich gegenüber der Rentenversicherung noch in diesem Jahr bereit, die Beiträge zu entrichten. Das bewirkt einen Zahlungsaufschub bis Ende März.

Wer in der gesetzlichen Rentenversicherung pflichtversichert ist, erhält eine Rente wegen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit, wenn er in den vergangenen fünf Jahren vor Eintritt des Versicherungsfalles mindestens 36 Monatsbeiträge entrichtet hat. Der Zeitraum von fünf Jahren (60 Kalendermonate) verlängert sich dabei noch um bestimmte beitragslose Zeiten und Zeiten der Kindererziehung bis zum 5. Lebensjahr.

Wer aus der Versicherungspflicht ausscheidet und vor dem 1. Januar 1984 bereits mindestens 60 Monatsbeiträge entrichtet hat, kann seinen Versicherungsschutz durch rückwirkende freiwillige Beiträge aufrechterhalten.

Wie wählen Jungwähler?

geo, Bonn

Schnellanalysen des Wahlverhaltens von Jungwählern in der Wahlnacht und amtliche Analysen, die erst Monate später veröffentlicht werden, klaffen nach Meinung des Sozialwissenschaftlers Joachim Hofmann-Göttig weit auseinander. Zu diesem Schluß kommt der Referent für Öffentlichkeitsarbeit in der Hessischen Landesvertretung in einer gestern in Bonn vorgestellten Studie unter dem Titel „Die jungen Wähler“. In der Untersuchung, die sich auf insgesamt 79 Wahlen in der Zeit von 1953 bis 1984 stützt, stellte der Autor ein Wahldefizit der Jungwähler fest.

So habe sich etwa bei der jüngsten Bundestagswahl 1983 mit einer durchschnittlichen Wahlbeteiligung von 88,4 Prozent die Gruppe der 21- bis 25jährigen nur zu 81,5 Prozent am Umengang beteiligt. Als Grund nennt Hofmann-Göttig, der bemerkt, daß auch die Grünen nur geringfügig zu einem höheren Mobilisierungs-

grad beigetragen hätten, die Ansicht der Jugend, daß Wahlen „zur Welt der Erwachsenen“ gehörten, mit der sich die Jugendlichen noch nicht identifizieren würden.

Zum Wahlverhalten in der Vergangenheit führte er aus, bis 1967 hätten CDU/CSU und SPD bei den Jungwählern ein ungefähr gleiches positives Echo gefunden. Danach sei für die CDU ein katastrophaler Bruch bis 1983 festzustellen, während SPD und FDP gut abgeschnitten hätten. Die Union aber habe bei der jüngsten Bundestagswahl wieder an Boden gewonnen. Bedrohlich hingegen sei die Entwicklung für die FDP.

Grundsätzlich stellte Hofmann-Göttig fest, die Devise „Wer Erstwähler hat, hat die Zukunft“ stimme so nicht. Da die Jugendlichen starken Stimmungswendungen unterworfen seien, schäle sich die Parteipräferenz endgültig erst nach vier, fünf oder sechs Wahlen heraus.

Unsere Brücken verbinden nicht nur Technik.



Wege zum Nachbarn, über Täler, Flüsse und Meere. Auf Brücken, die für Reisende, Besucher, für Bahnen, Autos und die Wirtschaft Brücken schlagen von Mensch zu Mensch.

Denn Krupp ist ein Unternehmen, das für den Anlagen- und Maschinenbau von Einzelkomponenten bis hin zum schlüsselfertigen Industriekomplex, im Handel und Verkehr sowie in den Bereichen Stahl, Schiffbau, Elektronik und Dienstleistungen innovative Technik bereithält. Weltweit. Lassen Sie sich mit uns verbinden.

Krupp bietet mit Erfahrung und Know-how Ideen für neue, kühne Brückenkonstruktionen und realisiert durch schnellste Montagetechniken oder ungewöhnliche Einschwimmtechniken die Verstellung moderner Brückenbau-technik. Brücken aus Stahl überspannen elegant größte Weiten. Auch das ist ein Krupp-Beitrag für zukunftsorientierte Technik.

Weitere interessante Informationen erhalten Sie durch: Fried. Krupp GmbH, StA Vt/W, Altendarfer Straße 103, D-4300 Essen 1.

Krupp. Fortschritt aus Tradition.



Lissabon überwindet eine schwere Krise

ROLF GÖRTZ, Lissabon

Nach einer vier Tage währenden Beratung einigte sich am Montagabend eine zehnköpfige Kommission aus führenden Politikern der sozialistischen Partei (PS) und der sozialdemokratischen Partei (PSD) über eine Kabinettsreform, über ein betont pragmatisches Vorgehen bei der Sanierung der schwer angeschlagenen Wirtschaft und über ein Stillhalteabkommen zu den Präsidentschaftswahlen im Dezember 1985. Danach verzichteten beide Parteien bis Juli nächsten Jahres auf die Ernennung von Kandidaten für die Wahl des Staatspräsidenten. Damit ist eine drohende schwere Krise vorerst abgewendet worden.

Die Chefs der beiden Koalitionsparteien, Mario Soares (PS) und Mota Pinto (PSD), Ministerpräsident und Stellvertreter, nahmen an diesen Beratungen nicht teil. Die beiden treffen sich am Donnerstag, um dem Koalitionsprogramm ihren Segen zu geben.

Ausgelöst wurde die Krise durch den wachsenden Widerstand in den Reihen der PSD – eigentlich eine Mitte-Rechts-Partei – gegen die gemeinsame Kandidatur des Sozialisten Mario Soares für die Präsidentschaftswahlen. Die Kritik griff auf die Parteispitze über, als Finanzminister Ernani Lopes dem Parlament statt des erwarteten Haushalts 1985 völlig überraschend einen Nachtragshaushalt vorlegen mußte, dessen Defizit die Aussichten auf eine bereits angekündigte Lockerung des Sparprogrammes zu nichte machte.

Der Burgfriede bis Juli schließt aus, daß Staatspräsident General Eanes noch vor den Präsidentschaftswahlen im Dezember das Parlament auflösen und Neuwahlen (Parlament) auszuschieben kann. In den letzten fünf Monaten vor den Präsidentschaftswahlen läßt die Verfassung einen derartigen Eingriff nicht mehr zu. Ein Versagen der Koalition hätte bei Neuwahlen einer politisch unbestimmten, aber von der KP stark beeinflussten „Eanes“-Partei große Chancen eingeräumt. Des Parteihaders längst überdrüssig, hätten nämlich viele Portugiesen angesichts der wirtschaftlichen Misere einer eigenen Bewegung des im ganzen Lande angehenden General Eanes ihre Stimme gegeben.

Grenada entscheidet sich für die Mitte

Erdrutschsieg für den Wunschkandidaten Washingtons

WERNER THOMAS, St. George's

Nach bitteren Erfahrungen mit extremen politischen Bewegungen wählte die kleine karibische Insel Grenada den Weg der Mitte: Herbert Blaize und seine „Neue Nationalpartei“ errangen am Montag einen erdrutschvollen Erdrutsch-Sieg. Klarer noch als erwartet dominierte die erst im August gegründete Gruppe diesen ersten Umengang seit acht Jahren. Sie gewann zwei Drittel der Parlamentssitze.

Die großen Verlierer sind die „Vereinigte Labour-Partei Grenadas“ (Gulp) des alten Blaize-Rivalen Sir Eric Gairy und die „Patriotische Bewegung Maurice Bishop“, die Gefolgsleute des ermordeten marxistischen Premiers Maurice Bishop. Beide Gruppen hatten 15 Jahre lang das politische Leben Grenadas polarisiert. Im März 1979 entmachtete Bishop den rechten Gairy durch eine Putschaktion und errichtete eine „Revolutionsregierung des Volkes“, die enge Verbindungen zu Kuba und dem Ostblock knüpfte. Im Oktober 1983 wurde Bishop von noch radikaleren Parteirivalen ermordet. Eine Woche später endete die kurze Herrschaft des „revolutionären Armee-Rates“ mit der Rettungsaktion amerikanischer und karibischer Truppen.

Die neue Nationalpartei war von drei Monaten aus der Fusion von drei Parteien der Mitte hervorgegangen. Die Premierminister der karibischen Staaten Barbados, St. Vincent und St. Lucia, die einen Wahlsieg Gairys befürchteten, standen Pate. Aber auch die Reagan-Regierung, die in den letzten zwölf Monaten 50 Millionen Dollar in Grenada investierte, signalisierte offen, wenn ihre Sympathien galten.

„Glückliche Tage“

Der amerikanische Geschäftsträger Loren Lawrence betonte immer wieder, daß Washington eine „gemäßigte Regierung“ wünsche und vergaß selten zu erwähnen: „Die neue Nationalpartei ist gemäßigter als die anderen Gruppen.“ Anfang November ließ Gairy eine Anzeige in seine Zeitung „Grenada Guardian“ setzen, die verkündete: „Glückliche Tage sind wieder hier. Präsident Reagan sagt, daß alle Bürger die Vereinigte Labour-Partei wählen müssen.“ Eine Woche später antwortete die US-Bot-

schaft per Gegenanzeige in der unabhängigen „Grenadian Voice“: „Präsident Reagan unterstützt nicht die Vereinigte Labour-Partei Grenadas und ihre Kandidaten.“

Ein Vertreter der Washingtoner Mission gestand in der Nacht zum Dienstag: „Wir sind erleichtert. Ein Wahlsieg Gairys hätte uns ganz schön in Verlegenheit gebracht.“ Blaize prophezeite in den letzten Tagen, daß Gairy nach einer Niederlage die Insel wieder verlassen würde. „Er kann keine Niederlagen ertragen.“ Gairy hatte sieben der acht bisherigen Wahlen gewonnen. Nur einmal, 1962, gelang Blaize ein Erfolg. Er regierte fünf Jahre Grenada. 1967 kam Gairy wieder an die Reihe.

Hoffen auf Investoren

Die Wahlen waren so ruhig und diszipliniert verlaufen wie der Wahlkampf. Obgleich die 135 Lokale um 6 Uhr öffneten, bildeten sich bereits eine Stunde früher Schlangen. Die meisten Wähler – insgesamt 48 158 – hatten bereits am späten Vormittag ihre Stimme abgegeben. Die Stimmzettel nannten die Namen der Parlamentskandidaten und zeigten die jeweiligen Symbole.

Die Neue Nationalpartei identifiziert sich durch ein Haus, Gairys Labour-Partei durch einen Stern, die Bishop-Bewegung durch ein Flugzeug, die christlich-demokratische Labour-Partei, eine vierte Gruppe, die sich an dem Umengang beteiligte, durch eine Muskatnuss.

Blaize wird bereits in dieser Woche vereidigt und eine neue Regierung bilden, die sich vor allem auf die wirtschaftlichen Probleme konzentrieren muß. Der neue Premier erhofft sich nun eine Flut privater Investitionen. „Viele Interessenten wollten bisher nicht ihr Geld anlegen, weil sie nicht wußten, wer dieses Land einmal regieren würde“, erklärte er. Mancher Ausländer fürchtete einen Wahlsieg des als korrupt geltenden Gairy.

Neben Herbert Blaize gab es einen weiteren glücklichen Mann auf Grenada: Nicolas Braithwaite, den Chef der Übergangsregierung, die ein schweres Erbe übernahm und gute Arbeit leistete. Braithwaite, ein Pädagoge, gestand am Montag: „Ich bin total erschöpft. Ich freue mich auf den Urlaub.“

Prozeß gegen Popieluszkos Mörder in Thorn

dpa, Warschau

Der Prozeß gegen die Mörder von Pfarrer Jerzy Popieluszko wird nicht in Warschau, sondern in Thorn stattfinden. Wie Regierungssprecher Jerzy Urban gestern bekanntgab, wurde das dortige Bezirksgericht mit dem Fall beauftragt, weil Entführung und Mord in seinem Bezirk stattgefunden haben. Die Anklageschrift soll noch im Laufe des Dezember eingereicht werden.

Urban gab an, den Termin der Vernehmung bestimme das Gericht; die Ermittlungen über die Tat seien abgeschlossen, doch suche man weiter nach eventuellen Hintermännern. Zusammen mit den drei Tätern muß sich auch der Oberst im Sicherheitsdienst, Adam Pietruszka, wegen Anstiftung zum Mord verantworten. Nach Angaben Urbans hat er bei vorbereitenden Gesprächen eine „inspirierende Rolle“ gespielt.

Urban versicherte, nach dem Obduktionsergebnis spreche nichts gegen die Annahme, daß der Tote vom 19. bis 30. Oktober, also vom Tag der Entführung bis zur Entdeckung des Leichnams, in einem Stausee bei Wloclawek gelegen habe. Alle Spekulationen um das Obduktionsergebnis, das den Prozeßfakten eingefügt werden, seien unbegründet.

Urban bekräftigte, daß die beiden am Freitag getöteten Sicherheitsbeamten einem normalen Verkehrsunfall zum Opfer fielen. Anderslautende Verdächtigungen seien unbegründet. Die Beamten hätten in Krakau und Tarnow nur nebensächliche Umstände überprüft. Der Lastwagenfahrer, der den Unfall verursacht habe, sei ein Berufsanfänger und verhaftet worden.

Die beiden Priester, die in den letzten Monaten in Lublin von Unbekannten überfallen und gefoltert worden sind, wurden nach den Worten des Regierungssprechers Opfer von Raubüberfällen. Die Tatsache, daß sich in letzter Zeit Überfälle auf Kirchen und Gemeindegemeinschaften häuften, erklärte Urban mit der Erwartung der Täter, dort reiche Beute zu finden. Er bestätigte, daß der ehemalige Führer der „Solidarität“ in einer Autofabrik in Lublin, Stanislaw Chac, am 17. Oktober bewußlos gefunden wurde und wenige Tage später starb. Er sei wahrscheinlich Opfer einer Schlägerei von Betrunknen geworden. Die Polizei habe mit all diesen Fällen nichts zu tun.

Italiens Diplomaten sind alle „lebhaft besorgt“

Konzertierter Protest zur Lage des auswärtigen Dienstes

FRIEDRICH MEICHNER, Rom

Auf dem Schreibtisch des italienischen Außenministers Giulio Andreotti häuften sich in der vergangenen Woche die Protesttelegramme. Sie kamen aus den Botschaften, Generalkonsulaten und Konsulaten in aller Welt und waren von den Missionseleitern gezeichnet. Die Botschafter, Generalkonsuln und Konsuln brachten darin ihr „tiefes Mißbehagen“ und ihre „lebhaften Besorgnis“ über den Stand des auswärtigen Dienstes zum Ausdruck. Sie bekundeten ihre Solidarität mit einer Initiative ihrer autonomen Gewerkschaft „Sindmae“ zur Aufwertung der diplomatischen Karriere, Umstrukturierung des Außenministeriums und Reaktivierung des traditionellen Primats der Diplomatie in allen Beziehungen zum Ausland.

Den Diplomaten geht es dabei, wie einer ihrer Gewerkschaftsvertreter in der Erklärung der Telegrammaktion darlegte, vor allem um drei spezifische Probleme:

1. Sie verlangen die Respektierung der zentralen Stellung des Außenministeriums im Blick auf alles, was mit Außenpolitik zu tun hat. So logisch dieses Prinzip erscheinen mag, ist es doch in den letzten Jahren in der Praxis immer häufiger verletzt worden.

Kompetenzverlust

Unter den Diplomaten beklagt man eine „ständige Erosion der Kompetenzen des Ministeriums“ in Verletzung des nach der Ausrufung der Republik erlassenen Präsidialdekrets, in dem es heißt: „Das Außenministerium ist das Zentrum der internationalen Beziehungen des Landes – sowohl durch seine direkt nach außen gerichtete Aktivität (Beziehungen zu den anderen Staaten und zu den internationalen Organisationen), als auch hinsichtlich der Koordinierung der Aktivitäten anderer staatlicher Verwaltungen, soweit diese Aktivitäten internationale Ausstrahlung haben.“

Der Gewerkschaftsvertreter: „Wir verlieren immer mehr Befugnisse, weil sich fast alle Ministerien eigene Apparate geschaffen haben, um ihre autonome Außenpolitik zu machen. Das trifft für Industriekontrakte ebenso zu wie für Landwirtschaftsverhandlungen und Projekte interna-

tionaler Kooperation.“ Sogar die Regionen glaubten heute, außenpolitische Vorrechte – etwa in der Weimpolitik – beanspruchen zu können. Jeder Minister schicke eigene Delegationen ins Ausland, um – ohne Koordinierung mit dem Außenministerium – bestimmte Probleme prüfen zu lassen.

Die Diplomaten fordern hier eine „sofortige und entschiedene Tendenzumkehr“. Sie weisen darauf hin, daß das „Aus-der-Reihe-tanzen“ verschiedener Ministerien nicht nur Konfusion schaffe, sondern dem Staat auch noch viel Geld koste.

Mangelhafte Ausstattung

2. Der auswärtige Dienst ist nach Ansicht der Diplomaten materiell nicht mehr ausreichend ausgestattet. Früher seien 0,9 Prozent des Staatshaushaltes für das Außenministerium zur Verfügung gestellt worden, heute seien es nur noch 0,27 Prozent. So fehle es in manchen diplomatischen Vertretungen schon an Schreibmaschinen – ganz zu schweigen von Computern. Mit diesen Mitteln könne man keine „große Außenpolitik“ machen.

3. Die normative und wirtschaftliche Situation im auswärtigen Dienst wird von den protestierenden Diplomaten für dringend reformbedürftig gehalten. Die Bezahlung sei so schlecht, daß sich immer weniger Nachwuchs für die Diplomatenkarriere finde. Von 938 Planstellen seien im Augenblick nur 760 besetzt. Die Grundgehälter, die in der Zentrale gezahlt würden, seien viel zu niedrig. So verdiente beispielsweise ein Legationsrat nach 14 Dienstjahren, wenn er vom Ausland in die Zentrale zurückversetzt werde, nicht einmal 2000 DM. Wie solle er sich damit auf dem freien Markt eine teure Wohnung mieten und sein Kind, das in irgend-einem Staat vielleicht in einer englischsprachigen Schule eingeschult werden mußte, auch noch auf eine englische Privatschule schicken?

Eine weitere Klage betrifft die schlechten Beförderungsaussichten. Trotz der vielen leeren Planstellen „läuft die Karriere nicht, wie sie müßte“. Der auswärtige Dienst bilde eine Pyramide mit viel zu breiter Basis und viel zu schmalen Mittelteil.

Japan gegen Bedingungen für Gromyko-Besuch

dpa, Tokio

Japan ist nicht bereit, für den längst überfälligen Besuch des sowjetischen Außenministers Andrej Gromyko in Tokio irgendwelche Bedingungen Moskau zu akzeptieren. Das Außenministerium reagierte gestern auf Äußerungen eines hohen sowjetischen Parteifunktionärs vom Vortag, wonach eine Reise Gromykos nach Tokio nur dann in Frage komme, wenn er dort ein bilaterales Abkommen unterzeichnen könne.

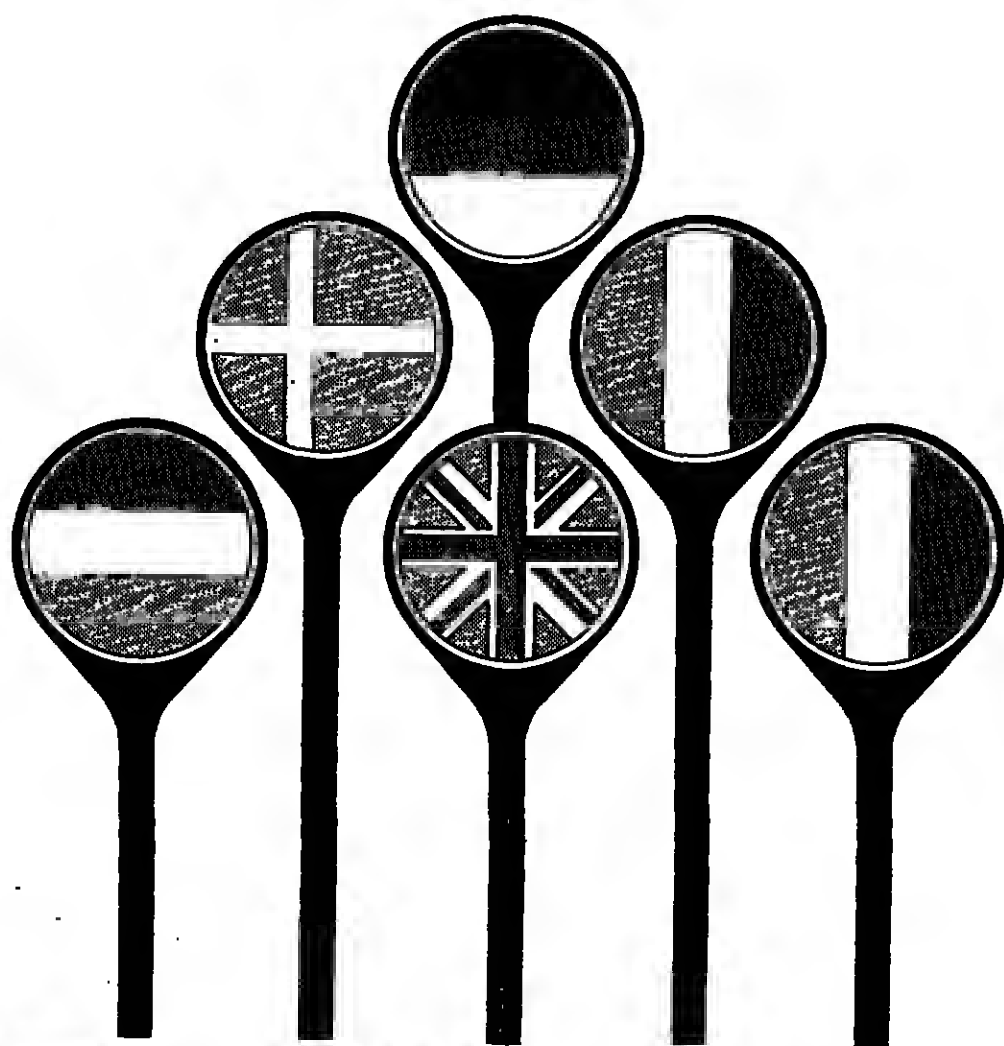
Als Beispiel nannte der stellvertretende Leiter der internationalen Abteilung der KPdSU, Iwan Kowalenko, im Gespräch mit japanischen Journalisten in Moskau einen Vertrag über langfristige Wirtschaftskooperation und ein Abkommen über gütliche Beziehungen. Wie das Außenministerium erklärte, wünsche Japan zwecks Verbesserung der bilateralen Beziehungen zwar die Visite Gromykos, werde sich mit Moskau aber nicht auf einen „Kampf um Bedingungen“ einlassen.

Moskau: Frühzeitig Gespräche beginnen

Der sowjetische Staats- und Parteichef Konstantin Tschernenko hat sich gegen eine weitere Verzögerung von Abrüstungsgesprächen mit den Vereinigten Staaten ausgesprochen. Er tat dies gegenüber dem amerikanischen Geschäftsmann Armand Hammer, den Tschernenko gestern zu einer mehr als eineinhalbstündigen Unterredung im Kreml empfing.

Wie der Präsident des US-Konzerns „Occidental Petroleum Corporation“ anschließend der Presse in Moskau mitteilte, befürworte Tschernenko ernsthafte Verhandlungen mit dem Ziel eines „ehrlichen Abkommens auf der Grundlage von Gleichheit und beiderseitiger Sicherheit, ohne jeden Versuch, den anderen zu überrumpeln und einseitige Vorteile herauszuschlagen“. Die Zukunft müsse zeigen, ob die USA im Gegensatz zu ihrem bisherigen Handeln eine realistische Haltung einnehmen und Verhandlungserfolge ermöglichen, sagte der Kreml-Führer. Er erklärte sich zu einem Gipfeltreffen mit US-Präsident Ronald Reagan bereit, sobald Washington sich zum Verzicht auf einen nuklearen Erstschatz verpflichtet habe.

Das Auto siegte.



Der Kadett AUTO DES JAHRES '85

Eine Jury von 51 Fachjournalisten aus 16 Ländern würdigte das Design und das technische Konzept des neuen Kadett und wählte ihn zum Auto des Jahres 1985.

Bevor die Experten ihre Wertung abgaben, haben sie erst mal studiert.

Den neuen Kadett.

Sie haben ihn an ihren automobilen Bedürfnissen gemessen. Sie haben seine Fahreigenschaften getestet. Und

seine Fahrleistungen analysiert.

All diese Daten waren die Basis für die Bewertung eines Automobils, das buchstäblich um den Menschen herumgebaut wird:

Mit großzügig bemessenem Innenraum.

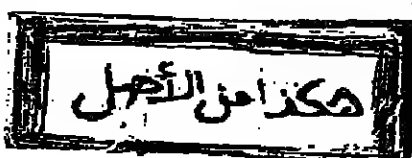
Mit auf einen Blick erfassbaren Instrumenten. Mit einer alles überschaubaren Rundumsicht.

Mit einer aus der Aerodynamik kommenden Wirtschaftlichkeit, die in dieser Klasse neue Maßstäbe setzt.

Mit einer Zuverlässigkeit, wie sie für Opel selbstverständlich ist. Bei ihrer Entscheidung hat die Jury einen ganz entscheidenden Faktor nicht aus den Augen verloren.

Den Menschen als Maß aller Dinge.

Die Auto-des-Jahres-Wahl wird organisiert von: Autovisie (Holland), Daily Telegraph (Großbritannien), L'Equipe (Frankreich), Quattroruote (Italien), Vi bilagare (Schweden), Stern (Deutschland).



Immer mehr Parallelen zum Algerien-Krieg

Unentschieden steht Paris vor der Neukaledonien-Frage

A. GRAF KAGENECK, Paris
Es ist schönes Wetter. Ich habe einen guten Flug gehabt. Und jetzt wollen wir an die Arbeit gehen. Das waren aus 20 000 Kilometer Entfernung über den Äther übertragen die ersten Worte des neuen Hochkommissars für Neukaledonien, Edgar Pisani, die am Montagmorgen an die Ohren der Franzosen drangen. Pisani war in Nouméa, der Hauptstadt des Pazifikarchipels eingetroffen, wo er in den kommenden zwei Monaten eine Lösung des Problems der Veränderung des bisherigen Überseeterritoriums in eine autonome Republik aus französischem Siedlern und melanesischen Ureinwohnern finden soll. Gleichzeitig mit dem neuen Mann trafen drei französische Kriegsschiffe aus Tahiti und ein Regiment Soldaten aus dem Mutterland zur Verstärkung ein.

Zur gleichen Stunde trat Premierminister Laurent Fabius in Paris vor die Abgeordneten der Nationalversammlung, um eine von der Opposition geforderte Debatte über die Zukunft der Inselgruppe einzuleiten. Es gibt keine Lösung ohne den Respekt zweier Basisprinzipien: Ordnung und Dialog", sagte der Regierungschef. Die Lage in Neukaledonien sei außerordentlich schwierig, aber man solle sie nicht noch verschlimmern, indem man "schlechte Nachrichten" erfinde. An die Bevölkerung der Inseln gewandt, sagte Fabius: "Behaltet eure Ruhe und kehrt zum Dialog zurück. Mann kann nicht die Rechte einer Volksgruppe mit Füßen treten und behaupten, die andere existiere nicht. Es gibt Anhänger der Unabhängigkeit von Neukaledonien und es gibt europäische Siedler, die wollen, daß das Territorium bei Frankreich bleibt. Irgendwo in der Mitte dieser widersprüchlichen Interessen verläuft der Weg zur Lösung", sagte Fabius.

Autonomistische Wünsche

Die Vertreter der Opposition, darunter der ehemalige gaullistische Premierminister Pierre Messmer ließen indes deutlich wissen, daß eine Unabhängigkeit der Inselgruppe nicht in Frage käme, da sich dann sofort die Frage aller anderen französischen Überseebesitzungen stelle. In der Tat meldet besonders die Bevölkerung der karibischen Besitzungen Martini-

que und Guadeloupe seit einigen Zeiten immer lauter autonomistische Wünsche an. Hinter dem selbsternannten "Regierungschef einer kanakischen Republik", dem Chef der Unabhängigkeitspartei Tilyacu, stünden nur eine kleine von ausländischen "Beratern" unterstützte Minderheit, die keinesfalls alleine über die Zukunft der Insel entscheiden dürfe.

Keine klaren Befehle

Der Giscardist Jean-Pierre Soisson warf der Regierung vor, durch Duldung immer neuer Unruhen eine Annulierung der Territorialwahlen vom 18. Dezember durchsetzen und damit den Weg zur Unabhängigkeit der Insel zu öffnen zu wollen. Damit aber öffnete er eine "neue Front des Scheiterns". Am 18. November hatte die Inselbevölkerung mit überwiegender Mehrheit eine Versammlung gewählt, die für den Verbleib bei Frankreich eintritt. Soissons Vorwurf, Unruhen bewußt zu tolerieren, fußt auf der Tatsache, daß die aus dem Mutterland eingeflogenen Gendarmen den Gewalttaten der Rebellen nicht genügend scharf entgegengetreten, weil sie nicht über klare Anweisungen aus Frankreich verfügten. Eine gewisse Unentschiedenheit ist nicht zu verkennen. Dies soll sich jetzt unter Hochkommissar Pisani ändern.

Die Lage in Neukaledonien erinnert immer verzweifelter an den Beginn des Algerien-Krieges im Herbst 1954. Auch damals trat eine militante Minderheit die "Nationale Befreiungsfront" algerischer Freischärler für die sofortige Unabhängigkeit des Territoriums ein, die Frankreich keinesfalls zulassen wollte. Der Versuch, sich einander folgender Pariser Regierungen der 4. Republik immer neue Dialogmöglichkeiten zwischen der europäischen Siedlerbevölkerung und den Anhängern der Unabhängigkeit zu eröffnen, scheiterte indes Jahr für Jahr und führte schließlich in einen der verlustreichsten Kriege Frankreichs in der Nachkriegszeit. Erst die Rückkehr General de Gaulles an die Macht konnte eine Lösung einleiten, da der General das genügende Prestige besaß, um eine Unabhängigkeit der Insel sowohl den französischen Extremisten im Mutterland als den französischen Siedlern in Algerien gegenüber durchzusetzen.

Chiles Bischöfe geraten auf Kurs der Konfrontation zum Regime Pinochets

Die Entfremdung zwischen Kirche und Regierung verschärft die politische Polarisierung

WERNER THOMAS, Miami

Der Hirtenbrief enthielt scharfe Attacken gegen Chiles Regierung. Er sei "äußerst besorgt über das Klima der Gewalt", bekannte Erzbischof Juan Francisco Fresno. Der Ausnahmezustand bedeute "einen schweren Rückschlag für die Bemühungen um eine Verständigung und den Frieden in Chile". Der Würdenträger kritisierte weiter, daß die staatlichen Behörden "Konfusion über die katholische Kirche verbreiten" würden, und bekannte: "Ich bin vorsichtig, aber nicht feige."

Viele Kirchgänger spendeten spontan Applaus. In den besseren Wohnvierteln Santiagos verließen einige Gläubige jedoch unter Protest die Gotteshäuser. "Kommunist", kommentierten sie. Innenminister Sergio Onofre Jarpa beklundete "Besorgnis und Überraschung". Dem Erzbischof schrieb er einen vertraulichen Brief.

Seit das Fresno-Dokument von den Kanzeln verlesen wurde, erreichte das Verhältnis zwischen der chilenischen Militärregierung und der katholischen Kirche einen neuen Tiefpunkt. Vertreter beider Seiten befürchten, daß sich der Konflikt noch verschärfen kann. Er beeinflusst den Prozeß der politischen Polarisierung.

Ironischerweise hatte General Pinochet aufgetaucht, als der Papst im Mai 1983 Fresno zum neuen Erzbischof Santiagos ernannte. Der stämmige, weißhaarige Prälat galt als konservativer Kirchenführer im Gegensatz zu Kardinal Raúl Silva Henríquez, der in den Ruhestand ging. "Ein Geschenk des Himmels", urteilte Pinochets Ehefrau Lucia damals. Silva Henríquez, einst Befürworter des Militärputsches im Jahre 1973, steuerte zuletzt einen scharfen Kollisionskurs gegen den Präsidenten.

Fresno (70) wollte die Kirche, in der viele Priester die Thesen der Befreiungstheologie vertreten, entpolitisieren. Er übernahm jedoch während der ersten blutigen Demonstrationen, welche sein Amt und geriet rasch zwischen die Fronten. Der von ihm arrangierte Dialog, der Jarpa und prominente Oppositionsvertreter an einen Tisch brachte, scheiterte. Die Opposition stellte Maximalforderungen, so Pinochets Rücktritt. Jarpa verzichtete auf weitere Gespräche.

Enttäuscht registrierte Fresno die verworrene Situation.

Anfang des Jahres geriet der Erzbischof zum ersten Mal in eine Konfrontationssituation zur Regierung. Zwei Männer und zwei Frauen waren in die Nuntiatur geflohen und hatten Asyl erbeten. Sie fühlten sich politisch verfolgt. Die Regierung beschuldigte das Quartett jedoch, Mitglieder einer marxistischen Untergrundorganisation zu sein und ein Jahr zuvor den Gouverneur von Santiago ermordet zu haben, General Carlos Uruiza. Sie wollte den Asylsuchenden keine Ausreise gewähren. Der Papst appellierte an den Präsidenten, die Leute



Vorsichtig, nicht feige: Erzbischof Juan Francisco Fresno FOTO: DPA

ziehen zu lassen. Pinochet weigerte sich zunächst. Nuntius Angelo Sodano rügte den General: "Mit jedem Tag, der vergeht, wird die Respektlosigkeit gegenüber dem Heiligen Stuhl größer." Auch eine Intervention Fresnos nützte nichts.

Schließlich konnten die Gäste der Nuntiatur nach mehr als zwei Monaten doch ausreisen. Aber zu diesem Zeitpunkt lieferten linke Priester und rechte Aktivisten der Presse neue Schlagzeilen. Der Geistliche Rafael Marotto verteidigte in einem Interview der Zeitung "El Mercurio" die politischen Ziele der marxistischen Rebellenorganisation, Bewegung der revolutionären Linken (MIR). Sie würde eine "bessere Demokratie" anstreben. Die Reaktion der Rechten waren Wandmalereien an den Kirchen wie "Viva Pinochet", "Rote Kuriere", "Genug mit dem Marxismus".

Fresno neutralisierte Marotto, indem er ihn vom Gemeindedienst entband.

Anfang September verschärfte sich die Situation: Der französische Priester André Jarlan wurde bei einer Protestaktion in einem Arbeiterviertel in Santiago von einer Kugel getroffen. Die Opposition behauptete, die Polizei habe auf ihn gefeuert, die Regierung dementierte. Tausende marschierten hinter dem Sarg des Priesters zur Kathedrale, wo Erzbischof Fresno die Totenmesse zelebrierte.

Mitte September verweigerten vier der kritischsten Bischöfe das Te Deum zum Tag der Unabhängigkeit. José Manuel Santos, der Bischof von Concepción, erläuterte: "Das Te Deum ist ein Symbol der Harmonie, die nicht existiert." Obgleich sich Fresno nicht an diesem Akt beteiligt hatte - Pinochet besuchte seinen Gottesdienst -, erklärte Luftwaffenkommandeur Fernando Matthei: "Die Beziehungen zur katholischen Kirche waren nie kälter."

Sie sind noch kälter geworden. Einen Tag nach der Verhängung des Ausnahmezustandes (6. November) verweigerte die Regierung dem Vorsitzenden der katholischen Menschenrechtskommission, dem spanischen Priester Ignacio Gutiérrez, die Rückkehr nach Chile. Gutiérrez befand sich auf einer Reise durch Europa und die USA, bei der er die Verhältnisse in Chile scharf kritisiert hatte. Fresno veröffentlichte eine wütende Erklärung: "Ein ernster Schritt, den ich nicht akzeptieren kann."

Die Menschenrechtskommission, "Vikariat der Solidarität" genannt, ist der Regierung seit ihrer Gründung im Jahr 1976 ein Dorn im Auge. Ihre Vertreter registrieren wohl aufmerksam die Exzesse der Sicherheitsbehörden und haben schon vielen Häftlingen geholfen. Einige gelten jedoch auch als linke Kiffer. Pinochet unterstellte ihnen einmal eine marxistische Gesinnung: "Sie sind kommunistischer als die Kommunisten."

Wenige Tage nach der Verlesung des Hirtenbriefes ließ Fresno die Katholiken Chiles fasten und beten - für den Frieden, für die Versöhnung. Er legte Wert auf die Feststellung, daß dies keine politische Demonstration gewesen sei. Tatsächlich folgte auch keine Kritik von der Regierung. Bei den Seiten bemühen sich um eine Atempause. (SAD)

Diamanten, Fleisch und „Unregelmäßigkeiten“

Zulauf für Opposition / Größte Sowjetbotschaft der Region

M. GERMANI, Johannesburg

Präsident Quett Masire, der im September als Nachfolger des 1980 verstorbenen Sir Seretse Khama in Botswana durch Wahlen bestätigt wurde, hat nun einen innenpolitischen Rückschlag erlitten. Bei einer Nachwahl, die durch einen Gerichtsentscheid mit der Begründung angeordnet worden war, im September sei es zu "Unregelmäßigkeiten" gekommen, verlor Vizepräsident Peter Mmusi sein Mandat. Mit einer knappen Mehrheit gewann Oppositionsführer Kenneth Koma von der "Botswana National Front" den umstrittenen Sitz. Jetzt muß der Vizepräsident sein Amt aufgeben.

Das 582 000 Quadratkilometer große ehemalige Betschuanaland galt zur Zeit der Kolonialbesiedlung als

BOTSWANA

Durchzugsgebiet der Engländer nach Rhodesien. 1885 wurde es dem hritischen Weltreich als Protektorat einverleibt. Bei der Unabhängigkeit 1966 galt es noch als eines der zwanzig ärmsten Länder der Welt.

Unter Khamas Führung begann mit Fleischexporten nach Europa und der Entdeckung der Bodenschätze der wirtschaftliche Aufschwung des Landes. Unter dem großteils von der Kalahariwüste bedeckten Land verbargen sich reiche Diamantenminen. Obwohl die Preise für Kupfer-Nickel-Erze in den vergangenen Jahren gefallen sind, wird in diesem Jahr erstmalig wieder ein Gewinn für die Mine in Selebi Pkwe erwartet. Ein 300 Millionen Tonnen großes Kohledepot bei Sdrow, der Geburtsstadt Khamas, weitere Kohlevorkommen im Nordosten und eines der größten Soda-Asche-Depots der Welt in der Makarikari-Pfanne haben das Interesse internationaler Firmen wie Amax, BP, Shell und Charbonnage de France geweckt.

Als weiterhin undurchführbar gilt das seit fast dreißig Jahren diskutierte Projekt der "Transkalahari-Eisenbahn" von Gaborone nach Walvischucht in Südwest. Die derzeitigen Konstruktionskosten von mindestens zwei Milliarden Mark übersteigen die Kapazitäten Botswanas. Dennoch wird der Plan immer wieder erwogen.

Denn die Eisenbahnlinien über Zimbababwe nach Maputo und Beira sind chronisch überlastet und durch die Guerrillas der Renamo unsicher geworden. Und deshalb bleibt das Binnenland Botswana auch wirtschaftlich von Südafrika, mit dem es in Zollunion verbunden ist, abhängig.

Die Trockenheit der letzten drei Jahre und ein Bevölkerungszuwachs von fünf Prozent pro Jahr (1971: 574 000, heute fast eine Million Menschen) verhindern trotz des Reichtums an Bodenschätzen den erwarteten Wohlstand auf breiter Ebene. Die Landflucht läßt die städtische Einwohnerschaft um zwölf Prozent jährlich ansteigen. Fachleute erwarten für das Jahr 1990, daß zwei Drittel der Bevölkerung urbanisiert sein werden, verglichen mit zehn Prozent zur Zeit der Unabhängigkeit. Die Folge: Anwachsen der Slumgebiete und immer mehr Arbeitslose.

Trotz des Ausbaus der Schulen und einer deutlichen Verringerung der Quote an Analphabeten bilden die Jugendlichen den Rückhalt der "Botswana National Front", die bei den September-Wahlen die Anzahl ihrer Sitze im 32köpfigen Parlament auf vier, mit der Nachwahl am vergangenen Wochenende auf fünf erhöhen konnte. Ihr Führer Kenneth Koma, Doktor für politische Wissenschaften der Universität Moskau, zielt auf eine "friedliche Revolution" und unterhält enge Kontakte zur sowjetischen Botschaft in Gaborone. Diese ist die größte im südlichen Afrika. Von hier aus beobachtet nach Ansicht westlicher Diplomaten der sowjetische Militärgeländedienst GRU aufmerksam die Ereignisse in Südafrika.

Präsident Masire lehnt einen Nichtangriffspakt, den ihm Pretoria aufzwingen möchte, entschieden mit dem Hinweis ab, sein Land dulde keine Guerrilla. Obwohl er sich durch die Wahl etabliert hat, wird der Schattensohn Sir Seretse Khama immer länger. Der damals 27jährige hatte 1980 noch nicht das gesetzliche Alter von 30 Jahren für die Präsidentschaft. Er ist heute stellvertretender Kommandeur der Streitkräfte und Oberhaupt der Bamangwato. Seine Sympathien für die Sowjets sollen abgekühlt sein, seine Antipathie gegen Masire nicht. Auf lange Sicht bleibt er ein unübersehbarer politischer Faktor.

Der Mensch gewann.



Bevor wir darangingen, den neuen Kadett zu bauen, haben wir erst mal studiert.

Sie.

Wir haben Ihre automobilen Bedürfnisse erforscht und Ihre Fahrgewohnheiten analysiert.

Wir haben Ihr Blickfeld getestet und die Bewegungsabläufe Ihrer Arme und Beine simuliert.

All diese Daten füllen kilometerlange Computerlisten. Sie sind die Basis für Planung, Ent-

wicklung und Konstruktion eines Automobils, das buchstäblich um Sie herumgebaut wird.

Mit großzügig bemessenem Innenraum.

Mit auf einen Blick erfassbaren Instrumenten. Mit einer alles überschaubaren Rundumsicht.

Mit einer aus der Aerodynamik kommenden Wirtschaftlichkeit, die in dieser Klasse neue Maßstäbe setzt.

Mit einer Zuverlässigkeit, wie sie für Opel selbstverständlich ist.

Mit dem neuen Kadett haben wir, bei allem Fortschritt, einen entscheidenden Wert niemals aus den Augen verloren. Die menschliche Technik.

Der Mensch als Maß aller Dinge? Für uns ist er das absolute Muß.

OPEL
ZUVERLÄSSIG IN DIE ZUKUNFT

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 844, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Schutz für Verbrecher

„Stapelhaus: Kein Volk von Kriminellen“
WELT vom 22. November

Sehr geehrte Damen und Herren,
die Feststellung des sehr verehrten Herrn Minister Engelhard zeigt, daß er sicher ein herzenguter Mensch ist, aber wie fast alle hochgestellten Persönlichkeiten in Regierung und Parlament in einem Wolkenkuckucksheim lebt. Fern jeder Volksnähe, umgeben von einer großen Anzahl perfekter Sicherheitsbeamter und geschützt durch ein gepanzertes Auto, kann er sich kaum die Gefahren eines Normalbürgers vorstellen. Deshalb läßt er sich durch Zahlen und Prozentrechnungen, vorgelegt von Sachbearbeitern (die wie Sachbearbeiter fast immer den Ärger von ihrem Chef fernzuhalten wünschen) zu einer weltfremden Beurteilung der Lage verleiten.

Was bedeutet schon das Eigentum eines Normalverbrauchers? Immerhin gab vor kurzer Zeit die Hamburger Kriminalpolizei an, daß sich rund um die Uhr in Hamburg alle 15 Minuten ein Einbruch ereignet. Angehängt werden davon 12 bis 18 Prozent aufgeföhrt. Ich kann nur sagen, daß ich keinen aufgeklärten Fall kenne. Auch mein kleines Wohnheim wurde in diesem Jahr erbrochen, als ich drei Stunden zum Besuch meiner Frau im Krankenhaus weilte. Meiner Frau raubten die Banditen die wenigen Wertgegenstände, die sie besaß. Ich

als Ostvertriebener, der erst nach Kriegsschluß aus der Gefangenschaft in Hamburg landete, hatte keine Wertgegenstände zu bieten. Aber deshalb anscheinend zerschlugen diese Bestien alles Zerschlagbare. Selbst die Kriminalbeamten waren über diesen Vandalismus erschüttert. Der Schaden war sicher 50 000 DM. Die Versicherung zahlte ganze 1000 Mark.

Wenn Herr Minister Engelhard wüßte, daß ich nur noch mit Bangen zum täglichen Einkauf das Haus verlasse und daß ich jeden Erholungsausschweif mit 83 Jahren wohl zu stehen könnte (von einem Kururlaub gar nicht zu reden), völlig abgeschrieben habe, dann würde er wohl nur freundlich lächelnd den Kopf schütteln. Seine Statistiken kennen nur 0,01 bis 0,02 Prozent Kriminalfälle. Alles andere verschweigt der Datenschutz und die umsorgende Höflichkeit der Sachbearbeiter.

Die Kriminalpolizei ist nicht schuld, daß ich nie, was sie kann, aber die Augenbinde des Datenschutzes verhindert den größten Teil des Erfolges. Gültige Wohnbewohner mögen einen Sinn in diesem Gesetz erkennen. Wir geplagten Bürger sehen nur einen idealen Schutz für Verbrecher.

Hochachtungsvoll,
H. J. von Cramon-Taubadel,
Hamburg 72

Die Opfer der Beamten

Minuten hat man den fatalen Eindruck, als wollten Sie Ihren Lesern suggerieren, nur die Beamtenschaft sei zum Spornsporn verschont. Um diesen fatalen Eindruck zu korrigieren, seien nur einige der gravierendsten Opfer genannt, welche gerade den Beamten auferlegt wurden: Stellenstreichungen (in Baden-Württemberg bis 1980 allein 1000 Lehrstellen in allen Schularten) / Stellenbesetzungsstopp auf ein Jahr / Streichung von Beförderungstellen / Beihilfeschneidungen im Krankheitsfall auf den 2,5-fachen Satz der GOÄ hinaus und trotz ärztlicher Abdingungen nach Paragraph 2 GOÄ / Streichung des Stationärzuschlages / Streichung des Essenszuschusses / Hinausschiebung der Besoldungspausung 1982, 1983, 1984 / zweimalige Kürzung der Anwärterbezüge / Verschlechterung des Paragraphen 55 Beamtengesetzes / Kürzung des Anpassungszuschlages um ein Drittel / Absenkung der Eingangsunter / Wegfall des Verheiratenzuschlages beim Ortszuschlag bei 2 Verdienern im ÖD / Verschlechterung der Altersversorgung (gilt nicht für Minister und Abgeordnete) / Verschlechterung der Vorsorgepauschale / Einkommensgrenzen für Kindergeld / nicht beigelegte Initiativen zur Kürzung bzw. Abschaffung des 13. Monatsgehaltes / Verschlechterung des Reisekostenrechtes bei Dienstreisen / Einkommensgrenzen für das Mutterschaftsgeld.

Dazu kommen (namentlich in Baden-Württemberg): stetige Appelle der Landesregierung zur gehalts-, ruhegehalts- und pensionsmindernden Teilzeitarbeit im ÖD / stetige Appelle

der Landesregierung zum Stellen von Anträgen auf Beurlaubung ohne Fortzahlung irgendwelcher Bezüge (Gehalt) / ersatzlose Streichung jederlei Überstundenvergütung unter Beibehaltung der Verpflichtung, weiterhin Überstunden zu leisten. Im Lehrbereich: seit 1. 2. 1982 Streichung der Vergütung für MAU-Stunden (= Mehrarbeitsunterrichtsstunden).

Die Aufzählung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Bei einem Studienrat, 32 Jahre, verheiratet, 2 Kinder, macht dies in 5 Jahren über 36 000 DM Mindereinnahmen aus.

Der Leser möge sich fragen, ob solche Opfer auch Ärzten und Apothekern auferlegt wurden!

Willi Schulte,
Karlsruhe 1

Im Widerspruch

„Der Mensch - Schicksal des Trübsinn“
Gedichte WELT vom 24. November

Es ist befremdend, wenn der Artikel der Geistigen WELT zum christlichen Ewigkeitssonntag, auch Totensonntag genannt, die Todesvorstellungen Platons und der (vorchristlichen) Griechen beschreibt. So interessant und beeindruckend die Ausführungen auch sind, sie stehen diametral im Widerspruch zum Evangelium, z. B. auch zu dem Bibelvers 2. Kor. 5,1, den Axel und Friede Springer für die Beileidsbekundung zum Tode ihres Freundes Matthias Walden wählten, der Mitherausgeber Ihrer Zeitung war.

Mit freundlichem Gruß
J. Thomas,
Hamburg 13

Keine Premiere

„Nicht möglich“ WELT vom 17. November

Sehr geehrte Damen und Herren,
in seinem Kommentar zur Bundestagsdebatte über Parteipendenzen und Flick nennt Herr Schell es eine „erfreuliche Übereinstimmung“, daß „keine der demokratischen Parteien diese Republik für käuflich hält“, was immer im einzelnen unter dieser Formulierung verstanden werden mag.

Sobald man als Bürger geneigt ist, Erklärungen dieser Art positiv zu bewerten, da sie ja doch den Glauben an das Gute im Menschen stärken, sollte das Erinnerungsvermögen dadurch nicht so weit getrübt werden, daß ein Ereignis von - wie man inzwischen aufgrund der danach eingetretenen Entwicklung weiß - schicksalhafter Bedeutung vergessen wird, nämlich die Steiner-Affäre.

Wie mittlerweile, erlitt Rainer Barzel eine Niederlage, als er 1972 gegen die damalige Regierung Brandt ein konstruktives Mißtrauensvotum stellte. Der Grund waren zwei fehlende Stimmen, deren eine dem damaligen Abgeordneten Steiner gehörte, der nach eigener Aussage mit 50 000 Mark aus einem Portefeuille der SPD „gekauft“ worden war.

An dieser Aussage hat sich bis heute nichts geändert; der eingesetzte - und sinnigerweise von einem SPD-Genossen geleitete - Untersuchungsausschuß konnte lediglich nicht mit letzter Sicherheit die buchungstechnische Abwicklung der Transaktion, in die das SPD-Mitglied Wienand maßgeblich verwickelt war, nachweisen.

Insofern ist es nachträglich eine billige und höchst willkommene Absolution, welche die Konservativen den Genossen für diesen Bestechungsfall, der der Bundesrepublik weitere Jahre Brandtscher Politik mit den heute bekannten Ergebnissen - zu denen die Existenz der Grünen ebenso zu rechnen ist wie die sowjetische Waffenüberlegenheit und die hohe Verschuldung unseres Staates - bescherte, erteilt haben.

Bei aller gebotenen Fairness im Umgang mit dem politischen Gegenspieler sollten sich die Unionsparteien stellen der Tatsache bewußt sein, daß dieser keine Gelegenheit ausläßt, auszuweichen. Insofern wäre es falsch, in diesem Zusammenhang über die damaligen Ereignisse hinwegzugehen.

Wenn die SPD heute die Ansicht vertritt, die Republik sei nicht käuflich, kann das immer noch als Absichtserklärung für ihre zukünftige Verhaltensweise gesehen werden, an welcher sie sich möglicherweise später einmal messen lassen muß.

Mit freundlichen Grüßen
G. Cremer,
Gladbeck

Wort des Tages

„Sowenig wie im Leben des einzelnen ist es für das Leben der Menschheit wünschenswert, die Zukunft zu wissen.“
Jacob Burckhardt; Schweizer Kunsthistoriker (1818-1897)

Zynisch oder nur dumm?

„Ein Kirchenrat und die letzte Lebensspanne“ WELT vom 22. November

Sehr geehrte Herren,

recht hat der Herr Oberlandeskirchenrat Walter Roth mit seiner Auffassung über die zu aufwendige medizinische Versorgung alter, kranker Menschen. Ein vorzeitiges Ausscheiden dieser Menschen (deren Spenden an die Kirche sowieso mager ausfallen) würde viele Krankenbesuche überflüssig machen und den Herren Pfarrern mehr Zeit für kritische Überlegungen grundsätzlicher Natur geben.

Es wäre z. B. zu überlegen, ob man nicht - entsprechend Aldous Huxley - die Asche der vorzeitig Verstorbenen zur Düngung den Entwicklungsländern zur Verfügung stellen sollte. Vor etwa 250 Jahren unterbreitete Jonathan Swift - ein Kollege des Herrn Oberlandeskirchenrats - zur Behebung von Elend und Hunger in Irland der „öffentlichen Erwägung den bescheidenen Vorschlag“ einjährige irische Kinder als Braten zuzubereiten und zu verspeisen. „Ein Kind reiche für zwei Mahlzeiten wenn Freunde zu Besuch kämen“. Jonathan Swift war ein Satiriker.

Hochachtungsvoll,
Dr. R. B. de Jong,
Mati

Sehr geehrte Damen und Herren,
man hätte meinen sollen, die Einschätzung alter, kranker Menschen als unnütze Esser, deren Leben aus staatlichen Kostengründen möglichst zu verkürzen sei, gehöre der endgültig überwundenen NS-Geisteshaltung vom „Lebensunwerten Leben“ an und sei überhaupt für Christen nie

in Betracht gekommen. Jetzt kritisiert ausgerechnet ein leibhaftiger Kirchenrat die „zu aufwendige Versorgung alter, kranker Menschen, deren letzte Lebensspanne mit unverhältnismäßig hohen Summen, zu Lasten der Entwicklungsländer, erkaufte sei“, und schreibt - geradezu dem „Wörterbuch des Unmenschen“ entnommen! - wir „schraubten den Konsum, auch den Konsum an Lebensjahren (!), höher und höher und es sei daher zu überlegen, welchen Prozentsatz seines Sozialprodukts ein Staat für die rein vegetative Existenzverlängerung (!) aufwenden dürfe“.

Er tritt dafür ein, bei Schwerkranken, deren Tod abzusehen sei, die medizinische Versorgung ganz einzustellen!

Bei diesem Kirchenrat hat anscheinend Fernstenliebe schon zum Nachstenhaß geführt.

Mit freundlichen Grüßen
H. W. Ludewitz,
Duisburg 1

Die Verlängerung der „letzten Lebensspanne“ dieses lustigen Pensionärs wäre allerdings ein nutzloser Kostenaufwand für den Kirchensteuerzahler! Wie war das doch mit dem „Lebensunwerten Leben“?

Dem von ihm beklagten Übel soll der alte Herr durch Verzicht auf seine Pension zu Gunsten der Entwicklungsländer abhelfen - als leuchtendes Vorbild! Und das ganze auch ohne Verkürzung seiner jetzigen Lebensspanne! - im Gegenteil!

R. Hernekamp,
Bochum 1

„Interessen der Arbeiter“

„Lieber rot-grünes Bündnis als eine große Koalition. Die IG Metall markiert ihren Weg“ WELT vom 19. November

Sehr geehrte Herren,

Herr Karl-Heinz Janzen, Leiter des Ressorts Sozialpolitik der IG Metall, befragt im „Interesse der Arbeiter“ ein rot-grünes Bündnis, der die Gewerkschaften, die das Gewaltmonopol des Staates befrachten. Herr Karl-Heinz Janzen sieht aber grundsätzlich keine entscheidenden Konflikte zwischen den Grünen und den Gewerkschaften!

Was ist denn das für ein Funktionär, der so die Interessen der Arbeitnehmer vertritt?

Mitte der sechziger Jahre brachte Herr Karl-Heinz Janzen - damals Leiter der IG Metall in Gummersbach - 1200 Arbeiter um Arbeit und Brot. Ein Betrieb für elektrische Haushaltsgeräte geriet in Schwierigkeiten, da die Italiener und die DDR diese Geräte billiger anbieten konnten als der Gummersbacher Unternehmer. Dazu kam gleichzeitig noch eine drastische Erhöhung der Tariflöhne. Das konnte das kleine Unternehmen nicht verkraften. Es drohte die Pleite! Da ergreifen die Arbeitnehmer unter Führung des Betriebsrates die Initiative: Sie wollten im Interesse der Erhaltung der Arbeitsplätze für die 1200 Arbeitnehmer auf die tarifliche Lohnerhöhung verzichten. Aber Herr Janzen, der jetzt das Interesse der Arbeitnehmer bei den Grünen sieht, lehnte den vernünftigen Vorschlag der Arbeitnehmer kategorisch ab. Die Firma machte Pleite. Die 1200 Arbeitnehmer verloren Arbeit und Brot. Sollte dieser Vorgang den Arbeitgebern nicht zu denken geben!

Dr. J. Vogel,
Brennentrath

Personalien

EHRUNG

Im Rahmen eines Festaktes in den Räumen des Französischen Senats in Paris unter der Schirmherrschaft von Alain Pöher, Präsident des Französischen Senats, wurde die Robert-Schuman-Medaille „Fraternité d'Armes“ Jean Mialle, Conseiller d'Etat, Paris, und Johann Findeisen, Hannover, überreicht. Die Medaille ist 1976 von der Stiftung F. V. S. zu alljährlicher Verleihung an einen ehemaligen Kriegsteilnehmer aus Deutschland und Frankreich zur Verfügung gestellt worden. Sie ist mit einem Ehrensold von je 2000 Mark verbunden.

GEBURTSTAGE

Gäste aus Politik und Wirtschaft gratulierten gestern in der Hamburg-Redaktion der WELT Korrespondent Herbert Schütte und Karikaturist Wilhelm Hartung zu ihrem Doppelgeburtstag mit insgesamt 125 Lebensjahren. Die Zahl der Gratulanten war so groß, daß auch Flure und Nebenräume in die Festlichkeiten einbezogen wurden. Als einer der ersten kam Bürger-Schaffs-Präsident Peter Schmitt. Der Senat war durch Rolf Lange (Times), Volker Lange (Wirtschaft), Horst Cobrecht (Finanzen) und Eugen Wagner (Bauwesen) vertreten. Für die Hamburger CDU überbrachten die Landesvorsitzende Jürgen Behternack und Fraktionschef Hartmut Perschke ihre Glückwünsche. Zu den Gästen zählten ebenso der Vorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion Henning Vosseler wie zahlreiche Parlamentarier, unter ihnen auch der SPD-Medienexperte Frank Dahrendorf, Wilhelm Nölling, Präsident der Landeszentralbank und Direktor Hartmut Heinke von der Vereins- und Westbank repräsentierten die Bankwesen, Polizeipräsident Dieter Heering den Bereich Sicherheit und Ordnung. Zu den Gästen gehörten auch zahlreiche Berufskollegen der beiden Jubilare wie der Chefredakteur des Hamburger Abendblatts, Klaus Korn, und HAF-Feuilletonchef Helmut Söring. Die Luftfransa war durch ihre Pressescheffin Ruth von Selanackenburg präsent, die Medienwirtschaft durch den Geschäftsführer des Studio Hamburg, Martin Willich und den SPD-Medienbeauftragten Paul-Otto Vogel. WELT-Chefredakteur Wilfried Hertz-Eichenrode konnte auch besonders den Sprecher der Landesregierung von Schleswig-Holstein, Staatssekretär Gerd Beinhake, begrüßen. In einer Ansprache würdigte der Chefredakteur neben den journalistischen und zeichnerischen Qualitäten der beiden Jubilare besonders Herbert Schüttes und Wilhelm Hartungs Menschlichkeit, die ihnen weit über Hamburg hinaus Anerkennung und Achtung gebracht hat.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung wird Fritz Heine am 6. Dezember anlässlich seines 80. Geburtstags mit einem Empfang ehren. Ein Politiker, der als Vorstandsmitglied der SPD bis 1958 eine bedeutende Rolle spielte und danach über Jahre die „Konzentration“, also die Holding des Sozialdemokratischen Pressegesetzes leitete, wird damit dem

Vergessen entrissen. Heine wurde auf dem SPD-Parteitag 1958 zum Sündenbock für die bittere Niederlage der SPD im Jahre 1957 abgestempelt. Das war zugleich das Signal für den Weg der SPD nach Godesberg. Fritz Heine drängte sich nie in den Vordergrund, war auch niemals Parlamentarier. Dieser in Hannover geborene Sozialdemokrat war über lange Jahre eine Art Generalstabler an der Seite Schumachers und Ollenhauers in Hannover und Bonn seit 1946. Seit seinem 21. Lebensjahr stand der gelernte Kaufmann hauptberuflich im Dienste der SPD, genauer gesagt des Parteivorstandes, zuerst in Berlin, dann des Exekutivvorstandes in Prag und Paris und zuletzt seit 1941 in London. Schon bei der historischen Entscheidung im Oktober 1945 im Kloster Wennigsen gegen die Sozialistische Einheitspartei und für die klare Abgrenzung gegenüber den Kommunisten war er aus London herbeigeleitet. Heine dabei. Im Februar 1946 kehrten Ollenhauer und Heine dann endgültig nach Deutschland zurück. Drei Monate danach auf dem Gründungsparteitag der SPD in Hannover wurde Kurt Schumacher, Erich Ollenhauer und Fritz Heine an die Spitze der SPD gewählt. So verkörperte dann die Person des 80jährigen ein entscheidendes Stück der Parteigeschichte.

Adolf Sommerauer, Ex-Fernsehpriester, wird am Donnerstag (6. Dezember) in München 75 Jahre. Eifrig ist Pfarrer Sommerauer nach seiner „Fernsehkariere“ weiterhin auch als Autor: Vor ein paar Monaten erschien ein „Lesebuch“, jetzt plant er eine Weihnachtsgeschichte, die sich wie ein Krimi lesen soll. In München und Erlangen studierte der später durch zahlreiche Rundfunk- und Fernsehsendungen bekannt gewordene Münchner Theologe und Philosoph. Von 1933 bis 1939 wirkte er als Vikar und Pfarrer in Regensburg, wo er nach dem Krieg und seinem Kriegsdienst bis 1950 erneut tätig war. Sieben Jahre als theologischer Mitarbeiter an der Evangelischen Akademie in Tutzing folgten. Dann erhielt Sommerauer einen Ruf als Beauftragter für Predigt- und Rundfunkfragen beim evangelisch-lutherischen Landeskirchenrat in München.

GEDENKEN

Mit einem Requiem in der Bad Godesberger Pfarrkirche St. Albertus Magnus nahmen die Mitglieder des Internationalen Clubs La Redoute Bonn-Bad Godesberg von Georg Graf Széchenyi Abschied. Graf Széchenyi war seit 1960 Geschäftsführer des Clubs gewesen, der zu den großen gesellschaftlichen Zentren der Bundeshauptstadt gehört. In- und ausländische Diplomaten, Repräsentanten von Wirtschaft und Kultur gehören dem Club an, der 1953 gegründet worden ist. Georg Graf Széchenyi, früherer Regierungsratspräsident von Ungarn, war 1956 nach dem Aufstand in seinem Lande in den Westen gekommen, zunächst nach Belgien, dann nach Bonn. Zusammen mit seiner inzwischen verstorbenen Frau Kosi hat er dem gesellschaftlichen Leben der Diplomatenstadt entscheidende Impulse verliehen.

EINER EUROCARD KANN ES GAR NICHT AMERIKANISCH GENUG SEIN.

Über 3,4 Millionen Vertragspartner international - eines der dichtesten Netze der Welt: das ist das Ergebnis der EUROCARD-Zusammenarbeit mit Amerika's MasterCard und Access, einer der englischen Top-Cards.

2 Millionen davon allein in den USA - von Seattle (Wash.) im Nordwesten bis Jacksonville (Fla.) im Südosten, von San Diego (Calif.) bis Bangor (Me.) sind Sie mit einer EUROCARD immer gut behütet. Ob Sie tanken wollen oder übernachten, einkaufen oder essen, Autos mieten, Flüge buchen oder Bargeld brauchen - mit der EUROCARD geht's immer. Und überall.

Genauso schnell und einfach wie bei über 35000 deutschen EUROCARD-Vertragspartnern diesseits des „großen Teiches“.

Eine EUROCARD bekommen Sie über Ihre Bank oder Sparkasse, deren Berater in allen Fragen kompetente Gesprächspartner sind. Oder über ein Postgiroamt.



Ein Service der deutschen Banken und Sparkassen.

EUROCARD. WORLDWIDE CREDIT - MADE IN GERMANY.

Keine andere wissenschaftliche Entdeckung der jüngsten Zeit hat die Gemüter so erregt wie Laser. Junge amerikanische Forscher sind dabei, Laser zur Strahlenwaffe weiterzuentwickeln. Adalbert

SIEG DER STERNE



Bärwolf beschreibt in diesem Serienteil das von Präsident Reagan vorangetriebene Projekt – ein Vorhaben, das der Physiker Edward Teller in seiner Bedeutung mit dem Bau der ersten Atom-

Von Rubinen, Pop-up-Laser und Primärspiegeln

Von ADALBERT BÄRWOLF

Immer, wenn Theodore Maiman aus dem Panoramafenster seines Arbeitszimmers im Appartement Nr. 328 am Tahiti-Way 13900 im kalifornischen Marina del Rey heraus-

Abend der Erklärung Reagans im Weißen Haus zeigen war, räumt jedoch ein, daß keine Abwehr undurchdringbar ist. Er hoffte aber, daß im Jahre 2000 von den für strategische Zwecke ausgegebenen Geldern 95 Prozent auf die Defensive, nur fünf Prozent auf die Offensive entfallen.

Auch Teller stand den Ideen seiner jungen Kollegen der Gruppen O und R in Livermore, Peter Hagelstein (30), Thomas Weaver (34), Lowell Wood (43) oder George Chapline (42) zunächst skeptisch gegenüber. Heute betrachtet er es aber als eine Gewissheit, daß sich „eine der Ideen – möglicherweise zwei, drei oder vier – realisieren lassen und der Defensive eine vorherrschende Rolle geben.“ Eine der in der Öffentlichkeit bekanntgewordenen Ideen ist der sogenannte nukleare Pop-up-Laser.

Um einen Atomspengsatz sind ringförmig Dutzende von Fasern eines besonderen Metalls arrangiert. Die Fasern sind wie Stabantenn von Fernsehergeräten schwenkbar. Ganz vereinfacht ausgedrückt, geschieht in Bruchteilen einer Sekunde dies: Die in der Atomexplosion freigesetzte Strahlenergie von Gammastrahlen wird über den Lasereffekt in intensive parallele Röntgenstrahlung umgesetzt und im Vakuum des Weltraums über Tausende von Kilometern gegen offensive Atomraketen gerichtet.

Unterirdische Tests zur Laser-Messung

Der bei der nuklearen Detonation als „atomare Initialstrahlung“ freigesetzte Gammastrahlenstoß bewirkt in der Elektronenstruktur der Metallatome bei den Temperaturen, wie sie nur im Inneren der Sterne vorkommen, die zum Lasereffekt notwendigen Veränderungen. Ein Strahlenstoß von Hunderten Milliarden Watt ist das Ergebnis. Wenige milliarden Sekunden später hat sich die nukleare Laserwaffe selbst zerstört.

Nach den zur Verfügung stehenden Informationen haben die Forscher von Livermore in wenigstens vier unterirdischen Versuchen auf dem Versuchsgelände Mercury bei Las Vegas in der Wüste von Nevada nukleare

Explosionen unter den Codenamen „Dauphin“, „Excalibur“, „Cobra“ und „Romano“ zur Ermittlung des Lasereffektes auslösen können.

Versuche unter den Vakuumbedingungen des Weltraums sind selbstverständlich unmöglich, da Atomspengsätze – die nuklearen Pumpen – durch Ost-West-Verträge aus dem Weltraum verboten sind. Deswegen wäre auch – im Gegensatz zu nicht-nuklearexpumpierten Lasern – eine Stationierung von Laserkampfstationen untersagt, deren Pumpquellen Atombomben sind. Chemisch gepumpte Laserkampfstationen zur ausschließlichen Bekämpfung von Satelliten, nicht aber zur Abwehr ballistischer Raketen, dürften dagegen ohne einen Anti-Satelliten-Vertrag entfallen.

Der „X-Ray-Laser“ zerstört sein Ziel durch einen Druckpuls, durch eine Schockwelle, nicht durch Hitze, der thermischen Energie der „normalen“ Laser. Der Druckpuls, der „Röntgenschock“, versetzt der starren Interkontinentalrakete der Sowjets eine so dicke Beule, daß die Schweißnähte der Treibstofftanks platzen.

Der nukleare Pop-up-Laserstrahl braucht auch nicht mit optischen Mitteln fokussiert zu werden. Über eine Entfernung von mehreren tausend Kilometern ist die „Todeszone“ weit größer als das Ziel. Alle möglichen Abwehrmaßnahmen wie Reflektoren, Rollen der Raketen um die Längsachse oder Schmelzschuttschutz nützen nichts.

Da nuklearexpumpierte Laser in Friedenszeiten nicht in den Weltraum gebracht werden dürfen, müßten sie in einer extremen Weltkrisensituation bei höchster Provokation durch die Sowjetunion in Erdkreisbahnen geschossen werden. Wegen des geringen Gewichtes jeder Laser-Kampfstation und der kompakten Auslegung ohne riesige optische Linsen könnten in Kalifornien bereitstehende Raumflugzeuge (Space Shuttle) Hunderte der nuklearexpumpierten Laser im Weltraum so absetzen, daß die Startfelder der Sowjetraketen immer im Reichweite lägen. Jede Laserminuten hätte die Fähigkeit, Dutzende von Zielen gleichzeitig zu bekämpfen. Mehrere, vielleicht in einhundert-

tausend Kilometer Höhe stationierte Kontrollzentren, würden im Ernstfall in ultraschnellen Rechenoperationen die Laserstrahlen blitzschnell auf die einzelnen Ziele richten, die zuvor wegen ihrer Infrarotsignale in der Startphase von Frühwarnsatelliten ermittelt worden waren.

Science Fiction wird noch übertroffen

Der scheinbare Science-fiction-Charakter dieser technologischen Möglichkeiten wird noch von dem Plan übertroffen, die nuklearexpumpierten Laser in den Spitzen von Fernraketen auf getauchten atomaren Unterseeböten zu lagern. Die U-Boote würden in den Meeresgebieten kreuzen, die den Feldern der sowjetischen Raketenstasos am nächsten sind. Käme es zum Einsatzbefehl, der über blau-grüne Laserstrahlen an die getauchten U-Boote übermittelt würde, müßte das Kunststück vollbracht werden, die Röntgenstrahlenlaser vor dem Brennschluß der Sowjetraketen abzuschließen. Das ist nach der Einschätzung des aus Deutschland stammenden Atomphysikers und Nobelpreisträgers Hans Bethe, der in Los Alamos maßgeblich an der Entwicklung der Atombombe beteiligt gewesen war, eine Unmöglichkeit. Es ist nach Bethe Aussage unmöglich, weil die Erde rund ist.

Tatsächlich müßte der „Pop-up“-Röntgenstrahlen-Laser, der nicht in der Erdatmosphäre wirkt, weil die Gammastrahlen absorbiert werden würden, erst „Sichtverbindung“ im Vakuum haben, bevor er seine tödlichen Strahlen abschließen könnte. Das dauert nach Einschätzung der Skeptiker wenigstens 120 Sekunden. Neue Raketengenerationen der Sowjets könnten aber schon in 50 Sekunden Brennschluß haben. Damit wäre der „Ofen“, der mit seinem Infrarotsignal zur Zielverfolgung benötigt wird, aus, bevor der Laser in Schußposition käme.

Nicht-nukleare Laser hätten nicht das Problem, von vornherein aus dem Weltraum verboten zu sein. Sie könnten ohne Abschluß eines Anti-Satellitenvertrages im Vakuum erprobt, aber nur nach Kündigung des ABM-

Vertrages in der dritten Dimension stationiert werden. Auch ihre „Geschosse“ sind lichtgeschwindig, „Kugeln“ aus Photonen, die nicht der Schwerkraft und der Trägheit unterliegen. Aber diese Strahlen der chemischen Laser, die zur Zeit am besten gehandhabt werden, sind so viel langsamer und weniger kraftvoll als die nuklearexpumpierten. Optische Linsen von einer Größe und einer Reinheit, die noch nicht beherrscht werden, müssen zu Hilfe kommen. Bei einer gegebenen Wellenlänge sollen große Primärspiegel eine größere Reichweite erzielen. Die Herstellung dieser Spiegel ist ein Problem, das von der amerikanischen Industrie noch nicht gelöst wurde. Die Spiegel geben der Laser-Kampfstation auch die Fähigkeit, schnell von einem Ziel zu einem anderen zu wechseln. Das entspricht in etwa der Technik der modernen Vielwellen-Radars, deren Strahl elektronisch gesteuert wird.

Anzahl, Größe und Gewicht der orbitalen Laser-Kampfstationen schwanken zwischen einigen Dutzend bis zu mehr als 400 Satelliten, die je 25 bis zu einhundert Tonnen wiegen. In Höhen von etwas mehr als eintausend Kilometer würden die Stationen die Erde alle zwei Stunden umrunden. Bei der Regelmäßigkeit der Runden um die Erde wären die Kampfstationen ein leichtes Opfer von Anti-Satellitenwaffen. Deswegen muß die Anti-Antisatelliten-Kampfkraft der Stationen so stark sein, daß jedem Gegner der Zugang zum Weltraum versperrt wird.

Es ist das Hauptziel aller Laser-Kampfstationen, die aufsteigenden Atomraketen in der Antriebsphase zu vernichten, wenn die Ziele langsam und „weich“ sind. Der Lichtgeschwindigkeit braucht nicht „vorgehalten“ zu werden, muß aber ein bis zwei Sekunden mitgeführt werden, damit die Raketenhülle an der Stelle der Energiekonzentration dünn wird und durch den Innendruck platzt.

Am Donnerstag in der WELT:

Elektromagnetische Kanonen aus Berlin – Elektrisch gefedene Kugeln – Optische Lenkung mit Infrarotsensoren – Was tut Europa? – Verschießen die Verbündeten Amerikas die Augen?

Zu teurer Frieden?

Israel leidet am Wirtschaftsverlust des Sinai-Rückzugs

Von HARALD VOCKE

Der Tourismus ist für Israel ein wichtiger Wirtschaftszweig. Die Preise für Hotelbetten und Halbpensionen von Reisegruppen haben sich auch in diesem Herbst im Vergleich zum Vorjahr überraschend stabil gehalten. Aber was der Reisende unterwegs mit Bargeld erwirbt, ist nun wirklich elend teuer geworden.

Einige Restaurants in Jerusalem haben sich darauf spezialisiert, für ganze Busladungen von Touristen Menüs anzubieten. Was man da für acht bis zwölf Dollar an der Selbstbedienungstheke erwirbt, ist der Qualität nach äußerst bescheiden. In Jericho kann der Tourist für das gleiche Geld wahrhaft königlich speisen. Doch sogar in der Landeshauptstadt Jerusalem wiesen manche Restaurants, die sich auf Touristen spezialisiert haben, noch weit in den November hinein ihre Preise nur in US-Dollar aus. Die Regierung hat das streng verboten. Aber es rechnet sich wegen der Inflation für den Touristen einfacher mit dem Dollar als mit dem israelischen Schekel, und danach richten sich die Restaurants.

Die von Peres geführte Koalition hat am 2. November gemeinsam mit der Gewerkschaftsbewegung und mit den Unternehmern das Einfrieren der Preise, Löhne und Steuern für einen Zeitraum von drei Monaten beschlossen. Für bestimmte Waren wurden von der Regierung Höchstpreise festgesetzt, für eine weitere Warengruppe sollen die Preise vom 2. November 1984 für die kommenden drei Monate als verbindlich gelten. Die Inflation soll nicht gestoppt, aber verlangsamt werden. Ein Verlust der Kaufkraft für die gesamte Bevölkerung gehört also von vornherein zur wirtschaftspolitischen Planung und schon für den Monat Januar rechnet man mit einer Kaufkraftminderung von mindestens einem Fünftel.

„Wir haben in dieser Inflation das Gefühl für den Geldwert verloren. Ich weiß oft selber nicht mehr: Ist diese Ware noch ziemlich billig, oder ist sie im Gegenteil viel zu teuer für mich?“ So faßt ein junger Israeli seine Eindrücke von der gegenwärtigen Lage zusammen. Aber nicht nur Privatteile, auch Wirtschaftsexperten haben es schwer, angesichts der galoppierenden Inflation einen klaren Kopf zu behalten. „Alle Banken stimmen in der Auffassung überein, daß über die Bewertung der wirtschaftlichen Zukunft Unklarheit herrscht“, war neulich in einer führenden israelischen Zeitung zu lesen.

Folgen eines Verzichts

Die Erfahrung der kommunistischen Staatenwelt lehrt, daß man mit Festpreisen und Zwangswirtschaft Wirtschaftskrisen nicht überwindet, daß aber Regierungen, die mit tyrannischer Härte herrschen, mit solchen Methoden wenigstens für eine gewisse Zeit den Schein einer leidlich stabilen oder jedenfalls nicht jäh absinkenden Wirtschaftslage aufrechterhalten. Ist die Regierung Peres von solcher Härte bereit? Das scheint bisher fraglich zu sein. Denn die Gewerkschaftsbewegung Histadrut ist der Meinung, Arbeitslosigkeit sei schlimmer als Inflation.

Ähnliches hatte man in den siebziger Jahren auch von der SPD in Deutschland gehört. Damals war es in der Bundesrepublik freilich nur um

eine Inflationsrate von fünf bis sieben Prozent im Jahr gegangen. Die Israelis hingegen rechneten schon im Oktober mit einer jährlichen Inflationsrate von 400 bis 500 Prozent. Gleichzeitig war bei westlichen Diplomaten in Tel Aviv schon von einer Inflationsrate von mehr als tausend Prozent die Rede. Das war gewiß übertrieben. Aber niemand weiß heute genau, wieviel Prozent seines Werts der Schekel im November verlor.

Versucht man hinter den Schleier widersprüchlicher Zahlen zu blicken, so treten einige Fakten hervor, die den wahren Grund für die gegenwärtige Schwäche der israelischen Wirtschaft erahnen lassen. Nicht der Vorstoß israelischer Truppen bis nach Beirut im Sommer 1982 noch die militärischen Folgen des Libanonfeldzugs haben Währung und Wirtschaft des jüdischen Staates besonders geschwächt. Viel nachteiliger waren die Folgen des Rückzugs vom Sinai auf Grund des ägyptisch-israelischen Friedensvertrags. Der Verzicht auf die im Juni-Krieg von 1967 eroberten und von Israel wirtschaftlich erschlossenen Ölfelder am Sinai ist gegenüber Ägypten eine großzügige verständliche Geste gewesen. Doch sie läuft für Israel auf einen Einnahmeverlust von insgesamt bisher acht bis zehn Milliarden Dollar hinaus.

Erfolge und Fragen

Die zivilen und militärischen Investitionen Israels in der Halbinsel Sinai seit 1967 bis zum endgültigen Rückzug aus diesem Gebiet werden in Tel Aviv auf 17 Milliarden Dollar geschätzt. Die Neuinvestitionen in Israel, die zur Verteidigung des Luftraums und für die aus dem Sinai-Gebiet heimkehrenden Siedler nach dem Rückzug notwendig wurden, werden – vielleicht etwas zu hoch – auf weitere elf bis zwölf Milliarden Dollar beziffert. Auch wenn man die umfangreiche Hilfe der Vereinigten Staaten für den jüdischen Staat in Rechnung stellt, bleibt der israelische Rückzug vom Sinai die wirtschaftlich kostspieligste Operation der modernen Orientgeschichte.

Dieser Aspekt der gegenwärtigen Lage wird weder von Likud-Politikern noch von den Führern der israelischen Arbeiterpartei gerne erwähnt. Man ist in den beiden großen politischen Gruppierungen stolz auf die Opfer, die das Land freiwillig gebracht hat, um mit seinem wichtigsten arabischen Gegner, der Republik Ägypten, Frieden zu schließen. Aber waren diese Opfer nicht größer als die wirtschaftliche Leistungskraft des jüdischen Staats? Daß man in Israel vor, während und noch nach dem Rückzug vom Sinai wirtschaftlich über die Verhältnisse gelebt hat, kam zu den Lasten hinzu, die der Friedensschluß mit Ägypten den Israelis aufbürden mußte.

Soweit es nicht um Geld geht, steht Israel heute besser da als im vergangenen Jahr. In den Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten wie bei den Militärgesprächen mit der libanesischen Regierung kann die Regierung Peres Erfolge aufweisen. Aber zur Lösung der dringlichsten Zukunftsaufgabe, zur Überwindung der Wirtschaftskrise – ist dafür die von der Gunst der Gewerkschaften abhängige Regierung Peres wirklich besser gerüstet, als es die Likud-Regierungen unter Begin und Shamir waren?

COPYRIGHT: DIE WELT

LINTAS 4/84

ROCARD GAR NICHT NISCH EIN.

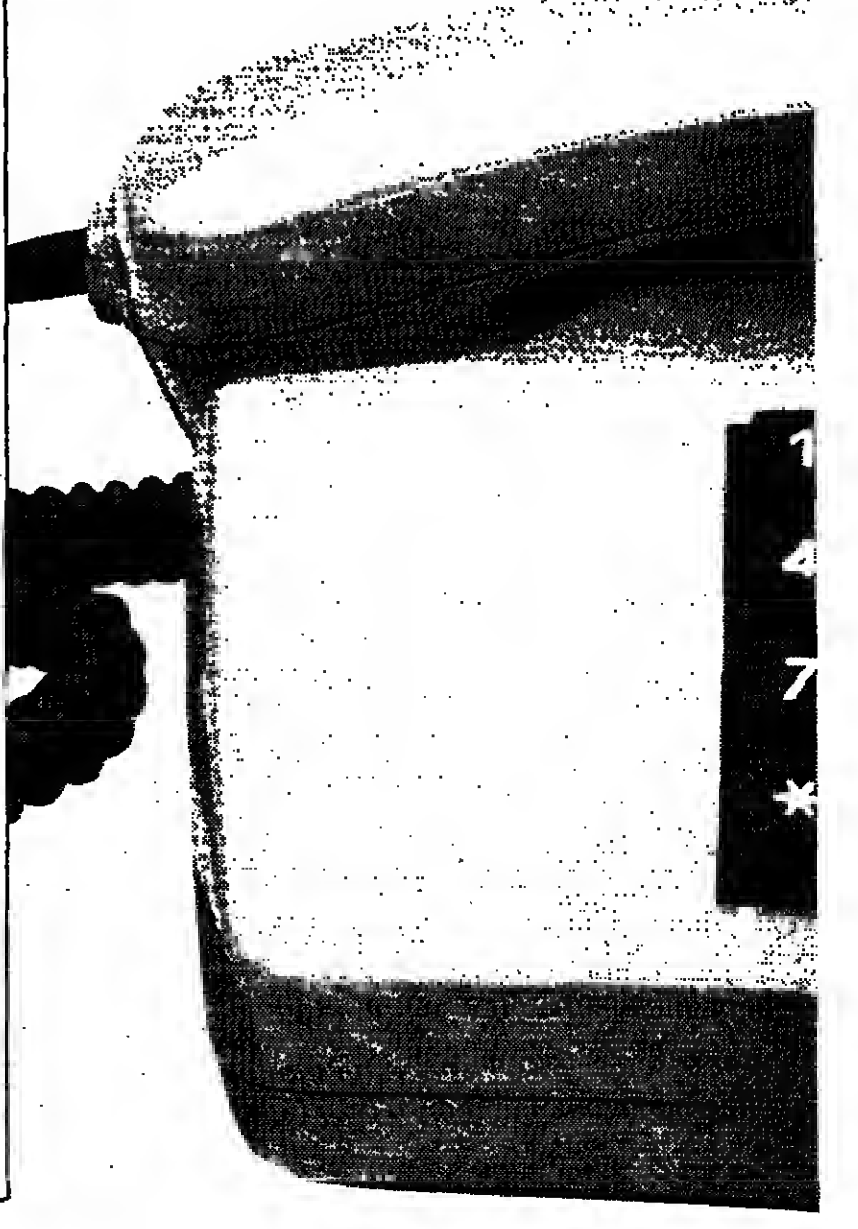
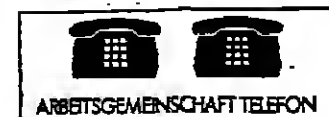


DM 8,40* fürs Zweite.

Mehr brauchen Sie monatlich nicht zu bezahlen: Für einen zweiten Hauptanschluß auf Ihren Namen – in Ihrer Wohnung. Und der Vorteil? Selbst wenn Sie telefonieren, sind Sie erreichbar. Weil Sie zwei Telefonnummern haben.

* Ein Doppelanschluß kostet monatlich 40 Mark Grundgebühr, also nur 13 Mark mehr als ein einfacher Hauptanschluß. Und wenn Sie die zusätzlichen 20 freien Gebühreneinheiten à 23 Pfennig für den zweiten Anschluß nutzen, sogar nur 8 Mark 40. Übrigens hat die Post auch die einmalige Anschlußgebühr erheblich gesenkt: statt bisher 100 Mark jetzt nur noch 65 Mark!

Doppelanschluß:
Telefonieren und erreichbar bleiben.





Das deutsche Minensuchboot MX 12, auf dem der Krieg auch nach dem 8. Mai 1945 nicht zu Ende ist

Siegfried Lenz' Filmerzählung „Ein Kriegsende“

Alternativen mit Makel

Es gab viele Kriegsenden. Eines erlebten im Frühjahr 1945 die Matrosen des Minensuchbootes MX 12, als sie auf hoher See nach Kurland unterwegs waren, auf einem Himmelshorizont, wie sie alle wußten. Als mitten im sogenannten Kriegsmarsch die Kapitulation verkündet wird, wollen die Seeleute wenden und heimfahren. Die Kapitulationsbedingungen in aller Welt schreiben das vor. Auf der anderen Seite steht der Befehl und hinter ihm die volle Disziplinargewalt der bisherigen Offiziere. Die Seeleute befinden sich in einer aussichtslosen Situation.

Ein Kriegsende - ARD, 20.15 Uhr

sie entscheiden sich für die Heimkehr, setzen den Kommandanten, der dagegen ist, ab und dampfen in der Heimat. Dort verurteilt ein deutsches Marinegericht die Anführer der „Meuterei“ zum Tode. Das Urteil wird, obwohl der Krieg zu Ende ist, vollstreckt. Soweit die Geschichte.

Was sagt der Autor Siegfried Lenz, ist das Stück ein Teil seiner Kriegserinnerungen?

Lenz: „Nein, der Widerstreit zwischen zwei entgegengesetzten, einander ausschließenden Wertvorstellungen ist zeitlos. Er kann jederzeit auftreten.“ Lenz selber weiß nicht, wie er sich in der konkreten Situation entschieden hätte: „Wahrscheinlich wäre ich zurückgefahren – nein, ich weiß es einfach nicht.“

Lenz meint mit seiner Erzählung keine historische Situation, obwohl solche Vorgänge oft genug auftauchen: „Mir kam es darauf an, eine Extremsituation zu zeigen. Das Historische – nun ja, wahrscheinlich muß alles, was zum Haushalt unserer Erfahrung gehört, gewissermaßen mitgenommen werden... Die Frage nach den beiden Pflichtbegriffen: Ich wollte zeigen, daß es Alternativen gibt, die immer, wie man auch sich entscheidet, einen Makel behalten, einen Schatten.“

Der Autor hat diese Episode als Drehbuch verarbeitet, doch: „Diese Erzählung ist das Resultat eines Mangels, nämlich meiner Unfähigkeit, selber ein Drehbuch zu schreiben.“ Dennoch schrieb er das Buch, als sähe er den Bildschirm vor sich. Er hat mit der gebauenen und gestochenen Prosa ein Modell ge-

schaffen, das zeigt, wie aus der Sparsamkeit des Wortes die Faszination der aufgerufenen Phantasie kommt, wie die lange Beschreibung die sinnliche Auffüllung der Geschichte geradezu provoziert.

So ist es denn kein Wunder, daß das Fernsehspiel nicht recht über die Runden will. Es ist so angelegt: Der Autor liest aus dem „off“ die Geschichte in ruhigem, reportierendem Ton, der Bildschirm zeigt dabei Aufnahmen von dem Leben an Bord, in den Stunden, von denen Lenz erzählt. Es ist keine Illustration, keine nachträgliche Bebilderung des Textes, es läuft gewissermaßen nebenher, wenn nicht gar der erzählten Handlung zuwider. Die Regie hat eine erstaunlich gute Arbeit vorzuweisen, der Regisseur Volker Vogeler hält seine schwierige (man möchte sagen: cineastische) Ästhetik sensibel durch – dennoch: Der Mensch ist kein schizophrener Wesen. Wer den reportagehaften Aufnahmen folgt, lieft Gefahr, den Lenz mitsamt seiner Prosa in den Hintergrund zu drängen, und das wäre das Falscheste, was passieren könnte. Denn Lenzens Text ist nicht nur weitaus besser als das Bilderspiel. Er ist das Maximum dessen, was gesagt werden kann. Wer zu dieser Prosa etwas hinzutut, nimmt ihr Chance und die Aufgabe, die Imagination zu erregen, die erdennenen Gestalten zu lebendigen Wesen zu machen und zwar als Reflex aus der jeweiligen verschiedenen aus des Lesers eigenen Einbildungskraft. Die Phantasie, die Siegfried Lenz freisetzt mit seiner Geschichte, ist ungleich lebendiger, reicher und sinnlicher als die exakte Nachbildung der Gestalten im Film.

Vogeler erkannte das und verzichtete auf eine direkte Umsetzung des Wortes in optische Sequenzen. Er ließ den Autor lesen und zeigte das Bild gewissermaßen als Rundhorizont.

Fazit: Lenz hat ein heißes Eisen angepackt. Er läßt militärische Disziplin und Aufopferung zum Selbstzweck und Widersinn entarten, der bis zum vollstreckten Todesurteil degeneriert – aber er urteilt nicht leichtfertig. Doch dieser brennende Fall ist im Text des Autors besser aufgehoben als im Film, sogar im philosophischen Sinne „aufgehoben“.

Ein gefährlicher Film also.

VALENTIN POLCUCHE

KRITIK

Budapester Tagträume

Wer der „Einladung nach Budapest“ ausstrahlt im Abendprogramm der ARD, Folge leistete, wird dies nicht bereut haben. Er lernte „eine der schönsten Städte Europas“ kennen, nicht zuletzt dank der vorzüglichen Kameraführung und der intimen Kenntnisse des Regisseurs Istvan Bury. Oft war es Aufgabe des Autors Horst Krüger, die schönen Bilder zu relativieren, sie sozusagen ins rechte Licht zu rücken. In bewunderungswürdiger Prägnanz gelang es dem Autor, in der knappen Zeit eine informative Übersicht der ungarischen Geschichte und des aus ihr entspringenden Volkscharakters zu liefern. Daß der nach einem stalinistischen Schauprozess hingerichtete Laszlo Bajk Innen- und nicht Außenminister war, ist ein geringfügiger Schönheitsfehler.

Schwerwiegender ist wohl der Umstand, daß gerade die letzte Phase der ungarischen Geschichte – die Ära Kádár – etwas zu kurz kam. Verständlich macht dies vielleicht die freiwillige Zurückhaltung des westlichen Reporters. Der „große Bruder“ weiß, was im Lande vor sich geht. Die Erfahrung lehrt aber auch, wie schwer die Stimmen westlicher Medien im Kreml wiegen. Zurück Lob kann schaden – oder man flüht hinzu, wie Horst Krüger, „niemand kann, niemand will das Land aus seinen Bindungen lösen“. Ein unmotivierter Satz, aber eine als notwendig empfundene Rehabilitierung, sozusagen.

Allein der Umstand, daß der Regisseur des Filmes, der ebenso frei wie in jedem westlichen Land gedreht werden konnte, ein Exilant war, zeigt, wie anders Ungarn im Ostblock ist. Und der Wunsch Horst Krügers, dies alles möge nicht bloß wieder ein „ungarischer Traum“ werden, ist verständlich.

Stars statt Knallchargen

Nächste Woche rückt „Magnum“ auf den Dienstag, an dem bisher „Dallas“ gegeben wurde. Man darf gespannt sein, was dann das ZDF zum frühen Montagabend bieten wird. Nach dem Motto „Ja keine Auswahl, sondern auf einen Narren an der Halbe!“ setzte es ja stets einen parallelen Kraft- und Sexburschen aus der US-Kiste gegen den Hawaii-Detektiv Tom Selleck, wie diesmal Burt Reynolds in „Ein Supertyp haut auf die Panks“.

Wer sich den Spaß machte, ab 20.15 Uhr zwischen ARD und ZDF frühlich hin und her zu schalten, der wurde nicht nur der Notwendigkeit enthoben, sich in die auf beiden Seiten höchst albernem Handlungen hineinzuversetzen, sondern der konnte auch interessante Vergleiche anstellen zwischen amerikanischer und deutscher Fernseh-Unterhaltung. In Deutschland müht man sich auch noch in den billigsten Reihen immer brav um Handlungslöcher, drüben dagegen geht es da nur noch um den Star, der in allen möglichen positiven Posen und Situationen vorzuführen ist. Daß das amerikanische Rezept auf dieser populären Schiene besser ist, zeigt der große Erfolg der US-Serien.

Wir in Deutschland haben gar nicht mehr die entsprechenden Stars, die einem Tom Selleck, Burt Reynolds oder Warren Beatty das Wasser reichen könnten. Unsere jüngeren Knallchargen entscheiden immer gleich entweder in Richtung „Charakterdarsteller“ oder in Richtung „Bodybuilder“ (Götz George, Raimund Harmstorf). Auch eine Joan Collins oder Sue Ellen gibt es hier nicht, stattdessen nur Nasenrumpfen über „diese synthetischen Stars“. So kommt man international ins Hintertreffen. Denn viele Millionen wollen für ihre Unterhaltung nun einmal die „Synthetics“. ANDREAS WILD

STUDIO

Als ein Schaufenster der eigenen Leistung verstehen ARD und ZDF ihre Programm-Messen für die Einkäufer aus aller Welt. Offensichtlich mit Fug und Recht: 77 Fernsehorganisationen aus 34 Ländern kommen in dieser Woche in München zusammen, um mehr als 2000 Stunden aller Programmkategorien zu begutachten. Wenn die US-amerikanischen Vertreter diesmal zwar nicht mit von der Partie sind, so gelingt es den beiden öffentlich-rechtlichen Anstalten doch zunehmend, auch auf dem TV-Markt der Neuen Welt stärker mit ihren Programmen Fuß zu fassen – nicht nur mit leichter Unterhaltung. Das Interesse an bundesdeutschen Produktionen steigt weltweit an. Die Programm-Messe dient ARD und ZDF nicht unbedingt dazu, die Gebührenpolster noch ein bißchen bequemer zu machen. „Produziert wird nicht für den Verkauf, sondern für die deutschen Zuschauer“, stellt ZDF-Programmdirektor Alois Schardt klar. Bei der Frage, was den Sendern – und jeweils auch den Mitwirkenden und Autoren – bei einem Verkauf von

Fernsehspielen, Serien und Krimis in die Taschen fließt, drücken Schardt und sein ARD-Kollege Dietrich Schwarzkopf deshalb auch ein wenig herum: „Das liegt unter einem Prozent unseres Programmetats“, so Schardt. Schwarzkopf spricht schlicht von „Randnutzung“. Präsenz sei wichtig, nicht die Wirtschaftlichkeit. Höhepunkte der diesjährigen Messe, über deren Erfolg man endgültig erst in etwa zwei Jahren Genaues weiß, weil der Verkauf sich oft lange hinzieht, sind die Serie „Heimat“ von Edgar Reitz, die von der BBC mit Untertiteln ausgestrahlt werden soll, und Zaneiss „Blaubart“-Verfilmung. Bemerkenswert, was in der Vergangenheit allein an Produktionen des WDR ins Ausland verkauft wurde: Buchheims „Das Boot“ verfolgten im BBC-Programm sechs Millionen Zuschauer, obwohl die sechs Folgen mit Untertiteln liefen. Fassbinders „Berlin Alexanderplatz“ ging nach Holland, Finnland, Italien und Frankreich, die „Rote Erde“ nach Finnland und Australien. Aber auch die Spots der „Sendung mit der Maus“, 120 Stunden „Rock-Palast“ sowie zahllose Fußballspiele und selbst die „Mainzeilmännchen“ zählen zu den Exporterfolgen von ARD und ZDF.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Seemannstraße
10.00 heute
10.05 Ich heirate eine Familie ...

14.00 Tagesschau
14.10 Mir geht's gut – oder nur den Umständen entsprechend?
Film von Helmut Spangenberg
Der Mann von Bettina Wiliem (8)
Fünftelliger amerikanischer Trickfilm

14.55 Heute
15.10 Sport aktuell – aus Val d'Aoste
Ski-Weltcup
Abfahrtslauf der Damen
Reporter: Harry Valérien

16.00 Heute
16.05 Die Reise zum Mutstein
Ansicht: heute-Schlagzeilen

16.55 Nickys Trickgewinde
Spaß für Spätvögel mit Bauchredner Fred Roby

17.00 heute / Aus dem Ländern
17.15 Tele-Inszenierte
17.30 Von Wölfen gejagt
Neue Serie in sechs Folgen
Kanada 1657: Der Farmer Bellorose hat in den Wäldern seine Freiheit gesucht – und ist gescheitert. Seine Frau ist an Cholera gestorben, der hohe Pachtzins hat ihn arm gemacht. So faßt er schweren Herzens den Entschluß, mit dem Sohn Tim ins Heimatdorf zurückzukehren. Von Wölfen gejagt, begehen sich die beiden auf einen langen Marsch durch Schnee und Eis. 1. Fucht aus den Wäldern
Dreh: heute-Schlagzeilen
Mittwochsschleife – 7 aus 30

18.55 heute
19.30 Ich heirate eine Familie ...
6. Der blaue Brief

20.15 Kennzeichen D
Vorgeschauen: Alliiertes Recht in Berlin: Weinerte auf sächsisch
Mit Dirk Sager

21.00 Der Dornrösch
Mit harten Bandagen
21.05 heute-journal

22.05 Zeugen des Jahrhunderts
Am Vorabend der Einweihung des neuen ZDF-Sendezentrums Mainz ist heute Dr. Karl Holzner, Gesprächspartner von Gerhard Dammann. Dabei berichtet der Gründungsvater des ZDF von den Anfangsschwierigkeiten des Senders, der 1962 aus der Taufe gehoben wurde, von den Problemen, denen sich der Leiter eines großen Senders gegenübersteht, und spricht über Rundfunkprobleme allgemeiner Art.

23.05 Thema und Taktik
Ein Film von Manfred Stetzer
Aus der Reihe: Das kleine Fernsehspiel – Kamerafilm
0.25 heute

WEST

18.00 Telekolleg II
Englisch (4)

18.30 Seemannstraße

19.00 Aktuelle Stunde

20.00 Tagesschau

20.15 Mittwoche in Werl

21.05 Hobbytheater
Rund um die Nudel. Sendung von und mit Jean Pütz und Christian Nüden

22.30 Der Geschmack des Wissens
Niederländischer Spielfilm (1982)
Hes betreut als perfekter Beamter in einer Art Super-Behörde die Outsider der Gesellschaft. Rottiert, ohne Gefühl. Eines Tages aber entdeckt er auf einem Dachboden das Mädchen Anna. Anna wurde dort wie ein Tier gehalten, sie kann weder sprechen noch gehen. Der zynische Hes vergibt Frau und Beruf, er lebt fortan nur noch für dieses arme Geschöpf – und wird so selber zum Fall für das Sozialamt.
Mit Gerard Thoolen, Dorja Curvers u.
Orlow Seunka

0.10 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Seemannstraße

18.30 Bei Sßelschleibern und Begleitern
Niederländischer Spielfilm (1982)
Nikolaus mit Führungszeugnis
Alles in Butter – Kosten, Lagerung und das Weihnachtsgeschäft.
Spieler und Spielereien – von Skat bis Fantasy
Leitung: Ingrid Lorenzen 21.00 Wer hat die Blödsinnigkeit erfunden? (8)

21.30 Offerte
21.45 Hoxton
Schwedischer Stummfilm (1918 / 1921)

22.40 Thirty Minutes
0.18 Nachrichten

HESSEN

18.00 Seemannstraße

18.30 Filmkolleg (11)

19.00 Motor und Freizeit

19.45 Hoxton geschäft

20.15 Stadtgespräch

21.30 Drei aktuell und Sport

22.00 Die Memoiren der Sarah Bernini
Ein Stück von John Murrell
Mit Maria Becker, Robert Freitag u.
Inszenierung: Michael Degen

SÜDWEST

18.00 Seemannstraße

18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:

19.00 Abendnachrichten
Nur für Rheinland-Pfalz:

19.00 Abendnachrichten
Nur für das Saarland:

19.00 Sonstiges regional
Gemeinschaftsprogramm:

19.35 Nachrichten

19.35 Reden ist Gold

20.15 Samstagsrevue

21.00 Nur Phantasie gibt was den Geschehen
Amerik. Spielfilm (1969)
Mit Jane Fonda u. a.
Regie: Sidney Pollack

22.30 Theater-Talk
Ein Gespräch mit Otto Schenk

23.35 Nachrichten

BAYERN

18.15 Rundschau

19.00 Unterhaltung am Mittwochabend
Kampus
19.40 „Der nächste, bitte!“
5. Eine glückliche Familie
20.10 Startchup

20.45 Zeitmagazin

21.30 Rundschau

21.45 Meine Tochter (2)

22.40 Z. E. N.

22.45 Cowboy Art

23.30 Rundschau

23.35 News of the Week



Torak Helary, Timi Nlesser, Peter Weck, Julia Biedermann und Thekla Carola Wied in der ZDF-Serie „Ich heirate eine Familie“ – 19.30 Uhr
FOTO: PRESSEDIENST KINDERMANN

3SAT

18.00 Aktion Grün
1. Wie man gegen eine Mauer rennen kann
Merlin
Das geheimnisvolle Leben eines Magiers

19.00 heute
19.30 Schöner, die man nie vergißt
Die Superhitparade
Präsentiert von Dieter Thomas Heck

21.00 Die Mittwochsgeschichte
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Kulturjournal
22.30 Sportreport – Richtung Berlingstraße
Hundeschlitten-Rallye durch Alaska

23.15 3SAT-Nachrichten

Machen Sie Ihre Investitionszulage zur Goldanlage.

Die Bundesregierung hat schnell gehandelt: Die Investitionshilfe-Abgaben für 1983 und 1984 werden in diesen Wochen zurückgezahlt. Das heißt, Sie haben plötzlich Geld zur Verfügung, mit dem Sie nicht gerechnet haben. Freies Geld. Warum machen Sie aus dieser überraschenden Rückzahlung nicht eine vorteilhafte, sichere Rücklage? Z.B. mit Gold.

Gold ist zur Zeit besonders günstig – nicht zuletzt wegen des hohen Dollarkurses. Aber wie lange kann dieser Kurs noch gehalten werden? Deshalb empfehlen erfahrene Anlageberater, gerade jetzt in Gold zu investieren. Eine Investition, die sich auf lange Sicht immer bezahlt macht,

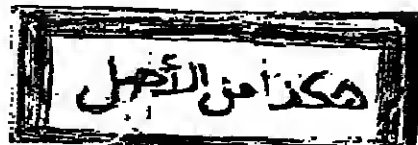
denn Gold gilt als eine der sichersten Anlagemöglichkeiten. Gold in Form von Krügerrand gibt Ihnen eine weitere Sicherheit dazu: die Krügerrand-Goldmünze ist Bestandteil des internationalen Goldhandels und ist deshalb nicht nur langfristig sicher,

sondern auch kurzfristig liquide. Mit vier verschiedenen Größen – 1, 1/2, 1/4 und 1/10 Unze – erlaubt sie Ihnen darüber hinaus eine Wertanlage nach Maß.

Sie erhalten Krügerrand mit einem äußerst geringen Handelsaufschlag bei Banken und Sparkassen. Fragen Sie noch heute Ihre Bank über den Aufbau der Sicherheitsreserven in Krügerrand.



Kruggerand. Ein Stück Gold. Ein Stück Sicherheit.



Mittwoch, 5. Dezember 1984 - Nr. 285 - DIE WELT

FUSSBALL / Ohne Felix Magath gegen Malta

Beckenbauer berief den Uerdinger Wöhrlin

Endgültig ohne den umstrittenen Hamburger Spieler Felix Magath bestreitet die deutsche Fußballnationalmannschaft am 16. Dezember (13.30 Uhr) in La Valetta ihr zweites Qualifikationsspiel zur Fußball-Weltmeisterschaft 1986 gegen Malta. Das geht aus dem gestern bekanntgegebenen Aufgebot hervor.

Der 31-jährige Mittelfeldspieler, der beim 2:0-Sieg im ersten Qualifikationsspiel gegen Schweden nicht überzeugen konnte und ausgewechselt wurde, erteilte Teamchef Franz Beckenbauer wegen seiner immer noch nicht ausgeblenden Oberschenkelverletzung eine Absage. Nachdem sowohl Inter Mailand als auch Hellas

Verona dem Deutschen Fußball-Bund (DFB) per Telex die Freigabe bestätigten, ist auch die Mitwirkung von Karl-Heinz Rummenigge und Hans-Peter Briegel auf Malta gesichert.

Mit der überraschenden Nominierung des 27-jährigen Uerdinger Abwehrspielers Karl-Heinz Wöhrlin sowie der Berufung des Frankfurter Thomas Kroth (25) und des Schalker Talents Olaf Thon (18) honorierte Teamchef Franz Beckenbauer „konstant gute Leistungen in der Bundesliga“. Der Frankfurter Mittelfeldspieler zählte allerdings schon zum Kader für das Argentinien-Länderspiel, aus dem er wegen Verletzung jedoch wieder gestrichen worden war. Vom Aufgebot des Schweden-Spiels fehlen der Mönchengladbacher Hans-Günter Bruns und der Leverkusener Christian Schreier aus Formgründen.

Das 20-köpfige Aufgebot wird nach dem Bundesliga-Nachholspiel Borussia Mönchengladbach - Bayern München (11. Dezember) sowie dem UEFA-Cup-Treffen Inter Mailand - Hamburger SV und 1. FC Köln - Spartak Moskau (12. Dezember) auf 16 Spieler reduziert. Die Mannschaft fliegt am 13. Dezember von Frankfurt aus über Mailand, wo neben Rummenigge auch die Spieler des Hamburger SV zum Team stoßen, nach Malta.

Das Achtelfinal-Rückspiel im Fußball-UEFA-Cup zwischen Inter Mailand und dem Hamburger SV am 12. Dezember (20.30 Uhr) ist übrigens bereits eine Woche zuvor ausverkauft. Alle 82 000 Karten wurden im Vorverkauf abgesetzt.

Das Aufgebot für das WM-Qualifikationsspiel gegen Malta:

Tor: Schumacher (1. FC Köln), Stein (Hamburger SV).

Abwehr: Brehme (1. FC Kaiserslautern), Briegel (Hellas Verona), Karl-Heinz Förster (VfB Stuttgart), Frontzek (Borussia Mönchengladbach), Jakobs (Hamburger SV), Herget, Wöhrlin (beide Bayer Uerdingen).

Mittelfeld: Bommer (Fortuna Düsseldorf), Falkenmayer, Kroth (beide Eintracht Frankfurt), Mathäus (Bayern München), Rahn (Borussia Mönchengladbach), Kollf (Hamburger SV), Thon (Schalke 04).

Angriff: Allofs (1. FC Köln), Mill (Borussia Mönchengladbach), Rummenigge (Inter Mailand), Voller (Werder Bremen).

SKI ALPIN / Weltbesten Slommläufer darf nicht zur WM

Girardelli will Nationalität nicht wie ein Hemd wechseln

KLAUS BLUME, Bonn

Der Slalomspezialist Marc Girardelli ist Österreicher. Weil ihn aber die Österreicher einst wegen angeblichen Talentmangels nicht in die Nationalmannschaft mochten, startete der Vorarlberger seit Jahren für Luxemburg. Inzwischen ist Marc Girardelli besser als jeder österreichische Slalomfahrer, im letzten Winter gewann er in dieser Disziplin sogar den Weltcup und durfte nicht an den Olympischen Spielen in Sarajewo teilnehmen. Der Grund: Girardelli gehörte nicht dem österreichischen Nationalkader an, besaß aber auch nicht die luxemburgische Staatsangehörigkeit. Ende Januar nun finden in Bormio die alpinen Weltmeisterschaften 1985 statt. Vorausgesetzt kann wieder ohne Marc Girardelli, der übrigens zum Weltcup-Aufgebot am letzten Sonntag die gesamte Weltspitze in Grund und Boden fuhr.

Nun könnte der junge Vorarlberger einfach die österreichische gegen die luxemburgische Staatsangehörigkeit eintauschen und wäre damit bei Olympischen Spielen und Weltmeisterschaften nicht mehr Zuschauer, sondern Teilnehmer. Doch Helmut Girardelli (45), Vater und Trainer des weltbesten Slalomfahrers, lehnt das ab. „Das ist doch lächerlich, wegen eines Ski-Rennens die Staatsangehörigkeit abzulegen. Damit schafft man doch für sich eine völlig unhaltbare Situation. Es gibt sicher Momente im Leben eines Menschen oder Situationen in einem Lande, die dazu führen können, die Staatsangehörigkeit des Heimatlandes abzulegen – doch das kann niemals der Sport sein. Allein schon der Gedanke, daß man damit den Funktionen des Internationalen Ski-Verbandes einen Gefallen tut, um eines solchen hohen Preises wegen an ihren Wettkämpfen teilnehmen zu dürfen, ist absurd. Die müssen doch großwahrnehmen werden, wenn sie so etwas bei einem Menschen verursachen können.“

Was die Girardellis ablehnen, ist aber vielfach längst Sportler-Brauch geworden – nämlich der Wechsel der Nationalität nur des sportlichen Ruhms wegen. Der inzwischen 27-jährige Mönchengladbacher Fußballspieler Bernd Krauss, gebürtiger



Marc Girardelli (oben) und sein Vater Helmut. Sie bleiben Österreicher.

Westfale, war im Januar 1981 Österreicher geworden. Damals spielte er für Rapid Wien. Seine Erklärung: „Ich bin Österreicher geworden, um die dortige Nationalmannschaft als Sprungbrett zu benutzen.“ Inzwischen kehrte er nach Deutschland zurück, um für den Bundesligaklub Borussia Mönchengladbach zu spielen. Weil die Mönchengladbacher bereits zwei andere Ausländer in ihrer Mannschaft beschäftigten, betrieb Krauss seine Wiedereinbürgerung – obwohl er beim österreichischen Nationaltrainer im Wort stand, auch künftig als Österreicher Länderspiele zu bestreiten. Krauss: „Ich bin Profi, mir sitzt das Hemd näher als der Rock. Jetzt ist Borussia Mönchengladbach mein Arbeitgeber und hier will ich weiterkommen.“

Nichts mehr war es mit der österreichischen Nationallehre – am 14. August wurde Krauss wieder Deutscher.

Oder da ist der Fall der Reiter Hugo Simon und Eva-Maria Pracht, die nicht mehr für Deutschland, sondern für Österreich (Simon) und Kanada (Pracht) starten. Oder der des ehemaligen mexikanischen Wasserballspielers Armando Fernandez, der einst 223 Länderspiele für sein Heimatland absolvierte, sich dann in Berlin niederließ und auf Betreiben Manfred von Richthofens, des Direktors des Landessportbundes Berlin, die deutsche Staatsangehörigkeit annahm. In Los Angeles spielte Fernandez dann für Deutschland.

Die Girardellis sehen das alles anders. Die Nationalität wie ein Hemd zu wechseln kommt ihnen nicht in den Sinn. Vater Girardelli hat statt dessen den österreichischen Völkerrechtler Professor Theodor Veiter in Vorarlberg um ein Gutachten gebeten. Veiter kam zu dem Schluß, daß die Startverweigerungen im Falle Girardelli bei Olympischen Spielen und Weltmeisterschaften glatte Weg den internationalen Völker- und Menschenrechten widersprechen. Und der Schweizer Anwalt Marc Hodler, der Präsident des Internationalen Ski-Verbandes (FIS), empfahl den Girardellis: „Führen Sie doch einen Prozeß vor einem ordentlichen Gericht. Es wird zwar lange dauern, aber ich bin überzeugt, wir verlieren diesen Prozeß, und Ihr Sohn kann dann starten.“

Vater Girardelli will aber auch das nicht tun – weil ein Ski-Rennen solchen Aufwand gar nicht erst lohne. Er sagt sich, wenn der internationale Ski-Verband seine Kampfbestimmungen zugunsten seines Sohnes auslegen würde, dann könnte der auch ohne viel Aufhebens in Bormio starten – für Luxemburg und den noch Österreicher bleiben. In anderen Fällen ist so verfahren worden. Hanni Wenzel wurde 1974 in St. Moritz Slalom-Weltmeisterin für Liechtenstein – als Deutsche. Konrad Bartelski startete bei den Weltmeisterschaften 1978 in Garmisch-Partenkirchen im Abfahrtslauf für Holland – als Engländer.

Warum aber gibt es Schwierigkeiten? Fürchten die Italiener, Schweizer und österreichischen Vorstandsherren den großen Konkurrenten Girardelli?

EISHOCKEY / Kein Boykott durch Rosenheim

„Milde Behandlung hat nichts erbracht“

ULRICH SCHMIDLA, Bonn
Eishockey-Bundestrainer Xaver Unsinn braucht die Teilnahme seines Teams beim Isthwest-Turnier in Moskau nicht abzusagen. An den Gerüchten um einen Boykott der Nationalmannschaft durch den SB Rosenheim ist nichts dran. Bis auf Manfred Ahne kann Unsinn auf alle sechs Rosenheimer Nationalspieler zurückgreifen. Josef März, der Vorsitzende des derzeitigen Tabellenführers der Bundesliga, erklärte: „Über einen möglichen Boykott ist nie ein Wort gefallen. Uns sind diese Pressemeldungen unerklärlich.“

Die Spekulationen um einen Verzicht der Rosenheimer auf das Turnier waren laut geworden, nachdem Wilfried Wegmann vom Kontroll-Ausschuß des Deutschen Eishockey-Bundes (DEB) gegen den Rosenheimer Manfred Ahne beim Spielgericht eine Sperre für 18 Punktspiele beantragt hat. Wegen eines Stockstichs gegen Alois Schloder war Ahne vor zehn Tagen beim 7:2-Sieg in Landsbut von Schiedsrichter Jupp Kompalla (Krefeld) mit einer Matchstrafe belegt worden. Für den 23 Jahre alten Stürmer war dies die zweite in dieser Saison.

„Die beantragte Strafe ist viel zu hoch. Ich habe mich nur gegen einen Crosscheck von Alois Schloder gewehrt und meine Arme hochgenommen. Und dann hat der mir mit dem Schläger so hart auf den Kopf geschlagen, daß ich eine schwere Gehirnerschütterung davontrug und mich in der Kabine sogar erbrechen mußte.“ So beschreibt der Rosenheimer Sünder die Situation im Landsbuter Eisstadion am 25. November. Von einer angekündigten Strafanzeige gegen Schloder wegen vorsätzlicher Körperverletzung wird Ahne aber voraussichtlich absehen. „Es ist zwar noch nicht raus, was wir machen, aber ich weiß nicht, ob es etwas bringt“, sagt er.

Für Wilfried Wegmann verhält sich die Sache im Fall Ahne allerdings nicht so einfach. Der Duisburger will mit der drakonischen Strafe ein Zeichen setzen. Denn Ahne ist ein Wiederholungstäter. Jeden Sonntag, wenn ich mir im Fernsehen Eishockey anschaut, gibt es Prügeleien. Zwischen Düsseldorf und Schwenningen war es jetzt wieder der Fall. Wir können den Eishockeysport in Deutschland nicht als Prügelkampf verschleiern lassen“, sagt der Vorsitzende des DEB-Kontrollausschusses.

Wegmann hat deshalb auch gegen die drei Landsbuter Spieler Alois Schloder, Erich Kühnhackl und Bernd Engelbrecht ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. „Daß wir einige Spieler gerade im Hinblick auf die Nationalmannschaft früher mit Milde behandelt haben, hat nichts erbracht. Man sieht doch, daß immer wieder dieselben dabei sind, wie jetzt auch der Engelbrecht. Damit muß mal Schluß sein. Ich kann doch einen Jugendspieler wegen Beistellens nicht vom Eis schicken, wenn die Vorbilder sich ungestraft prügeln dürfen“, gibt der 64 Jahre alte Duisburger zu bedenken.

Der EV Landsbut ist über das Vorgehen des Kontroll-Ausschusses allerdings verwundert und verärgert zugleich. „Wir haben von diesem Schritt erst durch die Presse erfahren“, erklärt Klaus Schilling, der Vorsitzende des niederbayerischen Klubs. „Für mich ist das ganze eine Ohrfeige für Schiedsrichter Jupp Kompalla. Er hat die Szenen doch auch gesehen und den Regeln und seinem Gesamteindruck entsprechend bewertet“, sieht Schilling keine Notwendigkeit für ein Eingreifen des Kontroll-Ausschusses. Und dann warnt der Landsbuter Rechtsanwalt: „Es kann doch nicht soweit kommen, daß wir den Hauptschiedsrichter sparen, von jedem Spiel eine Video-Aufzeichnung machen und nachher die Strafen ausprechen.“

Soweit will es der DEB-Kontroll-Ausschuß auch nicht treiben. „Ich habe lange mit Kompalla gesprochen. Er hat bei diesen Szenen gar nicht alles so richtig gesehen“, nennt Wilfried Wegmann den Grund für sein Einschreiten. „Außerdem wollen wir uns nicht nur auf das Fernsehen verlassen.“ Der Kontroll-Ausschuß betrachtet die Aufzeichnung lediglich als Entscheidungshilfe und hat deshalb auch Berichte der DEB-Trainer Xaver Unsinn und Hans Rampf sowie des offiziellen Verbands-Beobachters Willi Brechenmachers angefordert, die alle in Landsbut anwesend waren.

Oh Wegmann auch gegen die Prügeleien des Düsseldorfer Spiels ermitteln wird, steht noch nicht fest. Der Spielbericht ist noch nicht eingetroffen. Vorab sagte der kaufmännische Angestellte aber schon: „Die Prügeleien in Düsseldorf waren nicht so gravierend. Wir wollen nicht nach jedem Spiel tätig werden, aber mit solchen Szenen wie in Landsbut muß endlich Schluß sein.“

Wenn die Wissenschaft für Sie ein Thema ist:

DIE WELT

UNABHÄNGIGE ZEITSCHRIFT FÜR DEUTSCHLAND

Hinweis für den neuen Abonnenten: Sie haben das Recht, Ihre Abonnement-Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Abend-Datum) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Bestellkosten: 20 DM (Hamburg 36)

Bitte liefern Sie mir zum nächstmöglichen Termin 10 auf weiteres die WELT. Der monatliche Bezugspreis beträgt DM 25,00 (Ausland 35,00). Lieferkosten auf Anfrage, anliegende Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Name: _____

Stimme/Name: _____

PLZ/Ort: _____

Beitrag: _____

Telefon: _____

Unterschrift: _____

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Abend-Datum) gütig schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Bestellkosten: 20 DM (Hamburg 36)

Bitte liefern Sie mir zum nächstmöglichen Termin 10 auf weiteres die WELT. Der monatliche Bezugspreis beträgt DM 25,00 (Ausland 35,00). Lieferkosten auf Anfrage, anliegende Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Name: _____

Stimme/Name: _____

PLZ/Ort: _____

Beitrag: _____

Telefon: _____

Unterschrift: _____

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Abend-Datum) gütig schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Bestellkosten: 20 DM (Hamburg 36)

Bitte liefern Sie mir zum nächstmöglichen Termin 10 auf weiteres die WELT. Der monatliche Bezugspreis beträgt DM 25,00 (Ausland 35,00). Lieferkosten auf Anfrage, anliegende Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Name: _____

Stimme/Name: _____

PLZ/Ort: _____

Beitrag: _____

Telefon: _____

Unterschrift: _____

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Abend-Datum) gütig schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Bestellkosten: 20 DM (Hamburg 36)

Bitte liefern Sie mir zum nächstmöglichen Termin 10 auf weiteres die WELT. Der monatliche Bezugspreis beträgt DM 25,00 (Ausland 35,00). Lieferkosten auf Anfrage, anliegende Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Name: _____

Stimme/Name: _____

PLZ/Ort: _____

Beitrag: _____

Telefon: _____

Unterschrift: _____

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Abend-Datum) gütig schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Bestellkosten: 20 DM (Hamburg 36)

Bitte liefern Sie mir zum nächstmöglichen Termin 10 auf weiteres die WELT. Der monatliche Bezugspreis beträgt DM 25,00 (Ausland 35,00). Lieferkosten auf Anfrage, anliegende Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Name: _____

Stimme/Name: _____

PLZ/Ort: _____

Beitrag: _____

Telefon: _____

Unterschrift: _____

SCHACH-WM

Ärger um Karpow

LUDEK PACHMAN, Bonn

Wird es im Titelkampf Karpow gegen Kasparow in Moskau eine neue Phase von vielen kurzen Remis-Partien geben? Nach der 28. Partie deutet darauf auch die 29. Partie hin:

„Der Karpow riskiert überhaupt nichts“, kommentierte sichtlich erregt Kasparows Mutter Klara, die das Spiel von der Presse-Tribüne aus verfolgte, das Remis-Angebot Karpows. Durch die Zuschauermenge ging ein Raumen, denn im Säulensaal des Moskauer Gewerkschaftshauses hatten sich mehr Zuschauer als gewöhnlich eingefunden, da dieses Spiel die Entscheidung hätte bringen können.

Die Notation (Damengambit, Weiß: Karpow): Ld3 d4, 2.d4 Sf3, 3.c4 e6, 4.Sc3 e5, 5.e3 Sd7, 6.Ld3 dxc4, 7.Lxc4 b5, 8.Lc2 ...

Eine sehr zurückhaltende Spielweise.

8... Lb7, 9.a3 b4, 10.Sd4 ...

Etwas inhaltreicher könnte sich die Partie nach 10.a3b4, Lxb4, 11.d4 oder 11.Ld2 gestalten.

10... bxc3, 11.Lxc3 Lc7, 12.d4 e4, 13.Ld2 ...

Auch nach 13.d4 kommt der Befreiungszug c5! 14.Sxc5, 15.dxc5, Dc7 mit vollem Ausgleich.

12... c5 Remis.

SPORT-NACHRICHTEN

Becker im Viertelfinale

Melbourne (dpa) – Der Mannheimer Boris Becker erreichte bei den 78. Internationalen Tennismeisterschaften von Australien in Melbourne durch einen 7:6, 6:4, 6:2-Erfolg über den Franzosen Guy Forget das Viertelfinale. Unterdessen hat der Berliner Tennisverein LITC Rot-Weiß die Verpflichtung des talentierten Beckers von 1985 an bekanntgegeben.

Ski-Rennen abgesagt

Ein (sid) – Wegen Schneemangels sind die für Samstag und Sonntag vorgesehenen Weltcup-Rennen der alpinen Skiläuferinnen in Elm (Schweiz) abgesagt worden. Geplant waren ein Superriesenlauf und ein Slalom.

Günter Mast nennt Zahlen

Kraus (sid) – Der Präsident von Eintracht Braunschweig, Günter Mast, hat sein finanzielles Engagement beim Fußball-Bundesligaklub seit seiner Amtübernahme am 28. November 1983 mit 4,3 Millionen Mark beziffert. Der Verlust der Lizenzspieler-Abteilung im letzten Jahr betrug allein 2,7 Millionen Mark.

Karate: Hartes Urteil

Florenz (dpa) – Wegen fahrlässiger Tötung wurde der österreichische Karate-Kämpfer Christian Oberbauer von einem Florentiner Gericht zu sechs

Monaten Haft auf Bewährung sowie zur Zahlung von Schadenersatz verurteilt. 1980 hatte Oberbauer einen Italiener im Wettkampf mit einem Fußtritt ans Kinn so hart getroffen, daß dieser starb.

Eilenfeldt zu Schalke

Kaiserslautern (sid) – Auf Leihbasis wechselt Norbert Eilenfeldt vom Fußball-Bundesligaklub 1. FC Kaiserslautern bis zum Saisonende zu Schalke 04.

ZAHLEN

FUSSBALL

Fremdschaftsspiel: Germania Leer - Dnjepr Denjzpetrowsk (UdSSR) 1:4

TENNIS

72. Intern. Meisterschaften von Australien in Melbourne, Einzel, Herren, Achtelfinale: Becker (Deutschland) - Forget (Frankreich) 7:6, 6:4, 6:2 - Damen, Viertelfinale: Sukova (CSSR) - Straver (USA) 6:2, 6:7, 6:1 - Doppel, zweite Runde: Lloyd-Evart/Turnbull (USA/Australien) - Benjamin/Nelson (USA) 6:3, 6:0.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 1 071 658,20, 2: 126 622,80, 3: 6 836,70, 4: 1 111,10, 5: 8,90, Auswahlwette „6 aus 49“: Klasse 1: unbefestigt, Jackpot: 224 253,20, 2: 942,20, 3: 2 774,60, 4: 1 17,60, 5: 9,50, - Eiterwette: Klasse 1: 4 503,20, 2: 176,60, 3: 19,40, - Remisquoten: Rennen A: Klasse 1: 24,70, 2: 24,70, Rennen B: Klasse 1: 141,70, 2: 61,60 (ohne Gewähr).

STANDPUNKT / Betrogene Betrüger

Die Schalker haben also nun Protest eingelegt gegen die Wertung des 1:4 am letzten Samstag bei Borussia Dortmund. Sie wollen eine Neuansetzung des Spiels. Präsident Hans-Joachim Fenne begründet seine Forderung damit, daß (die WELT berichtet) der Borussia-Wolfgang Schiller das gewiß vorentscheidende 2:0 für seine Mannschaft unkorrekt erzielt, indem er sich den Ball vorgelegt habe. Der Regelverstöß ist klar. Schiller selbst gab ihn inzwischen längst zu. Außerdem gibt es rund 4 000 Zeugen für die Tat, die leider nur von Schiedsrichter Hans-Heinrich Barnick und seinem Linienrichter-Gespann nicht bemerkt wurde.

Daß die Schalker verärgert sind wegen der Fehlurteilung der Unparteiischen, ist nur allzu verständlich. Daß sie sich Hoffnungen machen, mit ihrem Protest durchzukommen, auch. Denn: Die Sportge-

richte haben sich schon einige Male nicht davor gescheut, Tatsachenscheidungen der Schiedsrichter unter der erdrückenden Beweislast von Fernsehbildern zu revidieren. In diesem Fall freilich kann das Fernsehen wohl nur unzureichend Aufklärung leisten. Die vorliegenden Aufnahmen sind nicht eindeutig. Aber das muß ja nichts heißen.

Ein anderer Aspekt ist bisher überhaupt noch nicht in die Diskussionen eingeflossen, nämlich der: Die Schalker haben nach der Niederlage in Dortmund von Betrug gesprochen. Und davon, daß eine Wiederholung des Spiels auch eine Frage von Anstand und Moral sei. Im Prinzip wäre dem nichts entgegenzuhalten – wenn es da nicht den 10. Oktober gegeben hätte, das Spiel Schalke gegen Bremen. Es endete 1:1. Aber so ging es aller Wahrscheinlichkeit nur deswegen aus, weil die Bremer seinerzeit um einen

klaren Handelfmeter betrogen wurden. Der Schalker Mannschaftskapitän Bernhard Dietz wehrte (von der Fernsehkamera eindeutig überführt) einen Schuß geradezu in Torwartmanier mit der Hand ab und lieferte anschließend ein wahres Meisterstück seiner Schauspielkunst. Als die Bremer nämlich aufgebracht protestierten und der Schiedsrichter für einen Moment zögerte, lieferte ihm Dietz Entscheidungshilfe. Er ließ sich wie benommen zu Boden fallen und deutete durch Gesten an, er habe den Ball voll gegen den Kopf bekommen ...

Fazit: Der Fußball wird mit den Fehlentscheidungen seiner Schiedsrichter leben müssen. Und nicht immer sollte man sofort mit den Begriffen „Moral“ und „Betrug“ jonglieren. Vor allem nicht, wenn man der betrogene Betrüger ist. BERND WEBER

PHILIPS

Nur IBM-Kompatibilität ist zu wenig. Deshalb Philips PC P 3100.

Es kommt nicht darauf an, nur PC-Hardware in die Landschaft zu stellen, sondern sie nach ihren spezifischen Aufgaben im Rahmen von gesamtorganisatorischen Lösungen zu planen.

Das ist die Philips-Mehrleistung:

- Stufenkonzept bis zur Integration von Inhouse-Netzwerken auf der Basis von Industriestandards.
- Einbindung bei dezentraler Anwendung und Organisation durch Philips-Bürosysteme.
- Zukunftssicherheit, da der Philips PC P 3100 eine Bausteinreihe im integrierten Philips-Bürokommunikationskonzept SOPHOMATION ist.
- Flexibilität durch Nutzung der am Markt befindlichen Software.
- Sichtbare Unterschiede: besondere Qualität der Darstellung in hochauflösenden Bildschirmen.
- Branchensorientierte, individuelle Beratung für alle Großunternehmen, Banken, öffentliche Verwaltungen.

Unsere Stärke: Dienstleistung wie Beratung, Organisation, Software, technischer Kundendienst aus einer Hand – flächendeckend.

Sprechen Sie mit Philips, bevor Sie irgendeinen PC kaufen.

Bitte senden Sie uns weiteres Informationsmaterial. Anschrift: _____

Branche: _____

Philips Kommunikations Industrie AG
Unternehmensbereich Philips Data Systems
Abteilung MA-K - 392
Postfach 21 01 45
5900 Siegen

Liefert Frankreich Kernreaktor an Israel?

Peres spricht in Paris auch über militärische Kooperation

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

Die französische Regierung hat sich im Prinzip bereit erklärt, Israel den dringendsten technologischen Mangel zu beheben und einen Kernreaktor für die Energiegewinnung zu liefern. Das erdölarme Israel braucht Kernenergie dringender als die meisten anderen Industriestaaten.

Die USA sind schon seit der Regierung von Präsident Johnson in den 60er Jahren bereit, einen Kernreaktor zu liefern, doch unter der Bedingung, daß die Israelis alle ihre bestehenden Kernanlagen der Internationalen Atomenergiekommission zur Kontrolle freigeben. Israel hat nämlich schon zwei Kernreaktoren - einen in Dimona, in der Negev-Wüste unweit vom Toten Meer, und einen in Nachal Sorek in der Nähe der Küste zwischen Tel Aviv und Ashdod. In beiden Anlagen wird wissenschaftliche Forschung betrieben.

Laut ausländischen Berichten allerdings soll Israel, bereits 50 bis 100 Atombomben produziert haben. Israel hat dies wiederholt dementiert und erklärt, daß es zwar die technologische Fähigkeit zur Herstellung von Atombomben besitzt, jedoch nicht der erste Staat sein werde, der im Nahen Osten Kernwaffen einführt. Keine der bestehenden Anlagen ist zur Energiegewinnung geeignet, doch könnte es sich Israel nicht gestatten, die Geheimnisse von Nachal Sorek oder Dimona einer internationalen Kommission zu enthüllen, zu deren Erkenntnissen die arabischen Staaten freien Zugang besitzen.

Israels Weigerung hatte jedoch zur Folge, daß es energiewirtschaftlich zurückgefallen ist und noch immer von herkömmlichen Brennstoffen abhängig, die zum Großteil importiert werden müssen. Die Aussicht auf einen französischen Kernreaktor - ohne unannehmliche Bedingungen - würde hier eine Umwälzung hervorrufen. Israel wäre bereit, einen solchen Reaktor jederzeit von internationalen Expertenkommissionen besichtigen zu lassen. Es ist anzunehmen, daß die Reaktorfrage eines der wichtigsten Gesprächsthemen bei dem fünftägigen Besuch ist, den Premierminister Shimon Peres gestern in Frankreich antrat. Peres selbst

machte eine Andeutung in diesem Sinn, als er vor einigen Tagen erklärte, er hoffe, daß sein Besuch „auch technologische Früchte tragen wird“.

Zu seinem Hauptbegleiter hat Peres den in der Bundesrepublik Deutschland wohlbekannten Asher Ben-Nathan als „Sonderberater“ ernannt. Ben-Nathan war Israels erster Botschafter in Bonn, darauf in Paris und diente vorher als Staatssekretär im Verteidigungsministerium. Dort zählte er gemeinsam mit Peres (damals stellvertretender Verteidigungsminister) zu den Architekten der israelisch-französischen militärischen Entente.

Seither hat sich zwar das Blatt gewendet, und Israels Verteidigung bezieht zum Großteil auf die Zusammenarbeit mit den USA. Doch würde Peres gern eine teilweise Wiederaufnahme der militärischen Beziehungen mit Frankreich sehen. Dies zeigt sich auch in der Liste der anderen Begleiter von Peres: Zusätzlich zu seinem Kabinettschef Boas Appelbaum und seinem Sprecher Uri Savir kamen Staatssekretär (und Ex-General) Abraham Tamir und Militärberater Ariel Nevo.

Savir hat erklärt, das Ziel des Besuchs sei es, „ein neues Blatt in der Geschichte der Beziehungen zwischen den beiden Staaten aufzuschlagen“. Peres denkt dabei an eine friedensvermittelnde Rolle. Israel verfolgt zwar die Versuche der EG, sich in die Angelegenheiten des Nahen Ostens einzumischen, mit unvorhergesehenem Argwohn, blickt aber erwartungsvoll auf Präsident Mitterrand, der von der feindseligen Haltung seiner Vorgänger Giscard d'Estaing, Pompidou und de Gaulle abgetrennt hat.

Auch ist es Peres nicht entgangen, daß Mitterrand in den letzten Monaten Gespräche mit König Hussein, Präsident Mubarak und Präsident Assad geführt hat. Eine große Meinungsverschiedenheit trennt jedoch Israel und Frankreich: Mitterrand tritt für die Errichtung eines palästinensischen Staates ein, während Israel dies gänzlich und kompromisslos ablehnt. Dies sollte aber der Weiterführung der beiderseitigen Kontakte keinen Abbruch tun. (SAD)

Karmals Verteidigungsminister stürzte über militärische Mißerfolge

Machtkampf in Afghanistans Führung geht weiter / Armee schrumpfte um zwei Drittel

WALTER H. RUEB, Bonn

Der bisherige afghanische Verteidigungsminister Generalmajor Dagard Abdul Kader ist abgelöst worden. Dies meldete der Kabuler-Korrespondent der amtlichen tschechoslowakischen Presseagentur CTK. Zum neuen Verteidigungsminister wurde vom Präsidium des Revolutionsrates der bisherige Stabschef, General Nazir Muhammad, ernannt. Kader wurde nach Angaben von CTK Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Revolutionsrats-Präsidiums, dessen Vorsitzender Staatschef Babrak Karmal ist.

In Kabul wurde für den Wechsel an der Spitze des Verteidigungsministeriums keine Begründung gegeben. Beobachter der Szene aber sind davon überzeugt, daß Kaders Ablösung auf die militärischen Mißerfolge der afghanischen Armee sowie auf den Machtkampf zwischen den beiden Fraktionen innerhalb der Demokratischen Volkspartei zurückzuführen ist.

Von der früher rund 100 000 Mann starken Armee der kommunistischen Regierung in Kabul sind seit langem

nur noch 30 000 Mann übrig geblieben. Sie hat das Vertrauen der Sowjets verloren, wurde teilweise entwaffnet und kaserniert oder muß für die Rote Armee die „Dreckarbeit“ machen. Ein Beobachter sprach von „afghanischen Minenhunden“, die das Operationsfeld vor dem Einsatz der Roten Armee entschärfen müssen.

Der Großteil der Armee lief zu den Mutschabedinen über, meist mit Waffen, Munition und kompletter Ausrüstung. Vom Rest blieben die meisten nur bei ihrer Fahne, weil sie um das Leben ihrer Familienangehörigen im Machtbereich der Sowjets fürchten. An vielen Stellen Afghanistans bestehen zwischen Karmal-Armee und Widerstandsgruppen Übereinkommen bis hin zu regelrechten Nichtangriffsvereinbarungen. Zwangsrekrutierungen vermochten die durch Desertionen entstandenen Lücken nicht zu schließen, trieben sogar viele vorher indifferente Afghanen in den Widerstand.

Ausschlaggebend für die Umbesetzung an der Spitze des Verteidigungsministeriums aber waren die politi-

schen Differenzen zwischen Karmal und Parcham-Fraktion innerhalb der Demokratischen Volkspartei Afghanistans. Babrak Karmal und der jetzt abgelöste Verteidigungsminister gehörten zur Parcham-Fraktion. Kader aber war im Sommer 1984 nach einer bewaffneten Auseinandersetzung, bei der Fernmeldeminister Mohammad Watanjar (Kalg-Gruppe) schwer verletzt worden war, zu einer Belastung für Karmals Regierung geworden.

Kader verschwand für Monate nach Moskau - angeblich aus gesundheitlichen Gründen, in Wirklichkeit aber, um ihn in Kabul aus der Schusslinie der politischen Gegner zu nehmen und dort derweil die Wogen zu glätten.

Karmals Parcham-Fraktion stützt sich mehrheitlich auf Stadtbewohner und Intellektuelle, die Kalg-Gruppe hat insgesamt und vor allem auf dem Land und in der Armee stärkeren Zulauf. Sie dominierte bis zum sowjetischen Einmarsch vor fünf Jahren, verlor seither aber fast alle führenden Positionen. Heute ist nur noch das Innenministerium in ihrer Hand.

Zweiter Prozeß gegen Parteispender

AP, Köln

In einem zweiten Parteispenderprozeß vor dem Kölner Amtsgericht hat sich seit gestern der Unternehmer Bruno Jöster wegen des Vorwurfs der Hinterziehung von rund 26 000 Mark an Steuern zu verantworten. Die Bonner Staatsanwaltschaft wirft dem 80jährigen Angeklagten vor, für Zahlungen an die Kölner CDU in Höhe von 48 000 Mark Spendenquittungen des „Seminars für sozial- und staatspolitische Bildungsarbeit der christlichen Arbeitnehmerschaft“ in Köln erhalten und diese zwischen 1975 und 1983 steuermindernd geltend gemacht zu haben. Jöster hatte gegen einen Strafbefehl der Staatsanwaltschaft von mehr als 40 000 Mark Einspruch eingelegt. Wie am Rande des Prozesses bekannt wurde, wollte die Staatsanwaltschaft ursprünglich dieses Verfahren gegen eine Geldbuße von 15 000 Mark einstellen, deren Zahlung Jöster aber auch ablehnte.

Musterprozeß um Weihnachtsgeld

rt, Hamburg

Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG) will in einem Musterprozeß klären lassen, ob die volle Einbeziehung von Sonderzahlungen, etwa Weihnachtsgeld, in die Sozialversicherung rechtlich zulässig ist. Der stellvertretende DAG-Vorsitzende Walter Quartier erklärte gestern in Hamburg, nur in der Rentenversicherung werde mit dem höheren Beitrag auch ein höherer Leistungsdruck erworben. In der Arbeitslosenversicherung führe die neue Regelung sogar zu einer klaren Benachteiligung der Arbeitnehmer, die einen Teil ihres Jahresinkommens als Sonderzahlung erhielten. Im Falle von Arbeitslosigkeit errechnen sich ihr Arbeitslosengeld nur nach dem niedrigeren Monatsverdienst, ohne Einbeziehung des 13. Monatsgehaltes. Er habe keinen Zweifel, daß das neue Verfahren als rechts- und verfassungswidrig zu bewerten sei, sagte Quartier.

Wünsche der USA an NATO-Partner

rt, Brüssel

Die USA wünschen von ihren europäischen Verbündeten zusätzliche Leistungen in der konventionellen Rüstung, verlautete gestern am Rande der Herbsttagung der NATO-Verteidigungsminister. Washington habe aber weder besondere Wünsche hinsichtlich der Systeme geäußert noch Vorstellungen für den finanziellen Rahmen formuliert. Dem Vernehmen nach stoßen die USA mit ihren Zusatzwünschen bei den Alliierten nicht auf Gegenliebe. Die europäischen Verteidigungsminister seien auch unter Druck nicht bereit, mehr Geld zur Verfügung zu stellen. Denkbar sei höchstens, daß in den bestehenden Plänen Umschichtungen vorgenommen werden, hieß es in zuständigen Kreisen. Unabhängig davon bleibt die amerikanische Forderung auf dem Tisch, die Verteidigungsausgaben jährlich real um drei Prozent zu steigern.

Jaruzelski wiederholt Revanchismus-Vorwürfe

Auch Ministerpräsident Späth verschob Polen-Besuch

DW, Warschau

Der polnische Partei- und Regierungschef General Jaruzelski hat die Vorwürfe des „Revanchismus“ gegen die Bundesrepublik Deutschland wiederholt, ihr zugleich aber nochmals einen „konstruktiven Dialog“ angeboten. Bei einer Feier zum Bergmannstag in Hindenburg betonte er: „Es gibt eine gewisse rote Linie, über die hinaus ein Dialog mit der Bundesrepublik jede Bedeutung und jeden Sinn verliert. Das ist die Anerkennung der Unantastbarkeit der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges.“ Das werde so bleiben, „und so muß es immer sein“.

Grundlage der Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland seien „ausschließlich der Geist und die Buchstaben“ des Vertrages vom Dezember 1970.

Heute hätten, so Jaruzelski, in der Bundesrepublik die „Kräfte des Kalten Krieges und des Revanchismus“ so viel Einfluß gewonnen, daß sie viele realistische Stimmen übertönen könnten. Sie seien in der Lage, „wirsam die Politiker jenseits der Elbe zu erpressen, denen die pangermanische

Verblendung noch nicht die Weitsicht genommen hat“. Man könne diesen oder jenen Besuch verschieben, „aber Volkspolen kann man nicht absagen“, meinte Jaruzelski in Anspielung auf die Verschiebung des Polenbesuchs von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher.

Inzwischen hat auch der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) seinen Warschau-Besuch verschoben. Wie Regierungssprecher Matthias Kleinert in Stuttgart auf Anfrage mitteilte, soll die Reise im Frühjahr 1985 nachgeholt werden.

Zu dem ursprünglich Mitte Dezember geplanten dreitägigen Besuch hatte das polnische Außenministerium den baden-württembergischen Regierungschef eingeladen. Die Verschiebung begründete der Regierungssprecher mit der anstehenden dritten parlamentarischen Beratung des Haushaltsentwurfs für die beiden kommenden Jahre. Jedoch sei das Interesse Späths an einem baldigen Reisetrip „außerordentlich groß“.

Bergleute geben nicht nach

Gewerkschaft lehnt jede Zusammenarbeit mit britischer Justiz ab

WILHELM FURLER, London

Die Bergleute-Gewerkschaft NUM hat auf einer außerordentlichen Versammlung mehrheitlich beschlossen, weiterhin auf totalem Kollisionskurs mit der britischen Rechtsprechung zu bleiben. Trotz einer überraschenden Empfehlung des nationalen NUM-Führungsgremiums, rund 4,3 Millionen Pfund (knapp 16 Millionen Mark) an Gewerkschaftsvermögen von einem durch Gerichtsbeschluss bestellten Zwangsverwalter vom luxemburger Bankkonto nach Großbritannien zurückbringen zu lassen, entschieden die Delegierten mit 139 zu 80 Stimmen, jede Zusammenarbeit mit Gericht und Zwangsverwalter zu boykottieren.

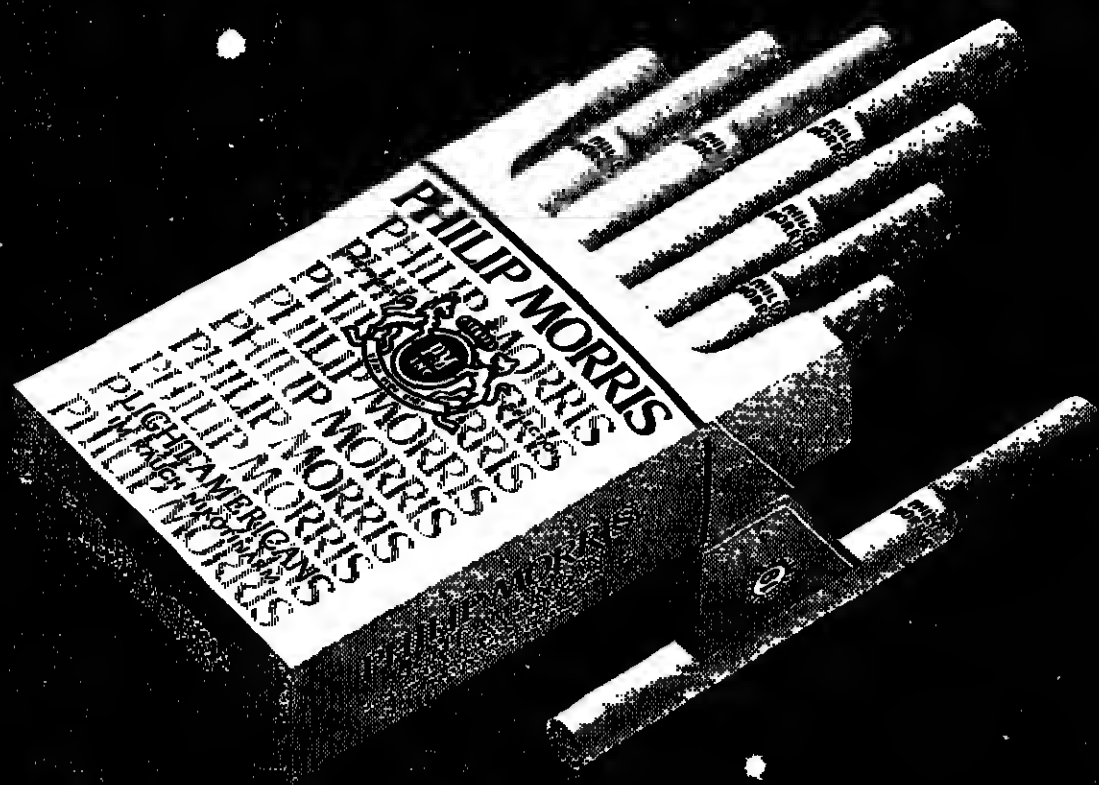
Damit weigert sich die Gewerkschaft auch weiterhin, eine Gerichtsschlichtung in Höhe von 200 000 Pfund zu zahlen, zu der sie wegen Mißachtung mehrerer gerichtlicher Verfügungen

verurteilt worden ist. In dem vom kommunistischen Führer der Bergleute-Sektion Kent ausgearbeiteten und von den Delegierten verabschiedeten Text heißt es außerdem, der Dachverband der britischen Gewerkschaften TUC werde aufgefordert, auf einer Sondersitzung unterstützende Streikaktionen der anderen Gewerkschaften zu beschließen.

Die Bergleute-Gewerkschaft ist unter erheblichem Druck geraten, nachdem ihre Führung per Gerichtsbefehl von der Verwaltung des gesamten Gewerkschaftsvermögens ausgeschlossen und dafür ein Zwangsverwalter von außen bestellt wurde.

Gegenwärtig versucht der Zwangsverwalter, die 4,3 Millionen Pfund, knapp die Hälfte des gesamten NUM-Vermögens, von der luxemburger Bank abgehängt zu bekommen.

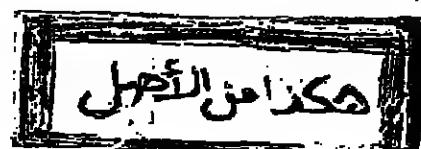
Echter Genuß durch ausgewählte amerikanische Tabake.



PHILIP MORRIS

Eine American Blend Cigarette mit besonders wenig Nikotin und Kondensat.
Hergestellt in Deutschland.

Der Bundesgesundheitsminister: Rauchen gefährdet Ihre Gesundheit. Der Rauch einer Zigarette dieser Marke enthält 0,3 mg Nikotin und 4 mg Kondensat (Teer). (Durchschnittswerte nach DIN.)



Mittwoch, 5. Dezember 1984
Nr. 285

Einfacher ist besser

Stw. - Noch in dieser Legislaturperiode, so hat sich die Regierungskoalition verpflichtet, soll die zweite Stufe der Vermögensbildung realisiert werden. Ziel ist es, neben betrieblichen, weitere überbetriebliche Formen der Mitarbeiterbeteiligung staatlich zu fördern. Damit soll vor allem die Aufstockung des 624-Mark-Gesetzes auf 936 Mark des Tarifgesetzes schmückend gemacht werden. Die Experten in Ministerien und Parteien sind bereits bei der Arbeit.

Bevor der politische Streit - und dazu wird es unweigerlich kommen - beginnt, hat jetzt der CDU-Abgeordnete Kurt Falkhauser, Vermögensbildungsexperte seiner Fraktion, vor überbetrieblicher Gewinnbeteiligung die Mahnung, erst die grundsätzlichen Fragen zu klären, bevor man sich in Detailproblemen verliert, ist berechtigt. Schließlich sollte die Regierung die Fehler des letzten Jahres nicht wiederholen, als das Vermögensbildungsgesetz in höchster Eile beraten wurde. Denn das Endprodukt ist zu kompliziert geraten. Selbst mancher Anlageberater einer Bank zeigt sich in Einzelfragen unsicher. Schlechte Voraussetzungen, somit, um die Sparr für eine Anlage im Produktivkapital zu begeistern. Mit der Aktie sind ohnehin zu wenige vertraut, mit GmbH-Aktien, stillen Beteiligungen oder Genussscheinen wis-

sen noch weniger etwas anfangen. Auch bei der zweiten Stufe könnte deshalb ein noch so ausgeklügeltes System von Anlagengruppen, gestaffelten Sparzulagen und Steuervergünstigungen in die Irre gehen. Vereinfachung tut not.

Auf der Lauer

JB. - Binnen weniger Jahre ist in Deutschland eine Industrie- und Handelsgruppe herangewachsen, die erst unter dem unscheinbaren Namen Intervall im Verborgenen blühte, jetzt als Batig immer häufiger in Erscheinung tritt. Für ihre englische Muttergesellschaft BAT hält sie so respektable Mehrheitsbeteiligungen wie die BAT Cigarettenfabriken, Pegulan und Horten. Strategisch war der Aufbau klar und einfach: Konzentration auf große Bereiche und keine Verzettelung von Finanzen und Manpower in Randgebieten. So etwa starb die Idee, ein großes Weingeschäft aufzubauen, weil zu viele und zu zeitraubende kleine Schritte notwendig waren. Offenbar ist die Batig noch nicht am Ende ihrer Expansion. Gestützt von der Konzernmutter, die Deutschland nach wie vor als erste Investitionsadresse ansieht, und ausgestattet mit finanzieller Kraft, dürfte die Batig für weitere Überraschungen gut bleiben. Daß ihr nichts am Markt entgeht, besorgt ein Vorstand, in dem die Chefs der großen Bereiche mit am Tisch sitzen, für BAT „in Germany“ stets auf der Lauer.

Wenn die Fesseln fallen

Von HARALD POSNY

Selbst gereizt reagieren oft Bundesregierung und Ministerialbürokratie auf scharfe Kritik. So wurde auch die Entlassung des Verbandes der „Autoversicherer“ (HUK-Verband) über die zum 1. Januar 1985 verordnete Neuordnung der Haftpflichtstruktur in der Kfz-Haftpflichtversicherung als „nicht ganz wohlüberlegt“ abgetan. Schließlich werde das „generelle Prämienniveau“ in der Bundesrepublik nicht beeinflusst. Zur Überreaktion geriet die Bonner Republik mit dem Hinweis, es stelle sich die Frage, ob im Sinne von mehr Prämienvettbewerb nicht auch die Haftpflichtversicherung aufgehoben werden

hat, was das eine nichts mit dem anderen zu tun, dennoch muß nicht werden, daß der Lebens-Grundsatz von mehr Prämienvettbewerb denen Sand in die Augen der sich von dieser Freigabe drastische Senkung der Beiträge. Den Weg zur Freigabe gerader Teilprämien sollte man sich wohl überlegen. Treffen würde nicht die Unternehmen, sondern die Versicherer, die die Verkehrsopfer. Argument, die Inassen-Unterversicherung habe eine lange Periode der Prämienbildung ohne das ständige staatliche Genehmigungsrecht hinter sich, zieht ebenso wenig der Hinweis auf die seit 1962 genehmigungsfreien Vollkaskotarife. Vollkaskotarife folgen werden. Hier ist es ausschließlich um Sach- und Personenschäden am Fahrzeug, nicht um die Gesundheit oder das Leben anderer Verkehrsteilnehmer. Alle leicht können Verkehrsopfer leidet, wenn ein Versicherer aus Versehen schuldig aus immer - seinen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen könnte. Will dann der Staat als Notbehelf eingreifen?

Die Lösung ist es so, daß die Solidarität der Unternehmen untereinander einspringen würde, wenn ein Versicherer pleite macht. Bleibt dabei Und was wird aus der Haftpflicht der Versicherer, wenn der sie jedem Antragsteller den gewünschten Schutz auch gewähren müßte? Sie müßte dann doch auch in Disposition stehen. Und be-kannte Anfänger und Ausländer-

gruppen würden es wegen erwiesener hoher Schadenhäufigkeit und enormer Schadenbelastung der Versicherungsgesellschaft schwer haben, überhaupt einen Versicherer zu finden. In einer mobilen Gesellschaft würde dies unweigerlich zu Gefahren ohne Haftpflichtschutz verleiten.

Man muß sich schon die Folgen solcher „Locker von Hocker“ geäußerten Forderungen oder Wünsche vor Augen halten, um gleichzeitig deren Unsinnigkeit zu begreifen. Glücklicherweise reicht es ja nicht aus, irgendeine Verordnung zu ändern; um zu „mehr Wettbewerb“ zu kommen, zur Verwirklichung der Überlegungen aus Bangemanns Wirtschaftsministerium als der für das Versicherungswesen zuständigen „Behörde“, müßte das geltende Pflichtversicherungsgesetz geändert werden.

Aber auch was nicht im Gesetz, aber für wenigstens etwas Innovationsfreude steht (günstigere Tarife für Frauen und Beitragszuschüsse für Fahrzeuge mit Anti-Blockier-System), wäre ebenso dahin wie das Typklassen-Schadenfreiheitsrabatt und Mahusystem sowie die einheitlichen Selbstbehalte, die Transparenz und Vergleichbarkeit der Angebote schaffen.

Sicher, mancher Versicherer würde sich mit der Genehmigungs-freiheit befremden können, zumal da auch die Regionalklassen-Einteilung, die 1981 gegen alle Vernunft und entgegen wissenschaftlichen Gutachten in Bonn von prämiengerechten sechs auf derzeit vier Regionalklassen eingedampft wurde, zusammenfiel. Wozu schadenbedarfgerechte Prämien, wozu die Diskussionen im Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums durchgeführte Studie des Münchner Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung reichen die Bewertungen in den einzelnen Ländern von „höchste Anerkennung“ bis „sehr gutes Image“. In Frankreich werden die deutschen Fachmessen als „führend und für französische Aussteller zwingend“ beurteilt. Als wichtigste Gründe für Messebeteiligung und Messebesuch wurden Informationsaustausch und Anbahnung von Geschäftsbeziehungen genannt. Die direkte Bestellmöglichkeit schätzten die Fachbesucher nur gering ein, während 52 Prozent der Aussteller Auftragsabschlüsse auf der Messe als Grund für die Beteiligung angaben.

ARBEITGEBER / Anerkennung für den Kurs der Bonner Wirtschaftspolitik

Erwerbslosigkeit ist auch die Folge eines „Ausuferns des Sozialstaats“

PETER JENTSCH, Bonn
Eine insgesamt positive wirtschaftliche und politische Bilanz ziehen die Arbeitgeber in ihrem Jahresbericht für 1984. Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände stellt in diesem Bericht fest, daß die außenwirtschaftliche Entwicklung und der wirtschafts- und finanzpolitische Kurs der Bundesregierung einen weiteren wirtschaftlichen Aufwärtstrend auch für das kommende Jahr erwarten lassen.

Das Wirtschaftswachstum sei aufgrund der Arbeitskämpfe in der Metall- und Druckindustrie zwar nicht so günstig ausgefallen wie zu Beginn des Jahres prognostiziert. Es sei aber gelungen, die Produktions- und Umsatzaufholungen. Die Arbeitgeber stellen fest, daß dazu auch die vergleichsweise günstige Kombination von fiskalischer Konsolidierungspolitik, flexibler Geldpolitik und Strukturpolitik beigetragen habe. Die Fortschritte in der Haushaltskonsolidierung seien nicht auf Kosten von wirtschaftlichem Wachstum, sondern zugleich mit diesem erreicht worden.

Auch im Berichtsjahr sei die Arbeitslosigkeit das wirtschafts- und sozialpolitische Hauptproblem geblieben. Zwar zeichneten sich erste Schritte einer Entspannung ab. Aber die Verteuerung des Faktors „Arbeit“ bei der primären, vornehmlich aber der sekundären Einkommensverteilung treibe nach wie vor die Arbeitsplätze aus dem offiziellen Markt in die Schattenwirtschaft. Die Arbeitgeber führen diese „Fehlsteuerung, die einer Bereinigung der unbefriedigenden Beschäftigungssituation entgegensteht“, zurück auf das hohe Ar-

beitskostenniveau und das „Ausufer des Sozialstaats“.

Eine Verbesserung der Beschäftigungssituation lasse sich nur über eine maßvolle Lohnpolitik, über eine Konsolidierung der Staats- und Sozialfinanzen, über eine Verringerung bürokratischer Hemmnisse, über mehr Leistungsgerechtigkeit der Steuer- und Sozialpolitik und insgesamt über eine wachsende Wirtschaft erreichen. In diesem Zusammenhang nennen die Arbeitgeber das Bemühen der Bundesregierung, einerseits die finanziellen Engpässe in der Rentenversicherung zu überwinden und gleichzeitig ein Erziehungsjahr mit erheblichen finanziellen Zukunftslasten für diesen Versicherungszweig einzuführen, „widersprüchlich“. Das gelte auch für andere sozialpolitische „wenig systemkonforme Operationen“.

Andererseits habe sich zur Überwindung der Arbeitslosigkeit die Überlegenheit marktwirtschaftlicher Strategien gegenüber sozialistischen Modellen zur Nachfrageexpansion mit geduldeter Inflationsfolge erwiesen. In diesem Sinne kritisierten die Arbeitgeber in ihrem Jahresbericht den Widerstand von Opposition und

WOHNGELD

Union fordert eine kräftige Aufstockung der Zuschüsse

PETER GILLIES, Bonn
Das Wohngeld birgt einen sozialen und ordnungspolitischen Sprengstoff, der vielen Politikern noch nicht bewußt ist. In der CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordern Experten deshalb eine kräftigere Aufstockung der Zuschüsse als bisher geplant. Die Aufbesserung um mehrere hundert Millionen Mark - notfalls zu Lasten des Neubaus - soll sozial abfedern, aber auch Spielraum schaffen für künftige Liberalisierungen am Wohnungsmarkt.

Ich fürchte, daß wir mit einer zu mageren Erhöhung eines entscheidenden Fehler machen“, meint Dietmar Kany, Leiter der Arbeitsgruppe Bauwesen der CDU. Das Wohngeldgesetz erfülle wegen der starren Einkommens- und Mietgrenzen seine soziale Funktion immer weniger. Kany rechnet: Zwischen der letzten Erhöhung 1981 und der geplanten Anfang 1986 steigen die monatlichen Wohnkosten eines Wohngeldempfängers von 304 auf 388 Mark (plus 84 Mark). Dagegen klettert der Mietzuschuß nur um zehn Mark, nämlich von 116 auf 126 Mark im Monat.

Zwei Drittel der rund 1,4 Millionen Wohngeldempfänger sind Rentner. Sie wohnen meist in Sozial- oder Altbauwohnungen, deren Mieten kräftiger als die von freifinanzierten Wohnungen stiegen. Dieser Effekt sei von der Politik gewollt, müsse aber sozial abgefedert werden, fordert die Arbeitsgruppe. Zum 1. Januar 1986 soll das Wohn-

geld nach Regierungsplänen um 700 Millionen auf rund 2,7 Milliarden Mark aufgestockt werden. Bund und Länder tragen jeweils die Hälfte. Um den Wohngeldempfängern künftig die gleiche Entlastung wie beispielsweise 1982 zu gewähren, wäre jedoch eine Aufbesserung von 1,7 Milliarden Mark, davon 860 Millionen vom Bund, nötig. Als Kompromiß bietet sich nach Ansicht der CDU-Wohngeldexperten eine Zulage von jeweils rund 600 Millionen Mark von Bund und Ländern an.

Da sich der Finanzminister gegen derartige Wünsche bisher sperrte, empfehlen die Wohnungspolitik, das Geld von den Neubauprogrammen abzuziehen. Das stößt beim Bundesbauminister auf Kritik.

Mit einer großzügigeren Aufbesserung des Wohngeldes will die Union nicht nur ihren linken Flügel ruhigstellen, sondern auch ordnungspolitischen Spielraum gewinnen. „Mit einer Entwertung des Wohngeldes wird unsere marktwirtschaftliche Strategie in Frage gestellt“, meint Kany. Er und seine Arbeitsgruppe erinnern die Fraktion und den Kanzler an die Prinzipien der Union: weniger Objekt- und mehr Subjektförderung (= Wohngeld), mehr Marktwirtschaft bei sozialer Absicherung durch das Wohngeld. Wenn diese Basis bröckele, bestehe auch in der nächsten Legislaturperiode kein Spielraum für die fällige Liberalisierung des Mietrechts und die Aufhebung des gespaltenen Wohnungsmarktes.

AUF EIN WORT



„Optimismus ist in Amerika zu einem echten Produktionsfaktor geworden. Er kann es auch hier werden. Deshalb darf er weder durch Unklarheiten in Bonn noch in Düsseldorf gefährdet werden.“

Dr. Alfred Voßschulte, Präsident der IHK Dortmund. FOTO: HORST BOHM

Gute Noten für deutsche Messen

Aussteller und Fachbesucher in Europa beurteilen den Messeplatz Bundesrepublik positiv. Nach einer im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums durchgeführten Studie des Münchner Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung reichen die Bewertungen in den einzelnen Ländern von „höchste Anerkennung“ bis „sehr gutes Image“. In Frankreich werden die deutschen Fachmessen als „führend und für französische Aussteller zwingend“ beurteilt. Als wichtigste Gründe für Messebeteiligung und Messebesuch wurden Informationsaustausch und Anbahnung von Geschäftsbeziehungen genannt. Die direkte Bestellmöglichkeit schätzten die Fachbesucher nur gering ein, während 52 Prozent der Aussteller Auftragsabschlüsse auf der Messe als Grund für die Beteiligung angaben.

BAUINDUSTRIE

Zinssubventionen für die Gemeinden vorgeschlagen

HANNA GIESKES, Bonn
Die deutsche Bauwirtschaft wird im kommenden Jahr bis zu 200 000 Mitarbeiter freisetzen müssen. Paul Brochier, Vizepräsident des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, plädierte gestern in Bonn für eine Verstärkung der öffentlichen Bauinvestitionen. Seit jeher habe die Bauwirtschaft als Instrument der Konjunkturpolitik herhalten müssen, nun sei der Versuch angebracht, „den Arbeitsmarkt über die Bauwirtschaft teilweise wieder in den Griff zu bekommen“.

Wie sich die Bauindustrie diesen Versuch vorstellt, erläutert ein Brief von Präsident Günther Herion an Bundeskanzler Helmut Kohl: Aus dem ERP-Sondervermögen sollten vor allem den Kommunen Kredite in einem Rahmen von zehn Mrd. DM bereitgestellt werden, verteilt auf fünf Jahre. Der Zinssatz sollte durch Hilfen des Bundes auf vier Prozent p. a. bei 100prozentiger Auszahlung reduziert werden. Dies belaste den Bundeshaushalt in den kommenden 14 Jahren mit insgesamt rund 1,8 Mrd. DM, heißt es in dem Brief, auf den die Antwort noch aussteht.

Dies sei kein „klassisches“ Investitionsprogramm, betonte Brochier, „denn das wollen wir nicht“. Er räumte allerdings ein, daß die Politiker nach Auslaufen einer solchen Subvention möglicherweise wieder zur Hilfe für die Bauwirtschaft aufrufen werden müßten. Dies sei nicht zu vermeiden, solange die Bauwirtschaft im bisherigen Maß von der Nachfrage der öffentlichen Hände abhängig sei. Kritik übte Brochier an Verhalten von Hermes, die Risiken nur noch dann versichert, wenn es keine sind.

INDUSTRIEPRODUKTION

Im Oktober noch einmal eine deutliche Steigerung

HEINZ HECK, Bonn
Die Industrieproduktion in der Bundesrepublik ist im Oktober nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamts gegenüber dem Vorjahresmonat um 3,5 Prozent gestiegen. Noch ausgeprägter ist der Anstieg binnen Jahresfrist speziell für die verarbeitende Industrie mit rund vier Prozent. Allein die Investitionsgüterherstellung ist nach einer Mitteilung des Bundeswirtschaftsministeriums mit sieben Prozent am deutlichsten angestiegen. Lediglich in der Bauwirtschaft ist die Produktion rückläufig (minus 2,5 Prozent). Auch die Zunahme der Verbrauchsgüterherstellung ist mit 0,5 Prozent bescheiden und am unteren Rand der Gesamtentwicklung.

Gegenüber September 1984 ist die Industrieproduktion preis- und saisonbereinigt um knapp 2,5 Prozent gestiegen, allein die der verarbeitenden Industrie mit gut 2,5 Prozent etwas kräftiger. Im Monatsvergleich wird auch für die Baubauwirtschaft im bisherigen Maß von der Nachfrage der öffentlichen Hände abhängig sei. Kritik übte Brochier an Verhalten von Hermes, die Risiken nur noch dann versichert, wenn es keine sind.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Bund erhöht die Regionalförderung

Bonn (dpa/VWD) - Der Bund hat für die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur für das kommende Jahr 1,3 Milliarden DM - 125 Millionen mehr als 1984 - zur Verfügung gestellt, die ausschließlich auf die Ausgleichszulage (bisher 65 Millionen DM) entfallen. Diesen Beschluß faßte der Bund-Länder-Planungsausschuß gestern in Bonn. Bei der Agrarstruktur sind dies 60 Prozent und beim Küstenschutz 70 Prozent der Gesamtsumme. Da sich die Länder mit weiteren 40 beziehungsweise 30 Prozent beteiligen.

Sinn-Aktien überzeichnet

Köln (dpa/VWD) - Der Verkauf von Aktien der Kölner Textil-Einzelhandelskette Sinn AG ist im Anlegerpublikum bereits am ersten Tag auf große Resonanz gestoßen. Wie die Deutsche Bank AG mitteilt, überstieg die Nachfrage das zur Verfügung stehende Aktienvolumen über nominal 6,4 Mrd. DM deutlich. Der Verkauf von Sinn-Aktien ist deshalb ab sofort eingestellt. Die Sinn-Aktien werden zum Ausgabepreis von 150 DM je 50-DM-Aktie angeboten. Die Börsennotierung wird am 11. Dezember aufgenommen.

Dollar fällt wieder

Frankfurt (dpa/VWD) - Der Kurs des US-Dollar ist am Dienstag nach dem starken Anstieg vom Vortag wieder um knapp drei Pfennig gefallen. Der amtliche Mittelkurs wurde in Frankfurt mit 3,0906 (Montag: 3,1200) DM fixiert. Die Deutsche Bundesbank verkaufte zum Marktausschlag 5,65 Mrd. Dollar.

Mehr bleifreies Benzin

Bonn (HR) - Bleifreies Benzin wird nach einer Umfrage der Mineralölwirtschaft bis Ende des Jahres in der Bundesrepublik an 400 bis 500 Markentankstellen (einschließlich Autobahn) angeboten. Wie der parlamentarische Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Grüner (FDP), auf eine Anfrage des CDU-Abgeordneten Dörflinger erklärte, wol-

len Bund und Länder darüber hinaus den Tankstellen des mittelständischen Handels bei der Umstellung auf bleifreies Benzin helfen. Wegen des intensiven Wettbewerbs auf dem deutschen Benzinmarkt erwartet Grüner, daß anfängliche Versorgungslücken bald geschlossen sein werden.

Rückgang bei Fertigbauten

Hamburg (dpa/VWD) - Die deutsche Fertigbaubranche rechnet in diesem Jahr mit einem Minus von rund 20 Prozent. Günther Haase, Vorstandsmittglied des Bundesverbands Montagetage und Fertighäuser, geht für das Gesamtjahr 1984 von einem Bauvolumen von etwa 8,3 Mrd. DM aus. Davon entfallen 2,7 Mrd. DM auf Wohnbauten und 5,6 Mrd. DM auf den Nichtwohnbau. Auch der Auftragsbestand sei zurückgegangen. Beim Einfamilien-Fertighausbau reichen die Aufträge nur noch 5,1 Monate, beim Nichtwohnbau 2,1 Monate.

Keine Einigung

Tokio (AFP) - Dem Vizepräsidenten der Europäischen Gemeinschaft, Etienne Davignon, ist es bei seinen Gesprächen in Japan nicht gelungen, für 1985 ein Abkommen zur Begrenzung der Importe japanischer Videogeräte in die EG abzuschließen. Wie Davignon erklärte, sollen die Gespräche jetzt auf Expertenebene fortgesetzt werden, um bis Anfang kommenden Woche doch noch eine Einigung zu erzielen.

Weihnachtsbutter billiger

Bonn (dpa/VWD) - Billiger als bisher erwartet wird die Weihnachtsbutter sein, die in den nächsten Tagen zum Verkauf kommt. Die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher rechnet damit, daß die Preise meist zwischen 1,19 DM und 1,49 DM für das Halbpfundpackchen liegen werden. Der Einstandspreis liegt bei etwa 4,40 DM je kg. Auch Verkäufe unter dem Einstandspreis bis herunter zu 99 Pfennig für das halbe Pfund seien im Gespräch. Die Qualität der Butter wird von der Verbraucherorganisation als „nicht einmal spürbar geringer“ als die von Markenbutter bezeichnet.

WEITENDE ANGESTELLTE

Ein eigenes Gesetz scheitert an dem Widerstand der CDU

KAREN SOHLER, Bonn
Die Bemühungen, die Interessenvertretungen der leitenden Angestellten - die bislang nur auf freiwilliger Basis bestehen - gesetzlich zu verankern, tragen bisher keine Früchte. Zwischen der Arbeitsgruppe Sozialpolitik der CDU und dem entsprechenden Arbeitskreis der FDP habe übereinstimmend geherrscht, sagte Iringard Adam-Schwaezer (FDP) gegenüber der WELT. Doch nun mache die CDU Schwierigkeiten.

Die Hoffnung, den Entwurf eines Sprecherausschusses Gesetzes noch in diesem Jahr auf den parlamentarischen Weg bringen zu können, muß die Vorsitzende des Arbeitskreises Sozialpolitik der FDP-Bundestagsfraktion begraben. Die erste Lesung im Bundestag, die ursprünglich für Dezember vorgesehen war, wurde verschoben. Weitere Entscheidungen

IG METALL / Janzen stellt ein Arbeitsprogramm Arbeit und Technik vor

Neue Strategie der Gewerkschaft?

JOACHIM WEBER, Frankfurt
IG-Metall-Vorstandsmitglied Karl-Heinz Janzen nennt es leicht ironisch die „Flexi-Strategie“ seiner Gewerkschaft. Das „Aktionsprogramm Arbeit und Technik“, das jetzt unter seinem Motto „Der Mensch muß bleiben“ in Frankfurt vorgestellt wurde. Tatsächlich markiert es einen bemerkenswerten Schwenk in der Gewerkschaftsstrategie.

Sei Ziel ist es nämlich, den Gewerkschaftsvertretern in den Betrieben einen Handlungs- und Verhandlungs-Rahmen zur Bewältigung der Probleme aus neuen Techniken anzubieten, der nach den jeweiligen Gegebenheiten betriebsindividuell ausgefüllt werden soll. „Es ist kein starres Konzept, sondern berücksichtigt die in den Betrieben, den Branchen, den Verwaltungen oder Bezirken der IG Metall vorfindbaren Besonderheiten“, unterstreicht Janzen. Ziel der Konzeption, die „kein Ma-

schinen-Stürmer-Programm“ werden soll, ist die „sozialverträgliche Gestaltung“ der Technik in der Arbeitswelt. Dazu gibt das (in der „Rohfassung“) 75-Seiten-Werk eine Reihe von Maximen vor:

- Die menschengerechte Gestaltung von Arbeit und Technik. „Der Mensch braucht nicht zum Anhängsel der Maschinen zu werden“, heißt es dazu, „es gibt Alternativen, durch die er bestimmend und gestaltend im Arbeitsprozeß bleibt.“
- Voraussetzung dafür ist eine „offensive Qualifizierungspolitik“ für alle Arbeitnehmer, sollen sie diesen selbst gesetzten höheren Ansprüchen gerecht werden.
- Drei weitere Zielvorgaben sind bei näherem Hinsehen nur Detailausführungen zum ersten Punkt:
- Arbeit darf nicht krank machen.
- Den gläsernen Menschen darf es nicht geben und
- Forschungs- und Technologiepoli-

„Auf Ihrem Wunschzettel sollte Harveys Bristol Cream stehen.“



RUMASA

Warenhäuser sollen verkauft werden

dpa/VWD, Madrid
Im Zuge der endgültigen Reprivatisierung der im Februar 1983 enteigneten spanischen Holding Rumasa soll die seit 1981 zu Rumasa gehörende Warenhauskette Galerías Preciados an den venezolanischen Multimillionär Gustavo Cisneros (37) verkauft werden. Dies hat ein Beratungsgremium der spanischen Regierung nach monatelangen Beratungen empfohlen. Nach inoffiziellen Angaben hat Cisneros den hundertprozentigen Kauf der Galerías-Aktien für 1,5 Mrd. Peseten

Anzeige

DekaDespa-Info Nr. 5

Mit DespaFonds[®] beteiligen Sie sich an ertragreichen kommerziellen Immobilien im ganzen Bundesgebiet.

Dieser SparkassenFonds bietet Ihnen damit eine attraktive, bequeme Sachwertanlage.

Mehr über DespaFonds und seine Steuervorteile erfahren Sie vom Geldberater der Sparkasse.

Despa[®]

(rund 28,5 Mill. DM), sowie die Übernahme der Verbindlichkeiten gegenüber Zulieferern, Banken und Steuerbehörden in Höhe von acht Mrd. Peseten angeboten. Die restlichen Schulden von 17 Mrd. Peseten müßte der spanische Staat übernehmen.

Die Rumasa-Holding war von der spanischen Regierung enteignet worden, um einen drohenden Zusammenbruch des Firmenimperiums zu verhindern. Ex-Konzernchef José María Ruiz Mateos war im April 1984 im Auftrag von Interpol unter der Beschuldigung von Devisenvergehen, Steuerhinterziehung, Fälschung von Dokumenten und Aneignung von Sozialabgaben verhaftet worden; inzwischen ist er gegen Kaution wieder freigelassen.

ERNÄHRUNGSINDUSTRIE / Aufgrund der Konsumschwäche wird nur ein leichtes Umsatzplus erwartet

EG-Agrarpolitik wirkt sich ebenfalls negativ aus

HENNER LAVALL, Köln
Die vorweihnachtliche Verkaufssaison begann für den Ernährungssektor verheißungsvoll. Arend Oetker, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie, der dies gestern anlässlich der 3. Unternehmertagung seiner Branche in Köln sagte, machte aber gleichzeitig deutlich, daß der umsatzstärkste Wirtschaftszweig in der Bundesrepublik für das gesamte Jahr 1984 allenfalls ein leichtes Plus erwarten könne. „Wir brauchen noch weitere kräftige lange Samstage, damit wenigstens ein reales Umsatzplus von einem Prozent herauspringt.“

Erreicht wären dann knapp 152 Milliarden DM, die „zwar nicht voll befriedigen können“, angesichts des gesamtwirtschaftlichen Umfelds in diesem Jahr aber genügen müßten. Negativ beeinflusst wurde die Entwicklung, wie in den anderen Industriezweigen auch, durch die streikbedingte Verschlechterung des Kon-

sumklimas im Frühjahr, den starken Lagerabbau beim Handel sowie die schlechten Witterungsverhältnisse im Sommer, die insbesondere der Getränke- und Eiscremeindustrie Einbußen brachten.

Daneben würden jetzt die ersten Auswirkungen der Beschlüsse zur Agrarpolitik der Europäischen Gemeinschaft spürbar. Nach dem schmerzlichen, „aber sicher richtigen Einschnitt“ angesichts gigantischer Kostenlasten ist es nach Oetker jetzt an der Zeit, der Marktsteuerung stärker als bisher eine Chance zu lassen und auf bürokratische Reglementierungen mehr und mehr zu verzichten.

Wir wollen keine Subventionen für die Ernährungsindustrie, aber wir wünschen auch keine Einmischung der Politik in den ohnehin harten Wettbewerb“, meinte Oetker. Dieser harte Wettbewerb, der eng mit der Konzentration auf der Handelsseite zusammenhänge, habe unter anderem dazu geführt, daß die Erzeuger-

preise der Ernährungsindustrie in den ersten neun Monaten nur um 2,3 Prozentpunkte gestiegen seien, gegenüber einem Plus von 2,6 Prozent bei den allgemeinen Lebenshaltungskosten.

Durch zum Teil erhebliche Kostensteigerungen, vor allem bei Importrohstoffen, die in Dollar abgerechnet werden, mußten infolge der zunehmenden „unbefriedigenden Ertragslage“ auch in diesem Jahr rund 50 Betriebe schließen. In den 35 Branchen, die der Bundesvereinigung angeschlossen sind, gibt es jetzt noch 4490 überwiegend mittelständische Betriebe, die 428 000 (im Vorjahr 434 000) Mitarbeiter beschäftigen.

Der starke Dollar hat sich für Teile der Nahrungs- und Genussmittelproduzenten aber auch positiv ausgewirkt, denn „ganz wesentlich“ hat nach Oetker der Export zum realen Umsatzplus von 0,8 Prozent im Zeitraum Januar bis September beigetragen. Insgesamt wurden in den ersten

neun Monaten Ernährungsprodukte für 15,2 Milliarden DM (plus 13,7 Prozent) im Ausland abgesetzt, davon zwei Drittel im Raum der Europäischen Gemeinschaft. Dieser Trend wird nach Oetkers Ansicht auch im kommenden Jahr anhalten, wobei vor allem qualitativ hochwertige Erzeugnisse mit relativ hoher Verarbeitungstufe gefragt bleiben. Deshalb müsse die Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie auch strikt gegen jeden Protektionismus angehen, der immer wieder bei den Politikern hervorbräche.

Als jüngstes Beispiel nannte Oetker das Röhrenembargo der USA. Hiergegen aber mit einer Feilscher von Seiten der EG zu reagieren, wie gerade vom Bundeswirtschaftsminister vorgeschlagen, ist nach Oetker „förmlich“, weil die gesamte deutsche Industrie auf die Auslandsmärkte angewiesen ist und vom hohen Dollarkurs profitiert.“

ARGENTINIEN / Das mit den Banken erzielte Abkommen ruft bei der Bevölkerung große Erleichterung hervor

Alfonsín muß den Wirtschaftskurs korrigieren

WERNER THOMAS, Buenos Aires

In Argentinien wurde das am vergangenen Wochenende erzielte Abkommen mit den Banken (Umschuldung von 20 Mrd. Dollar, neue Kredite von 4,2 Mrd. Dollar) wie ein frühes Weihnachtsgeschenk empfunden. Ein Aufatmen ging durch die Wirtschaftswelt. Die meisten Zeitungen applaudierten. Zentralbank-Präsident Enrique García Vazquez warnte jedoch, dies sei nur der „erste Schritt“ auf dem Weg zur Lösung des Schuldenproblems.

Das Abkommen war möglich, weil Präsident Alfonsín nach langem Zögern Korrekturen seines Wirtschaftskurses einleiten ließ. Alvaro Alsogaray, ein Kongreßabgeordneter der konservativen „Union des demokratischen Zentrums“ und früherer Wirtschaftsminister, kritisierte dann auch die Regierung: „Es wäre viel einfacher gewesen, wenn man von Anfang an eine realistischere Politik betrieben hätte.“

Alfonsín, ein Anwalt mit wenig wirtschaftlicher Erfahrung, verfolgte

zunächst eine populistische Strategie. Er wollte die Reallohn um sechs bis acht Prozent erhöhen und die Inflation (434 Prozent im letzten Jahr) durch Preiskontrollen bändigen. Das angestrebte Wirtschaftswachstum für 1984: fünf Prozent. Die Lasten der Auslandsschulden, fast 45 Mrd. Dollar, nahm der Präsident weniger tragisch als seine Kritiker. Die Banken und der Währungsfonds würden das demokratische Argentinien großzügiger behandeln als das Argentinien der Generale, kalkulierten er.

Die Rechnung ging nicht auf. Die Regierung mußte feststellen, daß Gläubiger keinen Unterschied zwischen Demokratie und Diktaturen machen. Mit der Hinhaltetaktik schädete sie sich selbst. „Das Umschuldungsabkommen wäre Anfang des Jahres billiger gewesen“, erinnerte Alsogaray. Die Preiskontrollen hatten eine verhängnisvolle Wirkung auf die Produktion. So gerieten viele Firmen in die roten Zahlen.

Das Vertrauen in die Wirtschaft sank auf einen Tiefpunkt. Niemand

investierte. Die verdienten Pesos wurden rasch in Dollar konvertiert (die argentinischen Dollarkonten werden auf 25 bis 30 Mrd. geschätzt). Den Banken fehlte das Geld für Kredite, ein schwarzer Markt mit monatlichen Zinsen von 25 Prozent entstand. Die Reallohn schrumpften. Im September erreichte die Inflationsrate alarmierende 27 Prozent und galoppiert jetzt der Jahresrate von 700 Prozent entgegen.

Der September gilt als Monat der „Wende“. Diskret änderte die Regierung ihre populistischen Programme. Mit dem verteilten Washingtoner Währungsfonds kam plötzlich ein Abkommen zustande, das einen Kredit von 1,42 Mrd. Dollar von einer Einigung mit den Gläubiger-Banken abhängig machte. Die IWF-Auflagen sind im einzelnen nicht bekannt geworden. Es heißt jedoch, daß die Regierung die Inflationsrate bis Ende nächsten Jahres halbieren, die Staatsausgaben drastisch senken und die Exporte kräftig fördern will.

Alfonsín erwähnt heute bei fast je-

der Rede die wirtschaftlichen Probleme seiner Nation. Am vergangenen Wochenende verkündete er vor dem Verband der Zitrusfrüchte-Industrie: „Ich möchte dem argentinischen Volk versichern, daß ich mich an die Spitze des wirtschaftlichen Wiederaufbaus stelle.“ Allerdings wiederholte er sein Versprechen, die Reallohn würden bis Ende des Jahres um sechs bis acht Prozent steigen. Ihm bleibt nicht mehr viel Zeit.

Alfonsín-Kritiker wie Alsogaray glauben jedoch nicht, daß die Kurskorrekturen je die Strukturprobleme erfassen, die ihrer Meinung nach die tieferen Gründe der Misere sind. Der Staat kontrolliere 60 Prozent der Wirtschaft und reguliere die restlichen 40 Prozent, erklärte Alsogaray kürzlich in einem Beitrag für das „Wall Street Journal“ und nannte ein illustrierendes Beispiel für die Schwierigkeiten: Die staatlichen Kohlebergwerke schulden eine halbe Milliarde Dollar. Die jährlichen Zinsen betragen 80 Mill. Dollar, die jährlichen Umsätze 30 Mill. Dollar.

KATALYSATOR / Politische Probleme im EG-Raum gelöst

Schadstoffgrenzwerte strittig

SABINE SCHUCHART, Bonn

Die EG-Kommission geht davon aus, daß die grundsätzlichen politischen Probleme um die Einführung des Abgaskatalysators auf Gemeinschaftsebene ausgeräumt sind. Dem habe lange Zeit der Widerstand der britischen Regierung gegen die Katalysatorlösung entgegengestanden, sagte EG-Kommissar Karl-Heinz Narjes anlässlich einer Sitzung der Deutschen Sektion der Europäischen Mittelstands-Union (EMSU) in Bonn.

Strittig ist in der Kommission nach den Ausführungen von Narjes weiterhin die Frage der Übernahme der strengen amerikanischen Schadstoffgrenzwerte für die EG-Länder. Auch habe man noch mit dem Widerstand einiger Mitgliedsländer gegen eine regelmäßige technische Überwachung der umgerüsteten Kraftfahrzeuge zu kämpfen. Diese soll gewährleisten, daß der Autofahrer die Katalysatorvorrichtung an seinem Pkw nicht au-

ßer Kraft setzen kann, wie das in den USA vielfach der Fall ist.

Narjes äußerte in diesem Zusammenhang auch die Sorge, daß bleifreies Benzin auch in Zukunft teurer angeboten wird als bleihaltiges. Dieses Problem müsse noch zufriedenstellend gelöst werden.

Zuversichtlich zeigte sich der EG-Kommissar hinsichtlich der Umsetzung der neuen Technik durch den Markt. Wenn die Entscheidung für die Katalysatorlösung einmal gefallen sei, werde ein Nachfrageboom nach umweltfreundlichen Autos einsetzen. Auch eine flächendeckende Versorgung mit bleifreiem Benzin sei dann relativ schnell zu erwarten. Angesichts der gravierenden Umweltschäden hält es Narjes für unvermeidbar, die Einleitung der technischen Änderungen noch weiter hinauszuzögern. Er warnte aber vor einem Alleingang der Bundesrepublik in dieser Frage.

BRITISH TELECOM / Großanleger gingen leer aus

Beifall bei der ersten Notiz

WILHELM FÜLLER, London

Damit hatte niemand in der Londoner City gerechnet: Am Ende des ersten offiziellen Börsentages im Handel mit British-Telecom-Aktien lag der Kurs des neuemittierten Papiers um 46 Pence über dem Zeichnungspreis. Da dieser Zeichnungspreis von 130 Pence je Aktie zunächst nur mit einer ersten Rate von 50 Pence bezahlt werden muß, weil die Raten von jeweils 40 Pence erst Mitte nächsten Jahres und Anfang April 1986 nachzuschließen sind, dürften die erfolgreichen Zeichner von Telecom-Aktien über einen Gewinn – zumindest auf dem Papier – von 90 Prozent auf ihren Ersteinsatz jubeln.

Erst um drei Uhr nachmittags Londoner Zeit – simultan mit dem Börsenbeginn in New York – begann der Handel mit Telecom-Aktien, begleitet von tosendem Beifall von Hunderten von Börsenhändlern. Sie kamen mit Luftballons und Hüten in tiefgelben Telecom-Farben und mit riesigen Modell-Telefonen.

Tage zuvor war bekanntgegeben worden, daß die Neuemission mehr als vierfach überzeichnet wurde. Dies

hat enttäuschende Folgen für die Großanleger: Sie wurden von der Zuteilung gänzlich ausgeschlossen. Um eine möglichst breite Aktienstreuung zu erreichen, wurden nämlich die Zeichnungsanträge von mehr als einer Million Briten auf 200 und 400 Telecom-Aktien voll erfüllt. Weitere eine Million Anträge auf bis zu 100 000 Aktien gingen völlig leer aus.

Entsprechend groß war bei der Börseneinführung das Interesse institutioneller Anleger. Sie versuchten, sich vor allem mit Telecom-Aktien überseeischer Anleger einzudecken, die rasch ihre Gewinne mitnehmen wollten. Bis zum Börsenschluß sollen eine Milliarde Telecom-Aktien gehandelt worden sein, ein Drittel der Emission.

Dem Jubel auf dem Börsenparkett stand Ärger bei der Labour-Opposition gegenüber. Sie beschuldigt die Regierung Thatcher „krimineller Inkompetenz“, weil der Preis wieder einmal viel zu niedrig angesetzt worden sei. „Der größte Ausverkauf in der Wirtschaftsgeschichte Großbritanniens“, witterte der Oppositionssprecher für Handel und Industrie.



DSM - das andere europäische Unternehmen für Kunststoffe, Chemie, Grundstoffe.

Die „Heile Welt“ wird es nie geben, aber eine Welt in der es sich lohnt zu leben. Unter diesem Anspruch entwickeln und produzieren wir Ausgangsmaterialien und Anwendungen in der Chemie und Kunststofftechnologie. Dabei sind wir uns unserer Verantwortung für die Zukunft bewußt. Das Denken in umfassenden Konsequenzen für unsere Gegenwart und die Zukunft kommender Generationen bestimmt unsere Bemühungen in der Forschung.

Grundstoffe für Fasern und Garme, Chemische Produkte, Industriechemikalien, Düngemittel, Kunststoffe, Kunststoffprodukte, Energieexploration, das sind unsere Arbeitsgebiete. Und auf diesen Gebieten haben wir interessante neue Antworten für Sie parat.

DSM

DSM Chemieverkaufsgesellschaft m. b. H.
Reichspräsidentenstraße 21-25
4330 Mülheim a. d. Ruhr 1
DSM DEUTSCHLAND GmbH & Co.
KUNSTSTOFFE
Tarnsteigenstr. 77 - 4000 Düsseldorf 30

sind schon seit vielen Jahren...
Zu unserem Bedauern müssen wir jedoch...
an Ihren... trotz Annahme... nur schleppend und nicht...
selten... beantwortet werden... die eine Woche...
und länger auf sich warten lassen... in Zukunft - gerade...
im Hinblick auf eigene Wettbewerbsfähigkeit... nicht mehr berücksichtigen...
Wir... Ihnen dringend... ein entsprechendes...
Instrumentarium an Hand zu geben, um eine...
... zu gewährleisten.

Mit freundlichen Grüßen
Karl Hellwege
(Karl Hellwege)
Metallfabrik Überstadt
-Leitung Einkauf-



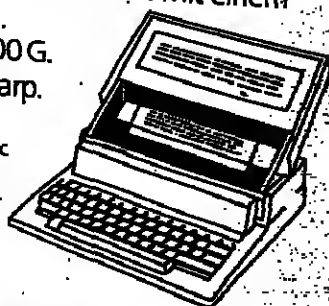
Angebot vor Ort*) Sofort. Mit dem PC-5000 G. Von Sharp.

- Mobiler Mikrocomputer (16 Bit)
- Völlig netzunabhängig
- Superspeicher (128 KByte-Bubble)
- Format-Zweig: 32,6 x 30,5 x 8,7 cm (zusammengeklappt)
- Voll ausbaufähig
- Display: 8 x 80 Zeichen
- Betriebssystem: MS-DOS
- IBM-Diskettenkompatibel
- Deutsch: Tastatur und Handbuch
- Standard-Schnittstelle RS-232C/V-24 zur Datenübertragung über Akustikkoppler
- Optional: Speichererweiterungen, Vierfarbdrucker und Mini-Disketten-Laufwerk



*) Ab sofort Angebote vor Ort. Mit dem Softwarepaket EasyPac **) Kalkulation/Textverarbeitung/Datenfernübertragung mit deutscher Bedienführung und Dokumentation.

Das elektronische Komplett-Büro in der Aktentasche: Angebote kalkulieren, schreiben, ausdrucken, Lagerbestand abrufen, Auftragsdaten: Fernübermittlung in die Zentrale. Alles beim Kunden. Mit einem System. PC-5000 G. Von Sharp.



SHARP Durch Nachdenken vorn.

SHARP ELECTRONICS (EUROPE) GmbH W 1/2
Sommerstr. 3 - D-2000 Hamburg 1

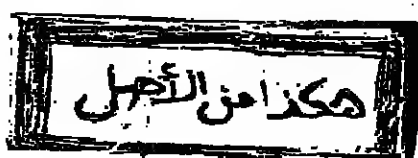
COUPON

☐ Prospekt (Zutreffendes bitte ankreuzen) ☐ Mieterschein

Name _____

Anschrift _____

(Bitte in Blockbuchstaben)



RAU-GRUPPE / Margarinemarkt ist hart umkämpft

Position gut behauptet

HEINZ HILDEBRANDT, Hiltner
Der Gesamtumsatz der Walter Rau Gruppe, Hiltner, wird 1984 bei rund 870 Mill. DM liegen. Das enorme Plus von mehr als 40 Prozent gegenüber den 610 Mill. DM des Vorjahres ist dabei überwiegend auf die drastische Steigerung der Rohstoffpreise zurückzuführen. Mit rund 500 Mill. DM steuert die Walter Rau Neußer Öl und Fett AG den größten Anteil zum Gruppenumsatz bei, gut 300 Mill. DM kommen von der Walter Rau Lebensmittelwerke GmbH & Co. KG sowie etwa 90 Mill. DM von der Hansa Tiefkühlmehl GmbH & Co., innerbetriebliche Umsätze eingeschlossen.
Walter Rau sieht sich mit einem leicht auf 17 Prozent gestiegenen Marktanteil und einer Absatzmenge von rund 240 000 Tonnen Margarine und Fett als der größte konzentrierte Margarinehersteller in der Bundesrepublik. Auf diesem Markt mit derzeit zehn Anbietern dominiert eindeutig die Unilever-Tochter Deutsche Margarinemilch mit rund 60 Prozent Marktanteil. Die von diesem Unternehmen verfolgte Absicht, verdorene Marktanteile durch verschärften

OTTO MAIER VERLAG / Bei den Neuen Medien mit eigenem Programm engagiert

Durststrecke wird in Kauf genommen

WERNER NETZEL, Stuttgart
In den elektronischen Medien sieht die Otto Maier Verlag GmbH, Ravensburg, weitere Möglichkeiten, ähnlich wie bei Buch und Spiel, Ideen vom Urheber zum Publikum zu bringen. Mit dem Engagement dieses führenden Spiele- und Buchverlags (Marke „Ravensburger“) in den Neuen Medien dokumentiert man, wie die geschäftsführenden Gesellschafter Otto Julius Maier und Dorothee Hoss-Maier darlegen, aber keineswegs ein vermindertes Vertrauen in die hergebrachten Programme.
Seit Beginn des Jahres 1984 ist der Otto Maier Verlag mit von der Partie beim Kabel-Filmsystem Ludwigshafen/München. Ab Beginn 1985 beteiligt man sich auch über die Ravensburger Film + TV GmbH am SAT-1-Programm mit einer viermal pro Woche laufenden halbstündigen Kindersendung. Eine Durststrecke der Aufwand gebe in den siebenstelligen Bereich - werde bewusst in Kauf genommen.
Über den Geschäftsverlauf dieses Jahres im Bereich der Gesellschaftsspiele, in dem das Unternehmen

GEMEINNÜTZIGER WOHNUNGSBAU

„Auch in Zukunft nötig“

HANNA GIESKES, Bonn
„Der Bund darf sich aus seiner sozialen Fürsorgepflicht nicht entlassen“, Helmut Tepper, Vorsitzender des Vorstands des Gesamtverbandes gemeinnütziger Wohnungsbaubetriebe, hält einen „wenn auch reduzierten“ sozialen Wohnungsbau weiterhin für nötig. Leerstandsmeldungen verstellen den Blick dafür, daß in Ballungsgebieten einkommensschwache Bevölkerungsgruppen auf staatliche Hilfe angewiesen seien: „Der Rückzug des Bundes aus dem sozialen Wohnungsbau ist darum nicht verfassungsgerecht“, sagte Tepper gestern in Bonn.
Die Bundesregierung müsse sich darüber hinaus fragen lassen, ob sie nicht Mittel zur Reparatur der Mietexplosion im degressiv geförderten Wohnungsbau der siebziger Jahre zur Verfügung stellen müßte. Sie trage die Mitverantwortung für diese Entwicklung, die solche Wohnungen für viele Mieter unerschwinglich mache.
Tepper warnte vor einer Auflösung der Gemeinnützigkeit im Wohnungswesen: Behördliche Mitbestimmung zerstöre nur die unternehmerische Effektivität in der Versorgung einkommensschwacher Gruppen. Den Vorteil, den Mieter allein in den 925 000 nicht öffentlich geförderten Mietwohnungen bei den Gemeinnützigen genießen, bezifferte er auf rund 675 Mill. DM im Vergleich zu den nichtgemeinnützigen Mietwohnungen. Die diesen Unternehmen gewährten Steuervergünstigungen würden indes „maßlos“ überschätzt.
Tepper kündigte an, daß sich die gemeinnützigen Wohnungsbaubetriebe in Zukunft vor allem der Pflege ihres Bestandes von rund 3,4 Mill. Wohnungen widmen werden, „denn neue Sozialwohnungen sind nur noch in Ballungsgebieten nötig“. In diesem Jahr wird ihre Zahl bei rund 30 000 liegen gegenüber 40 000 im Vorjahr. Tepper erwartet, daß sie in Zukunft noch weiter sinken wird.
Den Mittelbedarf für laufende Instandsetzung und zusätzliche Sanierung ihres Bestandes bezifferte er für 1984 auf 3,75 Mill. DM. Darüber hinaus fielen in den nächsten Jahren noch einmal Kosten von einer Mrd. DM jährlich zur Behebung von außergewöhnlichen Bauschäden an.

BÜHLER-MIAG / Gewinnschwelle 1984 erreicht

Sanierung trägt Früchte

D. SCHMIDT, Braunschweig
Das im Herbst 1983 von der Bühler-Miag GmbH, Braunschweig, verabschiedete Sanierungsprogramm hat die erwartete wirtschaftliche Besserung gebracht. Nach Angaben der Geschäftsführung wird bereits das Geschäftsjahr 1984 mit einem „zumindest ausgeglichenen Ergebnis“ abschließen, nachdem für 1983 noch ein Verlust von 8,9 Mill. DM hingeommen werden mußte.
Das zur schweizerischen Gebrüder Bühler AG gehörende Unternehmen befaßt sich mit der Herstellung von Maschinen und Anlagen (Mühlentriebe) und ist in der Verfahrenstechnik und Fertigung tätig. Im vergangenen Jahr war die Bühler-Miag in die Schlagzeilen geraten, als die Reduzierung der Belegschaft um die Hälfte angekündigt worden war. Mittlerweile sind 900 der vor Jahresfrist noch 2200 Mitarbeiter entlassen worden.
Urs Bühler, Vorsitzender der Geschäftsführung - er zieht sich jetzt wieder in das Schweizer Mutterhaus zurück - nennt denn auch die hohen Kosten des Sanierungsprogramms als Grund für den Fehlbetrag in der 1983er Bilanz. Eine Aufschlüsselung der Aufwendungen für den Sozialplan, für Sonderabschreibungen und

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Auftrag aus Singapur

München (sz) - Einen Auftrag für den Bau von zwei digitalen Fernschreib- und Datenvermittlungssystemen hat jetzt die Siemens AG, Berlin/München, aus Singapur erhalten. Es handelt sich dabei um die neu entwickelten Systeme „EDXS“, die damit zum erstenmal installiert werden. Die erste Ausrüstung hat einen Auftragswert von 53 Mill. DM. Von Siemens werden ebenfalls alle elektronischen Bausteine geliefert, insbesondere für die Hochgeschwindigkeitskanäle bis 9,6 kbit/s.

Mannesmann investiert

Düsseldorf (J.G.) - Mit neuem Investitionsprogramm hat die Mannesmann AG, Düsseldorf, einen Wiederanstieg der zuvor gedehnten Konzern-Sachinvestitionen auf 496 (408) Mill. DM beschlossen; dazu 292 Mill.

DM Finanzanlage-Investitionen, die praktisch mit dem Mannesmann-Anteil an 650 Mill. DM Kaufpreis für den Rest der ANT-Anteile aus AEG-Besitz identisch sind. Von den Sachinvestitionen sind 369 Mill. DM für die Inlandwerke vorgesehen, darunter 213 Mill. DM für die drei Unternehmensgruppen des Maschinen- und Anlagenbaus, 147 Mill. DM für die Röhrenwerke sowie 70 Mill. DM für die Gruppen Hartmann & Braun und Kienzle. Schwerpunkt der Auslandsinvestitionen bleibt Brasilien mit 32 Mill. DM.

Auf Vorjahresniveau

Stuttgart (nl) - Bei der Unternehmensgruppe Züblin, Stuttgart, haben sich die Erträge in den ersten drei Quartalen dieses Jahres auf Vorjahresniveau bewegt. Man erwarte für 1984 wieder ein zufriedenstellendes

Ergebnis, heißt es in einem Aktionärsbrief. Der Außenumsatz der Gruppe belief sich Ende September auf 1,08 Mrd. DM und lag damit um 2 Prozent unter dem Vorjahr.

Nur noch Strangguß

Düsseldorf (J.G.) - Ab 1. Dezember wird im Bleistahlwerk der Arbed Saarstahl GmbH, Völklingen, Rohstahl nur noch im modernen und kostensparenden Stranggießverfahren abgeblasen. Das „Problem-Unternehmen“ an der Saar verweist darauf, daß man dieses im Anpassungsprogramm für 1986 angestrebte Ziel nun gut ein Jahr früher verwirklicht habe. Von der Gesamtrohrabfertigung des Unternehmens laufen jetzt nur noch drei Prozent über Blockguß, die allein im Elektrostahlwerk und hier vorwiegend für Schmiedeblocke und Sonderstähle.

DACHZIEGEL-INDUSTRIE / Wieder gutes Ergebnis

Natürliche Baustoffe gefragt

adn, Frankfurt
In diesem Jahr laufen die Monate November und Dezember zwar ruhiger als in der Branche üblich, für das Gesamtjahr erwartet die Arbeitsgemeinschaft Ziegelwerk für die ihr angeschlossenen 32 Dachziegelwerke jedoch wieder ein ähnlich positives Ergebnis wie im vergangenen Jahr. 1983 hatten die Werke mit ihren rund 3500 Mitarbeitern 420 Mill. Tondachziegel produziert und waren damit praktisch voll ausgelastet. Der Umsatz stieg bei Preiserhöhungen um durchschnittlich 4 Prozent um knapp 15 Prozent auf gut 373 (325) Mill. DM. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres erreichte der Umsatz 185 Mill. DM.
Hans-Dietrich Freiherr von Leukart, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft, sprach in Frankfurt von einer offensichtlich ständig steigenden Beliebtheit keramischer Dachbedeckungen aus gebranntem Ton. Das läßt ihn auch dem kommenden Jahr beruhigt entgegensehen. Denn dank ihrer Beliebtheit vor allem bei der Sanierung alter Bauten dürfte das Geschäft mit den Dachziegeln nicht so scharf abbrechen wie es sich für den Neubausektor ankündigt. Schon 1984 erzielt die Branche rund 60 Prozent ihres Umsatzes mit Sanierungen.
Den Marktanteil bei der Bedachung von geneigten Dächern bezieht die Arbeitsgemeinschaft auf 25 Prozent vor 5 Jahren war er bis auf 12 Prozent zurückgefallen, da damals die Bauherren verstärkt zu billigeren Dacheindeckungen neigten. In den letzten beiden Jahren investierten die Werke rund 100 Mill. DM in die Modernisierung ihrer Anlagen.

BANKHAUS BÄR / „Der Dollarkurs wird sinken“

Chancen für Schweizer Aktien

CLAUS DERTINGER, Frankfurt
Der Schweizer Aktienmarkt bietet überdurchschnittliche Kurssteigerungschancen, glaubt das Zürcher Bankhaus Julius Bär und Co AG, das übrigens einen Stützpunkt in Frankfurt nachdenkt.
Ihren Optimismus begründet die Bank damit, daß die Schweizer Börse währungsbedingt stark hinter dem deutschen Aktienmarkt zurückgeblieben sei, daß die Schweizer Wirtschaft relativ spät von der verbesserten Weltkonjunktur profitiere und daß sich der billige Schweizer Franken positiv auf den Export auswirke. Für Januar erwartet die Bank eine Liquiditätssteigerung. Zum Kauf empfiehlt die Bankgesellschaft, Kreditanstalt, Winterthur-Versicherung, Surveillance, Ciba-Geigy und Holderbank. Zum Verkauf werden Versor-

Aufwärtstrend im GHH-Konzern

J.G. Düsseldorf
Trotz der Streik-Rückschläge zeigte die Ertragsentwicklung der GHH-Gruppe 1983/84 (30.6.) Aufwärtstrend. Die Holding dieses größten Maschinenbaukonzerns in Europa, die Gutehoffnungshütte Aktienverein AG (GHH), Oberhausen, meldet dies nach Bilanzfeststellung durch den Aufsichtsrat und Bestätigung der bereits angekündigten weiteren Dividendenkürzung auf 3 (5) DM auch für das erste Quartal 1984/85.
Nur durch 112 (148) Mill. DM MAN-Verlust schloß die Konzernrechnung des Berichtsjahres noch mit 59 (94) Mill. DM Verlust, was aber 1984/85 in Gewinn umschlagen werde. Bei der GHH-Gruppe stiegen der Auftragsbestand um 14,4 Prozent auf 17,03 Mrd. DM mit 52,4 (49,4) Prozent Auslandsanteil, der Umsatz um 4,8 Prozent auf 16,85 Mrd. DM und der Auftragsbestand um 1 Prozent auf 17,13 Mrd. DM. Die Belegschaft wurde um 8,8 Prozent auf 69 542 Mitarbeiter reduziert. Im ersten Quartal 1984/85 lag der Auftragsbestand mit 5 Mrd. DM auf Vorjahresniveau, ohne Großaufträge aber um 2,2 Prozent höher. Der Rückstand bei Großaufträgen werde demnächst aufgeholt.

KONJUNKTUR / 8. Ludwig-Vaubel-Forum: Aussichten für 1985 sind umstritten

Skepsis über Anstieg der Investitionen

HEINZ STÜWE, Erfstadt
Industrie und Gewerkschaften stimmen dem Sachverständigenrat in der Analyse der Wirtschaftslage weitgehend zu, begehen jedoch seiner Prognose, daß die Investitionen im nächsten Jahr rasant steigen werden, mit einiger Skepsis. Dieses Fazit stand am Ende des 8. Ludwig-Vaubel-Forums des Universitätsinstituts der Wirtschaft in Erfstadt-Liblar, auf dem Vertreter aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik ihre Ansichten zu den wirtschaftlichen Perspektiven für 1985 austauschten.
Hartmut Görge, Referatsleiter der Abteilung Wirtschaftspolitik des DGB-Bundesvorstandes, sieht im nächsten Jahr die „Nagelprobe“ für die angebotsorientierte Wirtschaftspolitik. Denn bei lehrbuchhaft guten Rahmenbedingungen, wie von den Sachverständigen attestiert, seien nun die Unternehmer am Zug. Die Voraussage, daß die Ausstattungsinvestitionen 1985 real zehn Prozent zulegen würden, hält Görge aus dieser Sicht für „faszinierend folgerichtig“. Nur: Zweifel seien angebracht. Welche Branchen denn für diese Beschleunigung der Investitionskonjunktur sorgen sollten, fragten auch einige Unternehmensvertreter, bei offensichtlichsten Problemen in großen Wirtschaftszweigen (Bau, Automobilsektor) und Überkapazitäten in anderen (Energie).
Auch Jens-Peter Petersen vom Bundesverband der Deutschen Industrie war bemüht, allzu euphorische Hoffnungen zu dämpfen. Der nach wie vor hohe Realzins vermindere seiner Ansicht nach manche Investition. Fortschritte der Unternehmen in der Konsolidierung ihrer Bilanzstruktur erkannte Petersen zwar an, die Reserven reichten jedoch noch nicht aus. Petersen sieht darin die Erklärung für die Tatsache, daß in diesem Jahr real nur 0,5 Prozent mehr investiert worden sei. Im nächsten Jahr sind seiner Meinung nach zumindest im verarbeitenden Gewerbe höhere Zuwächse zu erwarten. Und selbst wenn die sehr optimistische Prognose der Weisen nicht erreicht werde, sei unter dem Strich immer noch ein reales Wachstum von 2,5 bis drei Prozent möglich.
Für den Sachverständigenrat hatte dessen Mitglied Professor Ernst Helmstädter (Universität Münster) zuvor vier Punkte herausgestellt, die für einen kräftigen Investitionsaufschwung sprächen:
• die verbesserten Unternehmenserträge,
• die guten Absatzerwartungen im Export, da die Dämpfung in den USA durch die bessere Weltkonjunktur mehr als kompensiert werde,
• die bessere Kapazitätsauslastung sowie
• eine allgemein gestiegene Bereitschaft zur Modernisierung.
Bei den Ausstattungsinvestitionen hat Helmstädter einen Nachholbedarf ausgemacht, wie die im Jahresverlauf 1984 auf 8,5 Prozent gekletterte Steigerungsrate zeige. Helmstädter stelle die hohen Ausstattungsinvestitionen als Eckpunkt der Prognose heraus, daß die Konjunktur sich beschleunigen werde und nicht, wie die Forschungsinstitute meinen, ihren Höhepunkt bereits überschritten habe. „Die Chancen sind günstig, daß es nun wie 1975 bis 1980 abwärts geht“, meinte Helmstädter.
„Eine fundierte Basis“ sieht Ernst-Gerhard Erdmann, Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, für die Voraussage der Weisen, daß die Arbeitslosenzahl bis zum Jahresende 1985 um 250 000 bis 300 000 sinken könnte. Erdmann verwies auf die Erfolge bei der Haushaltskonsolidierung, der Inflationsbekämpfung und die verbesserte Kosten-Erlös-Relation bei den Unternehmen. Die Sachkapitalrendite sei jedoch noch weit vom Niveau der beginnenden siebziger Jahre entfernt. Für wesentlich hält Erdmann auf Kostenstabilisierung ausgerichtete Tarifabschlüsse sowie flankierende Maßnahmen in der Arbeitsmarktpolitik und im Arbeitsrecht. Das Beschäftigungsförderungsgesetz habe hier eine wichtige Signalwirkung, um die Chancen der Arbeitssuchenden zu verbessern.

Kaufen Sie jetzt Gold vom Feinsten: den Maple Leaf aus Kanada.

Wenn Sie mit uns überlegen, wie Sie Ihr Vermögen aufbauen, dann sollten Sie sich für das Gold der Welt interessieren. Das Gold der Welt ist das Gold der Zukunft. Es ist das Gold, das Sie brauchen, um Ihre Zukunft zu sichern. Es ist das Gold, das Sie brauchen, um Ihre Zukunft zu sichern. Es ist das Gold, das Sie brauchen, um Ihre Zukunft zu sichern.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben. Sie haben die Wahl zwischen zwei Goldbarren. Der eine ist aus Kanada, der andere ist aus Deutschland. Der kanadische Goldbarren ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt. Er ist aus dem Feinsten Gold, das es gibt.

Die Deutsche Bank hat Ihnen eine Entscheidungshilfe gegeben

Hohe Umsätze in Großchemie-Aktien

Gute Renditen mit Substanz locken die Anleger zu Käufen
Die Dividendenrenditen dieser Aktien liegen bei 4 bis 6 Prozent. Die Dividendenrenditen dieser Aktien liegen bei 4 bis 6 Prozent. Die Dividendenrenditen dieser Aktien liegen bei 4 bis 6 Prozent.

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Table with multiple columns showing stock prices and trading volumes for various companies and indices. Includes sections for 'Aktien-Umsätze' and 'Inlandszertifikate'.

DM-Anleihen

Table listing various German government bonds (DM-Anleihen) with their respective terms, interest rates, and prices.

Freiverkehr

Table showing foreign exchange rates and other financial data under the heading 'Freiverkehr'.

Ausland

Table listing international stock market data and exchange rates under the heading 'Ausland'.

Devisen und Sorten

Table showing foreign exchange rates and gold prices under the heading 'Devisen und Sorten'.

Optionshandel

Table listing options trading data and market movements under the heading 'Optionshandel'.

Devisenmärkte

Table showing foreign exchange market data and currency trends under the heading 'Devisenmärkte'.

Goldminen

Table listing gold mining companies and their financial performance under the heading 'Goldminen'.

Devisenmärkte

Table showing foreign exchange market data and currency trends under the heading 'Devisenmärkte'.

Die Regel:
Diesel entlasten die Umwelt und belasten ihre Fahrer – durch geringe aktive Sicherheit und mangelnde Fahrkultur.

Die Ausnahme:
Der BMW 524td macht den Diesel zur wirklich sinnvollen Alternative – durch beste aktive Sicherheit und erstklassige 6-Zylinder-Fahrkultur.



BMW Automobile sind die richtige Alternative für informierte Autofahrer, die ebenso anspruchsvoll wie außergewöhnlich umweltfreundlich fahren wollen. Das umfassende Programm von Katalysator-Automobilen ist dafür ein hervorragendes Beispiel – ebenso wie auch der BMW Turbo-Diesel 524td.

Die Ökonomie und Umweltfreundlichkeit eines Diesels mußte man bisher meist mit zu wenig aktiver Sicherheit bezahlen. Der erste Diesel mit der Dynamik eines BMW heißt 524td. Ein Diesel-Fahrzeug erreicht – bezogen auf Kohlenmonoxid, Kohlenwasserstoffe und Stickoxide – praktisch schon heute Abgaswerte, die sich bei Ottomotoren nur mit der Katalysator-technik erzielen lassen. Doch wer bisher Diesel sagte, meinte damit zwar relativ umweltschonend und außergewöhnlich wirtschaftlich, aber meist auch unkultiviert und undynamisch.

Der BMW 524td verbindet erstmals das dieseltypisch günstige Abgas- und Verbrauchsverhalten mit einem für Dieselfahrzeuge ungewöhnlichen Temperament und der Laufkultur eines BMW Reihen-6-Zylinders.

BMW 524td Turbo-Diesel – eine Herausforderung an alle, die Diesel-Automobile aus Gründen der aktiven Sicherheit für Fahrzeuge zweiter Klasse halten.

Nie zuvor gab es einen Diesel mit einem so hohen Maß an aktiver Sicherheit: Der 524td beschleunigt von 0-100 km/h in beruhigenden 12,9 s – selbst bei voller Zuladung sind es nur 16 s. Das ist ein Wert, den so manche renommierte Alternative noch nicht einmal leer erzielt – wie gering also ist die aktive Sicherheit solcher Fahrzeuge erst, wenn sie voll beladen sind. In der Fahrpraxis bedeutet der Vorsprung an aktiver Sicherheit beim BMW 524td: problemlose Überholmanöver, souveräne Sprints aus Gefahrenzonen und zügige Einfädelvorgänge auf Autobahnen.

Wer sich für einen Diesel auf BMW Niveau entscheidet, vermeidet auch beim Fahrkomfort unnötige Kompromisse.

Der 524td bietet bei Laufkultur und Geräuschniveau ein neues Diesel-Erlebnis. Mit Ausnahme von Warm- und Leerlauf erreicht der 524td das bekannte 6-Zylinder-Innen-geräusch-Niveau. Die Voraussetzung dafür: die grundsätzlich höhere Laufkultur des BMW 6-Zylinders und sehr aufwendige Dämmungs-Maßnahmen an wesentlichen Teilen der Karosserie.

Keine vergleichbare Diesel-Limousine bietet soviel Leistungsfähigkeit bei so niedrigem Verbrauch.

Wie groß der mit dem 524td erreichte Fortschritt ist, zeigt der Vergleich mit den Modellen des Wettbewerbs. Während der Verbrauch klar unter dem Durchschnitt der Diesel-Limousinen dieser Klasse liegt, reicht die Leistungsfähigkeit – also die Beschleunigungskraft und die Höchstgeschwindigkeit – weit über den Durchschnitt der Vergleichs-Fahrzeuge hinaus.

Der 524td ist ein Diesel, mit dem Sie schnell und sicher rechnen können.

Das Wirtschafts-Magazin »Capital« (4/84) bescheinigte dem 524td im Rahmen einer groß angelegten, umfassenden Untersuchung (»Das beste Auto für Ihr Geld«) ein unübertroffen gutes Kosten-Nutzen-Verhältnis in seiner Klasse.

Und auch die Warenzeitschrift »test« (4/84) kommt in einer Wirtschaftlichkeitsrechnung

von Diesel- und Ottomotor-Fahrzeugen zu dem Ergebnis, daß der 524td gegenüber vergleichbaren Dieselmotoren die wirtschaftlichste Alternative ist.

Steigen Sie also um zum Diesel auf BMW Niveau.

Der BMW 524td entspricht nicht nur Ihrer verantwortungsbewußten Einstellung, im Sinne des Umweltschutzes zu handeln. Sondern ebenso Ihren technischen und nicht zuletzt auch Ihren kaufmännischen Ansprüchen.



Nutzen Sie das BMW Umwelt-Telefon 0130-33 32

Werktags von 9-17 Uhr, zum Ortstarif. Wir informieren Sie über die für Ihre Anforderungen beste Lösung aus dem umfassenden BMW Programm umweltfreundlicher Automobil-Konzepte. Oder wenden Sie sich an Ihren BMW Händler. Er berät Sie gern ausführlich.



316.00-321.00	316.00-321.00	316.00-321.00
475.00	475.00	475.00
136.00-139.00	141.00-142.00	
136.00	139.00	
700.00	700.00	
714.70	714.70	
726.10	712.50	
725.00	716.00	
737.00	727.00	
746.00	736.00	
757.50	750.00	
16 000	26 000	
Metallborste		
3. 12.	30. 71.	
57.70	57.50	
59.20	59.00	
61.00	61.00	
59.85	59.75	
60.85	60.70	
61.70	61.50	
62.85	62.10	
5900	5900	
Metallborste		
4. 12.	3. 12.	
922.00-923.00	920.00-920.00	
925.00-927.00	923.00-923.00	
931.00-934.00	929.00-930.00	
1007.5-1008.0	1005.0-1005.5	
1113.0-1113.5	1110.5-1111.0	
-	1109.5-1110.0	
-	1117.0-1117.5	
1105.0-1108.0	1110.0-1112.0	
1120.0-1122.0	1124.0-1125.0	
941.00-942.00	940.00-940.00	
942.50-943.00	942.50-942.50	
950.00-950.00	950.00-950.00	
950.00-950.00	950.00-950.00	
-	300-310	
-	75-80	

Rinckenbach DORTMUND, WESTENHELLWEG 45, TELEFON (0231) 146044 · DUISBURG, KÖNIGSTRASSE 6 · HAGEN, MITTELSTRASSE 13

Multiple Sklerose

100.000 brauchen Ihre Hilfe

Über 100.000 junge Erwachsene haben diese Diagnose schon hören müssen: „Multiple Sklerose“. Die Multiple Sklerose ist eine heimtückische Erkrankung des Zentralnervensystems, die von leichten bis zu schwersten Lähmungen, Seh- und Sprachstörungen, sogar zu völliger Hilflosigkeit führen kann. Sie drängt den MS-Kranken in die Isolation.

Jeder kann an MS erkranken, besonders im Alter von 19 bis 45 Jahren. Bis heute ist noch keine Heilung möglich.

Bitte unterstützen Sie die Arbeit der Deutschen Multiple Sklerose Gesellschaft. Sie braucht Geld, um durch medizinische Forschung, Beratung und soziale Betreuung das Leben mit der Krankheit zu erleichtern.

Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft e. V.,
 Rosental 5/4, 8000 München 2.
 Zentrales Spendenkonto: 31 31 31 Stadtparkasse
 München (BLZ 700 500 00).

Arbeitslos- Jugend-Los?

Der wunde Punkt!
Des Zeugniss in der Tasche und dann Stempeln gehen – da macht sich statt Lust auf den Beruf gefährlicher Frust breit bei den Schülbängern. Wer in unserm Land auf die Zukunft setzt, muß der Jugend eine Chance geben.



Helfen Sie uns, der Jugend zu helfen
– durch Ihre Spende: Pöschel & Mönchen,
Kfz-Nr. 440 809.
Deutsches Kinderhilfswerk e. V.,
Langwieder Hauptstr. 4,
8000 München 60.



Das Deutsche Kinderhilfswerk e.V. dankt für die kostenlose Einschaltung dieser Anzeige.

FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE									
Renten freundlich und lebhaft									
Am Rentenmarkt war die Anlageneigung an der Monatsgrenze lebhaft. Bundesobligationen gewannen bis etwa einen halben Prozentpunkt. Öffentliche Anleihen zogen vielfach bis um 0,25 Punkte an, in der Spitze sogar um einen halben Punkt. Die Bundesbank gab zum Marktag 30,8 Millionen Mark ab. Auch DM-Anleihen waren gefragt. Die neue Bundesanleihe wird zügig platziert und ist vor allem aus dem Ausland gefragt. Der Pfandbriefmarkt, der zum Teil etwas höhere Renditen als Anleihen bietet, lag gut behauptet.									
Bundesanleihen									
4.12.	3.12.	4.12.	3.12.	4.12.	3.12.	4.12.	3.12.	4.12.	3.12.
7 1/2 % 1987	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 1988	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 1989	100,00
7 1/2 % 1990	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 1991	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 1992	100,00
7 1/2 % 1993	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 1994	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 1995	100,00
7 1/2 % 1996	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 1997	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 1998	100,00
7 1/2 % 1999	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2000	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2001	100,00
7 1/2 % 2002	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2003	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2004	100,00
7 1/2 % 2005	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2006	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2007	100,00
7 1/2 % 2008	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2009	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2010	100,00
7 1/2 % 2011	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2012	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2013	100,00
7 1/2 % 2014	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2015	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2016	100,00
7 1/2 % 2017	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2018	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2019	100,00
7 1/2 % 2020	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2021	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2022	100,00
7 1/2 % 2023	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2024	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2025	100,00
7 1/2 % 2026	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2027	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2028	100,00
7 1/2 % 2029	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2030	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2031	100,00
7 1/2 % 2032	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2033	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2034	100,00
7 1/2 % 2035	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2036	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2037	100,00
7 1/2 % 2038	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2039	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2040	100,00
7 1/2 % 2041	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2042	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2043	100,00
7 1/2 % 2044	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2045	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2046	100,00
7 1/2 % 2047	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2048	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2049	100,00
7 1/2 % 2050	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2051	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2052	100,00
7 1/2 % 2053	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2054	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2055	100,00
7 1/2 % 2056	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2057	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2058	100,00
7 1/2 % 2059	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2060	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2061	100,00
7 1/2 % 2062	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2063	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2064	100,00
7 1/2 % 2065	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2066	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2067	100,00
7 1/2 % 2068	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2069	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2070	100,00
7 1/2 % 2071	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2072	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2073	100,00
7 1/2 % 2074	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2075	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2076	100,00
7 1/2 % 2077	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2078	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2079	100,00
7 1/2 % 2080	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2081	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2082	100,00
7 1/2 % 2083	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2084	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2085	100,00
7 1/2 % 2086	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2087	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2088	100,00
7 1/2 % 2089	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2090	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2091	100,00
7 1/2 % 2092	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2093	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2094	100,00
7 1/2 % 2095	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2096	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2097	100,00
7 1/2 % 2098	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2099	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2100	100,00
7 1/2 % 2101	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2102	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2103	100,00
7 1/2 % 2104	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2105	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2106	100,00
7 1/2 % 2107	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2108	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2109	100,00
7 1/2 % 2110	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2111	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2112	100,00
7 1/2 % 2113	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2114	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2115	100,00
7 1/2 % 2116	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2117	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2118	100,00
7 1/2 % 2119	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2120	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2121	100,00
7 1/2 % 2122	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2123	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2124	100,00
7 1/2 % 2125	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2126	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2127	100,00
7 1/2 % 2128	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2129	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2130	100,00
7 1/2 % 2131	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2132	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2133	100,00
7 1/2 % 2134	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2135	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2136	100,00
7 1/2 % 2137	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2138	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2139	100,00
7 1/2 % 2140	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2141	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2142	100,00
7 1/2 % 2143	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2144	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2145	100,00
7 1/2 % 2146	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2147	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2148	100,00
7 1/2 % 2149	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2150	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2151	100,00
7 1/2 % 2152	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2153	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2154	100,00
7 1/2 % 2155	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2156	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2157	100,00
7 1/2 % 2158	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2159	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2160	100,00
7 1/2 % 2161	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2162	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2163	100,00
7 1/2 % 2164	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2165	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2166	100,00
7 1/2 % 2167	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2168	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2169	100,00
7 1/2 % 2170	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2171	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2172	100,00
7 1/2 % 2173	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2174	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2175	100,00
7 1/2 % 2176	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2177	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2178	100,00
7 1/2 % 2179	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2180	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2181	100,00
7 1/2 % 2182	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2183	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2184	100,00
7 1/2 % 2185	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2186	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2187	100,00
7 1/2 % 2188	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2189	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2190	100,00
7 1/2 % 2191	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2192	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2193	100,00
7 1/2 % 2194	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2195	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2196	100,00
7 1/2 % 2197	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2198	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2199	100,00
7 1/2 % 2200	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2201	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2202	100,00
7 1/2 % 2203	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2204	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2205	100,00
7 1/2 % 2206	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2207	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2208	100,00
7 1/2 % 2209	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2210	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2211	100,00
7 1/2 % 2212	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2213	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2214	100,00
7 1/2 % 2215	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2216	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2217	100,00
7 1/2 % 2218	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2219	100,00	100,00	100,00	7 1/2 % 2220	100,00

IMMOBILIEN / KAPITALIEN

Wohnqualität in Sankt Georgen/Attergau
Komfortabel möblierte Apartments, in einer ruhigen, erholsamen Landschaft, von Privat für Dauermieter zu vermieten. Als Zweitwohnsitz gut geeignet. Bei uns können Sie anonym bleiben. Anfragen unter
Tel. Österreich 0 62 45 / 4 62 52

Festgeldanlage auf DM-Basis
Sicherheit: in deutschem Grundbesitz
Rendite: 12-15 %; Laufzeit: 1-5 Jahre
Graf von Hardenberg GmbH, 0 40 / 45 10 18

Erstklassige Gewinne ohne Risiko
Mindestbetrag DM 100.000,-; Laufzeit 3-6 Monate nach Vereinbarung. Absicherung durch Bankgarantie.
Zuschriften erbeten unter B 11808 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Langfristig zu vermieten in Gstaad/Saenen (Schweiz)
an südlicher Lage mit einmaliger Aussicht, Zufahrt ganzjährig gesichert.
- luxuriös ausgestattete, umfollte Ferienwohnung im Dachgeschoß (ca. 145 m² Wohnfläche)
- luxuriös ausgestattete, umfollte Ferienwohnung (ca. 145 m² Wohnfläche)
Nähere Auskunft erteilt der Erststeller:
Treuhandbüro Franz Dost AG
Postfach 50
CH-3601 Thun
Tel. 06 41 / 33 23 31 18
TLX: CH 9 21 181

Kapitalanleger
v. Priv. DM 50.000,- gegen Grundschuldversch. gesucht, 18 % p. a. Zins geboten. Kontaktaufnahme unter Tel. 0 26 84 / 90 61

Nordsee/Butjadingen
Wohnhaus mit 2 Ferienapartements am Meer von Privat zu verkaufen.
Telefon 0 47 31 / 8 09 08 oder Zuschr. erb. u. Z 11023 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Geldanlage/Ferienhaus
Sucht Beteiligung als Kommanditist. - Zuschr. unter V 11736 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Süd-Holland
50% unter Neupreis
Eigentumswohnung, 53 m², 100 m von Nordstrand, reizvolle Parkanlage, unter dem Damm, inkl. aller Kosten DM 84.000,-
Sofort-Zufuhr:
Delta-See Immobilien, Tel. 0 22 92 53 04 02

Schweizerische Finanzgesellschaft
Sucht Kapital zur Realisierung eines Freizeitparks in bekanntem Touristengebiet. Grundstück und Projekt vorhanden. Beteiligung nicht ausgeschlossen. Offiziell mit dem BUND 44-100 197, Publicitas, Zürich, CH-3021

Schweiz - Thunersee
1- bis 3-Zi.-Etw. in herrl. Lage. Letzte Auslieferung im Jahr. Kanton Bern, Baubeginn 4/83.
HEWO GmbH
Tel. 0 89 / 1 49 35 47

GmbH-Mantel
von Alleingesellschafter mit hohen Verlustvorträgen günstig zu verkaufen. Zuschriften unter A 11807 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

FERIENWOHNPARADES ÖSTERREICH Maria Alm
Gemeinde Sölden, Erlebnis- u. Sportparadies des Südtirols
Landes- u. 1- bis 3-Zimmer-Wohnungen
Niederröthl
Ferienhaus, nahe Sölden, 1000 m, 1- bis 3-Zimmer-Wohnungen
mit gesicherter Grundbesitzübertragung
„DEINHEIM“
Wohnungsbau Ges.m.b.H.
A-5020 Salzburg, Friedhof 133
0 62 22 52 23 5 06 06

IBIZA - Traumlage
Terrassenhäuser in kleiner Edel-Ordnung mit Pool, großzügig-ge Gartenanlagen, direkt an einer Badeschiff. Traumhafter Panoramablick. Exklusiv-Ausstattung, 2 SZ, 2 Bäder, Einbauküche u. v. a. Nov. fertiggestellt, nur noch 2 Häuser frei.
Tel. 02 28 / 37 38 38

Anlageberater für US-Investitionen gesucht.
Erfolgreiche Projekt-Entwicklungs-Gesellschaft (AG) unter deutscher Leitung bietet Mitwirkung bei kleineren USA-Investitionen ab US\$ 10.000,- in einem der interessantesten Staaten.
Wohnungsbau Ges.m.b.H.
TARCEI GmbH, Pandorfstr. 2
5000 Köln 1, Tel. 02 21 / 23 08 48

GEWERBLICHE IMMOBILIEN
Zentr. Lage Duisburg
Geh. Lager m. Büro und Kl. Ausstellgr., 380 m², m. 2 Toreinf. u. schwere Lkw. m. gr. Hofräumen, Mietpreis monat. DM 1900,-, bisher Lebensmittel-Groß- und SP-Handel. Vollständig verwechselt, z. B. Auslieferungslager jeder Art, Möbel, Teppich- und Küchenstudio, Service-Werkstatt usw. Frei ab 1.1. 1985
Tel. 02 08 / 5 40 41-2, nach 17 Uhr 02 08 / 5 16 59

Einkaufsmarkt
drei 1 a Mieter (Adi etc.), 330 TDM Mietvertrag pro Jahr. Attraktiver Standort innerhalb nördlicher Stadt. Großstadt von Privat zu 12,5% facher Jahresmiete zu verkaufen.
Zuschr. erb. u. R 11776 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Verpachte günstig schönes Restaurant
120 Plätze, an Fachpark und/oder Kümmen, in 4994 Pr. Oldendorf/Krs. Lillbecker/Westf., am Flugzeug.
Möbel-Holding
Tel. 06 37 421 50 57

Transvilla Spanien CAMBRIAS - TARRAGONA
Villafortuna - 7 Schlafzimmer, 1 Salon, 1 Bad, 3 Bäder, Garage, 2 gr. Terrassen, 1 kleine Terr., großes Schwimmbad, ca. 1000 m² Grund. Herrlich angelegt mit Palmen u. Blumen. Das Objekt liegt in der schönsten Urbanisation Villafortuna an der Costa D'Orada. 7 Minuten Gehweg zum Meer. Umständehalber von Privat zu verkaufen. Zuschr. erb. u. P 11797 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

KG-Anteil
an gut fund. mittelständ. Baubetriebe-Prod.-Unternehmen aus fam. Gründen für DM 50 TSD mit Gewinnbezugsrecht für 1984 zu verkaufen. Ausschüttung bisher immer 10-15% p. a. Angeb. u. L 11662 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Abschreibung
Geschäft durch BFH-Urteil: Höchste Sicherheiten + ca. 50-facher (!) Eigenkapital-Rückhalt. (Serious Vermittlungswillkommen)
Geldanlage MP 1000 K* direkt von
G.D. GmbH, Postfach 23 012, D-4300 Essen 13

Verkaufte Eigentumswohnung
ca. 76 m², mit Loggia, 20 km südlich von Salzburg, schöne Lage, Nähe Kurzentrum, Wohnung bestens ausgestattet, komplett möbliert, neuwertig. VBZ DM 200.000,- unter
Tel. Österreich 0 62 45 / 4 62 52

ANLAGE - DIAMANT
1,01 ct., Klass. Int. FL F 1+, sowie andere mit anerk. Doppel-Experten (IGI, GIA), ca. 15% unter O-Preis, a. W. MwSt.-frei zu verkaufen. Discretion, Treuhänder-Abwicklung.
Erbittet Ang. u. PL 48527 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Landmaschinenhandel sucht Partner mit Kapital
zw. Ausw. des Betriebsverstärkt. Räumlich usw. vorhanden. Angeb. unter R 11783 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.
Wir wenden Ihre Steuern in Immobilienbesitz um. Schon ab 50.000 DM p. a. interessant.
Torra Real GmbH
Wilmannsstr. 58, 8 München 22
Tel. 0 89 / 22 16 32

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Vertrieb für Frischprodukte

Wir sind ein leistungsfähiges Unternehmen für den Vertrieb von kühlbedürftigen Lebensmitteln und haben in Süd-deutschland Kapazitäten frei.
1000 m² Kühlager / 500 m² Trockenlager
160 t Lkw-Nutzlast / ca. 40 Mitarbeiter
Standort Stadtrand Ulm mit bester Autobahn-Anbindung. Auslieferungsgebiet ca. 150 km im Umkreis. Übernahme auch als Auslieferungslager möglich.

HENKE GMBH
Flinschstraße 2-4, 6000 Frankfurt/M 60
Telefon 0 69 / 41 71 71, Telex 4 17 156

Management auf Zeit?

Unternehmensberater, Büro Hamburg, verfügt über ein praxiserfahrenes, eingespieltes, akademisch vorgebildetes Management-Team (Dipl.-Kfm., Dr. rer. pol., Dipl.-Ing., Wirtschafts-Ing.), das Unternehmen in wirtschaftliche Schwierigkeiten oder sonstige Krisen (Umsatz, Krankheit, Teufelskreis) gesteuert sind - in dringenden Fällen kurzfristig - zur Verfügung steht. Es deckt sämtliche Bereiche, Verkauf, Produktion, Innovation, Finanzierung/Rechnungswesen, Technik/Entwicklung/Fertigungsteuerung, ab und schließt jede Lücke in der „Chefsache“. Durch Rationalisierung werden alle Bereiche auf den betriebswirtschaftlich und technisch neuesten Stand gebracht. Auch Einsatz eines Teil-Managements oder eines Geschäftsführers auf Zeit ist möglich, jeweils nach Erfordernis.
Langjährige, umfassende Erfahrungen in vielen Branchen liegen vor. Erstklassige Referenzen stehen zur Verfügung. Wir beraten Ihre Probleme und stimmen mit Ihnen den optimalen Weg ab.
Kontaktaufnahme erbeten unter C 11633 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.



An alle Kunden, Lieferanten, Banken und Geschäftsfreunde der NORFI-Gruppe

Unsere Geschäftsführer-Geschäftsführer und Gründer,
Herr Eckhard Fährlich,
hat seine Mehrheitsbeteiligung an der NORFI Nordfitter-Anlagenbau GmbH, Ratekau und die Beteiligung an der NORFI Umwelttechnik GmbH, Unterensingen bei Stuttgart, an seine bewährten Partner,
Herrn Horst Jentsch und Herrn Berthold Schuppler,
die bereits seit vielen Jahren als Geschäftsführer der Gesellschaft der NORFI Umwelttechnik GmbH in Unterensingen erfolgreich geleitet haben, sowie
Herrn Ulrich Fuhrmann
mit Wirkung vom 1. Januar 1985 verkauft. Herr Ulrich Fuhrmann wird nach dem Ausscheiden von Herrn Fährlich zum weiteren alleinvertragsberechtigten Geschäftsführer der NORFI Nordfitter-Anlagenbau GmbH, Ratekau, ernannt neben Herrn Jentsch.
Herr Fährlich sah sich zu diesem Verkauf veranlaßt, da ihm durch seine Aktivitäten in der Schlachthaus-Produktions-GmbH, in der er ebenfalls Geschäftsführer-Geschäftsführer ist, nicht mehr die erforderliche Zeit für die Aufgaben in der Gruppe blieb.
Wir bitten Sie, den genannten Herren das gleiche, volle Vertrauen entgegenzubringen. Herr Fährlich hat sich bereit erklärt, der NORFI-Gruppe mit seinen langjährigen Erfahrungen auch nach dem Ausscheiden noch zur Verfügung zu stehen.

NORFI **NORFI**
Fertigungsbau, Gütersloh, Ratekau Umwelttechnik GmbH, Unterensingen

Haben Sie Ihre Exportchancen nach HOLLAND schon überprüft? Wenn nicht, dann sind wir für Sie der richtige Partner.
Informationen über:
Deutsch-Niederländisches Vertriebskontor
Oldemaal, H. Grave, Postfach 13 86, D-4537 Fürstenau

FIBERTEX FASSADENTECHNIK
Wir sind ein erfolgreicher, renommierter Hersteller der weltweit bekannten FIBERTEX-FASSADENSCHÜTTUNGEN. Im Rahmen des weiteren Aufbaus unserer Vertriebsaktivitäten bieten wir Ihnen die Möglichkeit, unser Partner als **LIZENZNEHMER** im Bundesgebiet zu werden.
Zur zukunftsorientierten FIBERTEX-FASSADENSCHÜTTUNG- und BETONSANIERUNGSSYSTEM ist aufgebaut auf jahrzehntelange, internationale Erfahrung und hat sich weltweit hervorragend bewährt.
Bitte nehmen Sie mit uns Kontakt auf.
FIBERTEX-VERTRIEBSGESELLSCHAFT
DEUTSCHLAND
ENGLERSTR. 22 - D-7505 EITTLINGEN - TEL. 0 72 43 / 1 51 24

Sind Alleinimporteur für japanische Gehäuselager eines namhaften Herstellers.
Für die Räume Berlin, Nord- u. Südbayern werden **aktive Verkaufspartner** gesucht.
Zuschr. u. K 11 903 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Trading-Director Rohöl
Versierte, professionell auftretende Verkäuferpersönlichkeit, Mitte 30, m. einbringenden erstenklassigen Verbindungen, sucht per sofort neuen Wirkungskreis.
Positionenprofil: u. a. weltweiter Handel (Anlagen-Projekte), verb. mit sehr guten Im- und Export-/Außenhandelskontakten.
Ang. unt. E 11 749 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

EDV-Fachmann
41 J., 14 J. EDV-Praxis, 8 J. EDV-Leitung, interessiert an:
• Aufbau/Umstellung EDV-Abteilung
• Datenmanagement, EDV-Koordination u. EDV-Revision
sucht neuen Wirkungskreis, Raum Ruhrgebiet.
Zuschr. u. Y 10 199 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Flachdruckmeister - Blech -
sucht neue Aufgaben im In- oder Ausland. Auch über Maschinen- oder Lackhersteller. Evtl. Neueinrichtungen.
Angebote unter C 11 743 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

JUNGER FRANZOS
24 J., km. Ang. Wirtschaft-Abi + Hochschulabs. Deutsch u. Engl. fließend, 1. J. Td. in deutscher Exp.-Firma, m. interess. Position in Bundesrepublik Deutschland/europ. Ausland.
Ang. u. B 11 742 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

STELLENGESUCHE

Konsumgütermarketing für Exportmärkte Export-Leiter
Markenartikler, 49 Jahre, Konsumgüter Food und Non-food, langj. Auslandserfahrung in Lateinamerika, ZG, EBA, USA - Aufb. v. Auslandsvertretungen und Steuerung von Vertriebspartnern in Exportländern - Leitung von Vertriebsorganisationen - Entwicklung und Durchsetzung von Marketingstrategien - sucht verantwortungsvolle Aufgabe.
Zuschr. erbeten u. PG 48 523 an WELT-Verlag, Postfach 2 Hamburg 36.

Techn. Geschäftsführer, Ing. d. Holzindustrie
Mitte 40, langjähr. Erfahrungen in Leitung und Aufbau von Betrieben der Holzwerkstoffindustrie, versiert in allen Managementbereichen, Verfahrenstechnik und Technologie, Verkauf und Planung von Maschinenanlagen für die Holzindustrie, sucht verantwortungsvollen Wirkungskreis auf Geschäftsebene im In- oder Ausland od. als Berater bzw. Verkaufsleiter. Ang. u. d. Holz- bzw. Holzwerkstoffindustrie oder deren Zulieferer. Engl. und franz. Sprachkenntnisse.
Zuschriften erbeten unter Y 11 739 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Marketing Lebenslauf
Nicht fruchtbar, flexibler, erfahrener Vertriebsmitarbeiter, provisionsgeschädigter Einzelkämpfer (auch Immobilienbereich), mit allen Wasmann gewachsen, sucht neuen Wirkungskreis bei ehrlichen, festen Einkünften. Nicht wohnungsgebunden. Können: Abgeschlossene Berufsausbildung, alle Bereiche Marketing, unverzichtbare Eigenschaften.
Erfahrung: Baulieferung Hoch-/Tiefbau, Werbung, Grafik, Vertrieb.
Hobbies: Ausgeschiedener Koch, Segeln (Segelschein vorh.), Klettern, Wandern, Schwimmen, Alpin-Ski.
Ang. unt. A 11 741 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kaufmännischer Geschäftsführer
Deutscher, 40 Jahre, gründliche kaufmännische und technische Ausbildung in Industrie, Export/Import, Handel, langjährige Auslandserfahrung in England, Argentinien, z. Zt. in Brasilien tätig, perfekt in allen vier Sprachen, sucht neue Führungsaufgabe im Raum Hamburg.
Angeb. erb. u. N 11906 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Wirtschaftsjurist
Volljurist, 29 Jahre, Assistentenführung in der Konsumgüterbranche, Erfahrung auf den Gebieten Marketing, Produktion, Management, Merchandising sowie (deutschem und internationalem) Vertragsrecht, gewerblichem Rechtsschutz, Wettbewerbsrecht, Handels-/Gesellschaftsrecht, Fernstudium (Japan, Hongkong, Taiwan, Thailand, Singapur), englische (fließend) und französische Sprachkenntnisse, elastisch, flexibel und belastbar, unternehmerisch orientiert, sucht ab 1. März 1985 verantwortungsvolle Aufgabe mit Zukunftsperspektive.
Angeb. erb. u. F 11 878 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Controller / Revisor
Betriebswirt, 39 J., langj. Industrieerfahrung im Controlling / Revision, z. Zt. leidet Kostenrechnung u. Revision, an neue verantwortungsvolle Aufgabe im Großraum Hamburg.
Angeb. erb. u. T 11807 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Bankprokurist
42 J., in ungekündigter Stellung, versiert in Auslandsgeschäften u. Verwaltung, sucht neuen Wirkungskreis in Bank oder Industrie.
Zuschriften u. T 11 734 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

VERTRIEB / EINKAUF Opto-elektronische Bauelemente, Fernost
Geschäftsführer für US-Firma, Vertriebsbereich Zentraleuropa, tropen-tauglich, Vertriebsleiter über mehrere Jahre in Hongkong und Korea, verhandlungsgewandter, Englisch/Franz. in Wort und Schrift, wünscht per 1. 4. 85 neuen Aufgabenbereich, vorzugsweise Fernost.
Angeb. unt. Z 11 740 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Malaga/Spain
ab 1. 4. 85 oder nach Vereinbarung
Angeb. u. N 11 884 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Frühpensionierte Beamter
geh. Verw.-Dienst, 50 J., alt, mit fundierten Kenntnissen im Personal-, Kassen- u. Sicherheitswesen sowie im textilen Bereich (Weberei), sucht
neues Aufgabengebiet
Angeb. u. Q 11 878 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Diplom-Ökonom
weibl., verh., 28 J., wirtsch. Hochschulbildung, 3. Schwerep. Rechnungswesen/Unternehmensverfassung, an. Stellung im Großraum HH.
Ang. u. B 11874 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Elektroniktechniker
27 J., Ägypter mit deutscher Frau, zielstrebig, Abitur, gute Sprachkenntnisse in Engl., Franz., Ital., Deutsch, Arabisch, Spezialisiert auf Radio u. TV, sucht Aufstellung. Ang. u. S 11 897 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Verkauf
im Außendienst, mit Erfolg im Verkauf von Hand- u. Industriemaschinen, 49 J., 25 J. Vertriebspraxis mit Auslandsreisen, gutes Englisch, seit 18 J. in ungen. Position, sucht neue, interessante Tätigkeit im Rhein-Main-Gebiet.
Zuschr. u. D 11 876 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Freier Wirtschaftsjournalist
Insider im Finanzgeschäft, übernimmt freiberuflich die Ausarbeitung von Berichten, Referaten, Veröffentlichungen, etc.
Angeb. erb. u. H 11 880 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Freier Journalist (Unternehmensberater)
38 Jahre, selbstständig, langjähr. Erfahrungen in Konzeption und Realisierung von Großprojekten für private und öffentliche Dienstleistungsunternehmen (Verwaltungswirtschaft, Inkasso, Fremdsprachen, etc.) sucht neuen Wirkungskreis in leitender Position.
Ang. u. X 11 870 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

VOLLBLUTSPEDITEUR
mit 35jähriger Praxis, ungekündigt, sucht „die Aufgabe“ in Wirtschaft, Export od. Spedition z. 1. 4. 85.
Ang. unt. C 11 875 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Die Zentralredaktion der WELT arbeitet in Bonn, dem politischen Zentrum der Bundesrepublik Deutschland.

Gärtner oder Hausmeister
31 J., handwerklich begabt, deutsch- u. franz.-sprachig, Pflanz- u. a. Tätigkeiten, in Bonn od. Westfalen, Mögl. mit Teilzeitarbeit für die Ehefrau.
Angeb. u. B 11 877 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Flachdruckmeister
Flachdruckmeister, 38 Jahre, langjähr. Erfahrung in der Druckindustrie, sucht neue Aufgaben im In- oder Ausland. Auch über Maschinen- oder Lackhersteller. Evtl. Neueinrichtungen.
Angebote unter C 11 743 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

gepe Dia-Projektion in Perfektion
SYSTEM NORDIC

STELLENANGEBOTE

Stanz- und Biegetechnik
Als leistungsfähiges Unternehmen mit technologischer Spitzenstellung im Bereich Stanz- und Biegetechnik für Präzisionsprodukte in Großserie mit Sitz im rheinisch-burgischen Raum liegt unser Schwerpunkt in der Automobil-, Automobilzuliefer- und Elektroindustrie. Um die in uns gesetzten Erwartungen auch in Zukunft erfüllen zu können, suchen wir den

Leiter Werkzeugbau

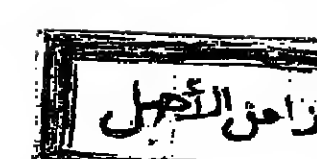
Diese der Geschäftsführung direkt unterstellte Position umfasst die Verantwortung für die Konstruktion, Herstellung und Erprobung von Werkzeugen bis zur Serienfertigungsreife unserer Produkte sowie die Stellvertretungsfunktion für den Betriebsleiter.
Für diese Aufgabe suchen wir einen Industriemeister mit Fachrichtung Werkzeugbau, der bereits mehrere Jahre als Meister in einem Werkzeugbau-Betrieb oder in einer entsprechenden Abteilung in Führungsposition tätig war. Das ideale Alter liegt zwischen Mitte 30 und Mitte 40.
Unabhängig sind neben Kenntnissen im allgemeinen Maschinenbau und neben konventioneller Stahlbearbeitung Fähigkeiten, selbständig Werkzeugkonstruktionen einschließlich Profilschleifen, Senk- und Drahtrodieren (mit CNC-Programmierung) sowie vorhandene Kenntnisse in Stanztechnik sowie REFA-Kenntnisse wären von großem Vorteil.
Wenn Sie aufgrund Ihrer Ausbildung und Ihres bisherigen Werdeganges in der Lage sind, eine Werkzeugbauabteilung mit 7-8 Mitarbeitern eigenständig zu führen, zu motivieren und zu überzeugen und Sie eine großzügige Dotierung mit leistungsbezogenem Anteil erwarten, senden Sie bitte Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen an unseren Berater, Herrn Dr. Jürgen Hartmann, Solingen, Parkstraße 19, der Ihnen auch für telefonische Vorabinformationen zur Verfügung steht und Vertraulichkeit gewährleistet.

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Garantieanmietung

Seit Jahren betreuen wir erfolgreich mehr als 4000 Immobilienobjekte. Als finanzkräftiges und leistungsorientiertes Unternehmen sind wir für Sie und Ihre Kunden der richtige Partner für die Objektbetreuung (gewerbliche Anmietung, Mietgarantie, Miet- oder Poolverwaltung). Sprechen Sie uns an!
IMA IMMOBILIEN MANAGEMENT GMBH
Adenauerallee 48 - 5300 Bonn 1
Tel. 02 28 221021

Unternehmen in S.-O.-Asien sucht für sein Produktionsprogramm, Teaufgabenteil, freie Handelsvertreter in der Bundesrepublik DEUTSCHLAND, CH und A. Gebiete bzw. Exklusivrecht sowie Übernahme bereits vorhandener Kontakte werden geboten. Seröse Angebote unter L 11750 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.



Die Juden und die Männer des 20. Juli - Zu zwei neuen Monographien

Bosch war der Mittelsmann

In diesem Jahr, vierzig Jahre nach dem 20. Juli 1944, ist auf vielfältige Weise des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus gedacht worden. Auf dem großen Symposium der historischen Kommission zu Berlin über "Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler" wurden an die sechzig Einzelreferate gehalten. Aber merkwürdig: Kein einziges dieser Referate beschäftigte sich mit dem doch so hochinteressanten Thema des innerdeutschen jüdischen Widerstands und des Verhältnisses der Männer des 20. Juli zu den Juden und zur Judenverfolgung. Hier gilt es noch, eine Forschungslücke zu schließen.

Dazu wollen zwei neue Bücher beitragen: Leon Brändts "Menschen ohne Schatten" (Oberbaumverlag, Berlin, 152 S., 31 Abb., 16,80 Mark) und "Selbstbehauptung und Widerstand" von Konrad Kwiet und Helmut Eschwege (Christians Verlag, Hamburg, 384 S., 38 Mark). Das Buch von Brändt ist das Nebenprodukt einer Fernsehdokumentation über die "Gruppe Baum", die allerdings an der Kooperationsunwilligkeit der DDR scheiterte. Dementsprechend stehen die Aktivitäten dieser kommunistischen jüdischen Widerstandsgruppe, die 1942 auflief, verbunden mit Augenzeugenberichten der Überlebenden, im Mittelpunkt.

Auch unter den Juden in Deutschland, konstatiert Brändt, habe es "Gruppen und Gruppenchen verschiedener politischer Ausrichtung" gegeben. Aber diese Vielfalt verliert er immer dann aus den Augen, wenn es um den Widerstand geht. Und zum Schluss folgert er: "Es waren nicht die Reichen, die Erfolg und Einfluß hatten, und nicht einmal die Männer des Widerstandes des 20. Juli 1944, die ihre Hand zur Hilfe für einen Juden ausstreckten! Ausgenommen den Industriellen Oskar Schindler, waren es die einfachsten Leute, die Herz hatten."

Kwiet und Eschwege weisen in ihrer Untersuchung demgegenüber nach, daß solche Behauptungen nicht zutreffen. Und sie rücken noch etwas gerade: "Die Herbert-Baum-Gruppe hatte eine politisch-ideologische Programmatik entwickelt, die sich allein an kommunistischen Modell orientierte - es gab keine spezifisch jüdische Ideologie, sondern nur die allgemeine kommunistische." Zugleich stellen die Autoren klar, daß sich jüdischer Widerstand eben nicht nur in fragwürdigen Anschlüssen und Aktionen - wie denen der Baum-Gruppe - äußerte, sondern daß er ein sehr weites Spektrum umfaßte. Das reichte von der Verweigerung, die sich in Flucht, Untertanentum oder auch im

Selbstmord äußerte, bis zur offenen Abwehr durch öffentlichen Protest, den Druck illegaler Schriften oder Widerstand im Lager.

Vor allem aber finden sich in diesem Buch zwei hochwichtige Hinweise auf die Kontakte zwischen der "Reichsvertretung der deutschen Juden" mit Leo Baeck an der Spitze und dem Goerdeler-Kreis sowie auf die "Hilfsaktion", in Höhe von 1,2 Mill. Reichsmark, die der Geschäftsführer der Bosch-Werke, Hans Walz, zwischen 1938 und 1940 der "Reichsvertretung" zur Verfügung stellte. Es ist erstaunlich, daß diese Tatsachen bislang von der Historiographie noch nicht gebührend zur Kenntnis genommen wurden, obwohl Hans Reichmann darüber bereits 1954 im Jahrbuch des Leo-Baeck-Institutes berichtet hatte.

Hans Reichmann aus Wiesbaden war bis 1938 Syndikus des "Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" in Berlin. Nach seiner Emigration 1939 nach England übernahm er verschiedene wichtige Ämter in Hilfsorganisationen der Juden. Nach dem Krieg, nämlich 1955, nahm er an einem Gespräch zwischen Robert Weitz und Leo Baeck teil, in dem Baeck berichtete, daß seine enge Verbindung, die er als führender Berliner Rabbinder zu wichtigen Politikern und auch zu prominenten Mitgliedern des Adels hatte, nach 1933 eher intensiver geworden seien. Anlaßstelle sei stets Robert Bosch in Stuttgart gewesen.

"Ich war in ständigem Kontakt mit den Männern des Widerstandes", berichtete Baeck damals. Mein Kontaktmann war ein bekannter Industrieller in Stuttgart, dessen Namen ich nicht ohne seine Erlaubnis erwähnen möchte. (Das waren, wie man heute weiß, Robert Bosch und sein Vertrauter Hans Walz.) Dieser Mann hatte Verbindung sowohl zu Goerdeler als auch zu Wehrmacht, aber nur von einigen Männern, die ich durch seine Vermittlung kennenlernte, weiß ich die Namen. Unter ihnen war auch ein Mitglied der NSDAP, dessen irregeleiteter Idealismus ihn zwar in Nazikreise geführt hatte, der aber trotzdem das volle Vertrauen des Widerstandes genoß."

Baeck wurde von seinem Kontaktmann auch gebeten, an einem Manifest "für den Tag danach" mitzuwirken und darin die Stellung der Juden in Europa nach der Befreiung darzustellen. "Ich arbeitete von 1938 bis 1941 an diesem Buch. Daran zu schreiben war nur in den sehr frühen Morgenstunden möglich. Zu diesem Zweck stand ich um vier Uhr morgens auf. Meine Assistenten waren Rabbi Dr. Lukas aus Glogau und Dr.

Hilde Ottenheimer. Dr. Lukas starb eines natürlichen Todes in Theresienstadt, aber Dr. Ottenheimer wurde deportiert."

Das Manuskript umfaßte fünf maschinengeschriebene Bände, berichtete Baeck weiter. Eine Fassung ging nach Stuttgart und wurde mit anderem belastendem Material nach der Verhaftung des Mannes von der Frau vernichtet. Die zweite erhielt das NSDAP-Mitglied, die dritte ging an einen entfernten Verwandten, wo sie als sicher galt; aber sie mußte dann doch vernichtet werden. Den vierten Durchschlag aber schickte mein treues Dienstmädchen als "Tollpapp" nach Theresienstadt nach, wohin ich deportiert worden war."

Baeck konnte die fünf Bände retten, doch nach seinem Tod galten sie als verschollen, bis sie schließlich hinter einem Schrank in seiner Wohnung entdeckt wurden. Heute bewahrt das Leo-Baeck-Institut in New York diese Abhandlung über "Die rechtliche Stellung der Juden in Europa" auf.

Dieses Beispiel zeigt, wie stark der Begriff des Widerstandes differenziert werden muß. Anders ist es auch nicht möglich, die Situation der Juden unter dem Nationalsozialismus gerecht zu werden. Vor allem aber, das haben Kwiet und Eschwege völlig zu Recht hervor, darf nicht vergessen werden, daß eine so extrem gefährdete Gruppe wie die Juden natürlich für die organisierten Widerstand eine zusätzliche Gefahr darstellten.

Bemerkenswert ist an ihrem Buch auch der Hinweis: "Themenbereiche der deutsch-jüdischen Geschichte, des Antisemitismus und der Judenverfolgung besitzen für die DDR-Historiker keine selbständige Relevanz. Die entsprechende Literatur bewegt sich in bescheidenen Grenzen."

Das gilt auch für die Arbeit von Helmut Eschwege, der in der "DDR" lebt. Im Vorwort heißt es dazu: "Ende der 60er Jahre legte Helmut Eschwege nach Auswertung aller ihm erreichbaren Quellen in den Archiven der DDR ein Manuskript über den Widerstand der deutschen Juden vor. Es fand weder die verdiente Anerkennung, noch eröffnete sich eine Möglichkeit zur Veröffentlichung" - in der "DDR"! 1970 wurden dann Teile im englischen Jahrbuch des Leo-Baeck-Institutes und 1972 in einem hebräischen Sammelband gedruckt.

Das vorliegende Buch ist das Ergebnis der mehr als zehnjährigen Zusammenarbeit von Helmut Eschwege und Konrad Kwiet. Es stellt zweifellos einen wichtigen Forschungsschritt dar. ROLF VOGEL



Erforschung neuer bildnerischer Ausdrucksmöglichkeiten: „Ohne Titel“, von Georges Grosz 1920 gemalt. Aus der Düsseldorfer Ausstellung.

FOTO: KATALOG

Düsseldorfer Ausstellung: „Die Stadt und die Straße“

Selbstmord einer Frau

Zum letzten Mal vor dem Umzug der Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen in den Museumsneubau am Düsseldorfer Grabplatz hat Werner Schmalenbach im Jägerhof Platz gemacht für eine didaktische Ausstellung, deren jährliche Folge seit einiger Zeit aus Geldmangel unterbrochen war. Man wundert sich, mit welcher Zähigkeit Schmalenbach an dieser Einrichtung festhält, die nirgends mehr überrascht hat als ausgerechnet in der Düsseldorfer Landeshalle, die sich nie als Schule, sondern als eine elitäre Versammlung von Meisterwerken verstand, wo nach der Devise des Chefs das Kunstwerk „an sich“ für sich allein sprechen sollte.

Frühere Ausstellungen befaßten sich mit Paul Klee und Picasso, mit dem Kubismus, dem Surrealismus, den Amerikanern nach 1950. Die Jägerhof-Sammlung besaß genügend einschlägige Bilder, um dafür das Gerüst zu liefern. Jetzt ist zum ersten Mal eine thematische Ausstellung zu sehen. „Die Stadt und die Straße“. Das ist aktuell und attraktiv. Bei dem Besuch drängt sich allerdings die Frage auf, ob sie es auch schon durch die 17 Gemälde der NRW-Sammlung ist, die dazu den Anlaß gaben. Manche liefern zwar treffende, künstlerisch hochrangige Beiträge zum Thema, aber andere haben nur mittelbar, einzelne - wie die Bilder von Lissitzky und Rauschenberg zum Beispiel - nur sehr entfernt mit der Stadt und der Straße zu tun. Eine konzentrierte Auswahl der Malerei des letzten Jahrhunderts, die sich die Darstellung der Stadt und der Straße mit ihren Menschen und spezifischen Problemen zur Aufgabe gemacht hat, würde sicher treffendere Beispiele bevorzugen.

Das ist eine notwendige Anmerkung, die durch das reiche Informa-

tionsmaterial der Ausstellung dem Kritiker eigentlich hätte abgenommen werden müssen. Immerhin wird in den begleitenden Reproduktionen an Léger, Boccioni, Meidner, auch an einen „anderen“ Beckmann erinnert, der hier mit dem „Eisernen Steg“ von 1922 vertreten ist. Daneben sieht man ein Fensterbild und einen „Eiffelturm“ von Delaunay. Damit verwendet ist das Bild „Unpferd“ von Feltinger. Von August Macke, der viele herrliche Stadtbilder gemalt hat, hängt hier die „Kathedrale von Freiburg in der Schweiz“, von Klee eine Komposition „Rote und weiße Kuppeln“.

E. L. Kirchner ist mit einer seiner typischen Straßenszenen („Zwei Frauen“) vertreten, die Pittura metafisica mit Gemälden von Carrà, de Chirico und George Grosz (der das Thema weit bedeutendere Bilder beigezeichnet hat). Von Piet Mondrian wird eine geklebte Studie zu „New York City II“ gezeigt, von Warhol ein serieller Siebdruck „Selbstmord einer Frau“.

Für die wenigsten dieser Maler sind Stadt und Straße das eigentliche Thema; sie sind es so wenig wie das Stillleben oder das Bild des Menschen, seit sich die Kunst von Natur vorbild emanzipiert hat. Stadt, Straße und Staffage haben allenfalls funktionale Bedeutung; sie sind Anlaß und Vorwand für die Auseinandersetzungen mit formalen oder sozialen Problemen, für die Erforschung und Erprobung neuer bildnerischer Ausdrucksmöglichkeiten. Das hat allerdings, wie die Ausstellung mit jedem Bild beweist, zu bedeutenden und zum Teil hervorragenden Kunstwerken geführt; und deswegen ist sie uneingeschränkt sehenswert. (Bis 30. Dezember; Katalog 7 Mark; didaktisches Begleitheft 4 Mark.) RO PLUNJEN

JOURNAL

Neue Repressalien im Fall Grigorjanz

DW. Bonn
Ein Fall - in seiner Art präzedenzlos - ist der Menschenrechtsorganisation „Kontinent“ bekannt geworden. Die Ehefrau des 1983 zu zehn Jahren Freiheitsentzug verurteilten 43jährigen Literaturwissenschaftlers Sergei Grigorjanz wurde zur Zusammenarbeit mit dem KGB aufgefordert, andernfalls würden sich die Haftbedingungen ihres Mannes verschlechtern. Nachdem Tamara Grigorjanz dieses Ansinnen abgelehnt hatte, wurde ihre Wohnung nach vorausgegangenen Drohungen verwüstet. Zahllose Gegenstände wurden zerstört, es wurde versucht, Feuer zu legen, ohne daß die Miliz einschritt. Ein ähnlich krasser Fall von Einschüchterungen der Angehörigen politischer Gefangener ist westlichen Beobachtern zufolge während der letzten dreißig Jahre nicht bekannt geworden.

Konzentrationswelle bei den US-Verlagen

DW. New York
Die Konzentrationswelle unter den US-Verlagen (wie auch in Großbritannien) hält weiter an; allerdings geht es längst nicht mehr um den bloßen Zusammenschluß von zwei oder mehr buchproduzierenden Unternehmen, sondern um den Aufbau florierender Verlage durch branchenfremde Konzerne. Junges „Opfer“ ist der New Yorker Verlag Prentice Hall, der jetzt zum Preis von rund zwei Milliarden Mark in den Besitz der kalifornischen Gul & Western Industries übergegangen ist. Prentice Hall hat vor allem im Bereich der College-Textbücher eine führende Stellung.

Matthias Wegener verläßt Rowohlt

DW. Bonn
Matthias Wegener, unter dessen Leitung der traditionsreiche Rowohlt Verlag in Reinbek während der vergangenen Jahre eine unstrittige Entwicklung genommen hat, wird, wie es heißt, im Februar 1985 das Unternehmen verlassen, in das er 1968 mit Anteilen seines eigenen, vom Vater erbten Verlages eingetreten war. Rowohlt gehört zum Stuttgarter Holzbrink-Konzern, mit dessen Spitze Wegener angeblich in Konflikt geraten ist. Branchenkenner vermuten, daß man in der baden-württembergischen Hauptstadt mit der Programmpolitik des Reinbecker Verlagsleiters nicht einverstanden ist. Dem Vernehmen nach wird Wegener nächstes Jahr Leiter des Bertelsmann-Buchclubs.

Ein Textilmuseum für Mindelheim

dpa, Mindelheim
Die Grundlage für ein neues Textilmuseum ist in Mindelheim geschaffen worden. Prof. Hilda Sandner, die den Lehrstuhl für Kunst- und Textildesign an der Universität Augsburg innehat, übergab der schwäbischen Stadt durch eine Stiftungsurkunde ihre reiche Sammlung in- und ausländischer Textilien, die im ehemaligen Mindelheimer Jesuitenkolleg Platz finden wird. Die Sammlung umfaßt wertvolle Stikereien, Webarbeiten, Teppiche, Kleidungsstücke, Puppen, Lampen und Masken.

Violin-Wettbewerb ohne ersten Preis

dpa, Paris
Der 20. internationale Violin-Wettbewerb Long-Thibault ist in Paris ohne Vergabe des ersten Preises zu Ende gegangen. Den zweiten Preis erhielten zu gleichen Teilen der Franzose Christophe Boulier und der Japaner Seiji Kageyama. Der Preis ist mit insgesamt 10 000 Mark dotiert. An dem einwöchigen Wettbewerb hatten sich 37 Kandidaten aus 13 Ländern beteiligt.

„Goldenes Einhorn“ an Neuseeland-Film

dpa, Paris
Der neuseeländische Film „Death warmed up“ von David Blyth hat in Paris das „Goldene Einhorn“ des 14. Festivals des phantastischen Films errungen. 28 Beiträge wurden auf dem elftägigen Wettbewerb gezeigt. Im Mittelpunkt des mit dem Hauptpreis bedachten Horrorkinostars steht ein wahnsinniger Chirurg, 30 000 Fans besuchten das Festival.

Seifert darf nun doch interviewt werden

dpa, Stockholm
Die tschechoslowakischen Behörden haben einem Team des Schwedischen Fernsehens doch noch die Erlaubnis zur Einreise in die CSSR und zu einem Interview mit dem diesjährigen Nobelpreisträger für Literatur, Jaroslav Seifert, erteilt. Wenige Tage zuvor waren drei Mitarbeitern des ersten Kanals von „Sveriges TV“ die Visa mit der Begründung verweigert worden, daß der 83jährige Seifert an Herzschwäche leide und keine Journalisten empfangen könne.

Aus dem Busch

max. - Ach, was muß man oft von bösen Kindern hören oder lesen! Mit diesem Stoffseiler beginnt Wilhelm Busch seine Max-und-Moritz-Geschichten. Heutzutage könnte man statt des „von“ in der ersten Zeile gut und gerne auch ein „über“ einfügen. Die germanistisch-philologisch-psychologisch-sozialpsychologisch-psychanalytischen Experten haben sich ja längst über Wilhelm Busch hergemacht, ihm allen Witz ausgetrieben und stattdessen ein reichhaltiges Repertoire von Macken und Verkleinerungen zugesprochen. Und nun kommt uns mit dem „Max-und-Moritz-Kommentar“ von Burkhard Garbe auch noch eine „Neu-hochgermanistische Interpretation der Bildergeschichte von Wilhelm Busch“ (Edition Herodot, Göttingen 1984 S. mit zahlr. Abb., 18 Mark) auf den Tisch.

Der Autor weist darin unter Zuhilfenahme von Linguistik und Hermeneutik, ein wenig frühere Freud und spätere Chomsky nicht nur nach, daß Moritz stets der Antistrophe war, während Max lediglich Ausführender ist, er belegt auch, daß der Mord an dem Brüderpaar als ein vorwärtlicher Mord der Dorfgesellschaft angesehen werden muß, „nach Tatschluß, im dorfkrug oder im sozialraum des dorfgemeinschaftshauses“. Und wie es sich für einen ordentlichen Wissenschaftler gehört, zitiert Garbe auch wacker, z. B. den Eugen B. G. B. Wühl-Maus mit „Moritzus legistivus - Maxinus executivus“. Die Teilung der Gewalt bei Wilhelm Busch oder Hardi Sächser mit „Hartes und weiches bei Busch“, oder er erwähnt den Streit zwischen Aristides Grecophil und Desiderius Erasmus Buschspeck über Buschs „Verhältnis zur Antike“.

Einstimmlichweise geht er jedoch nicht auf die Untersuchung von Helmuth Müller-Suur „Max und Moritz, umoralisch“ und Gert Sautermeister „...meisterlicher Anwalt von Pietätlosigkeit“ ein, berücksichtigt weder „Die Interaktion bei Wilhelm Busch“ von Fritz Kleemann noch den Versuch einer psychoanalytisch-schriftpsychologischen Deutung von Christian Detwiler, ja, er scheint nicht einmal „The Symbolic in Wilhelm Busch“ von Helmut Eschwege zu kennen. Sollte das etwa daran liegen, daß diese Abhandlungen ernstgenommen werden wollen, während Garbe sich damit vergnügt, die allzu eifrigen Ausdeuter der Textsorte Wilhelm Busch einmal kräftig auf den Arm zu nehmen?

Eine Tagung über „Formen und Funktionen in der Literatur der DDR“ an der Universität Bochum

Verlustreiche Abwehrkämpfe an der Satirefront

Je öfter du umfällst, desto sicherer wird dein Standpunkt! - So weit kann Kabarett in der „DDR“ inzwischen gehen. Aber so weit nicht! Trotz großer Verluste an Menschen und Material kämpfen wir weiter im feindlichen westlichen Ausland. Was ist das? Ein fiktives Telegramm des Gewandhausorchesters Leipzig an die „sozialistische Heimat“ nach dem Bekanntwerden der Tatsache, daß einige Ensemblemitglieder während einer Westtournee abgestürzt sind.

Der Witz hat natürlich einen nur allzu realistischen Hintergrund: Immer wenn das „Gewandhaus“ im Westen gastiert, kommt es etwas reduziert in die Heimat zurück. Neipi! So kam hier also der Zensor voll zum Zuge, und wir wissen von diesem Witz nur deshalb, weil der, der ihn sich im Kabarett ausgedacht hat, inzwischen aus dem Westen ist. Denn: Die Entwicklungsgesetze sind objektiv - sie setzen sich durch. Ob die Menschen das wollen oder nicht! Da bleibt einem das Lachen im Halse stecken, auch wenn es für solche

Weisheiten in der Leipziger „Pfeffermühle“ oder in der Ostberliner „Di-stel“ rasenden Beifall gibt, befrieden des Gelächers.

Es sind meistens ziemlich bittere „Spiele des Lachens“, um die es hier geht, halb legal oder von vornherein illegal, denn „Formen und Funktionen des Komischen in der Literatur der DDR“ (so der Titel einer Tagung des Arbeitskreises für Literatur und Germanistik in der DDR an der Ruhr-Universität Bochum) bleiben dort nie dem Zufall überlassen. Sie werden verbindlich definiert durch die jeweils gültige kulturpolitische Linie. Nach wie vor werden Scherz, Satire, Ironie von Partei wegen als „heitere Kritik an noch vorhandenen Mängeln“ verstanden, auch wenn sich den Kabarettautoren in zunehmendem Maße die Federn sträuben und der Nachwuchs gleich gar keine Lust mehr verspürt, „staatlich lizenzierte Gagschreiber“ zu werden.

Es gibt in der „DDR“ inzwischen eine fast grotesk anmutende Entwicklung auf diesem Gebiet: Immer weniger Satiriker produzieren Programme für immer mehr Kabaretts.

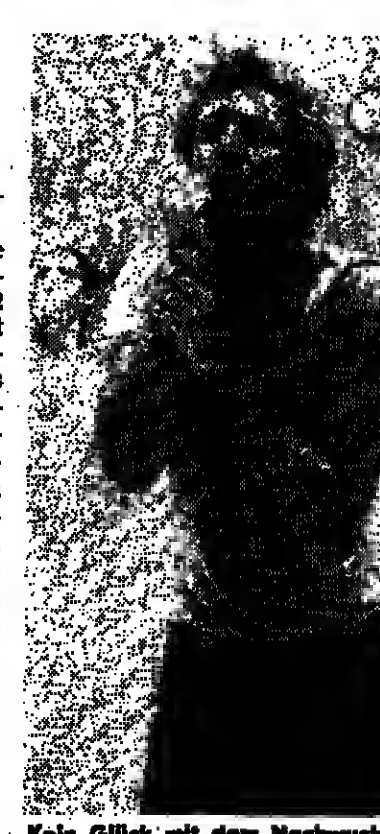
Darauf wies in Bochum der Literatur-Wissenschaftler Manfred Jäger im wohl besten Vortrag der Tagung hin. Völlig verunglückt war dagegen der Versuch von Marianne Schüller über „Lachen und Widerstand“. Ein von Haus aus äußerst reizvolles Thema wurde verplatzt, weil die Rednerin es sorgfältig vermiß, sich auf „DDR“-Literatur einzulassen. Sie blieb schon im Vorfeld im erwidenden Paraphrasieren von Baudelairetexten und der Witz- und Zoten-Theorie von Freud stecken.

Glanzvoll dagegen der Einleitungs-vortrag des Zürcher Germanisten Peter von Matt. Er analysierte „Das Lachen in der Literatur“ anhand eines Textes, der das gesamte Gegenteil von Satire, Ironie und Komik ist: „Die Glocke“ von Friedrich Schiller, das „erfolgreichste deutsche Gedicht“, das nach von Matt „Literatur ohne Lachen in paradigmatischer Ausprägung“ ist und dennoch, wie überliefer, die Romaniker vor Lachen fast von den Stühlen riß.

Indem von Matt sorgfältig die ideale Funktion des Schillergedichts herausarbeitete und sie in einem

„Imperativ an die Nation“ sah, der wiederum einem „mächtigen Bedürfnis der Zeit“ folgte, konnte die Funktion des Lachens in der Literatur um so deutlicher Kontur gewinnen: „Der Witz setzt Ordnung voraus, ist aber keiner Ordnung repräsentant.“ Der Lachende genießt also im Lachen eine Freiheit, für die er nichts kann.

Zwei weitere Referate zur frühen und jüngeren Komödie in der „DDR“ komplettierten das Angebot, wobei Jan Knopfs Nachdenken über „Gesellschaftliche Komik“ in diesem Kontext in der Erkenntnis gipfelte, daß die „DDR“-Komödie auch heute noch zuerst Bekenntnisse fordere und nicht so sehr Erkenntnisse vermittele. Mithin: Nichts geht mehr, höchstens die satirischen Autoren, und zwar in Richtung West, weil sie es, wie einer von ihnen sagte, satt haben, „große deutsche Bockwurst und Klosettpapier-Satire“ zu verfassen. Auch darüber wurde in Bochum gelacht. Aber es war Peter von Matt, der mit dem Satz begann: „Das Reden kann das Lachen umbringen, das Lachen beendet das Reden.“ ULRICH SCHÄCHT



Klein Glück mit dem Nachbarn: Rudi von Dantzig, Leiter des Holländischen Nationalballetts.

FOTO: ANP

Das Holländische Nationalballett präsentiert seine neuen Choreographien

Monumente für einen toten Jungen

Es war einmal in den Niederlanden, so könnte die Geschichtsschreibung über die wichtigsten Strömungen des zeitgenössischen Balletts der letzten zwei Jahrzehnte beginnen. Und was ist heute in den Niederlanden? Hans van Manen, dessen Premieren vor einem Jahrzehnt noch Ballettwallfahrten auslösten, ist Choreograph und Regisseur beim Holländischen Nationalballett, Rudi von Dantzig, dessen Choreographien einst sogar Boulevardzeitungen zur Berichterstattung animierten, ist künstlerischer Leiter des Nationalballetts, und Toer van Schayk steht ebenfalls im Personalverzeichnis.

Wenn also eins der neun Programme, die von der in Amsterdam stationierte Kompanie in dieser Spielzeit angeboten werden, den Titel trägt „Die neue Generation der Choreographen“, darf man mit Fug und Recht die Einhaltung minimaler Standards choreographischen Handwerks erwarten. Weit gefehlt! Was in acht Vorstellungen zwischen Scheveningen

und Nimwegen dem Publikum zugestimmt wurde, grenzt an Unverschämtheit.

Mit dem Qualitätssiegel „Nationalballett“ versehen, wurden von vier Choreographen Arbeiten vorgestellt, die allenfalls als Entwürfe eines Choreographie-Kurses zu diskutieren wären. Der 31jährige Leo Besseling stellt mit „This way and that“ zur Musik von David Sylvain ein sogenanntes humorvolles Ballett für drei Tänzerinnen, das einen einzigen Gag 17 Minuten auswalzt. John Wisman hatte die originelle Idee zum Abergewichtsten Male Luciano Berios „Sinfonia“ aus dem Jahre 1968 als Musikvorlage zu wählen. Den 15minütigen dritten Satz benutzt er zu einem Bewegungsarrangement für drei Paare und durchsichtige Paravents, Titel: „Say it again, louder“. Da wird in langen Rücken bedeutungslos gehoben, gelegentlich, gegangenen, geschoben. Identität, Aggressivität, Annäherung und Abwehr sollen offenbar die Themen sein. Doch wen

interessiert was unzählige Male besser gelungen ist?

Clint Farha, Startänzer der Truppe aus Kansas, kann mit „A bad influence“ nur in den ersten drei von 22 Minuten überzeugen. Endlich scheint ein Choreograph sich von der Nabelschau des zeitgenössischen Balletts zu lösen und Elemente der Gegenwart aufzugreifen. Da werden moderne Arrangements von Footballspielen und Discotänzen in der Art von Videoclips präsentiert, und dann wieder frech zerstört. Doch, weh o weh, spätestens in der vierten Minute beginnt die altbekannte Inmenschen. Der Choreograph der neuen Generation buchstabiert seine reichlich uninteressante Autobiographie in der Art des Balletts „Monument für einen gestorbenen Jungen“, das der derzeitige Leiter des Nationalballetts, Rudi von Dantzig, vor nahezu zwanzig Jahren zur Uraufführung gebracht hat und das bis heute eins der Glanzstücke der Kompanie geblieben ist.

ALBIN HÄNSEROTH

Ein Drehbuch aus falscher Feder

KLAUS RÜHLE, Rom

Italiens bleierne Zeit kommt ins Kino. Die Gefangennahme und das tragische Ende des einstigen christdemokratischen Parteivorsitzenden Aldo Moro wird verfilmt. Und der Produzent des Streifens Mauro Berardo hat sich die Mitwirkung der berühmten Drehbuchautorin Valerio Morucci und Adriana Faranda gesichert. Den beiden zu lebenslänglichen Kerker verurteilten Terroristen und Hauptschuldigen an der Ermordung Aldo Moros scheint die erforderliche Arbeitsgenehmigung bereits erteilt worden zu sein.

Morucci und die attraktive Adriana Faranda werden in dem Film nicht als Schauspieler auftreten, sondern als Drehbuchschreiber fungieren. Sie sollen haargenau berichten wie die Aktion damals abließ, die Moro und seinen Begleitschutz das Leben kostete. Tag für Tag bekommen sie die Rohentwürfe der Szenen und Dialoge in ihre Zelle geliefert und sollen sie überarbeiten, austessern und ergänzen. Nach Fertigstellung des Streifens ist es ihre Aufgabe jedes Detail noch einmal genau zu überprüfen, bevor der Film uraufgeführt wird. Mit dem Start ist nicht vor Ende nächsten Jahres zu rechnen.

Produzent Mauro Berardo besucht die beiden Drehbuchautorinnen bereits viermal im römischen Zuchthaus von Rebibbia und überredete sie zur Mitarbeit, die angeblich gratis erfolgt. Unterlage des Films ist das Buch „Die Tage des Zorns“ von Robert Katz. Regie führt Lilliana Cavani, in Deutschland vor allem durch ihren Film „Der Nachtportier“ bekannt. Sie weigert sich, die Meldung über das außergewöhnliche Filmprojekt zu kommentieren und verschanzte sich hinter dem Produzenten Mauro Berardo, der für die ganze Operation verantwortlich ist.

Den tragischen Titelhelden des Films spielt Gian Maria Volonté, ein politisch stark engagierter Darsteller der für seine linksradikalen Sympathien bekannt ist. Er spielte schon einmal die Rolle Aldo Moros in dem polnischen Film „Toto moto“. In ihm wurde der damalige Parteivorsitzende der Christdemokraten übel karikiert.

Die Nachricht von der Verfilmung der Moro-Affäre hat viel Aufsehen und manchen Protest in politischen Kreisen hervorgerufen. Justizminister Mino Martinazzoli wäscht seine Hände in Unschuld. Für die Arbeitsgenehmigung der beiden Terroristen seien allein die zuständigen Richter verantwortlich. Die italienische Öffentlichkeit und Massenmedien sind schockiert. Es steht zu befürchten, daß in dem Film spektakelhaft aus blutrünstigen Terroristen eine Art Helden werden.

An Amstel und Zeedijk wird jetzt aufgeräumt

Umstrittenes Drogenprogramm in Amsterdam gescheitert

ELFRUN JACOB, Amsterdam
Die weltweit kritisierte Absicht der Amsterdamer Stadtveräter, einer ausgewählten Gruppe von 300 schwer Rauschgiftsüchtigen unter ärztlicher Aufsicht ein Jahr lang kostenlos Heroin zur Verfügung zu stellen, wird nicht verwirklicht. Wie aus dem jetzt veröffentlichten Gesamtprogramm zur Rauschgiftbekämpfung hervorgeht, ist das Experiment an heftigen Protesten der Mediziner und an internationalen Verträgen gescheitert, gegen die das Projekt verstoßen würde.

Das revidierte Programm von Bürgermeister Ed van Thijn und dem Kommunalparlament von Amsterdam wurde an dem Tage vorgelegt, an dem der Polizeibericht das Auffinden des 58. Heroinfisches dieses Jahres in der Grachtentadt meldete.

Bürgermeister und Verwaltung standen durch die Gründung einer Bürgerwehr, die das Recht in die eigene Hand nehmen wollte, unter Druck. In Amsterdam rauben und stehlen Drogenabhängige Geld und Waren im Werte von zehn Millionen Mark pro Woche. Die Versicherungen zogen bereits die Konsequenz und fordern seit dem 1. Dezember in Amsterdam für Diebstahl- und Einbruchversicherungen höhere Prämien sowie ein vom Versicherten zu tragendes Risiko von 400 Mark.

Ganz will die Stadt ihr Drogenprogramm jedoch nicht aufgeben. So soll jetzt wenigstens die Freigabe „für individuelle Fälle“ durchgesetzt werden. Deutsche Süchtige kommen da-

für jedoch nicht in Frage. Überhaupt will man deutsche Drogenabhängige – die Stadt spricht von tausend, Kenner der Szene von der doppelten Zahl – lieber heute als morgen los sein. Deshalb wird auch die Ausweisungspolitik verschärft. Deutsche Drogenabhängige nehmen deshalb nicht am Methadon-Projekt der Stadt teil. Auch Apotheker geben diese Ersatzdroge nicht mehr an Ausländer ab. Nur das Gesundheitsamt wird Süchtigen, die in Amsterdam gestrandet sind, auch in Zukunft einige Tabletten Methadon für die Heimreise in die Hand drücken.

Deutsche Touristen, deren Limousinen geknackt werden und die dabei nicht selten auf eine hilflose Polizei stoßen, können aufatmen. Die Drogenstraße Zeedijk wird „sauber“ gemacht. Die Stadt hat soeben ein Konsortium aus Großbanken und Baufirmen gebildet, die die umgebende Restaurierung der mit Brettern vernagelten Giebelhäuser in Angriff nehmen sollen. Der Bau eines 250-Betten-Hotels der Luxusklasse am berühmten „Kop des Zeedijk“, wo heute noch vorzugsweise Surinamer mit „Stoff“ handeln, ist bereits beschlossen.

Im Gegenzug will die Stadt sogenannte „Duldungs“-Sprich Aufenthaltsräume für Drogenabhängige in anderen Stadtvierteln einrichten. Auch ein Heroinboot wird demnächst für 180 000 Mark zur Verfügung gestellt, um die Junkies „aus dem Bild zu bringen“.

LEUTE HEUTE

Scherbenweise

Callen Davis, texanischer Ölmillionär, überließ dem Fernsehprediger James Rohison zur Tilgung von dessen weltlichen Schulden seine millionenschwere Sammlung indischer Kunst, und beinahe wäre alles gut gegangen, da stieß Rohison während seines Bibelstudiums auf Mose, Buch fünf. Und es stand geschrieben: Du sollst nicht trachten nach goldenem Mammon. Der bekehrte Bildhauer starb heute die „Götzenbilder“ zurück. Davis, bewegt und erschüttert, reichte Rohison einen Hammer und ergriff einen zweiten, sie schlugen zu und kippten den Schutt ins Wasser. Die ein Jahr darauf von Anglern gefischten Reste erbrachten gestern mehr noch einen Erlös von 561,50 Dollar. Soweit waren dem Publikum der Scherbenhaufen wert.

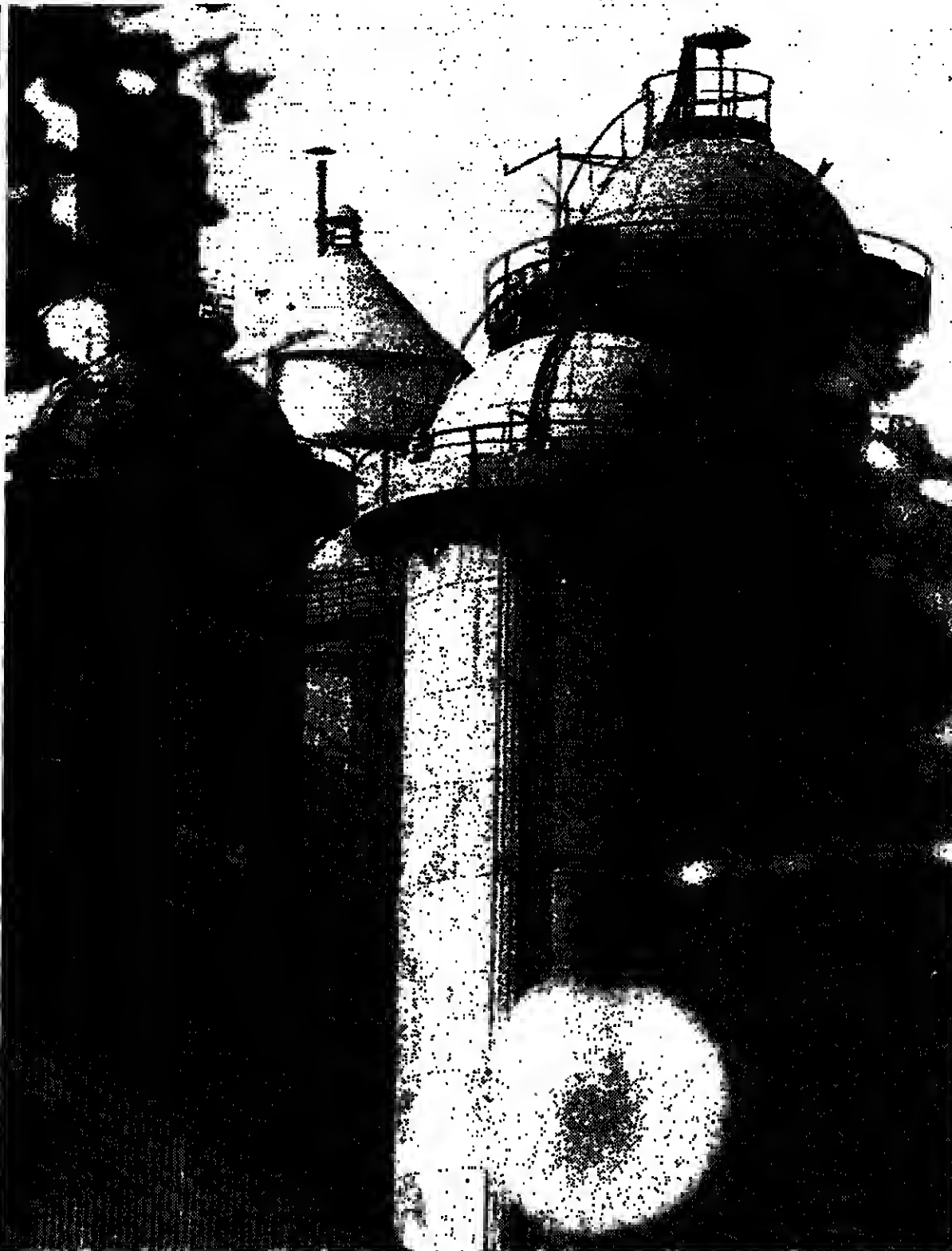
Richtige Einstellung

William Schroeder, berühmter gewordenen Kunsttherapeut, bekannt

te jetzt im Fernsehen: „Es ist alles eine Frage der persönlichen Einstellung. Das ist die Hauptvoraussetzung. Wer die richtige Einstellung hat, kann mit allem fertigwerden.“ Gelassen lächelt er deshalb einem Geräusch, das ihn nach seinen Worten an Jugendzeiten erinnert, ein Geräusch „wie almodische Dreschmaschinen“, was seinem Brustkorb kommt. Es ist sein Kunsttherapie, das da so metallisch schlägt.

Bruderliebe

Ein Cadillac-Vertreter aus Cleveland/Ohio verklagte jetzt Amerikas skandalumwitterten Auto-Manager John DeLorean auf sofortige Darlehensrückzahlung von rund 1,3 Millionen Mark. Der hat seit seinem Freispruch vom Vorwurf des Rauschgiftschmuggels im Sommer bereits die Gläubiger seiner bankrotten Autofirma mit Klagen über 78 Millionen Mark am Hals. Wer der Cadillac-Vertreter ist? Sein Bruder, Charles DeLorean.



Ein Denkmal wartet auf seinen Retter

dg. Neunkirchen

Ein ganzes Werk steht vor dem Abbruch. Einst, zu Kaisers Zeiten, war die Hütte der Gebrüder Stumm in Neunkirchen im Saarland das produktionsstärkste Eisenwerk im Deutschen Reich. Noch vor hundert Jahren war der Marktflecken mit Stadt- und Landbesitz der endgültigen Spruch der Landesregierung. Gestern ist der Kelch noch einmal vorübergegangen: Kultusminister Gerhard Zeitler vertagte seine Entscheidung auf den 9. Januar.

Der Landeskonservator mußte längst die Hoffnung aufgeben, den ganzen Komplex erhalten zu können. Vor drei Wochen fiel die Vorentscheidung, daß die riesige Maschinenhalle

desregierung des Saarlandes die imposante Anlage unter Denkmalschutz. Doch die Folgekosten sind dem kleinen, in Finanznöten steckenden Bundesland zu hoch. Denkmalpfleger Johannes Habich erwartet mit Hangen und Bangen den endgültigen Spruch der Landesregierung. Gestern ist der Kelch noch einmal vorübergegangen: Kultusminister Gerhard Zeitler vertagte seine Entscheidung auf den 9. Januar.

Der Landeskonservator mußte längst die Hoffnung aufgeben, den ganzen Komplex erhalten zu können. Vor drei Wochen fiel die Vorentscheidung, daß die riesige Maschinenhalle

von 1913 fallen soll. Der eindrucksvolle Bau mit seinen fünf Windmashinen und Kompressoren hätte sich nach seiner Vorstellung als eine wahre „Kathedrale der Arbeit“ vorzüglich zum Industriemuseum ausbauen lassen. Nun bangt er auch um das Maschinenhaus von 1903, einen Backsteinbau mit Wind- und Elektromaschine, der immerhin noch groß genug wäre, ein Dokumentationszentrum für die Geschichte der Eisenverhüttung aufzunehmen, und um die Batterie der vier Hochöfen mit ihren zylinderförmigen Winderhitzern, von denen er wenigstens einen retten möchte.

FOTO: WILHELM

Urteil: Keine Benachteiligung Alleinstehender mit Kindern

DW, Karlsruhe

Alleinstehende mit Kind dürfen nicht länger steuerlich benachteiligt werden. Das hat gestern das Bundesverfassungsgericht entschieden und damit die Entscheidung mehrerer Finanzgerichte aufgehoben. Das geltende Einkommensteuerrecht lasse, so das Gericht, außer Betracht, daß die Leistungsfähigkeit berufstätiger Alleinstehender mit Kindern durch zusätzlichen Aufwand gemindert ist. Dadurch führe die Besteuerung der Alleinerziehenden zu einer ungerechtfertigten Mehrbelastung. Verwitwete beziehungsweise Unverheiratete mit minderjährigen Kindern hätten Verfassungsbeschwerden eingelegt, da sie die von ihnen entrichtete Einkommensteuer im Vergleich zu der von Ehepaaren für unangemessen hoch hielten. (AZ: 1 BvR 527/80 - 528/81 und 441/82).

Zu kleine Schuhe

dpa, Frankfurt

Etwa jedes zweite deutsche Kind trägt zu kleine Schuhe. Als Resultat einer Fußmessung bei 193 000 Kindern in rund 1700 Schuhgeschäften gaben das Deutsche Schuhinstitut und die Deutsche Angestellten Krankenkasse (DAK) gestern bekannt, daß mehr als 100 000 Kinder unpassendes Schuhzeug tragen, davon 5000 Kinder um drei bis vier Nummern zu kleine Schuhe.

Kindergeld für Soldaten

AP, Kassel

Bei Verlängerung der Berufsausbildung durch Ableistung des Wehrdienstes über das 27. Lebensjahr hinaus besteht Kindergeld-Anspruch für die zeitliche Dauer des Dienstes. Das Bundessozialgericht in Kassel begründete sein Urteil mit dem staatsbürgerlichen Pflichtcharakter des Dienstes und billigte einem Vater aus Schleswig-Holstein eine entsprechende Nachzahlung zu. Das Arbeitsamt hatte ihm den Anspruch entzogen. (AZ: 10 RK 11/83)

US-Fernsehen in China

AFP, Peking

Seit gestern strahlt das chinesische Fernsehen eine Stunde wöchentlich Programme der US-Gesellschaft CBS aus. Es handelt sich um Sportreportagen, Dokumentar- und Zeichentrickfilme sowie Familienserien, umrahmt mit fünf Minuten Werbung für US-Unternehmen.

„Titanic“-Überlebende

dpa, Hermosa Beach

Im Alter von 100 Jahren ist Edwina Mackenzie, eine der letzten Überlebenden der „Titanic“, in Kalifornien gestorben. Auf dem Schiff war sie fest entschlossen gewesen, an Bord zu bleiben, bis ihr ein Matrose einen Säugling in die Arme drückte und sie in ein Rettungsboot stieß.

Zugunglück in England

AP, Manchester

Zwei Personen wurden gestern getötet und 63 verletzt, als bei Manchester ein Personenzug einen Güterzug rampte.

Anzeige

Das beste ist: eine gute Versicherung.

SIGNAL
VERSICHERUNGEN

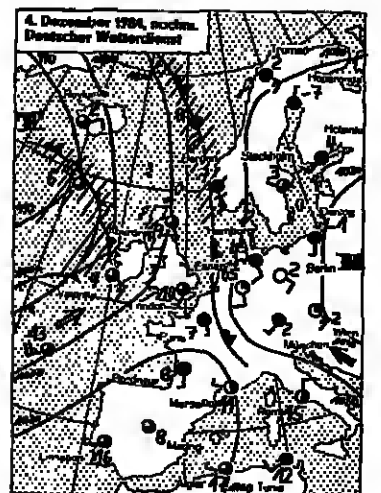
Kleinen Teil unserer heutigen Ausgabe liegt ein Prospekt vom Dr. Müller Verlagshaus, Herrsching, bei.

ZU GUTER LETZT

„Saurer Regen macht auch vor Richard Wagner nicht halt“ dpa-Meldung aus Bayreuth.

WETTER: Hochdruckwetter

Wetterlage: Am Westrand einer Hochdruckzone mit Kern über Südrubland herrscht in Deutschland ruhiges Hochdruckwetter.



Vorhersage für Mittwoch:

Meist stark bewölkt oder neblig-trüb, in Nordrhein-Westfalen und in Lagen über 1200 Meter meist sonnig oder nur leicht bewölkt. Tageshöchsttemperaturen 3 bis 8 Grad, Tiefsttemperaturen in der Nacht plus 3 bis minus 2 Grad, dabei verbreitet Straßeneis durch Reif. Schwacher Wind aus südlichen bis östlichen Richtungen.

Weitere Aussichten:

Von Westen her unbeständig.

Temperaturen am Dienstag, 12 Uhr:			
Berlin	2°	Kairo	20°
Bonn	6°	Köpenh.	3°
Dresden	5°	Las Palmas	22°
Essen	5°	London	10°
Frankfurt	5°	Madrid	8°
Hamburg	4°	Malland	9°
Liss/Sylt	4°	Mallorca	15°
München	2°	Moskau	-7°
Stuttgart	4°	Nizza	15°
Algier	17°	Oslo	2°
Amsterdam	5°	Paris	7°
Athen	12°	Prag	7°
Barcelona	13°	Rom	15°
Brüssel	7°	Stockholm	3°
Budapest	2°	Tel Aviv	17°
Bukarest	2°	Tunis	12°
Helsinki	4°	Wien	2°
Istanbul	1°	Zürich	5°

Sonnenanfang* am Donnerstag: 8.11 Uhr, Untergang: 16.15 Uhr, Wendeaufgang: 15.07 Uhr, Untergang: 5.53 Uhr *in MEZ, zentraler Ort Kassel

Was Amerikaner meinen, wenn sie Schatzi sagen

Von ANDREAS ENGEL

Lieber ein Müsli-Punk als ein Plastikfreak. Da heißt es cool bleiben, auch wenn man voll down ist. Begriffe aus dem Amerikanischen haben sich unter Jugendlichen längst eingebürgert. Fast täglich sickern US-Redewendungen aus Musik, Literatur, Sport oder Film in den deutschen Sprachschatz ein. Wie aber sieht es umgekehrt aus?

Mit dieser Frage beschäftigt sich der Bonner Philologe Horst Mühlmann in einem Aufsatz mit dem Titel „Germanismen im amerikanischen Englisch“, der in der Zeitschrift „Die neueren Sprachen“ erschienen ist. Mühlmann zitiert dabei den amerikanischen Wissenschaftler Mencken, der bereits in den dreißiger Jahren schrieb: Der Einfluß der deutschen Sprache auf das amerikanische Englisch ist stärker als selbst von Fachleuten angenommen.

Mit Dialektwörtern deutscher Immigranten begann es, und heute sind im öffentlichen Leben der USA viele Germanismen nicht mehr wegzudenken, von denen die meisten zum Umkreis der sprichwörtlichen deutschen Gemütslichkeit zählen, konstatiert Mühlmann. Dabei wurden verbreitete

Klischeevorstellungen vom romantischen Deutschland und den alpenländischen geprägten Deutschen in der amerikanischen Vorstellungswelt gefestigt.

Bei den 300-Jahr-Feiern zur Erinnerung an die ersten deutschen Einwanderer trafen sich Amerikaner zu einem Straßenfest und aßen Fanne Kuchen und German Volksden US-Bürgern sind Sänger, Volks- und Schützenfestgelänge, und es ist ihnen auch ein Begriff, daß ein Männerchor und wieder ein Volkslied oder einen Yodelstimme.

Erstaunlich viele deutsche Begriffe haben sich neben deutschen Grußformeln und Ausdrücken im Vereinswesen sowie im Bereich Essen und Trinken etabliert. Spielen die Amerikaner skat fallen zwangsläufig die Ausdrücke mittelhand, schnelderoder to kiez. Dazu wird Kirsch Kümmel oder gar eine Ausleseserviert.

Frauen kommen zum Coffee Klatsch zusammen, schwärmen von Lebkuchen und Pfefferküssen, aber auch von smooches, thick milk, schwartemagen oder liverwurst. Zu den in den USA häufig verbreiteten Grußformeln und Redensarten gehören Achtung, ach, auf wiedersehen,

Nix comes erous(dabei kommt nichts heraus), Gesundheitoder Wie gehts.

Freilich sind dem Großteil der amerikanischen Bevölkerung Ausdrücke aus der Nazi-Zeit mindestens genauso bekannt. Vor allem deswegen, weil sich die Massenmedien heute noch intensiv mit der Zeit des Dritten Reichs auseinandersetzen: Fernsehserien haben viele Wörter geradezu populär gemacht. Am häufigsten erscheint das Wort Nazi selbst, auch in Ableitungen (Nazism) und Zusammensetzungen (Nazi party, Nazi regime, Nazi office). Begriffe, die in zunehmendem Maße zu Synonymen für Rechtsradikalismus überhaupt werden.

Ebenso ist das Wort blitz (Krieg) ins amerikanische Englisch integriert und wird sogar auf völlig neue Sachbereiche übertragen. Etwa auf den American Football, wo es einen safety blitz und einen blitz gibt. Neben militärischen Begriffen wie Flak, Stuka, Total War haben auch Wörter wie Lebensraum Weltanschauung und Götterdämmerung ins Amerikanische Eingang gefunden.

In der US-Presse dienen deutsche Begriffe oft als Blickfang in Überschriften oder sollen Atmosphäre ver-

mitteln. Dazu gehören Ausdrücke wie Autobahn, Schloss, Fräulein Begriffe wie Wirtschaftswunder, Ostpolitik, Katholikentag oder Bundestag werden dazu verwendet, um die Authentizität der Berichterstattung zu erhöhen. Selbst Fachbegriffe – dazu zählen Sprechgang, Gestalt oder Bildungspolitik – werden von US-Autoren verwendet, weil sie sich erhoffen, damit ihr wissenschaftliches Prestige zu verbessern.

Zu den Wörtern, die erst in jüngster Zeit über den Großen Teich gewechselt haben, gehören unter anderem Namen und Bezeichnungen von politischen Institutionen wie Bundesgrenzschutz, Bundeswehr, Jusos oder Grüne. Besondere stilistische Effekte wollen Publizisten erzielen, indem sie Ausdrücke benutzen wie der Alte (Adenauer), Baulöwe, Tendenzwende, Lohnpause, Radikalerlaß, Waldsterben Auch Wortübernahmen aus dem „DDR-Deutsch“ sind bekannt: Kaderstelle, Nationalpreis, Vopos, Volkskammer.

Ethischen Germanismen haften Zweideutigkeit an. Schatzbeispielsweise bezeichnet nicht nur die deutsche Freundin, sondern auch ein leichtes Mädchen.

Die neue Bundesanleihe



Rendite: 7,04 % - Zinsen: 7 % jährlich

Laufzeit: 10 Jahre - Ausgabekurs: 99,75 % spesenfrei

Erhältlich ab 100 DM bei allen Banken, Sparkassen und Landeszentralbanken. Private Sparer werden bevorzugt. Wiederverkauf zum Börsenkurs jederzeit möglich. Ausführliche Informationen: Informationsdienst für Bundeswertpapiere, Postfach 2328, 6000 Frankfurt 1, Tel.: (069) 550707.

Verkauf vom 5. bis 7.12. 1984

